

# Buchholterberg

BILDER  
AUS DER VERGANGENHEIT



---

KARL GUGGER



Ausblick vom Stutzeggen ob Heimenschwand (Photo: F. Schöni)

# Buchholterberg

BILDER  
AUS DER VERGANGENHEIT

---

KARL GUGGER



Entwurf des Wappens auf dem Umschlag von Hans Wandfluh.

Verlag:

Verkehrsverein Heimenschwand und Umgebung, 3615 Heimenschwand.

## Inhaltsverzeichnis

A. Der Buchholterberg im alten Staate Bern	9
B. Die Rechtsverhältnisse im Buchholterberg	11
C. Die Allmenden im Buchholterberg	14
D. Wie Wachsdorn eine selbständige Gemeinde wurde	63
E. Die militärischen Pflichten der Gemeinde Buchholterberg	74
F. Vom Armenwesen im Buchholterberg	98
G. Die Schulen im Buchholterberg	118
H. Alte bernische Münzen, Masse und Gewichte	152

## Vorwort

Die erste Bekanntschaft mit alten Urkunden machte ich in meinem Elternhause in Wachseldorn. Im "Underschlacht" des Schnitztroges im "Spychergädeli" lagen alte Erbteilungen, Kaufbriefe und Prozessakten mit schönen verschnörkelten Buchstaben und Siegeln. Dazu erzählte mein Vater (geb. 1854 in der Zugmatt) viel von den Zuständen im vorigen Jahrhundert und weckte so mein Interesse an der Lokalgeschichte. Ums Jahr 1928 erlaubte mir der damalige Gemeindeschreiber von Buchholterberg, Fritz Schneider, mich im Gemeindearchiv umzusehen. Ich entdeckte dort reichhaltiges Material über das Armenwesen, das Militärwesen, die Schule und eine Menge Vogtsrechnungen aus dem 18. Jahrhundert. Etwas davon verarbeitete ich, und es erschienen kleinere Arbeiten im "Geschäftsblatt" und in den Blättern für bern. Geschichte und Altertumskunde. In den Jahren 1936 und 1960 befasste ich mich mit der Geschichte der Kirche.

Von 1965–1967 habe ich die rund 1650 nicht eingebundenen Urkunden im Archiv von Buchholterberg bis zum Jahre 1570 zurück sachgebietsweise und chronologisch geordnet und registriert. Herr Dr. H. Michel, Adjunkt im Staatsarchiv kam persönlich nach Heimenschwand und gab mir wertvolle Anleitungen. Die schwierigsten Kapitel der Ortsgeschichte, die Rechtsverhältnisse in der Gemeinde und das Allmendwesen sparte ich bis zuletzt auf und habe es in den letzten zwei Jahren bearbeitet.

Zu Dank verpflichtet bin ich den Herren Gemeindeschreiber E. Stucki und Allmendschreiber Heinz Müller für ihre Auskünfte und vor allem alt Lehrer W. Schmocker, der mir die nötigen Notizen aus den Gemeindeprotokollen des 19. und 20. Jahrhunderts übermittelte, die ich meiner Invalidität wegen nicht mehr selber holen konnte. Danken möchte ich auch den jederzeit dienstbereiten Beamten des Staatsarchivs. Wo nichts anderes bemerkt wird, dienten fast ausschliesslich als Quellen zu dieser Arbeit die Urkunden im Archiv von Buchholterberg.

Was die Schulgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts betrifft, möchte ich folgendes bemerken: Um die vielen Fussnoten zu vermeiden, habe ich nicht bei jeder Notiz die Quelle angegeben. Es gilt für diese Zeit (bis 1915) ganz allgemein: Aller schriftliche Verkehr zwischen der Gemeinde, der Lehrerschaft, den Schulkommissären und spätem Schulinspektoren, dem Oberamt, resp. Regierungstatthalteramt, dem Kirchenrat und der Erziehungsdirektion findet sich gemeindeweise und chronologisch geordnet im Staatsarchiv unter der Bezeichnung St.A.B. B III und BB III.



#### Benützte Literatur:

- R. Feller: Geschichte Berns.  
K. Geiser: Geschichte des Armenwesens im Kanton Bern.  
Ed. von Rodt: Geschichte des bern. Kriegswesens.  
E. Werder: Das Recht des Landgerichts Konolfingen.  
F. Häusler: Das Emmental im Staate Bern bis 1798. Band I und II.  
Prof. Dr. Miaskowski: Die Schweiz. Allmend in ihrer Entwicklung vom 13. Jahrhundert bis zur Gegenwart.  
Vom selben Verfasser: Die Verfassung der Land-, Alpen- und Forstwirtschaft der deutschen Schweiz.  
Dr. K. Dannegger: Die Allmend- und Alpenossenschaften im Amte Thun.  
Chr. Schiffmann: Dorf und Landschaft Steffisburg im Laufe der Jahrhunderte.  
Otto Graf: Die Entwicklung der Schulgesetzgebung im Kanton Bern seit 1831.

Der Einwohnergemeinde Buchholterberg, den beiden Allmendgemeinden, dem Verkehrsverein Heimenschwand und Umgebung, der Gemeinde Wachseidorn und Herrn W. Habegger-Gugger, Maschinenfabrikant in Thun danke ich, dass sie durch ihre Beiträge den Druck dieses Buches ermöglicht haben.

Wabern, im September 1969.

Der Verfasser: K. Gugger.

#### A. Der Buchholterberg im alten Staate Bern

Der Name Buchholterberg taucht in den "Fontes rerum Bernensium" im Jahre 1322 zum ersten Male auf. Ein Burkhard zum Brunnen vom Buchholterberg verkaufte den 3. Teil einer Schupose zu Ostermundigen. Im 13. Jahrhundert werden die Namen Bucholtern und Bucholtron, die mit Buchholterberg identisch sind, erwähnt. 1238 und 1239 wird ein Chonradus, miles (Ritter) de Bucholtron genannt und 1294 erscheint ein Chuonradus de Bucholtren, domicellus (Junker) in einer Urkunde. Es muss also ein Rittergeschlecht von Bucholtron gegeben haben, das aber später nie mehr erscheint. Wo es seinen Sitz hatte, lässt sich nicht feststellen, denn eine Burgruine gibt es meines Wissens im Buchholterberg keine. Diese Ritter von Bucholtron werden wohl nur in einem ganz einfachen Turm oder in einem steinernen Hause gewohnt haben. (Mitg. von Herrn Dr. H. Specker, Assistent im Staatsarchiv.)

Der ganze Buchholterberg gehörte zur grossen Kirchgemeinde Diessbach. Damals waren die Kirchgemeinden die einzigen Organisationen, die alle Bürger umfassten, da es noch keine Einwohnergemeinden im heutigen Sinne gab. Die Kirchgemeinde Diessbach war eingeteilt in drei Drittel:

1. den *Diessbachdrittel* inkl. Kurzenberg,
2. den *Buchholterbergdrittel*, von Bleiken bis in die Südern und
3. den *Kleinen Drittel*, umfassend Freimettigen, Herbligen, Brenzikofen und Aeschlen.

Die Kirchgemeinde Diessbach gehörte zum *Landgericht Konolfingen*, das unter der Herrschaft des Venners der Metzgerzunft stand. Im Auftrag des Venners besorgten die beiden Freiweibel über das obere und untere Landgericht die Verwaltung. Die Kirchgemeinden Diessbach, Münsingen und Wichtrach bildeten das obere Landgericht Konolfingen. Innerbirmoos, Otterbach und Buchholterberg (ohne Bleiken, das einen Teil der Herrschaft Diessbach bildete) nahmen aber noch eine Sonderstellung ein, indem sie zum *Gericht Röthenbach* gehörten, das der *Landvogtei Signau* unterstellt war. Die ziemlich verwickelten Rechtsverhältnisse in den drei Gemeinden Buchholterberg, Innerbirmoos und Otterbach werden im Regionenbuch im Staatsarchiv wie folgt geschildert.

1. Das *Militärwesen* steht unter dem Freiweibel des untern Landgerichts Konolfingen, und die Mannschaft ist dem ersten Landgerichtsregiment zugeteilt.
2. Die *obere Polizei* wird vom Oberamt Signau verwaltet. (Befugnisse, "zum besten des Landes" Verfügungen zu treffen.)
3. Das *Criminale* wird vom Freiweibel besorgt. (Bei schweren Verbrechen den Täter verhaften, die Voruntersuchung durchführen und das Urteil der Obrigkeit ausführen.)
4. Die *Civilgerichtsbarkeit* und die *niedere Polizei* ist dem Oberamt Signau zuständig. (Aufsicht über das Gemeindewesen, Vormundchaftswesen, Polizeiverfügungen innerhalb des Gerichtsbezirkes, Vorsitz im Niedergericht, Erledigung der



Civilfrevel, Ernennung des Gerichtsweibels und der Gerichtsässen.) Der Buchholterberg stellte im Gericht Röthenbach vier Gerichtsässen.

5. Die *Consistorialsachen* werden vom Chorgericht von Diessbach besorgt. (Siehe Kirchengeschichte von Buchholterberg.)

Diese komplizierten Rechtsverhältnisse erschwerten die Verwaltung des Staates. Aber die Gnädigen Herren von Bern liessen alle gekauften oder eroberten Gebiete bei ihren alten Rechten und haben sowenig wie möglich zentralisiert, eigentlich nur das Kirchenwesen.

Nach dem *Zusammenbruch des alten Bern* im Jahre 1798 wurden die staatlichen Verhältnisse in der Schweiz nach französischem Muster neu geordnet. Die Agentschaft Buchholterberg wurde mit der ganzen Kirchengemeinde Diessbach dem Distrikt Steffisburg zugeteilt. Buchholterberg und Wachseidorn bildeten eine *Municipalität*. Die *Municipalität* war nur (oder sollte wenigstens sein) ein Verwaltungsorgan und der Agent Vollziehungsbeamter der helvetischen Regierung. Der Bürger Agent Hans Gugger in der Zugmatt nahm am 17. August 1798 von allen Bürgern von Buchholterberg und Wachseidorn den Eid auf die helvetische Verfassung ab. Wie die Gemeindeprotokolle von Buchholterberg aus der Zeit der Helvetik beweisen, ging es dort oben ungefähr im alten Geleise weiter. Einige neue Ausdrücke wie Bürger, Agent, *Municipalität*, Distrikt deuten auf eine andere Zeit hin.

Im Jahre 1803 wurde der Buchholterberg dem Oberamt Konolfingen zugeteilt und 1864 nach langen, heftigen Kämpfen im Buchholterberg selber dem Amte Thun.

## B. Die Rechtsverhältnisse im Buchholterberg

Der Buchholterbergdrittel reichte von der Schniggenen bis in die Südern. Er war unterteilt in die "Boursamen" Bleiken, Mittelbuchholterberg und Wachseidorn-Gützenschwendi. Bleiken wurde 1768 von Buchholterberg abgetrennt. Mittelbuchholterberg war noch einmal unterteilt in die untere und obere Allmendgemeinde, die ja heute noch bestehen.

Die Gesamtgemeinde Buchholterberg von Bleiken bis in die Südern hatte eine gemeinsame Verwaltung, aber nur für die Angelegenheiten, die den ganzen Bezirk betrafen, wie alle Ausgaben für das Militärwesen und die Schanzführungen für die Stadt Bern. Für die Armen sollte jede "Boursami" selber sorgen. Deshalb hatte jede der drei Unterabteilungen auch ihre eigenen Burger und Hintersässen. Es gab also keine Freizügigkeit innerhalb der Gesamtgemeinde. Auch die Schule unterstand der "Boursami". Allerdings wurde diese Ordnung nicht ganz streng eingehalten. Es finden sich in den Rechnungen der Gesamtgemeinde gelegentlich auch Ausgaben für die Armen und die Schule. Neben dem "Boursamirecht" gab es aber noch ein Landrecht, das für den ganzen Buchholterberg galt. Im ältesten noch erhaltenen Gemeindeprotokoll von Buchholterberg (1646–1716) steht:

"Uffem 8. tag mertz 1668 jars ist ein gemein by einanderen gsin bim badhus. Uff obbemältem dato hat sich lassen annän für sich und sini nachkommen Bantz Bärttschi zu Wachseidorn so einer gemein erlegen in 2 jaren 12 Kronen."

"Im 1675 jar hat man für ein landmann angenommen Hanss Syber, der wirt by der Süderen. Und hat einer gemein synen inzug bezalt."

Am 23. Februar 1653 wurde beschlossen, dass die Einzüger in die Gemeinde dem Landvogt 15 Kronen und der Gemeinde 45 Kronen entrichten sollten. Das würde nach heutigem Geldwert ungefähr 5000 Franken ausmachen. Nach einer Bemerkung in einem Armenprozess von 1731, der später noch erwähnt wird, betrug die Einkaufssumme im Mittelbuchholterberg 50 Taler und in Bleiken und Wachseidorn nur 15 Taler. Mittelbuchholterberg hatte eben ein Allmendrecht. Diese Aufnahmen in das Landrecht von Buchholterberg bilden den Hauptinhalt des ältesten Gemeindeprotokolls.

Ins Landbuch wurden die Einzüger erst eingetragen, wenn sie ihren Einzug bezahlt hatten. Die ziemlich hohe Einkaufssumme wurde meistens ratenweise entrichtet, wie es folgende Eintragung beweist: "Im Augstmonat 1670 jars hat man angenommen für ein Landmann Christen Roth am hinderen Bättrich, soll einer gemein erlegen 40 Kronen, zu bezalen wie folgt, 10 Kronen also bar, über jar auch 10 Kronen, über jar 10 Kronen, aber über jar 10 Kronen. Hatt bezalt." Diese letzte Bemerkung wurde erst später eingetragen.

Neben den eigentlichen Landleuten hat man auch Hintersässen angenommen, oft nur für ihre eigene Person. "Anno 1648 jar hatt man Hans Rothen für ihn allein angenommen für einen hindersäss und für seine kinder nit. Und hatt einer gemein zu hindersässgält erlegt ein Tuplonen." (1 Dublone = 160 Batzen.) Am 6. Februar



1661 wurden 6 Hintersässen und 2 Landmänner aufgenommen. Die Hintersässgelder betragen 2 Kr. 2 bz., eine halbe Krone und für den Peter Otabärger "ein Dicken und 1 Krone," (1 Dicken, beidseitig geprägte Münze = 5 Batzen.)

Nach erfolgter Einzahlung des Eintrittsgeldes wurde ins Gemeindeprotokoll etwa eingetragen: "Es sige hiermit zu wissen, dass Michel Fahrni im Längenacher sinen versprochenen inzug einer gemeind an dem Buchholterbärg volkommlich usbezalt hat, dass ein gmeind an dem Buchholterbärg ihne Michel Fahrni in bester form quitieren und ledi sprächen, das er also billich soll für einen Landtmann ingeschrieben wärden. Datum, den 27. october 1684 jar."

Wer aus der Gemeinde wegzog, musste sich um eine Erlaubnis bewerben. Diese wurde ihm unter der Bedingung erteilt, dass er sich nach Ablauf der festgesetzten Frist wieder melde, ansonst er sein Landrecht verlor. Eigentliche Heimatscheine werden im Gemeindeprotokoll von Buchholterberg erst nach 1690 erwähnt. Die persönlichen und erblichen Heimatrechte entstanden auf dem Lande erst nach den Bettelordnungen von 1675 und 1676. Ein Beispiel mag zeigen, wie solche Erlaubnisse zum Wegzug aus der Gemeinde erteilt wurden. "Uff den 24. tag wintermonats des 1665 jars haben von der gemein die erlobnuss gnon, uss der gemein zu züchen, als namlichen Daniel Bürki 1 jar, Hans Hostettler 1 jar, Nigli Waber 1 jar, Hans Müller zu Wacheldorn vür 2 jar. Und welcher sich nüt wieder kündet nach verflussung seiner erlobnuss, der sol sin landrächt verzogen han." Für die Erlaubnis, aus der Gemeinde wegzuziehen, musste eine Gebühr bezahlt werden. Es heisst dann etwa im Protokoll: "Christen Bühler im mattli hatt sich kündet, und für dass 1684, 1685 und 1686 jar die Schilligen erlegt und bezalt."

Im Jahre 1692 wird erstmals ein Heimatschein erwähnt. Vom Jahre 1696 tauchen sie dann regelmässig auf. "Auff den 9. tag Jenner 1697 hatt eine Gmeind am Buchholterberg dem Petter Lenner, lächenmann zu Spietz einen schyn gegäben und mitgetheilt. Hat gegäben und bezalt dem Seckelmeister Petter Obmann die schiligen für zehen Jahr lang zusammen namlichen 18 Kr. und 3 Krützer, welches eine Gmeind ihme auferlegt hatt." Der Seckelmeister der Gesamtgemeinde wohnte also damals in Wacheldorn, denn die Obmann waren die Besitzer von Stegmanns Heimwesen.

Neben den Angaben über das Wohnsitzwesen nehmen die alle zwei Jahre vorgelegten Gemeinderechnungen einen breiten Raum ein. Die Passation wurde etwa wie folgt protokolliert: "Uff hüt nachfolgendem dato hat Michel Rott und Hans Zoug einer gemein redliche und erliche Rächnung, das ein gmein woll kundent (zufrieden) ist. Und hat sich in gewüss orten befunden, das ein gmein hat restantz inzunemen nach abzug alles bezales haben, an Pfennigen LxKronen xvi Batzen. (60 Kronen 16 Batzen). Blonung der Seckelmeister halb ist erkent auff beiden iii (3) Kronen. Des 1646 jars des 21. brachmonat."

Später heisst es etwa: "das ein gemein wol content und zufrieden gesin." Fast immer hatte der Seckelmeister bei der Rechnungsablage von der Gemeinde noch eine Summe herauszufordern. Nachlässige Steuerzahler gab es auch schon damals: "Da hat es nach aller Rächnung befunden, das ein gmein am Buchholterbärg an

gewüssen personen inzüchen hatt, wie es in einem Rodell geschriben ist, namlich ein hundert siben und fünf Kronen."

Da die Rechtsverhältnisse in der Gesamtgemeinde Buchholterberg nicht ganz klar festgelegt waren, kam es oft zu Streitigkeiten zwischen den Unterabteilungen. Diese waren gewöhnlich armenrechtlicher Natur, wobei das Allmendrecht im Mittelbuchholterberg eine Hauptrolle spielte. Über das Verhältnis zwischen Mittelbuchholterberg und Wacheldorn-Gützenschwendi soll in einem besondern Abschnitt ausführlich berichtet werden.



### C. Die Allmenden im Buchholterberg

In alter Zeit war der grössere Teil des Landes Gemeinbesitz oder Allmend, die zur Hauptsache als Weideland diente. So lange die Bevölkerung noch nicht so zahlreich war und Weide genügend zur Verfügung stand, war es nicht nötig, die Nutzungsberechtigung an der Allmend rechtlich zu fixieren. Jeder Ortsansässige hatte Anteil an der Allmend nach seinem Bedürfnis. Erst als sich die Bevölkerung vermehrte und die vorhandene Allmend nicht mehr genügte, um alle Bedürfnisse zu befriedigen, mussten rechtliche Bestimmungen für die Nutzungsberechtigten aufgestellt werden. Auch fingen die Gemeinden an, den Zuzug Auswärtiger zu erschweren. Dies war in unserer Gegend gegen Ende des 16. und anfangs des 17. Jahrhunderts der Fall. Im Jahre 1601 stellten die Buchholterberger an den Rat der Stadt Bern das Gesuch, dass jeder, der in der Gemeinde ein Gut oder Lehen kaufe, ertausche oder ererbe, 20 Kronen, und wenn er nur lehensweise zu ihnen ziehen wolle, 20 Pfund Einzug bezahlen solle. Dies wurde aber vom Rat abgelehnt.\* Wie schon erwähnt wurde später allerdings diese Einkaufssumme erhoben, und zwar nach einem armenrechtlichen Prozess vom Jahre 1731 für den Mittelbuchholterberg 50 Taler, wegen des dortigen Allmendrechtes, für Bleiken und Wachseidorn aber nur 15 Taler, weil diese Bezirke keine Allmend besaßen.

Wie weiter vorn erwähnt, war und ist heute noch die Gemeinde Buchholterberg in zwei Allmendgemeinden unterteilt, die obere mit rund 1/3, und die untere mit 2/3 des Gemeindebezirkes. Warum zwei Allmenden mit gesonderter Verwaltung und früher ganz ungleichen Rechtsverhältnissen existieren, war urkundlich nirgends zu ergründen. Vermutlich fällt dieser Umstand in die Zeit der ersten Besiedlung zurück. Möglicherweise wurde zuerst das Gebiet des heutigen Dörfchens Heimenschwand besiedelt. Mit der nötigen Phantasie liesse sich eine nette Geschichte von der Sippe des Heymo, die hier den Wald schwendete, erzählen. Das muss ich aber andern überlassen. Das Dörfchen hatte seine eigene Allmend. Später wurde vielleicht der untere und äussere Bezirk urbar gemacht, und diese Einzelhöfe besaßen auch ihre Allmend. Die Grenze zwischen oberer und unterer Allmend verläuft nicht etwa einer mittleren Höhenlinie nach längs durch den Buchholterberg. Der höchste Punkt des Buchholterbergs liegt nicht in der obern, sondern in der untern Allmendgemeinde. Die frühere Bezeichnung, innere und äussere Allmend, war eigentlich richtiger. Die Allmendgrenze beginnt auf der Fluh obenher Heimenschwand, verläuft weiter über den Flühweg, dann westlich des Weilers Zihl dem Uelisgraben nach bis an den Weg von Marbach, diesem nach bis ins Badhaus, weiter dem Weg entlang bis zum Nächstenacker, von dort dem Fussweg übers Bannholz folgend, zwischen Stockern und Zugmatt durch, dem Weg nach bis zum Rotbächlein, und die obere Allmend umfasst zuletzt noch den obersten Teil des Rohrmooses.\*\* Auf der Grenze gab es einige "Halbrechter" der obern und untern

\* E. Worder: Das Recht des Landgerichts Konolfingen: Nr. 141  
\*\* Siehe Plan.

Allmend. Im Jahre 1594 fand eine Bereinigung der Grenzen statt, deren Urkunde aber nicht mehr vorhanden ist.

Hin und wieder gab es etwa Streit der Grenzen wegen, so zum Beispiel im Jahre 1607, als ein Schiedsgericht, bestehend aus Sebastian Hofmeister, Landvogt in Signau, Ueli Rüffenacht auf Rügsegg, Ueli Rügsegger in der niederen Ey und Mathys Rötliasperger uff Egg, einen Spruch fällte, der noch gut erhalten im Archiv von Buchholterberg zu finden ist. Michel Anthony, Niklaus Leener und Joseph Steiner vertraten die äussere und Balthasar Schlapbach, Bentz Roth, der junge und Hans Schweggler die innere Allmend. Die äussern klagten, man habe ihnen den "Krisshau" (für Stallstreue) auf der Farneren und auf der Fluh mit Verbot belegt. Die inneren entgegneten, sie hätten nichts verbieten lassen, als was ihnen durch unparteiische Männer zugeteilt worden sei. (1594) Die Kläger bemerkten dazu, die damalige Ausmarchung sei nie angenommen und bestätigt worden. Sie wollen aber gerne Zeugen darüber anhören. Diese waren jedoch nicht einig in ihren Aussagen. So kam denn das Schiedsgericht in den Buchholterberg, um an Ort und Stelle einen Augenschein zu nehmen und die Parteien zu verhören, "dass (ob Gott will) wytttere Rechtsübung, costen und uneinigkeit vermitteln bliben werde." Die Hauptpunkte ihres Entscheides waren folgende:

1. Die Marchen "Zün und Türl" von 1594 sollen bleiben. Was oben her dieser March liegt soll den äussern gehören, die innern sollen dort "weder ze hauwen, noch ze krissen Recht haben", was sie aber urbarisiert haben, sollen sie nutzen können, "was aber zu grotzen erwachsen und ufkommen ist, sol zu grotzen bliben stahn."
2. Der Wald im Breitäbnit wurde unter beide Allmenden geteilt und ausgemarchet.
3. Die Hölzli bei der Geissmatt und beim Schlegwegzaun sollen auch beiden Allmenden gehören, die Atzweid aber der innern.
4. "Im Breitäbnit, da nüt wächst, da hin und har etlich dälbuschen, da mögend die Inneren graben, besseren und die weid allein nutzen."
5. "Soviel antrifft die zün und dürlin, ist beret, by dem flüweg sol derselbig Bur dasselbig dürlin machen, und in der Inneren gmeind syn atzweid haben."
6. "Das dürlin im Uellisgraben und das dürlin im Nächstenacher soll die innere gmeind machen."
7. "Söllend die usseren den zun machen von Hans Roths Lochmatten bis an Christen Roths Zugmatten."
8. Die Nächstenackergüter sollen Halbrechter sein, "es sye ze krissen oder ze weiden," ebenso Ulli Rupps Gut zum Zyl.
9. Uli Kupferschmieds Gut auf dem Bühl hat sechs Kuhrechte auf der untern Allmend und auch etwas Atzweid auf der obern.
10. Hans Trösch zum Zyl für zwei Kühe Rechtsame auf der untern Allmend.
11. Die Kosten des Schiedsgerichts sollen zu zwei Teilen von der innern und zu einem Teil von der äussern Allmendgemeinde getragen werden. "Hiermit diss ihres gespans halben wol vereinbaret. geschlicht und gricht, fürthin gute liebe fründ und nachburen syn und blyben, dess einanderen zu Argem niemermehr gedenken."



Dieser Schiedsspruch wurde "beydersiten mit hand und mund dankbarlich uff- und angenommen, auch für sich und ihre nachkommen glopt und versprochen, darby zu blyben, denselbigen styff und städt ze achten, darwider nützit ze thun, noch ze handlen, weder heimlich noch öffentlich inkein wys und wäg, mit entzüchung aller listen und geverden, alles ehrbarlich und ohngefahrlich. 31. Merzen 1607." Dieses schöne Versprechen wurde allerdings nicht immer gehalten, denn es kam später noch mehrmals zu Streitigkeiten.

Die älteste noch erhaltene Allmendordnung vom Buchholterberg ist datiert vom 29. Juli 1618. Sie galt allemnach für die ganze Gemeinde, denn es wird darin nichts von zwei Allmendgemeinden erwähnt. Sie trägt die stolze Überschrift: "Verzeichnuss der articen, so ein gantze gmeindt am Buchholterberg under inen selbs gemacht und zehalten versprochen." Es ist bezeichnend, dass zu einer Zeit, da in andern Ländern die Bauern noch lange unter Hörigkeit und Leibeigenschaft schmachteten, in bernischem Gebiet eine arme Berggemeinde eine Ordnung "under inen selbs gemacht und zehalten versprochen." Eigentlich hatten sie diese Regelung schon 1611 getroffen und dann sieben Jahre probeweise angewendet. Sie habe sich bewährt, aber es seien unterdessen wieder Missbräuche eingerissen. 1618 stimmten die Buchholterberger noch einmal darüber ab, und die Ordnung wurde mit 60:15 Stimmen angenommen, worauf sie diese dem Landvogt in Signau und den gnädigen Herren in Bern zur Genehmigung unterbreiteten. Sie enthielt folgende Artikel:

1. Die "reverenter" Schafe sollen auf die Egg und nicht auf die niedere Allmend getrieben werden. Busse zehn Schilling.
2. Wer Kühe und Kälber vermöchte und dazu noch Geissen hätte, soll diese auf dem seinigen weiden. Wer aber nur eine Kuh und ein Kalb hätte, kann mit seinen Geissen "wolbehirtet" auf die gemeine Weide fahren.
3. Haben sie ein Stück Erdreich mit Bann gelegt, darin soll man weder brachen noch säen, bei einer Busse je nach Vergehen.
4. Was ausserhalb dieser verbotenen Zone liegt, da soll ein jeder, der in der Atzweid zu Hause ist, ein "tagwann" (Tagwerk) säen. So er aber daran nicht genug hätte, sollen ihm die Vierer "noch wyters ze säyen verzeigen."
5. Es soll keiner eine Brache "ufehren", (aufbrechen), sie sei denn sechs Jahre ruhig gelegen. Busse zwei Pfund und der Herrschaft Recht.
6. Wer in der Gemeinde ein Lehen empfängt, der soll dieser jährlich zwei Pfund Pfennige entrichten, oder aber sich mit der Gemeinde sonst einigen, "daran sy kommen mag."
7. Was jeder auf seinem Heimwesen zu wintern vermag, kann er auf die Allmend treiben. Ende Mai soll er aber mit dem dritten Teil, "es seye ross oder vych abziehen". Wer aber nur ein Ross und eine Kuh oder minder vermöchte, der kann diese auf der Allmend sömmeren. Es soll keiner fremdes Vieh eindingen oder seine Sömmerung verleihen. Nach der Abfahrt sich noch auf der Allmend befindliches oder fremdes Vieh soll von den "Vierern" in den Pfandstall getan und nur gegen fünf Schilling Busse freigegeben werden.

8. "Das man einanderen holtz und veldt wölle helfen in ehren halten, damit einer hohen, frommen oberkeyt lächengüter nit geschwecht, sondern vil mehr gebesseret wärdindt, und welcher das nit thuon wölte, der soll nach aller billichkeit abgestraft werden."

9. Die Vierer sollen jährlich von Haus zu Haus gehen und sehen, was für ("reverenter") Schweine seien und diese "ringen", wofür sie einen halben Batzen pro Stück erhielten. ("ringen", den Schweinen durch Metallhafte im Rüssel das Aufwühlen des Bodens verunmöglichen.)

10. Wenn einer in der Gemeinde Haus und Heim oder etwas Erdreich feilhätte, soll er es der Gemeinde zum Voraus anbieten, und was ehrenhafte und unparteiische Leute billig dünkt, soll ihm dafür werden. Strafandrohung 10 Pfund Busse und der Herrschaft Rechte. (Zugrecht der Gemeinde.)

11. Die oben erwähnten Allmendbussen sollen den Vierern oder der ganzen Gemeinde Buchholterberg zufallen.

Mit Ratsbeschluss vom 15. Juli 1618 wurde dem Landvogt zu Signau befohlen, "das er mit hilf ehren lüthen diser ordnung halb zwischen der gmeindt in fründlichkeit handeln sölle, dergestalten, das sy ire allmenten ohne ir gn. nachteil, sonderlich der hochwälden halb, nutzen und niessen mögind." Sie fanden es aber bedenklich, dass die Buchholterberger die Bussen für sich behalten wollten, "die aber einer oberkeit, als deren der almenden eigenschaft zuogehörig ist," zufließen sollen. Der Landvogt wurde beauftragt, dafür zu sorgen, dass diese ihm übersandt wurden. Ob dieser Verfügung immer nachgelebt wurde, ist sehr fraglich.\*

Da die Rechtsverhältnisse in der obern und untern Allmend sehr verschieden waren und die Entwicklung bis ins 19. Jahrhundert deshalb nicht gleich verlief, sollen die beiden Allmendgemeinden im folgenden getrennt behandelt werden. Es kam zwar gelegentlich noch vor, dass Gemeindebeschlüsse, die beide Allmenden betrafen, gefasst wurden, was besonders bemerkt wird.

### 1. Die Obere Allmend

Die obere Allmendgemeinde gab sich 1613 eine eigene Allmendordnung, die 1663 erneuert, noch um einige Punkte erweitert und endlich 1682 vom Herrschaftsschreiber Noé Losenegger in Signau in wunderschöner Schrift auf einem grossen Pergament festgehalten wurde. Da dies zum Verständnis der ganzen Entwicklung erforderlich ist, sollen ihre Bestimmungen ins heutige Deutsch übersetzt hier folgen.

Im April 1613 trat die Allmendgemeinde zusammen, um eine Ordnung aufzustellen, "damit des einten und anderen, sowol des Armen als des Rychen Nutzen gefürderet und bevorstehendem Schaden gewendt werde." Sie konnten aber nicht einig werden, da einige ihren Vorteil nicht fahren lassen wollten. So wurde denn ein Ausschuss von sechs Männern, sowohl Arme als Reiche, bestimmt. Dieser

\* E. Werder: Nr. 149



sollte zusammentreten, die Sache erwägen und betrachten, damit weder der Reiche, noch der Arme sich zu beklagen habe, "und die Allmendt am allerbillichsten genutzt werden könne, woruff in wahren trüwen erkannt worden, alls hernach von einem puncten zum andern volget."

1. Keine, weder reiche noch arme Person soll unterhalb des Weges, der von der Heimenschwandstrasse zum Stauffenhof geht, eine Brach machen ohne der Gemeinde Erlaubnis und Verwilligung.

2. Alljährlich soll die Feldfahrt (Auffahrt auf die Allmend) von der Gemeinde festgesetzt werden.

3. Am gleichen Tage sollen die "Allmend-Seyer" gewählt werden. Diese sollen zur Allmend "styff Sorg und Acht haben" und vor der Feldfahrt von Haus zu Haus gehen, um festzustellen, wieviel ein jeder "Rechthabende" gewintert habe, damit man wisse, was jeder besetzen werde. Jedes Jahr soll der ältere abtreten und ein neuer gewählt werden. Der ältere soll einen guten "Wucherstier" auf der Allmend haben. Für ihre "Seymuss" sollen sie für eine Kuh Gras erhalten, die sie selber stellen oder verleihen dürfen, "wie es ihnen kumlich ist."

4. Sie sollen die Schweine fleissig ringen und von jedem einen Batzen erhalten.

5. Am Tage der Auffahrt kann jeder Rechthaber mit seiner "Hab und Pfenwerten" (Vieh), was er selber auf seinem eigenen Heimwesen gewintert hat, bis Ende Mai auffahren. Nachher soll er mit dem halben Teil seiner "Pfenwerten" wieder abfahren. Allfälligen "Übersatz" sollen die Allmend-Seyer in den Pfandstall tun.

6. Wer nur ein Ross und eine Kuh zu wintern vermag, "und des Rosses daheim mangelbar wäre", der soll nicht schuldig sein, abzufahren. Wer zwei Kühe und nur ein Ross wintert, "und des Rosses daheim nit entmanglen möchte," der soll nur mit einer Kuh abzufahren schuldig sein. Dergleichen Personen sollen aber des "Übersatzes" halben erleiden, was recht und billig ist. Man soll aber solcher Leute Armut oder Vermöglichkeit in Betracht ziehen.

7. Wer nicht mehr als eine oder gar keine Kuh zu wintern vermag, aber eine zu dinge vermöchte, der soll auf der Allmend nicht mehr als ein "tagwan" zu tun schuldig sein, es sei denn, dass man ein Gemeinwerk zu verrichten habe, so soll er auch nach Marchzahl darin begriffen sein, und soll die Kuh besetzen ohne alle Widerrede.

8. Wenn jeder mit dem halben Teil seiner Viehware abgefahren ist, "soll allwegen von zwöyen zu zwöyen khünen uff der Allment zewärchen gethan werden." Zweijährige und ältere Rosse sollen als zwei Kühe gerechnet werden.

9. Da die Schafe auf der Allmend dem Vieh schädlich sind, sollen diese auf die Farnen getrieben werden, und wenn im Frühling dort zu wenig Futter wäre, ins Banholz. Jedermann soll aber vorher seine Leginen und Zäune aufrichten, damit kein Schaden entstehe.

10. Obenher des in Punkt 1 genannten Weges soll und mag jeder "nach der Billigkeit und seinen Rechten brachen", aber er soll keinen "Mooswasen" aufbrechen ohne Einwilligung der Gemeinde.

Am 28. April 1663 trat die Allmendgemeinde wieder zusammen, fand die 10 Punkte gut, hat "selbige widerum auff ein nöüwes conformiert und befestiget" und einstimmig noch weitere sechs Artikel beigefügt.

1. Es soll keiner einen Hengst oder Münchpferd oder einen "Überstier" auf die Allmend treiben.

2. Die Allmend-Seyer und zwei oder drei Nachbarn sollen den Armen, je nach ihrer Armut, "zu schellen oder umbhar zu stächen uff der Allment etwas verzeigen", damit sie im Herbst etwas ansäen können, jedoch soll ihnen gutes und böses Land "under einander" verzeigt werden, damit die Allmend nicht verschlechtert wird.

3. Es soll keiner Vieh auf die Allmend "harindingen", auch nicht seine "Sey" einem andern verleihen, verkaufen, vertauschen, oder sonst damit handeln, sondern sie mit seinem eigenen Vieh besetzen, oder aber unbesetzt lassen.

4. Wenn einer ein "Heuross" nötig hätte, und in der Gemeinde keins zu finden wäre, der darf ein auswärtiges dinge und auf die Allmend treiben.

5. Wenn einer ausserhalb der Gemeinde wohnt und ein Recht auf der Allmend hat, es sei ein Lehen oder eigenes Gut, der soll nichts auf der Allmend säen, sondern nur den halben Teil seiner Viehware, die er auf seinem Gut gewintert hat, auf gedachter Allmend sömmern.

6. Wenn Abänderungsvorschläge zu dieser Ordnung gemacht werden, so soll darüber abgestimmt werden.

Am 19. Brachmonat 1682 wurde der Allmendbrief der ganzen Gemeinde vorgelesen und von Reichen und Armen, mit Ausnahme von Joseph Losenegger, Hans Bürki, Christen Roth auf dem Bruchenbühl und Hans Roth in Heimenschwand, den Gerichtsgeschwornen Ulrich Kupferschmied und Christen Dummermuth "mit hand und mund glopt und versprochen," ihn zu halten. Am 24. Brachmonat gingen die vorerwähnten Richtsässen im Namen der Reichen und Joseph und Daniel Roth im Namen der Armen auf das Schloss Signau, um "den Ehrenvesten, wolgeachten, frommen, fürnemmen, fürsichtigen und wolwysen Herren David Wagner, Burger und des Grossen Raths, loplicher Stadt Bern und diser wylen Vogt zu Signouw" zu bitten, diesen Brief zu genehmigen und "sein eigen Ehren Insigell" daran zu hängen, was er getan hat. Zeugen bei dieser Amtshandlung waren die Weibel Michel Pfeffli von Signau und Ulrich Rügsegger von Röthenbach.

Die vorerwähnten vier, die zuerst den Brief nicht geloben wollten, haben dies nachträglich auch noch getan, und zwar der Hans Bürki, der Joseph Losenegger und der Christen Roth vor der versammelten Gemeinde am 27. Juni 1682, und der Hans Roth versprach am 24. Heumonat 1682 dem Weibel Rügsegger in Röthenbach, "wider diseren Brieff keines wägs nichts ze reden, sonder dessen content und zufriednen ze sein."

In dieser Allmendordnung wird besonders betont, dass Arme und Reiche zum Wort kamen und beider "Nutzen gefürderet" werden sollte. Allem nach wurde diesem schönen Grundsatz nicht immer nachgelebt, denn mehrmals hatten sich in spätern Jahren die Armen zu beklagen, sie werden von den Grundbesitzern



übereilt. Bei diesen Streitigkeiten ging es meistens um die grundsätzliche Frage, ob die Allmendnutzung ein *Realrecht*, d.h. zu den Gütern gehörend oder ein *Personalrecht* sei. Im Buchholterberg hielt man bis ins 19. Jahrhundert am Realprinzip fest, während an andern Orten das Personalrecht angewendet wurde.

Aus der Zeit von 1686 bis 1692 sind von der obern Allmend die "Besatzbüchlein" vorhanden. Es heisst darin z.B.: "Uff den 22. tag april ist man uff die obere Allmänd an dem Buchholterbärg in Gottes namen zu fäld gefahren und wärdien beschrieben, wie viel ein jederen besetzen soll über summer." Es waren damals 43 Berechtigte, später 56.

Die im Jahre 1682 neu bestätigte und von Notar Noé Losenegger kunstvoll auf einem grossen Pergament festgehaltene Allmendordnung wurde nur noch vierzehn Jahre angewendet. Im Jahre 1695 stellte die obere Allmendgemeinde an den Rat der Stadt Bern das Gesuch, "eine grosse weite schlechten moses und ungeschlachten erdrichs, darvon sy wenig oder gar keinen nutzen und genoss haben könnind, dafern selbiges nicht geäferet und gebauen wurde", einzuschlagen und aufteilen zu dürfen. Der Rat erteilte am 15. Juni 1695 dem Landvogt in Signau den Befehl, die Angelegenheit an Ort und Stelle zu prüfen, allfällige Opponenten anzuhören und Bericht zu erstatten. Dieser Bericht lautete in zustimmendem Sinne, denn am 20. Juli 1696 wurde der obern Buchholterberg-Allmendgemeinde die Bewilligung erteilt, ungefähr 200 Jucharten auf dem "moos und herti erdrich" einzuschlagen, zu pflanzen und anzusäen. Diese *Allmend-Aufteilung* wurde allerdings nur unter folgenden Bedingungen gestattet:

1. Vorerst soll eine genaue und unparteiische "seyung alles veychs, so ein jeder Grundbesitzer auf seinem eigenen Lande wintern kann, gemacht werden". Für zwei Kühe Winterung soll jedem eine Jucharte zugeteilt werden. Der Arme, der nur eine oder gar keine Kuh vermag, soll aufs wenigste eine Jucharte erhalten. Es sollen nur in der Gemeinde ansässige Arme berücksichtigt werden, nicht aber umherschweifende, ledige und starke.

2. Dem Schmied in Heimenschwand sollen der Schmiede wegen auch zwei Jucharten zugeteilt werden.

3. Was nach der Aufteilung noch übrig bleiben wird (rund 100 Jucharten) darf nach Gutfinden der Gemeinde unter die Notdürftigsten verteilt, oder für von auswärts zuziehende *Arme* aufbehalten werden.

4. Es darf kein Allmendrecht versetzt, vertauscht, verhandelt oder vergabet werden, "sondern jederweilen auf obige weis nach der seyung und den armen hingegeben werden." Wer dagegen handelt, soll sein Recht verwirkt haben und der Handel ungültig sein.

5. Wenn einer von seiner in der Gemeinde gelegenen "höüwung oder matland" weggeben würde, soll ihm auch soviel an der Allmend der Seyung nach abgezogen werden. Wenn er aber Heu- oder Matland einem auswärtigen abgeben würde, soll sein Allmendland proportional dem abgegebenen wieder der Gemeinde zufallen. Der Zehnten soll an den Ort, wo er hingehört, entrichtet werden.

6. Was die Atzweid und unverteilte Allmend betrifft, soll diese von den Armen und Reichen gleich genutzt und besetzt werden. Wenn die Armen kein Vieh hätten oder vermöchten, soll ihnen gestattet werden, von gesunden Orten Vieh hineinzudringen oder ihr Recht ihren Gemeindegossen hinzuleihen.

7. Wenn Streit und Missheiligkeiten ausbrechen sollten, so soll der jeweilige Amtmann in Signau sich an den Ort verfügen und wenn möglich die Streitenden vereinbaren, andernfalls den Handel an uns gelangen lassen.

Alles, solange es uns gefallen und wir keine Ursache haben, etwas abzuändern.

Die Verteilung der obern Allmend hatte noch einen Streit mit den Besitzern der beiden Stauffenhöfe zur Folge. Diese lagen im Gebiet der Gemeinde Röthenbach, hatten aber auch Land im Buchholterberg. Sie erhoben deshalb Anspruch auf die verteilte Allmend, was die obere Allmend bestritt. Daniel Im Hooff, Gleitscherr und Beat Fischer, alt Landvogt von Saanen wurden als Schiedsrichter angerufen. Diese sprachen jedem Hof ein Stück der angrenzenden Stauffenweid zu. Die Grösse wird in der Urkunde nicht angegeben.

Der *Allmendbrief von 1696* sprach sich deutlich dafür aus, dass die unverteilte Allmend von Armen und Reichen gleich genutzt werden sollte. Neben dem Realrecht der Grundbesitzer galt also das Personalrecht der Armen. Gleichwohl hatten die Armen mehrmals Grund zu Klagen, bis im Jahre 1828 ihr Recht endgültig geregelt wurde. Schon im Jahre 1704 musste der Landvogt von Signau seine in Punkt 7 der Allmendordnung von 1696 erwähnte Pflicht ausüben. Die Armen beklagten sich, wenn Vermögliche Tauner- oder Allmendhüttlein kaufen, so ziehen sie die dazugehörigen Allmendrechte an sich und schmälern so die Rechte der Armen. Der Rat entschied nun am 20. August 1704, es solle der Allmendbrief von 1696 weiter gültig sein, sodass die Rechte der Armen den Haushaltungen und nicht den Häusern zugeteilt seien. (Personalrecht.) Wer aus der Gemeinde zieht, dessen Recht soll der Gemeinde anheimfallen. Die Kosten wurden wettgeschlagen "und Ehrwürdige wort, so deren ergangen, oberkeitlich uffhebende."

Die *Allmendrechtsfragen* sollen nun weiter verfolgt werden bis zum Jahre 1828. Im Jahre 1707 wurde verfügt, wer in Zukunft ohne Bewilligung der Gemeinde ein Stück der Allmend einschlage und ansäe, soll mit einem halben Taler gebüsst werden.

Im Jahre 1738 verlangten ein Ulrich Bähler auf der Schwarzenegg und Peter Bähler im Zihl das Allmendrecht für ihre Mutter Verena Schenk. Die Allmendgemeinde bestritt dies, "denen Klägern Mutter seye eine freye Weibsperson, die weder Herrschaftsrechte, Steür, Bräuch und Wachtgeld aussrichte". Der Landvogt Samuel Gottier in Signau entschied dann, die Witwe solle die erwähnten Abgaben entrichten und dafür in Zukunft das Allmendrecht erhalten.

1743 verkaufte ein Friedrich Baumgartner im Zihl sein "Gschickli", vermutlich ein Allmendhäuschen, dem Hans Bürki aus der Kilchöri Münsingen. Dieser machte nun das Allmendrecht geltend, da er als Hintersäss "das Hintersässgeld, die Armenanlagen, Tellen, Tschanzführungen, Kirchhörkösten, in Summa alle Steüren, Bräuch und Herrschaftsrechte entrichte." Die Allmendgemeinde berief sich auf den



Allmendbrief von 1696, wonach das Allmendrecht erlösche, wenn einer aus der Gemeinde ziehe. Der Landvogt von Graffenried entschied, Hans Bürki sei mit seiner Klage abgewiesen, wenn es in Zukunft mit allen Hintersässen so gehalten werde.

Ein besonders interessanter Armenrechtsstreit spielte sich im Jahre 1744 ab. Ein Hans Zimmermann beschwerte sich im Namen der Armen, es werden diesen kleinere Jucharten auf der Allmend zugewiesen als den Bauern. Nach einem Verzeichnis im Staatsarchiv rechnete man im alten Bern mit verschiedenen Jucharten.

1 Waldjucharte	= 45 000 Quadratfuss = 3870 m <sup>2</sup>
1 Ackerjucharte	= 40 000 Quadratfuss = 3440 m <sup>2</sup>
1 Wiesenjucharte	= 35 000 Quadratfuss = 3010 m <sup>2</sup>
1 kleine Wiesenjucharte	= 32 000 Quadratfuss = 2752 m <sup>2</sup>
1 kleinste Wiesenjucharte	= 31 250 Quadratfuss = 2687,5 m <sup>2</sup>

Der Streithandel kam vor den Landvogt Bernhard von Graffenried in Signau. Am 25. September 1744 verfügte dieser, "dass den einheimischen Armen wie den Reichen eine grosse Jucharte à 5000 Schritt zu drey Schuhen gerechnet, nämlich der Bernschuh, wie er in der Hauptstadt an dem Zeit Glocken Thurm zu finden, zugetheilt seyn, folglich einer gehalten werden solle wie der andere." Weil die Vorgesetzten der oberen Allmendgemeinde vorgegeben hatten, die Bauern erhielten auch nur eine kleine Jucharte, wurden sie "gegen die Kläger um die Cösten verfallen von Rechters wegen." Als das Metermass eingeführt wurde, traten anstelle des Bernerfusses am Zeitglockenturm in Bern ein Meter und ein Doppelmeter, die heute noch zu sehen sind.

Im Jahre 1754 wurde einem Peter Wyss auf der Farnen das Allmendrecht bestritten. Der Landvogt Franz Ludwig von Wurtemberg verfügte aber: Da Peter Wyss eigenes Feuer und Licht hat, und der Allmendbrief die Nutzung den Haushaltungen und nicht den Häusern zuteilt, solle er allmendberechtigt sein. Dies war also eine deutliche Bestätigung des Personalrechts.

Im Jahre 1764 versetzte der Hans Liechti sein Haus in Heimenschwand auf das Aegertengut. Später baute er in Heimenschwand wieder ein Haus, musste aber einen Revers ausstellen, dass er dort zu keinen Zeiten ein Allmendrecht "pretendieren" wolle.

1765 wurde eine weitere Allmendaufteilung erörtert, aber mehrheitlich abgelehnt, da der Rest der Allmend von 50 Kühen Sömmernung nicht günstig sei zum Verteilen. Es seien tiefe Gräben, Riesen, dazwischen Wald und Krisschau, Wege und Strassen und Dünkelleitungen. Der Weidgang sei die beste Nutzungsart. Wenn der Weidgang abgeschafft würde, müssten sie das Vieh auswärts sömmern, zum Teil im Luzerngebiet. Man könnte auch nicht mehr so viele Pferde halten für den täglichen Gebrauch und für die Artillerie- und Proviantpferde. Wie wir sehen werden, waren sie im obern Buchholterberg später anderer Ansicht.

Am 21. März 1777 wurde den Armen gestattet, wenn sie keine Kuh hatten, Geissen auf die Allmend zu treiben, was sonst verboten war.

Im Jahre 1788 verlangte ein Hans Bähler am Bühlzaun als Bürger von Buchholterberg eine Jucharte Allmendeinschlag. Dies wurde ihm verweigert, da er als Lediger unter die im Allmendbrief von 1696 erwähnten "umschweifenden, ledigen und starken zu rechnen sey, mithin davon ausgeschlossen seyn solle." Der Landvogt Heinrich May kam zu einem Augenschein in den Buchholterberg. Dieser entschied, da der Bähler von seinem Vater ein Allmendhäuslein geerbt und sich darauf haushäblich niedergelassen habe, könne er, trotzdem er ledig sei, nicht unter die "ledigen und umschweifenden" gerechnet werden, sondern nur die Knechte und Tagelöhner, sowie die "vertischgeldeten", die keinen ordentlichen Wohnsitz haben. Die Gemeinde habe schon mehrmals solchen Allmendland verzeigt "und nicht allemal die einten wie die andern gehalten, sondern durch die Finger gesehen." In Zukunft soll nach dem Allmendbrief von 1696 gehandelt werden. Der Kläger erhielt seine Jucharte, und die Gemeinde musste die Kosten von 29 Kronen bezahlen.

Zwei Jahre später reichte Trüllmeister Johannes Zimmermann am Bätterich für sich und die Armen eine Klage wegen ungerechter Anwendung des Allmendbriefes von 1696 an den Landvogt von Signau. Sie fragten: "Wie verhält sich die Teilung von 1696 gegen die Staths Erkenntnis? Ist darin den Armen Rechnung getragen worden? Lässt sich nicht darin der Eigennutz und die Bevorteilung mit den Händen greifen? So musste aber eine Seyung und Verteilung ausfallen, die nicht einmal unter der Aufsicht des Herrn Amtsmanns, sondern bloss durch die Reichsten und Angesehensten in der Gemeinde zustande gebracht wurde."

Sie klagten, dass vor etwa 30 Jahren wieder ein Stück Allmend verteilt worden sei, ohne dass die Armen berücksichtigt wurden. Sie brachten folgende Klagepunkte vor:

1. Dem Chorrichter Stucki sei ein Kuhrecht für 130 Kronen verkauft worden, wovon die Armen nichts erhalten haben.
2. Es gebe Bauern, die bis 10 Jucharten eingeschlagenes Allmendland besitzen, die keine sechs Kühe winteren können.
3. Die Armen bekommen nur 1 Jucharte Einschlag, und die halbe Jucharte zum Ansäen wird ihnen verweigert.
4. Wenn Bemittelte Güter verkaufen, so ist die eingeschlagene Allmend inbegriffen. Wenn aber ein armer Hausvater stirbt, so fällt sein Einschlag an die Gemeinde zurück, und die Kinder werden auf die Gasse gestossen.
5. Die Armen dürfen auch kein Vieh mehr eindringen, damit sie den Reichen ihr Recht billig verleihen müssen.

Sie verlangen keine Revision der Allmendteilung;

1. Wenn man sie nach dem Seybrief hält,
2. Wenn man ihnen zu der Jucharte Einschlag noch eine Jucharte zuteilt,
3. Wenn man den Kindern beim Tode des Vaters die Einschläge nicht mehr wegnimmt und sie auf die Gasse stösst,
4. Wenn man sie ihre Besatzung wieder von auswärts eindringen lässt,
5. Wenn man ihnen von den 130 Kronen Erlös Rechnung ablegt. Sie verlangten innert vier Wochen Antwort von der Allmendgemeinde.



Am 7. Juli 1791 antwortete Rechtsagent Ulrich Obmann in Wachsdorn im Namen der obern Allmend den Klägern kurz folgendes:

1. Ob bei der Allmendverteilung im Jahre 1696 Ungerechtigkeiten vorgekommen seien, können die jetzt Lebenden nicht sagen. Wahrscheinlich sei die Allmend nach der Ertrageinheit der Güter verteilt worden und die habe sich seither verändert. Wo aber der Überschuss hingekommen sei, finde sich nirgends, doch habe die damalige Verteilung unter der Aufsicht des Amtmanns stattgefunden.

2. Dass vor 30 Jahren von der unverteilt Allmend unter die Güterbesitzer verteilt worden sei, sei ein Irrtum.

3. Im Gegenteil wurde zugeteiltes Allmendland ausgeschlagen und unter die Armen verteilt. Ferner erhielten sie Moos zum Torfstechen.

4. Betreffend die 130 Kronen: Die Hälfte ist die Witwe noch schuldig, 30 Kronen wurden für ein Allmendhäuslein bezahlt, 30 Kronen für den Prozess mit Hans Bähler, und für den Rest wird der Obmann Hans Gugger Rechnung stellen.

5. Den Armen wird die halbe Jucharte zum Säen gegeben.

6. Die Güterbesitzer sind berechtigt, ihre aufgeteilte Allmend zu verkaufen.

7. Dass beim Tode eines Armen seine zugeteilte Jucharte der Gemeinde zufällt, ist zur Verbesserung der Allmend unumgänglich. Wenn sich die Kinder verheiraten, so erhalten sie ihren Anteil auch.

8. Die Armen dürfen ihr Seyrecht mit fremdem Vieh besetzen.

In Punkt 2 scheint die Verantwortung der Güterbesitzer nicht zu stimmen, denn unter dem 27. Heumonats 1763 ist ein Gemeindebeschluss notiert, dass der Christen Kupferschmied den Auftrag erhielt, das "wüste Moos" auszumessen und unter die "Besitzer eigenen Erdreichs" zu verteilen. Es wurden 13 Löser gemacht und einigen Besitzern gemeinsam zugeteilt. Es steht darunter: "Dies ist gemässen worden in der Fründlichkeit und auff Mghn. Landvogts Gefallen durch mich Christen Kupferschmied, Grichtsess."

Am 16. Juli 1791 fand eine Verhandlung im Schlosse Signau statt. Anwesend waren: Johannes Zimmermann mit Beistand des Andreas Moser zu Steinen als Kläger und Hans Gugger, Obmann mit Beistand des Lieutenants und Richters Ulrich Obmann in Wachsdorn im Namen der Allmendgemeinde. Beide Parteien verharteten auf ihren Standpunkten. Nach der Ernte sollte ein Augenschein durch den Landvogt Johann Bernhard Steiger stattfinden.

Am 16. August 1791 wurde dann nach kräftigem Zuspruch des Landvogts ein Vergleich abgeschlossen.

1. Alle Misslichkeiten sollen vergessen und der Friede zwischen den Streitenden wieder hergestellt sein. Die vorhandenen Briefe und Rechtsame sollen in völliger Kraft bleiben.

2. Wenn ein Geschlecht, das heisst Vater und Mutter gestorben sind, oder aus der Gemeinde wegziehen, soll nach bisheriger Übung die Einschlagjucharte wieder zu der Allmend geschlagen werden. Wenn aber ein Sohn vorhanden ist, der sechzehnjährig und imstande ist, der Eltern Einschlag zu bearbeiten, so soll ihm

solcher nicht entzogen werden können, "damit er des Väterlichen Fleisses nicht beraubt sey."

3. Ansehend das Seyland, so soll von nun an und in Zukunft den Armen 1/3 Jucharte gutes und 1/3 Jucharte schlechteres Land zugeteilt werden (Die Jucharte zu 36000 Schuh gerechnet), jedoch mit der ausdrücklichen Bedingung, dass das schlechte Land zuerst bearbeitet und sobald dieses bewerkstelligt, das gute Land dannzumal auch an Nutzen gestellt werden könne.

4. Wenn es sich in Zukunft ergeben würde, dass die Allmend eine so starke Austeilung nicht ertragen möchte, so solle es einem jeweiligen Herrn Amtmann zustehen, die Austeilung dieses Seylandes nach dem Bedürfnis und den Umständen zu vermindern oder zu vermehren. unter folgender Erläuterung, dass das gute Land durchgehends überall "der Kehr nach" verzeigt und abgesteckt, mithin einzig die besten Böden davon verschont werden sollen.

5. Zur Vermeidung von Streit soll alles jeweils durch das Los entschieden werden.

6. Den Armen soll gestattet sein, fremdes Vieh einzudringen. Die Kosten sollen von beiden Parteien zu gleichen Teilen getragen werden.

Während der *Helvetik* hatte sich die Verwaltungskammer des Kantons Bern mehr als einmal mit der obern Buchholterberg-Allmend zu befassen. Am 29. August 1800 stellten die Bürger Zimmermann, Bähler und Mithafte ein Gesuch um Aufteilung der obern Allmend. Die Petition und die Opposition mehrerer Rechthaber wurden dem Statthalter des Distrikts Steffisburg zur Begutachtung zugestellt. Dieses Schreiben langte am 16. Juni 1801 in Bern ein. Nun verlangte die Handels- und Gewerbekammer vom Statthalter in Steffisburg, dass die Buchholterberger noch folgende Fragen beantworten.

1. Wie gross die Allmend sei, wieviele Jucharten diese halte und ob das Land derselben verschieden oder allerhalben gleich sei.

2. Wieviele Bürger sich gegenwärtig in der Gemeinde befinden, welche Anteil an der Allmend geniessen und wieviel sich aussert derselben aufhalten und uns denselben mit Beförderung zusenden. Nach einer Mahnung konnte am 27. Februar 1802 der Bericht dem Bürger Verwalter Jenner zur Ausarbeitung eines Projektes übergeben werden. Es kam aber nicht mehr dazu, bevor die Zeit der Verwaltungskammer abgelaufen war. Am 10. Mai 1803 wurde die Frage der Aufteilung der obern Allmend im Buchholterberg mit vielen andern Geschäften der neuen Kantons-Regierung überwiesen. Diese hatte wichtigere Angelegenheiten zu erledigen, und die Sache blieb denn einige Jahre liegen.\*

Von 1804–1808 fand ein grosser *Allmendrechtsprozess* zwischen Peter Müller am Bätterich und der obern Allmend statt. Da im Jahre 1805 die "Bursami" Wachsdorn in allen Angelegenheiten mit Mittlbuchholterberg verschmolzen wurde, das Allmendrecht aber auf die beiden Allmendgemeinden im Buchholterberg beschränkt blieb, war die ohnehin komplizierte Rechtslage noch verwirrlicher

\* St.A: Manuale der helv. Verw.kammer: 19/174, 20/360, 22/215, 25/69/342, 31/350, 32/220.



geworden. Peter Müller war ein gebürtiger Wachseldorner. Im Jahre 1761 zog er nach Steffisburg und erhielt einen Heimatschein von Buchholterberg, der aber nach damaligem Recht keinen Anspruch auf die obere oder untere Allmend in sich schloss. (Landrecht) Später kaufte er ein Heimwesen am Bätterich im Gebiet der oberer Allmend. Mit diesem alten "Sässhaus" erwarb er für eine Kuh Atzweid auf dieser Allmend. Nachdem er sein Heimwesen seinem Sohne abgetreten hatte, lebte er als "vermögender Schleissmann" im Stöckli. Im Jahre 1804 machte er Anspruch auf ein Kuhrecht auf der oberer Allmend. Er berief sich dabei auf seinen Heimatschein von 1761 und auf den Seybrief von 1696 mit Ergänzung von 1704, nach dem das Recht auf die unverteilte Allmend nicht den Häusern und Firsten, sondern den Haushaltungen zugeteilt sei. Er erklärte, dass er ein betagter Mann "ohne viele Mittel" sei, was mit dem "vermögenden Schleissmann" nicht ganz übereinstimmte. Als Anwalt nahm sich der Peter Müller den Rechtsagenten Niklaus Badertscher im Lehn bei Reutenen und später einen J. Studer, während sich Allmendobmann Hans Gugger in der Zugmatt durch den schon erwähnten Ulrich Obmann vertreten liess.

Eine *Einigungsverhandlung* vor dem Oberamtman von Konolfingen vom 21. Juni 1804 scheiterte. In einer "*Gegenvorstellung*" der Allmendgemeinde wies diese das Gesuch des Peter Müller mit folgender Begründung ab.

1. Peter Müller ist kein Allmendburger, und wenn er einer wäre, so hätte er kein Personalrecht.

2. Die Gemeinde Buchholterberg besteht aus drei Teilen, Ausser- und Innerbuchholterberg und Wachseldorn. Im Vormundschafts-, Steuer-, Armen- und Schulwesen und in bezug auf die Heimatscheine bilden sie eine Gemeinde. Anders verhält es sich aber mit den Allmenden. Ausserbuchholterberg hat die untere, Innerbuchholterberg die obere und Wachseldorn hat keine.

3. Bei den Allmenden verhält es sich so: Die *Realrechte* können Burger und Hintersässen nutzen, da sie zu den Gütern gehören. Bei den *Personalrechten* ist es anders. Kein armer Burger aus der äusseren Gemeinde kann ein Nutzungsrecht auf der oberer Allmend geltend machen oder umgekehrt, noch viel weniger einer, der oder dessen Voreltern in Wachseldorn gewohnt haben.

4. Peter Müller hat 1761 einen Heimatschein der Gesamtgemeinde Buchholterberg erhalten, der ihn aber nicht allmendberechtigt macht.

5. Die allmendfähigen *Armen* haben als *Personalrecht* eine Jucharte zu lebenslänglicher Nutzung, eine Reute zu zweijähriger Benutzung und 1 Kuhrecht auf der offenen Allmend.

6. Peter Müller ist aber kein Armer. Als Reicher besitzt er kein Personalrecht, sonst hätte er nicht nur ein Kuhrecht, sondern auch Einschlag und Reuti zugut.

Peter Müller reichte dem Oberamtman von Konolfingen eine "*Replikantische Widerlegung*" ein. Er berief sich darin auf den Satz im Seybrief von 1696, wo es heisst: "Die Atzweid und unverteilte Allmend soll von den Armen und Reichen gleich genutzt werden." Das Atzweidrecht ist bloss an zwei Bedingungen gebunden, "dass man Burger der Gemeinde Buchholterberg und ein innert derselben

Gemeindemarchen wohnhafter Hausvater sei." In der ganzen Gemeinde Buchholterberg gilt ein einziges Bürgerrecht. "Ein jeder Ortsburger ist zugleich Burger von Inner- und Ausserbuchholterberg und Wachseldorn." Ihm ist also das Atzrecht zu erteilen. Dieses kann nur verloren gehen durch Verlust oder Aufgabe des Bürgerrechts, Wegzug aus der Gemeinde oder "eine frische obrigkeitliche Erkenntnis, nicht aber durch Übungen, die jenen Erkenntnissen zuwiderlaufen."

Die Allmendgemeinde sandte eine *Duplikantische Erklärung* an das Oberamt Konolfingen ein, in der sie den Anwalt des Peter Müller einen "verkaptten Schriftsteller" nannte. Sie beriefen sich in ihrer Entgegnung hauptsächlich auf Artikel 6 der Vereinigungsurkunde mit Wachseldorn von 1805: "Dass die armen Burger sowohl in Buchholterberg als Wachseldorn, wenn selbige Einschläg und übrige Nutzung auf den Allmenden prästendieren wollen, wie bishin gehalten seien, zu erzeugen, dass sie fähig seien, mithin ihre Vorältern auf Allmendgütern gewohnt haben." Peter Müller und seine Vorfahren wohnten in Wachseldorn, bis er vor etlichen Jahren sich auf einem allmendfähigen Gut angesiedelt hat. Er hat sein Allmendrecht verkauft, lebt aus den Zinsen und ist ein Bemittelter, der kein Allmendrecht besitzt.

Am 3. März 1806 entschied der Oberamtman von Graffenried von Konolfingen, dass Peter Müller kein Allmendhaus besitze, auch kein Armer sei und deshalb sein Anspruch auf die Allmend mit Kostenfolge abgewiesen werde.

Peter Müller apellierte aber an Schultheiss und Rat des Kantons Bern. Diese urteilten am 2. Juni 1806, "es sei von unserem Oberamtman übel geurteilt, mithin von dem Müller wohl an uns rekuriert worden." Die Kosten wurden wettgeschlagen.

Die obere Allmendgemeinde gab sich aber noch nicht geschlagen. Sie machte noch einmal vor dem Kleinen Rat ihre Ablehnungsgründe gegen das Allmendsrecht des Peter Müller geltend, was den Anwalt des Petenten zu der spöttischen Bemerkung veranlasste: "Man hat aufs neue alle Winkel des Gemeindearchivs durchstöbert und erwartet nun mit Sehnsucht, ob der Anspruch der kompetenten Behörde ihr gestatten werde, mit denen aus dem Staub hervorgezogenen Rekruten ein frisches Treffen zu beginnen." Die Allmendgemeinde wollte nun ein neues Nutzungsrecht aufstellen. Dies wurde aber vom Kleinen Rate abgelehnt und diese zu den Kosten des ganzen Handels verfällt. Ihr Beistand Ulrich Obmann stellte eine Rechnung von 89 Kronen, 20 Batzen und 2 Kreuzer. Dazu mussten sie dem Peter Müller 42 Kronen 1 Batzen vergüten. (Siehe auch: Wie Wachseldorn eine selbständige Gemeinde wurde.)

Am 9. September 1813 gab sich die obere Allmendgemeinde ein neues Reglement. Von der offenen Allmend sollen 10 (nach späterer Schätzung 12) Jucharten für "allfällige zukünftige Prästendenten" abgesteckt werden. Das übrige soll auf die Anteilhaber verteilt werden, aber eine Haushaltung soll nicht mehr als ein Recht erhalten. Vor der Messung und Verteilung sollen die Fahr- und Fusswege revidiert werden, dass man von jedem Recht auf einen Haupt- oder Nebenweg gelangen kann. Niemand darf sein Recht als ein persönliches verkaufen. Die verteilte



Allmend kann beliebig genutzt werden jedoch ohne Schaden für den Nachbar. Die Gemeinde behält sich vor, für die Armen etwas Land für Schelleten abzustecken, "doch nur so viel und wem es der Gemeinde gefallen wird, weilen solches ohne einiches Recht geschieht." Es soll ein zweijähriger Wucherstier in der Gemeinde gehalten und der Reihe nach auf vier Höfe verteilt werden. Diese sollen ihn gegen Benutzung eines Stückes Allmendland ein Jahr lang halten. Wegen dieser Verteilung sollen keine Prozesse geführt werden. Dieses Reglement wurde von der Regierung genehmigt.

Im Jahre 1814 wurde nun diese Verteilung der Allmend vorgenommen. Es wurde eine Dreierkommission bestimmt: Hans Dummermuth auf dem Bühl, Johannes Gugger in der Schrotten und Johannes Zimmermann als ein Mann von der ärmeren Klasse. Die Verteilung ist im noch erhaltenen Verteilungsbuch ausführlich beschrieben. Es wurden im Ganzen 117 Parzellen an 64 Berechtigte durchs Los zugeteilt, zuletzt das schlechteste Land auf dem Wachseldornmoos, Schindelberg, Scheibensteinmoos, auf der Flu, Erlenmoos, Aegertenboden, obere Farneren, Bühlzaunmoos, Simbelenweiteli (?), Aeschmattmöser bei dem Wachseldorn-Türli, Aubitschwendi, beim Rothbächli, Schlegwegweiteli. Der Torfstich auf dem Wachseldornmoos war schon vorher verteilt worden. Den Anstössern an die Allmend wurde ein Stück an ihr Eigentum grenzend zugeteilt, allerdings bekamen sie dann etwas weniger.

Im Jahre 1821 stellte die Obere Allmend das Gesuch an die Regierung, ihre Allmendteile nach Gutfinden veräussern zu dürfen. Wegen der Wichtigkeit der Angelegenheit und der "mannigfaltigen Verhältnisse" konnte die daherige Untersuchung erst im Jahre 1827 abgeschlossen werden. Nach den Akten und dem Rapport des Justirates gab die Regierung dem Oberamtman von Konolfingen den Auftrag, der obern Allmendgemeinde im Buchholterberg folgendes mitzuteilen: (gekürzt)

1. Die 1696 unverteilte Allmend sollte den Notdürftigsten und von aussen herkommenden überlassen werden.
2. Das aufgeteilte Allmendland sollte nicht ins Privateigentum übergehen und nicht beschwert werden.
3. Trotzdem wurden kurz nachher die Allmendteile als Realrechte behandelt.
4. Nach verschiedenen Modifikationen wurde beibehalten, dass niemand seinen Anteil als Personenrecht verkaufen dürfe.
5. Nach vielen Streitigkeiten wurde die erwähnte Bittschrift vom 13. August 1821 eingereicht. Wenn nun im Laufe der Zeit die Allmend mit Ausnahme von 12 Jucharten schlechten Landes in Privateigentum übergegangen ist, so könnte das von Rechtswegen ungültig erklärt werden. Weil das aber zu unabsehbaren Streitigkeiten und Prozessen führen würde, so haben wir uns entschlossen, nicht auf den urkundlichen Rechten zu bestehen, sondern nur dafür zu sorgen, dass die gegenwärtigen und zukünftigen armen Gemeindebürger einiges Pflanzland erhalten. Deshalb haben wir beschlossen:
  1. Es wird der ganzen Gemeinde Oberbuchholterberg für die unbefugten und widerrechtlichen Veräusserungen von Allmendland das *obrigkeitliche Missfallen* bezeugt und dass in Zukunft solche Widerhandlungen streng geahndet werden.

2. Alles in Privatbesitz übergegangene Allmendland soll den Besitzern verbleiben.
3. Die Gemeinde Oberbuchholterberg wird verpflichtet, zu den noch vorhandenen 12 Jucharten 30 Jucharten (zu 40000 Quadratschuh) zurückzukaufen und eine neue Allmend von höchstens 3 Stücken zu bilden.

4. Diese neue Allmend soll ausschliesslich zur Unterstützung der ärmeren Klasse von Burgern, das ist solchen, die nicht auf ihrem Eigentum eine Kuh zu wintern vermögen, dienen. Das übrige Land soll von der Gemeinde verpachtet werden. Es soll ein neues Reglement entworfen und uns zur Genehmigung eingesandt werden.

5. Zum Ankauf des Landes soll ein Anleihen aufgenommen werden.

6. Von den Burgern soll eine jährliche Telle im Betrage von 500 Franken erhoben werden, bis die ganze Summe abbezahlt ist.

7. Der Oberamtman soll einen "durch Sachkenntnis und Rechtlichkeit ausgezeichneten, ausser dem Gemeindebezirk wohnenden, unparteiischen Mann" ernennen, der das Anleihen und die jährlichen Beischüsse zu verwalten hat und die Landkäufe beaufsichtigen soll.

8. Die daherigen Kosten sollen aus den Tellen bestritten werden, und jährlich ist dem Oberamtman Rechnung abzulegen.

Es war wohl für die obere Allmendgemeinde eine bittere Angelegenheit, sozusagen unter Vormundschaft gestellt zu sein. Aber der Befehl der Obrigkeit musste ausgeführt werden. In den Jahren 1827 und 1828 wurde die neue Allmend zusammengekauft. Es wurden 43 Kauf- und Tauschbriefe ausgefertigt und vor dem Untergericht in Oberdiessbach bestätigt. Da nur drei Stücke sein durften, mussten eben etliche Parzellen ausgetauscht werden. Es war also so etwas wie eine Güterzusammenlegung im Kleinen. Die Kosten für das Land betrugen 2173 Franken 6 Batzen und die Staatsgebühren 109 Fr. 7 Batzen 6 3/4 Rappen.

Am 28. Mai 1828 wurde das verlangte *neue Reglement* beschlossen und am 19. Nov. 1830 vom Kleinen Rat genehmigt. Es enthielt folgende Bestimmungen:

1. Wer im Jahre 1815 als Bürger oder Hintersäss von der verteilten Allmend erhalten und diesen Anteil verkauft hat, soll keinen Anteil an der neuen angekauften haben, sondern von der ganzen Gemeinde unterstützt werden.
2. Auf dieser neuen Allmend sollen folgende armen Bürger Anspruch haben:
  - a. Wenn er erweisen kann, dass er oder seine Voreltern 10 Jahre im Bezirk der obern Allmend gewohnt haben.
  - b. Nicht mehr als L 300 (Fr.) Vermögen habe, mithin nicht eine Kuh zu wintern vermöge. (1853 auf 400 alte oder 579,71 neue Franken erhöht.)
  - c. 25 Jahre alt, verheiratet ist und sich im Allmendbezirk haushältlich aufhält.
3. Bürger ausserhalb des Allmendbezirkes haben keinen Anteil.
4. Berechtigte Bürger sollen 1 Jucharte, zur Hälfte besseres und zur Hälfte schlechteres Land erhalten. Benutzung unentgeltlich aber tellpflichtig.
  - a. Einem Hausvater und der Witwe lebenslänglich oder bis zu deren Wiederverheiratung.
  - b. Kinder, die noch unter der elterlichen Gewalt stehen, sollen keine besondere Nutzung haben.



5. Die Nutzung soll aufhören und dem Gemeindebezirk wieder zufallen,  
a. Nach dem Absterben des Vaters und dessen Frau oder im Fall deren Wiederverheiratung.

b. Oder wenn denselben ein Vermögen von L 1000 zufällt (1853 auf 750 alte oder 1066,96 neue Franken ermässigt)

c. Wenn einer etwas davon veräussert, versetzt, verkauft, vertauscht oder Schulden darauf versichert, oder zu bauen sich erfrechen würde.

6. Es soll jedem verboten sein, von der empfangenen Allmend auf irgend eine Weise zu veräussern, zu versetzen oder zu verpfänden oder Wohnungen darauf zu bauen.

7. Die Allmendstücke von einer halben Jucharte sollen der Reihe nach zugeteilt werden. Ausnahme: Auf oberamtliche Bewilligung Zuteilung einer väterlichen Parzelle an dessen Sohn.

8. Das nicht benutzte Allmendland soll verpachtet werden. Der Ertrag zusammengelegt, soll für die Allmend, für die Armen oder zu einem gemeinnützigen Zwecke verwendet werden. Der Verwalter soll alle zwei Jahre Rechnung ablegen, diese soll unentgeltlich passiert und nicht in der Amtsschreiberei, sondern in ein Gemeindeprotokoll eingetragen werden.

Über das *Torf- oder Turbenland* wird eine besondere Verordnung über die Torfgräberei aufgestellt.

1. Es sollen Abzuggräben erstellt werden. Den Nutzungsberechtigten soll erlaubt werden, 3–5 Fuder Torf zu stechen, das Land wieder zu "veräbnen" und urbar zu machen.

2. Ein oberamtlich vereidigter Aufseher soll die Torfgräberei anweisen und überwachen. Der Torf darf nicht verkauft werden.

3. Der Aufseher soll eine Kontrolle führen. Gegen Widerhandelnde ist "mit körperlicher Strafe oder mit Zuckung des Rechts zu verfahren."

Besoldung des Aufsehers aus der allgemeinen Kasse.

#### *Unterhalt der gemeinen Wege und Abzuggräben*

Die nötigen gemeinen Wege sollen unter Aufsicht des bestellten Verwalters im Gemeindewerk ausgeführt werden. Die Unterhaltung jedes Weges liegt nachher allen an einem Teil der Allmend, zu welchem dieser Weg gehört, Anteilhabenden insgesamt auf. Der Unterhalt der Abzuggräben liegt den Anstössern ob. Den Auswurf dürfen sie aber nur auf Allmendland verwenden.

#### *Im Allgemeinen*

Der Allmendobmann und Seckelmeister haben über die genaue Befolgung dieses Reglements zu wachen und sollen jährlich wenigstens zweimal die Dorfgrube, die

gemeinen Wege und Abzuggräben besichtigen. Diese sollen zwei Schuh Tiefe, zwei Schuh oben und einen Schuh unten Weite haben.

Geben, den 28. Mai 1828. sign. Abraham Dummermuth, Obmann.

#### *Unterhalt der Gemeindewege*

Da bis zum Jahre 1913 der Unterhalt der Gemeindewege in ihrem Bezirk Sache der Allmendgemeinden war, stellten sie Wegreglemente auf. Dasjenige der obern Allmendgemeinde vom Jahre 1846 lautet:

1. Der Strassenunterhalt soll von den Liegenschaftsbesitzern nach dem Tellfuss bestritten werden.

2. Es steht den Pflichtigen frei, ihren Beitrag in Geld, Arbeit oder Fuhrungen zu leisten.

3. Jeder Hausarme oder Mieter soll wenigstens per Jahr 1 Tag Arbeit leisten, bei Neuanlage von Wegen nach Verhältnis ein mehreres.

4. Zum Gemeindewerk soll niemand unter 16 Jahren, keine verkostgeldete oder sonst gänzlich untüchtige Person aufgeboden werden.

5. Verzeichnis der Wege im Allmendbezirk. Staatsstrassen waren: Vom Uelisgraben bis zum Kreuzweg bei Hinterägerten, von der Kirche bis zur Kreuzholzhöhe, vom Badhaus durch das Gagelmattgässli bis zur Kirche.

6. Arbeitsbeginn um 7 Uhr. Für jede verspätete Stunde 2 Batzen Abzug. Ende der Arbeit um 11 Uhr. Unfleissige soll der Wegmeister verwarnen oder wenn nutzlos wegweisen. Nachmittags von 1–5 Uhr. Fuhrwerke um 2 Uhr.

7. Holzablagerung der Strasse entlang nur bis 1. April gestattet.

8. Es ist ein Wegmeister zu wählen, dem Gehorsam zu leisten ist.

9. Dem Wegmeister ist eine Tell-Liste zu übergeben.

10. Entschädigungen: Wegmeister per Tag 1 Fr., Einspannerfuhrwerk 2 Fr. 5 Bz., Zweispänner 4 Fr. 2 Bz. 5 Rp., Wagen per Tag 5 Bz., 1 Mann 7 Bz. 5 Rp., 1 Weibsperson 4 Bz. 5 Rp.

#### *Bestand und Zweckbestimmung der Korporationsgüter der obern Allmend*

Nach Art. 42 des Gemeindegesetzes von 1852 und des Gesetzes über die Ausscheidung der Gemeindegüter von 1853 errichteten beide Allmendgemeinden im Jahre 1866 ein ausführliches Inventar ihrer Güter. Dasjenige der obern Allmend sei hier in den Hauptpunkten festgehalten.



## A. Güter zu örtlichen Zwecken

### I. Allgemeines Ortsgut

Fr. 1160,58

#### Kapital

Der Ertrag dieses Vermögens ist zu öffentlichen Zwecken bestimmt, weil der Kapitalbetrag aus Beiträgen herrührt, welche von Einwohnern wie Burgern im Verhältnis ihres Güterbesitzes zusammengebracht oder aus dem Betrag verpachteter Allmendstücke herrühren, die ebenfalls auf die angegebene Weise erworben wurden, und da diese Objekte eine Art Gemeindeverwaltungskasse bilden, aus welcher schon von jeher auch örtliche Bedürfnisse, z.B. Verbesserung der Wege, bestritten wurden.

### II. Ortsgut zu besonderem Zwecke

Schwellengut, ein Waldstück im Hohenbühl gelegen, haltet 30000 Quadratfuss und ist geschätzt auf 140 Fr. Der Ertrag dieses Waldstückes wird für Schwellen und Brücken verwendet. Erwerbung durch die Gemeinde seit undenklichen Zeiten, vermutlich bei Aufteilung des Breitäbnitwaldes anno 1673, man beruft sich daher auf die öffentliche Kunde.

## B. Güter zu burgerlichen Zwecken

### a. Kapitalien

Erst noch zu gründen durch künftige Erträge von verpachteten Armen-Allmendstücken.

### b. Liegenschaften

1. Die Allmend beim Grauenstein 18 1/2 Juch.	1860,00 Fr.
2. Die Allmend auf der Hochrütti oder auf dem Schindelberg 21 1/2 Juch.	2150,00 Fr.
3. Torfmoos auf dem Wacheldornmoos 2 Juch.	200,00 Fr.
4. Die Waldung im Breitäbnit, Sonnseite 3/4 Juch.	250,00 Fr.
5. Ein dito, der Mooszopfen beim Breitäbnit und Thungraben gelegen 2 Juch.	260,00 Fr.
6. Ein Heimwesen am Bätterich, Schätzung 820 Fr. Schulden 235,94	584,06 Fr.
Summa	5304,06 Fr.
Total Vermögen	6604,64 Fr.

## Allgemeine Bestimmungen und Bemerkungen

Der Allmendgemeinde liegt ob, bedeutende Fahrwege, Brücken und Schwellen in ihrem Gemeindebezirk zu unterhalten. Weil der Ertrag des Ortsgutes nicht ausreicht, diese zu unterhalten, so ist sie berechtigt, nach Art. 8 des Steuerreglementes der Einwohnergemeinde Buchholterberg zur Bestreitung ihrer Bedürfnisse von den Pflichtigen Steuern, Tellen zu beziehen und nach Massgabe zu verwenden. Juli 1866. K. Danegger schreibt in seiner Dissertation: Die Allmend- und Alpenossenschaften im Amtsbezirk Thun (1920), die Allmendgemeinden im Buchholterberg seien Unterabteilungen der Einwohnergemeinde, was in bezug auf das Wegwesen zutrifft. In den meisten Gemeinden des Amtes Thun wurde zu der Zeit die Allmend ganz aufgeteilt, und die Allmendgemeinden gingen an die Einwohnergemeinden über, so in Steffisburg und Uetendorf 1868, Strättligen 1874, Heimberg 1873, Amsoldingen 1869/70. Nur in Blumenstein, Pohlern und Höfen blieben eigentliche Burgergemeinden. Buchholterberg nahm da eine Sonderstellung ein, weil sie dort bis ins 19. Jahrhundert hinein am Realrecht festhielten.

### Das heute noch geltende Organisations- und Verwaltungsreglement der Obern Allmendgemeinde Buchholterberg

Es datiert vom 18. Oktober 1921. Es entspricht in den meisten Punkten noch demjenigen von 1828. Artikel 1 lautet: Die obere Allmendgemeinde Buchholterberg stellt sich als eine *privatrechtliche Körperschaft* im Sinne von Art. 96, Abs. 1 und 2 des Gemeindegesetzes, sowie von Art. 59, Abs. 3 des Z.G.B. und Art. 20 des E.G. zum Z.G.B. dar, indem sie sich im althergebrachten Gemeinbesitz von Rechten und Nutzungen befindet.

Der Besitz wird getrennt in ein *Ortsgut* und ein *burgerliches Armengut*. Wie wir später sehen werden, fällt das Ortsgut heute weg.

Art. 4. Das burgerliche Armengut besteht aus:

### A. In Liegenschaften

1. Ein Stück Moosland im Grauenstein	1 ha. 93 a. 07 m2.
2. Ein Stück Wiesenland im Hinterlauri	72 a. 37 m2.
3. Ein Stück Wiesenland daselbst	98 a. 08 m2.
4. Ein St. Moosland, langes Wyttegi genannt	3 ha. 47 a. 35 m2.
5. Ein Stück Moosland und Wald beim Wacheldornmoos und Breitäbnit	37 a. 60 m2.
6. Ein Stück Wiesenland auf der Fahreren	1 ha. 58 a. 64 m2.
7. Ein Stück Wiesenland daselbst	26 a. 50 m2.
8. Ein Stück Wiesenland daselbst	1 ha. 43 a. 25 m2.



9. Ein Stück Wiesenland auf dem Stutzecken	82 a. 00 m2.
10. Ein Stück Wiesenland auf dem Schindelberg	3 ha. 32 a. 44 m2.
11. Ein Stück Wald auf der Fluh	10 a. 98 m2.
12. Ein Stück Wald im Breitäbnit	37 a. 75 m2.
Total	<u>17 ha. 33 a. 03 m2.</u>

Fr. 12208,58.

## B. Kapitalforderungen im Betrage von

Der Ertrag dieses Gutes ist rein nur zu burgerlichen Zwecken bestimmt, kann im übrigen auch zur weitem Öffnung des burgerlichen Armengutes verwendet werden. Über die Nutzungsberechtigung am burgerlichen Armengut besteht ein besonderes Reglement.

Art. 7. *Stimmrecht*: Zur Teilnahme an der Allmendgemeindeversammlung berechtigt und daselbst stimmberechtigt sind alle im Allmendgemeindebezirk wohnhaften Kantonsbürger, welche in kantonalen Angelegenheiten das Stimmrecht besitzen, namentlich das 20. Altersjahr zurückgelegt haben.

## Aus dem Nutzungsreglement der Obern Allmendgemeinde

Nutzungsberechtigt sind alle im Allmendbezirk wohnenden *Gemeindebürger*, die in bedürftigen Verhältnissen leben, d.h. nicht mehr als 5000 Fr. (!) Vermögen besitzen, eigenen Hausstand führen, verheiratet oder nicht, wenigstens 5 Jahre in der Gemeinde Buchholterberg niedergelassen sind, das 25. Altersjahr zurückgelegt haben und imstande sind, das ihnen zugeteilte Allmendland selbst zu bewirtschaften.

Die Nutzungen werden den Berechtigten verabfolgt durch Zuteilung von Allmendlösem, durch Zuteilung eines bescheidenen Quantum Brennholz und durch Unterstützungsbeiträge in Fällen grosser Armut.

Die Armenlöser messen 1/2 Jucharte, und der Nutzungsberechtigte hat Anrecht auf Zuteilung von 2 Lösem, eines bessern und eines schlechtern. Die Zuteilung erfolgt durch das Los. Das Nutzungsrecht ist lebenslänglich. Der Nutzungsberechtigte ist in der Art der Anpflanzung frei.

Wer sich zum Bezuge von Armenland berechtigt glaubt, hat sich bis Ende August schriftlich beim Allmendvorstand anzumelden.

Der Nutzungsberechtigte ist verpflichtet, das ihm zugeteilte Allmendland selber zu bewirtschaften. Er darf es nicht verpachten, verpfänden oder veräussern. Er darf keine bleibenden Bauten darauf stellen und es nicht einzäunen.

Über die Nutzungsberechtigung entscheidet die Allmendgemeinde. Gegen den Entscheid kann innert 14 Tagen Berufung an das kant. Verwaltungsgericht eingelegt werden. Die Nutzungsberechtigung beginnt auf den 15. Oktober. Sie endet beim Hinschied des Berechtigten auf Ende des Jahres, bei Wegzug vor dem 1. März mit dem Tage des Wegzuges, bei späterem Wegzug nach erfolgter Einheimsung des Jahresnutzens.

Sollte der Bestand der Armenlandlöser nicht ausreichen, so müssen die Angemeldeten warten, bis Landlöser frei werden. Nicht benutztes Armenland ist zu verpachten.

Die in Artikel 4 festgelegte Vermögensgrenze von Fr. 5000 mag damals den Verhältnissen entsprochen haben. Bei der heutigen Geldentwertung ist sie natürlich viel zu niedrig. Ich nehme an, man werde bei den Zuteilungen den Satz anwenden: "Dabei hat die Gemeinde immerhin das Recht, diese Bestimmung in milderem oder strengerem Sinne anzuwenden." Hoffen wir, es kommen in der Zukunft nicht wieder Zeiten, in denen das Armenland für die nötigen Zuweisungen nicht genügen würde.

## 2. Die Untere Allmend

Die untere Allmendgemeinde im Buchholterberg gab sich im Jahre 1659 einen "Seybrief", der bis 1841 galt, oder vielleicht besser gesagt, hätte gültig sein sollen. Die Rechtsverhältnisse der Untern Allmend waren anders als diejenigen der obern, und deshalb nahm auch die ganze Allmendgeschichte einen andern Verlauf. Der "Seybrief" von 1659 wurde in den vielen Streithändeln so häufig zu Rat gezogen, dass er in den Falten kaum noch lesbar ist. Zum Glück findet er sich in E. Werder: "Das Recht des Landgerichts Konolfingen" gedruckt vor. (nr. 169) Er lautet, übersetzt in die heutige Sprache und etwas gekürzt:

1. Sie haben die gedachte Allmend ihrer Ertragenheit halb angelegt und "geseyet" auf 400 Kühe.

2. Weil in der untern Allmend ungefähr 100 Hausväter und Feuerstätten sind, soll jeder durch und durch 4 Kühe Allmend zugeteilt sein. Unter den 100 Haushaltungen sind 55 arme, 29 mittelmässige und die übrigen "wolhebigere und reiche."

3. Die Vermöglichen, welche den "pflug ins feld zeführen vermögen", sollen das Recht haben, ihr Allmendrecht mit vier Kühen zu besetzen und zu nutzen.

4. Der Arme, der eigenes Feuer und Licht hat und Steuern und "Bräuch" gibt, kann eine Kuh auf die Allmend treiben. Für zwei Kühe darf er zwei "tagwen" Haber auf der Allmend säen, und für die vierte Kuh soll ihm ein Einschlag zu Beunden und Garten abgesteckt werden. Er darf diesen Einschlag, so lange er ihn nötig hat, nach Belieben nutzen, darf ihn aber nicht hinwegleihen. Dazu soll ihm noch jährlich ein Herbstacker nach dem Los an den besten dazu befindenden Orten verzeigt werden. Auch der Herbstacker soll selber genutzt und nicht verliehen werden. Wenn einer von den zwei "sommer tagwen" einen fallen lassen wollte, so soll ihm gestattet sein, noch eine Kuh auf die Allmend zu treiben. Obgedachte Haber- und Brachäcker sollen soweit möglich beisammen verzeigt und eingefriedet werden, um Zäune zu sparen.

5. Den Mittleren soll es freigestellt sein, vier Kühe zu besetzen, oder anstatt der einen Kuh ein "tagwen" anzusäen.



6. Weil bei der ersten Gattung solche sind, die viel Bodenzins zahlen oder mit viel Geldschulden beladen sind, kann ihnen etwas mehreres gegönnt sein, auf der Weide oder zum Ansäen, wie es die Seymänner für gut finden.

7. Es soll keiner sein Weid- oder Ackerrecht einem andern verleihen, es sei denn mit und zu den Gütern.

8. Es darf keiner eine Behausung an eine Scheune bauen, um dadurch das Allmendrecht zu erlangen. Wenn aber einer zu hausen begehrt, der mag es tun, wenn er von der ganzen Gemeinde und unsern gnädigen Herren die Bewilligung erlangt, "wenn (diese) dann verhoffentlich jederweilen den mangelbaren die väterliche hand zepieten in gnaden geneigt sein werdendt."

9. Es soll niemandem gestattet sein, ein Münchpferd auf die Allmend zu treiben

10. Diejenigen Häuser, die auf der Marche zwischen oberer und unterer Allmend stehen, sollen auf beiden ein halbes Recht besitzen.

11. Unter diesem Artikel wird für verschiedene, die in der Gemeinde Erdreich besitzen, aber auswärts wohnen, die "Sey" festgesetzt.

12. Die Schafe sollen keineswegs auf die Allmend gelassen werden.

13. Die Geissen sollen auf den "blüttinen und nessen" auch nicht geduldet werden, sondern in die Wälder gewiesen sein.

14. Gänse soll ein jeder drei auf die Allmend treiben können, was darüber ist, soll von jeder zehn Schilling Busse bezahlt werden.

15. Die Egg betreffend wurde abgemacht, dass daran ein jeder gleiches Recht haben solle und jeder sein "tagwen" zu säen befugt sein solle nach dem Los. Und jeder soll Schafe darauf treiben können, so viel er hat. Und soll man auf St. Georgentag auffahren bis St. Johannes abends, hernach auf Verentag wiederum.

16. Was die sechs Männer, die zur Handhabung dieser Allmendordnung jährlich "der kehr nach" erwählt werden sollen, zu Nutz und Frommen der Gemeinde, mehr als hier erläutert ist, notwendig und tunlich finden, soll ihnen zu verhandeln zugelassen sein.

17. Namentlich soll ihnen die Zeit der Auffahrt zu bestimmen überlassen sein.

18. Die vier Allmendseier sollen im Frühling zwei Stiere auf die Allmend kaufen und sie auf Verentag wieder verkaufen.

19. Die Allmendseier und die übrigen zwei Zugezogenen sollen ihre Belohnung aus den Bussen empfangen, und wenn das zu wenig wäre, soll die Gemeinde das übrige beischliessen.

Dass diese umständliche und nicht in allen Punkten ganz klare Allmendordnung bis zum Jahre 1841 oft Anlass zu Streitigkeiten gab, ist leicht verständlich. Wie auf der obern Allmend stritt man sich auch auf der untern um die Frage der *Real- oder Personalrechte*. Interessant ist, dass sich die Güterbesitzer und die Armen immer wieder auf den Seybrief von 1659 beriefen. Umstritten war die Frage, ob die in Art. 2 erwähnten 100 Hausväter und Feuerstättenbesitzer, alle Grund und Boden besaßen, oder ob auch Mieter dabei waren, was nicht eindeutig festgestellt werden konnte.

Im Jahre 1670 beschwerten sich Christen Bürki, Christen Anthonen und Christen Stucki in Bleiken, dass sie ihr Allmendrecht zur Aeschmatt (siehe Art. 11 des Seybriefs) nicht nach Brief mit Siegel nutzen können. Es wurde entschieden, dass sie zur Aeschmatt 5 Kuhrechte besitzen, und wenn sie dort einen "Hausmann" haben, dieser weitere 4 Kuhrechte beanspruchen könne. Ferner durften sie drei Rosse auf die Allmend treiben, und ein sechstes Kuhrecht wolle die Allmendgemeinde ihnen um einen "billichen" Preis hinleihen. Ein Sonderrecht besass auch die Xandersmatt, die heute zum Mösl gehört.

Im Jahre 1730 erhielt der Hans Wenger an der Heimenegg die Erlaubnis, in einer Scheune aus einer Tenne ein Stübli zu machen, jedoch ohne Hausrecht, und dass ers, wenn der Vater sterbe, wieder abreisse. Als der Christen Tanner im Teuffenbach an einen Speicher eine Behausung anbaute, musste er für sich und seine Erben für alle Zeiten auf ein Allmendrecht verzichten.

Aus dem Jahre 1748 ist ein Verzeichnis der Rechtsamebesitzer auf der untern Allmend vorhanden. Auf einer Tabelle sind erwähnt: in der ersten Kolonne wieviel Rechte einer besitzt, in der 2. wieviele Jucharten einer eingeschlagen habe, in der 3. wieviele Pferde, in der 4. wieviele Kühe und in der 5. wieviel Gustvieh einer besetze. Es waren damals 156 Nutzungsberechtigte, davon 7 ohne Haus, 19 Besitzer von halben Häusern, 8 von halben und 19 von ganzen Allmendhäusern. Es wurden 63 Pferde auf die Allmend getrieben und 329 1/2 Jucharten waren eingeschlagen. Die Zahl der Berechtigten hatte sich also seit 1659 stark vermehrt, da die Gemeinde "aus übertriebener Güte" viele neue Rechte gewährte. Ungefähr von 1740 an wurden dann keine neuen Rechte mehr erteilt.

Ein hartnäckiger Prozess um das Recht auf der untern Allmend spielte sich in den Jahren 1762 bis 64 ab. Ein Christen Wenger kaufte auf dem Bruchenbühl einen Kramladen mit angehängter Behausung. Die Besitzung besass aber laut Kaufbrief kein Allmendrecht. Nun machte Wenger aber gleichwohl ein solches geltend, da er als Armer laut Seybrief von 1659 ein Anrecht darauf habe. Er wurde aber am 10. Juni 1762 vom Landvogt Samuel Berseth mit seinem Begehren abgewiesen. Dieser Wenger scheint jedoch auf seiner Forderung beharrt zu haben, denn am 16. Februar 1764 teilte der gleiche Landvogt der Allmendgemeinde mit, wenn sie dem Chr. Wenger kein Allmendrecht verzeige, so wolle er diesem eine Supplication (Bittschrift) an Mghn. besiegeln.

Diese liess dem Landvogt mitteilen, wenn sich Wenger nicht erhalten könne, so wolle ihm die Gemeinde Weib und Kind abnehmen. Zur Ablehnung des vollen Allmendrechtes machten sie folgende Gründe geltend:

1. Christen Wenger hat zu seinem Kramladen auf dem Bruchenbühl kein Allmendrecht, kann aber eine Kuh auf die Allmend treiben.

2. Der Entscheid des Landvogtes vom 10.6.1762 wurde von Mghn. gutgeheissen, also kann dieser nun nicht verlangen, dass man Wenger das Allmendrecht gebe. Die Allmendrechte gehören zu den Gütern und den Armen einer gewissen Klasse. Aus Konsequenzgründen darf die Allmendgemeinde dem Christen Wenger kein Allmendrecht erteilen.



3. Chr. Wenger ist kein Armer. Trotzdem er kein Real-Hausrecht erworben hat, besitzt er eigenes Land, einen Kramladen und noch einen Rebberg ausser Mghn. Landen. Wenn er sich aus dem Laden und seinem Erdreich nicht erhalten kann, wird ihn die Gemeinde wie andere Bürger behandeln. Christen Wenger soll sich also mit seinem Kuhrecht begnügen.

Am 2. März 1764 liess die untere Allmendgemeinde durch ihren Allmendobmann dem Landvogt mitteilen, man wolle Wenger noch etwas Allmendland verzeihen, dieser solle aber einen Revers unterzeichnen, dass er kein Recht darauf besitze, was Wenger jedoch verweigerte. Die Gemeinde berief sich in ihrer Ablehnung auf den Seybrief von 1659 und zwei Kaufbriefe betr. das fragliche Krämerhaus von 1731 und 1742. Ein Revers über das fehlende Allmendrecht von 1748 sei "unsichtbar gemacht worden."

Landvogt Berseth von Signau urteilte: Weil seit der Erteilung des Seybriefes von 1659 viele Änderungen und zwar gegen diesen Brief gemacht worden, ja dem in wenig Artikeln nachgelebt werde, und da Wenger ein bedürftiger Hausvater und das Eigentum dieser Allmend einer hohen Obrigkeit zustehe, solle ihm noch etwas mehr Allmendland verzeigt werden, damit er die nötige Erdspeise (wohl Kartoffeln) pflanzen könne. Ein Rekurs der Allmendgemeinde gegen diese Verfügung wurde abgelehnt.

Später konnte dann der Vogt Ulrich Stucki in Röthenbach dem Landvogt melden, dass Christen Wenger "seinen alten Einschlag, die alte halbe Brach, und noch eine andere halbe Brach, wie auch eine Herbstscheloten, mithin soviel wie ein anderer Armer habe." Dazu erklärte der Allmendobmann Isak Beutler, er wolle dem Wenger noch einen von seinen Einschlügen auf dem Lüzimaad "von Fried und Ruh wegen" geben. Aus den Bemerkungen des Landvogts Samuel Berseth sieht man, dass schon während den ersten hundert Jahren der Allmendordnung von 1659 oft gegen deren Bestimmungen gehandelt wurde. So wurde die Bomatt aufgeteilt und den Gütern zugesprochen, ebenso ein Teil der Schafegg. Wegen der Vermehrung der seyberechtigten Güter und der veränderten Verhältnisse wurden die Rechtsverhältnisse in der untern Allmendgemeinde immer unübersichtlicher und die Gegensätze zwischen den Güterbesitzern einerseits und den Armen und den Besitzern von Allmendhäuslein andererseits immer grösser.

Im Jahre 1806 machte der Hausarme Christian Bachmann an der Heimenegg einen Anspruch auf ein Allmendrecht und trieb geliehenes Vieh auf die Allmend. Dies wurde ihm aber gepfändet. Bachmann wendete sich an das Amtsgericht in Konolfingen. Dieses entschied, gestützt auf den Seybrief von 1659, dass das Allmendrecht auf der untern Buchholterberger-Allmend *den Feuerstätten zugeteilt, also keineswegs ein Personalrecht sei*. Auf einen Rekurs Bachmanns urteilte das Appellationsgericht in gleichem Sinne. Diesem wurde dann ein Einschlag zugeteilt, den er aber auf Befehl wieder auszuschlagen hatte.

#### Der Allmendrechtsprozess von 1835–1838

Nach einem langwierigen Administrativprozess von 1835–38 entstand dann 1841 eine neue Allmendordnung, wie sie zum grössten Teil noch heute gültig ist. Am 23. April 1835 reichten ein Johannes Gugger, Fuhrmann und Posthalter in Bern, Christen Schneider, Wagner an der Heimenegg und Christian Bachmann, Schreiner zu Teuffenbach, sämtliche Bürger von Buchholterberg für sich und zuhanden 23 ärmerer Mitbürger eine "Ehrerbietige Vorstellung" an den Regierungsrat des Kantons Bern. Dieser erklärte sich aber als nicht zuständig und verwies die Kläger auf den Prozessweg. Am 26. September 1835 reichten sie denn durch den Fürsprecher Dr. König eine Administrativklage an den Reg. Statthalter von Konolfingen ein. Diese enthielt folgende Punkte:

Da die Armen immer büssen müssen, wenn sie ihre Rechte geltend machen, haben sich die armen Bürger der Gemeinde Buchholterberg gelitten und den Eingriffen ihrer reichen Mitbürger und den mit ihnen verbündeten Einsassen in ihre titelfesten Rechte keinen Widerstand entgegengesetzt, um nicht grösseren Nachteilen ausgesetzt zu werden. "Indessen hat alles seine Zeit, und wenn der Schütze seinen Bogen zu straff spannt, so reisst die Sehne." Die Reichen haben die Armen beinahe gänzlich von ihren Rechten verdrängt. Deshalb haben sich 26 Bürger zusammengeschlossen, um in den Genuss ihrer Rechte zu kommen. Dass sie vor das Gericht treten müssen, "ist einzig der Hartnäckigkeit der Gegenpartei zuzuschreiben, welche weder Billigkeits- noch Rechtsgründen Gehör schenken wollte."

1. Eine Vermittlung vor dem Regierungsstatthalter von Konolfingen war fruchtlos.

2. Am 15. Juli machte Amtsrichter Waber von Kiesen den Vorschlag, die Papiere dem Regierungsrat einzusenden, aber die Gegenpartei wies dies ab. So bleibt nur der Prozess.

Früher war der Zustand der Bürger besser als heute. Die Gemeinde war weniger bevölkert, und das Armengut war grösser. Dieses ist durch schlechte Verwaltung und Prozesse zum grössten Teil verloren gegangen. Die Allmend war früher grösser. Die Bomatt und andere Stücke wurden schon im 17. Jahrhundert verteilt und die zwei Jucharten auf der Bomatt von den Güterbesitzern als eine "Pertinenz ihrer Güter" betrachtet. Die armen Bürger wollen diese Verteilung der Bomatt nicht angreifen, aber sie verlangen ihre Rechte an der untern Allmend, die für ihre Nachkommen zu sichern sind.

1. Jeder Miteigentümer der gleichen Sache hat das gleiche Recht. Die untere Allmend im Buchholterberg ist ein *Gemeindeeigentum*, welches die Nutzniesser dieser Gemeinde zu geniessen berechtigt sind. Der Arme hat einen so grossen Anspruch wie der Reiche. Er trägt auch zu den Gemeindelasten bei.

Die Besitzer von Allmendhäusern dürfen diese nicht an Auswärtige verkaufen, die Bauern aber verkaufen ihre Güter mit den Allmendrechten, wenn sie wollen. Es besteht noch keine Bürgergemeinde. Wer nichts besetzt, bekommt nur 30 Batzen



Entschädigung. Arme dürfen die Allmend nur gegen einen Revers, mit dem sie erklären, sie wollen mit der Nutzung kein Recht geltend machen, nutzen.

2. Die untere Allmend gehört eigentlich ausschliesslich den Burgern von Buchholterberg. Durch eingeschlichene Missbräuche haben die Einsassen Anteil erhalten. Die Obrigkeit hat 1659 erklärt, der Allmendordnung müsse solange nachgelebt werden, als sie es gut und nützlich finde. Durch Vermehrung der Allmendrechte haben Veränderungen stattgefunden und ist der Allmendnutzen kleiner geworden. Die Reichen müssen sich wie die Armen eine geringere Nutzung gefallen lassen.

3. Die Armen sind auch vom Genuss der innern und äussern Schafeggweiden verdrängt worden. Nach dem Seybrief von 1659 hatte jeder an der Schafegg gleiches Recht: "1 Tagwen nach dem Los und Schafe auftreiben, so viel er will." Auch da haben die Reichen die Armen vollständig verdrängt. Vor etwa dreissig Jahren wurden die Schafeggweiden den Gütern zugeteilt. Kein armer Bürger durfte mehr ein Schaf auf die Schafegg treiben. Mit welchem Recht, ist den Klägern unbekannt. Die Regierung hat keine Bewilligung erteilt, und die Allmendberechtigten hatten kein Recht, das zu beschliessen.

Die Kläger verlangen deshalb:

1. Dass der Allmendbrief von 1659 noch jetzt in Kraft bestehe, und mithin die darin enthaltenen Bestimmungen und Verordnungen, insoweit sie nicht durch die oberste Regierungsbehörde abgeändert werden, die Regel machen und gültig sein sollen.

2. Dass, da wegen der veränderten Verhältnisse Abänderungen hinsichtlich der Benutzung der untern Allmend getroffen werden müssen, hiebei die Bestimmungen des Allmendbriefes zum Grunde gelegt werden und mithin nicht nur die ärmern Bürger, sondern auch die wohlhabenden und reichen Bürger und Güterbesitzer sich eine Schmälerung ihrer Nutzungsrechte gefallen lassen müssen.

3. Dass die von den wohlhabenden und reichen Bürgern und Güterbesitzern einseitig und ohne obrigkeitliche Einwilligung getroffene Verfügung über die Benutzung der Schafeggweiden, durch welche die armen Bürger von ihren Nutzungsrechten ausgeschlossen worden sind, als unverbindlich und ungültig aufgehoben sein sollen.

Am 30. Oktober 1835 erhielten die Beklagten Kenntnis von der Eingabe und sollten bis zum 4. Dezember ihre Verantwortung einreichen. Fünfundzwanzig ärmere Bürger, von denen allerdings 11 nicht schreiben konnten, unterzeichneten eine Erklärung, für die Prozesskosten aufkommen zu wollen.

Am 25. November 1835 reichten die Rechtsamebesitzer eine von Fürsprecher Dännler in Thun verfasste Antwort auf die Klage der ärmern Bürger ein. Als Beweismittel diene ihnen wie den Klägern der Seybrief von 1659. Die Allmenden im Buchholterberg seien von jeher das Eigentum der Rechtsamebesitzer gewesen. Die Allmend wurde 1659 auf die Feuerstätten verteilt. Die Allmendrechte sind also Realrechte und keineswegs Personalrechte, sonst wären sie nicht auf die Feuerstätten sondern auf die Ortsbürger verteilt worden. Im Prozess Bachmann vom Jahre

1806 wurde vom Apellationsgericht in diesem Sinne entschieden. Die Allmendhausbesitzer bekamen zu ihren 7/4 Jucharten noch eine Brache. Sie sind also Seyberechtigte. Die Güterbesitzer und die Allmendhausbesitzer bilden die sogenannte Rechtsame-Corporation. Die Armen ohne Haus haben kein Nutzungsrecht, weil die Allmendrechte Privateigentum sind. Gleichwohl gab man ihnen gegen einen Revers, mit dem sie sich verpflichten, kein Recht auf die Allmend zu beanspruchen, eine Schelleten von 3/8 Jucharten. Dazu besitzen sie noch ein Stück Wald an der Schafegg. Die Allmendrechte wurden als Privateigentum behandelt, was viele Käufe, Verkäufe und Belehnungen beweisen. So gibt es solche, die mehrere und solche, die kein Recht mehr besitzen.

Um der Armut zu steuern, wurde verfügt, dass die Besitzer von Allmendhäusern diese nur an Bürger und an die Gemeinde verkaufen dürfen, nicht aber an Auswärtige. Die Gemeinde vergütet den Verkäufern eine spätere "Mehrlösung."

Die Klage ist grundlos, denn die Armen ohne Haus besitzen kein Allmendrecht, und die Besitzer von Allmendhäusern sind sogar besser gestellt als die Güterbesitzer. Sie haben zwei Kuhrechte und 3/8 Jucharten Schelleten. Für ein nicht besetztes Kuhrecht erhalten sie 30 Batzen. An Hand der Telleinschätzung zeigt sich, dass die beiden klagenden Allmendhausbesitzer Christian Bachmann und Christian Schneider besser dastehen als die Güterbesitzer Johann Roschi und Gebrüder Beutler. Die Reichen haben also keine Vorrechte.

Die Schafegg wurde 1810 unter die Güter- und Allmendhausbesitzer gleichmässig verteilt. Schon ein Vertrag von 1599 (nicht mehr vorhanden) beweist, dass die Allmendrechte Pertinenzstücke der Güter waren.

Die Güterbesitzer haben ihre Rechte rechtmässig erworben. Der Ärmere überlässt sein Schicksal gemeiniglich dem Zufall, und je mehr burgerliche Nutzungen er zu beziehen hat, je sorgloser er dahinlebt. Alles Gerede von Druck und Verfolgung ist grundlos. Wenn die Hausarmen Gemeinwerk leisten und 1 Batzen "Bruggsommer" (Brückenzoll) zahlen, so sind sie damit nicht seyberechtigt, denn das müssen alle Bürger.

Nicht nur die Kläger, sondern auch die Beklagten sind in ihren Rechten geschmälert worden. In der untern Allmendgemeinde sind gegenwärtig 131 Feuerstätten und 25 Allmendhäuser, also total 156. Folglich müssten jetzt, 1 Recht à 4 Kühe = 624 und 12 Rechte für die Möser von auswärtigen = 636 Kuhrechte sein. Es können aber nur 359 besetzt werden, folglich fehlen 277. Die Güterbesitzer müssen also auch verlieren wie die andern.

Die Antwort verneinen vor allem folgende 7 Punkte:

1. Dass die Armen in ihren Rechten verdrängt werden.
2. Dass weder die Güterbesitzer, noch die begüterten Bürger und Einsassen einseitig und zum Nachteil der ärmern Klasse den Status quo der Allmendberechtigten verändert, Missbräuche eingeführt oder die Ärmern unterdrückt haben.
3. Dass die Bomatt ohne Erlaubnis verteilt worden sei.
4. Dass die untere Allmend Gemeindeeigentum oder burgerliches Besitztum sei, denn die Allmend ist ausschliesslich Eigentum der Rechtsamebesitzer.



5. Dass die Nutzniessung ausschliesslich den Burgern zustehe, und dass nur durch eingeschlichene Missbräuche auch Einsassen Anteil haben.

6. Dass die Güterbesitzer die Schafeggweiden ausschliesslich zu ihren Gütern verteilt haben, und dass die Verteilung derselben nicht bewilligt worden sei.

7. Dass an den Gemeindeversammlungen die Bauern den Meister spielen, den Armen nach Willkür das Gesetz machen und sich unerlaubte Vorteile zueignen.

Die Antworter hoffen, es werden die Kläger mit ihrer grundlosen Klage abgewiesen.

Der Schluss ihres Schreibens lautete: "Bedenkt man, wie viele hunderte oder wohl tausende von Handänderungs- und Pfandverträgen auf einmal vernichtet würden, wenn den Klägern in ihrem Gesuch entsprochen werden sollte, welche Ungewissheit und Unsicherheit des Besitzes daraus notwendigerweise entstehen müsste, und was für eine zahllose Menge civilrechtlicher Streitigkeiten dieses nach sich ziehen würde, wo wird und kann gewiss die hohe Regierungsbehörde um einiger unruhiger Köpfe willen, nicht einen immerwährenden Zankapfel in eine bis dahin friedliche (?) Gemeinde werfen."

In einer *Replik* vom 26. Januar 1836 beharrten die Kläger auf ihrem Standpunkt und machten noch folgendes geltend: Durch die Errichtung der Bürgerrechte (1675–1676) haben die Nutzungsverhältnisse eine Änderung erfahren. Es entstanden burgerliche Korporationen, die das alleinige Recht auf die Allmenden haben. Die Klagen sind im Seybrief von 1659 vollständig begründet. Die Rechte wurden damals auf die Hausväter, nicht auf die Güterbesitzer verteilt. "Eigen Feuer und Licht haben und Steuer und Bräuch geben" bedeutet, eine eigene Haushaltung führen, nicht Haus und Hof besitzen. Die Einschläge und die ganze Allmendnutzung sind Eingriffe in die Rechte der Bürger.

Wenn ein Bürger genötigt ist, wegen Unglück seine Güter zu verkaufen, so verliert er damit jeden Anspruch auf das burgerliche Vermögen. Die Armen wurden zur Ausstellung ihrer Reverse gezwungen. Die Kläger wollen sich "nach dem Grundsatz der Persönlichkeit des Nutzungsrechtes bemessenen Anteil desjenigen Allmendlandes begnügen, welches noch unaufgeteilt geblieben ist."

Der vor der Entstehung der Bürgerrechte bestandene Gemeinbesitz wurde nachher Eigentum der burgerlichen Korporationen. *Nicht der Besitz von Gütern, sondern das Bürgerrecht berechtigt zu den Nutzungen.*

Am 6. April 1836 reichten die Beklagten eine *Duplik* ein. Sie bestritten, dass die untere Allmend je einmal eine burgerliche Allmend gewesen sei. "Steuer und Bräuche" gaben die Liegenschaften, da es noch keine Gewerbs- und Personensteuer gab. "Sey" bedeutet eine Korporation von Liegenschaftsbesitzern und Seyberechtigten die dazu gehörigen Anteilhaber. Eine Seygemeinde ist keine Bürgergemeinde. Die Einführung der persönlichen Bürgerrechte hatte keinen Einfluss auf die Seyberechtigten. Im Jahre 1659 überstieg die Zahl der Hausväter die Zahl der Feuerstätten. Güterbesitzer und Allmendhäuser haben beide 1 1/2 Jucharten Allmendbrach und Einschlag. Das Zugrecht der Gemeinde stützt sich auf einen Brief von 1601. Die Antworter sind nicht hartherzig, sie geben jederzeit freiwillig den Armen Land.

#### *Der Entscheid des Regierungsstatthalters von Konolfingen vom 21.9.1837*

Es war für den Regierungsstatthalter von Konolfingen sicher nicht leicht, in dieser verworrenen Allmendangelegenheit ein Urteil zu fällen. "In Betrachtung: dass die Allmendnutzung laut Seybrief von 1659 an den Besitz wenigstens eines Hauses gebunden,

dass nach den Bettlerordnungen die Allmend nicht in den Besitz der Bürger übergegangen,

dass die Bürger kein ausschliessliches Recht an der Allmend besitzen,

dass es aber nicht recht wäre, wenn sie von aller Nutzung ausgeschlossen wären,

dass es schwer wäre, zu ermitteln, welche Bürger Recht haben, da Buchholterberg nur eine Gemeinde ist,

dass beinahe ohne Zweifel früher im ganzen Buchholterberg die gleichen Verhältnisse waren,

dass die Aufteilung der Bomatt und der Schafegg unerlaubterweise geschah, dass aber deren Aufhebung zu unabsehbaren Rechtshändeln führen würde,

dass die Entschädigung für das Nichtbesetzen der Allmend zu klein,

dass die Allmendhausbesitzer nicht benachteiligt seien,

dass das Zugrecht der Gemeinde aufgehoben sei, hat der Regierungsstatthalter gesprochen und erkennt:

1. Der Allmendbrief von 1659 solle noch jetzt in Kraft bestehen und seine Anwendung finden, in so weit als derselbe mit den gegenwärtigen Verhältnissen und Einrichtungen verträglich und nicht zuwider sei,

2. dass wegen der veränderten Verhältnisse Abänderungen hinsichtlich der Benutzung der untern Buchholterberger-Allmend zu treffen seien, und zwar ungefähr in dem Sinn, wie dieses bezüglich auf die obere Allmend geschehen und durch Beschluss von Schultheiss und Rat der Stadt und Republik Bern vom 10. Nov. 1827 und das Reglement vom 28. Mai 1828 der obern Allmend festgesetzt worden ist.

3. Solle die zwar ohne Bewilligung von kompetenter Behörde getroffene Verfügung über die Benutzung der Schafeggweiden in Kraft und Bestand verbleiben und es dabei sein Bewenden haben. Die Kosten werden wettgeschlagen."

Die Allmendgemeinde erhob Rekurs gegen Artikel 2 des Urteils des Regierungsstatthalters von Konolfingen. So kam denn die Angelegenheit noch vor den *Regierungsrat*, der am 16. April 1838 die erstinstanzliche Verfügung bestätigte und noch in folgenden Punkten ergänzte.

Die Beschränkung des Verkaufs der Allmendhäuser nebst zudienenden Rechten nur an Bürger ist durch die Akten nicht gerechtfertigt.

Die Nutzungsverhältnisse der sogenannten Hausamen müssen auf eine feste Grundlage gestellt werden, so dass diese Klasse ohne Rücksicht auf allfällige Abänderung ihres Bestandes für einen bestimmten, sich gleich bleibenden Anteil an der Allmendnutzung zähle und einige Erleichterung des Mitgenusses erhalte.



Der Regierungsrat verlangte deshalb:

1. "Es solle über die Benutzung der untern Allmend am Buchholterberg auf amtlichem Wege durch das Medium des Departementes des Innern ein neues Reglement abgefasst werden.

2. Das neue Reglement solle die in diesem Urteil ausgesprochenen Grundsätze zur Ausführung bringen und binnen einer darin festgesetzten Frist in gewohnter Form eingeführt werden."

Mit diesem regierungsrätlichen Entscheid war die Allmendfrage im untern Buchholterberg noch lange nicht gelöst, galt es doch nun, das verlangte neue Reglement aufzustellen, was sich bis ins Jahr 1841 hinzog. Beide Parteien reichten Entwürfe für ein solches Reglement ein, die aber natürlich sehr stark voneinander abwichen. Die ärmern Bürger beharrten immer noch auf dem Grundsatz, dass das nicht veräusserte Allmendland "unveräusserliches Gemeingut aller im untern Allmendbezirk wohnenden Bürger von Buchholterberg" sei. Es sollen 175 alte Jucharten als Pflanzplätze für die ärmern Bürger ausgeschieden und in 100 Lose zu 7/4 Jucharten eingeteilt werden. Das Berneggölzli soll am Platze der aufgeteilten Bomatt und Schafegg ausschliesslich den ärmern Bürgern zugute kommen zur Beholzung und zum Zaunen. Sie fanden, es läge im Interesse der Reichen, den Armen ihr Fortkommen zu erleichtern. Sie verlangten auch ein Baurecht auf der Allmend, wenn die Gemeinde und die Regierung einverstanden seien. Die Allmendkommission soll aus 2 Güterbesitzern, 2 Allmendhausbesitzern und 2 Hausarmen bestehen. Auf diese Vorschläge wollten die Güterbesitzer nicht eintreten. Sie wollten den Armen nur 50 neue Jucharten Pflanzland zuteilen.

Es fanden nun langwierige Verhandlungen zwischen den Güterbesitzern und den Armen, sowie mit dem Departement des Innern statt. Am 22. Juli 1840 verlangte die Regierung eine Ausmessung der Allmend. Die Allmendgemeinde stellte das Gesuch, diese möchte der hohen Kosten wegen unterbleiben. Statthalter Gerber in Steffisburg und Schulmeister Wanzenried in Fahrni schätzten sie auf 180 Jucharten. Die Regierung beharrte aber auf einer genauen Vermessung.

Endlich am 19. März 1841 genehmigte der Regierungsrat ein Reglement für die untere Allmend im Buchholterberg, das vom Departement des Innern nach den beiden eingesandten Entwürfen der streitenden Parteien aufgestellt worden war. Da es in den Hauptbestimmungen noch heute gilt, soll es hier in den Hauptpunkten folgen.

#### *Reglement der untern Allmendgemeinde von Buchholterberg. 1841*

Art. 1. Die Benutzung der Seyberechtigung auf der Allmend im untern Buchholterberg und des Atzungsrechtes im Ban bleibt wie von altersher mit dem eigentümlichen Besitz einer seyberechtigten Feuerstätte oder Liegenschaft verbunden.

Art. 2. Da die bisherigen Aufteilungen der Allmend, vor allem der Schafegg und der Bomatt bestehen bleiben müssen, und ein Teil der Allmend für die burgerlichen Armen ausgeschieden werden soll, muss die bisherige Nutzung auf die Hälfte heruntergesetzt werden. Weil alt Obmann Johann Sempach in Zihl, Jakob Beutler und Peter Gerber im Nächstenacker bei einer früheren Aufteilung zu kurz gekommen sind, so kann denselben nach Verhältnis für eine Kuh an Land vergütet werden, wonach sie dann mit den andern Seyberechtigten auf der gleichen Linie stehen.

Art. 3. Die Benutzung der Seyberechtigung findet wesentlich durch Besetzung der Atzweid statt. Für eine Kuh sollen gerechnet werden: 1 zweijähriges Rind, 1 einjähriges Füllen, 2 einjährige Rinder, 4 Abbruchkälber, 4 Ziegen. Für zwei Kühe die zweijährigen Gustenpferde, für 2 1/2 Kühe die Mutterpferde mit Saugfüllen. Schafe und Münchpferde sollen nicht auf die Allmend gelassen werden.

Art. 4. Der Weidgang darf nur mit eigenem Vieh benutzt und keines hereingedungen werden. Ganz oder teilweise nicht besetzte Rechte können an andere Seyberechtigte der gleichen Allmend, nicht aber an Auswärtige verliehen werden.

Art. 5. Seyrechte dürfen nicht ausserhalb des Liegenschaftsbezirkes der untern Buchholterbergallmend verkauft werden. Hingegen wird das bisherige Verkaufsverbot von Allmendhäusern und aufgeteiltem Land an Äussere hiermit gänzlich aufgehoben.

Art. 6. Der Besetzungstag wird von der ganzen Allmendgemeinde bestimmt. Zu frühe oder unberechtigte Besetzung wird für jede Kuh und jeden Tag mit 10 Batzen gebüsst.

Art. 7. Jeder Seyberechtigte hat die ihm zugeteilte Zäunung im Stand zu erhalten und zum Unterhalt der Gräben, Wege u.s.w. nach Mitgabe seines Rechts beizutragen.

#### *Besondere Bestimmungen über die Armen-Allmend*

Art. 8. Die bisherigen an die Armen gegebenen Schelleten fallen dahin. Dagegen sollen für ein und allemal 80 Jucharten neuen Schweizermasses unter dem Namen Armen-Allmend ausgeschieden werden, für alle Zeiten unveräusserlich und unverteilbar als Pflanzland für arme burgerliche Hausväter im untern Bezirk bleiben.

Durch die Aussonderung dieser Armen-Allmend sollen die erhobenen Ansprüche der ärmern, nicht seyberechtigten Bürger dahin und weg ausgewiesen sein.

Diese 80 Jucharten sind zur Hälfte aus besserem, zur Hälfte aus minderem Land auszuwählen, auszumachen, wo nötig einzuschlagen und in Stücke von jeweilen einer Vierteljucharten neuen Schweizermasses abzuteilen. Auch sollen dieselben gehörig in Plan gelegt werden.

Art. 9. Jedem Hausarmen Gemeindebürger von Buchholterberg, der sich gehörig ausweisen kann, sind auf erfolgtes Anmelden hin jeweilen zwei jener abgeteilten Pflanzplätze, jeder von zwei Fünfteljucharten Haltes und zwar der eine aus



besserem, der andere aus minderem Land bestehend zur Bebauung und Benutzung anzuweisen.

Bedingungen:

1. Der Hausarme darf nicht Liegenschaftsbesitzer, Seyberechtigter sein und nicht früher zugeteiltes Allmendland veräussert haben.
2. Er oder seine Eltern sollen fünf Jahre im Gebiet der untern Allmend gewohnt haben und haushälterisch angesessen sein.
3. Nicht 400 L (Fr.) eigenes, schuldenfreies Vermögen haben.
4. 25 Jahre alt und verheiratet sein.

Art. 10. Die Pflanzplätze werden durchs Los verteilt, und die Benutzung ist lebenslänglich. Wenn ein Hausvater vergeldstaget oder stirbt, so fällt die Nutzung an seine Frau oder Witwe und nachher dem Altersrange nach an einen verheirateten Sohn desselben. Die Art der Bepflanzung ist frei.

Art. 11. Die Nutzniesser sind der Gemeinde tellpflichtig. An die Unterhaltskosten der Armenallmend haben alle nach Verhältnis in Geld oder Arbeit beizutragen.

Art. 12. Es ist verboten, auf der Armenallmend Häuser aufzurichten, Pflanzplätze einzuzäunen, zu verkaufen oder zu verpfänden.

Art. 13. Die Benutzung der Allmendplätze hört auf:

1. Wenn der Nutzungsinhaber vergeldstaget oder stirbt.
2. Wenn er aus dem Bezirk der untern Allmend wegzieht.
3. Wenn eine nutzungsberechtigte Witwe sich wieder verheiratet.
4. Wenn dem Nutzungsinhaber ein Vermögen von Fr. 750 zufällt, oder wenn er eine seyberechtigte Liegenschaft erwirbt.
5. Wenn er das Land nicht gehörig bepflanzte und in Ehren hält, oder wenn er die Leistungen nach Art. 11 nicht erfüllt.

6. Wenn er das Pflanzland veräussert oder verpfändet.

7. Wenn er ohne Einwilligung der Kommission das Land verpachtet.

Art. 14. Wer Ansprüche auf Pflanzland macht, hat dies der Allmendkommission im Laufe des Herbstes zu melden. Im Laufe des Novembers ist das Land durchs Los zu verteilen. Über die Allmendplätze ist ein Allmendbuch zu führen.

Art. 15. Nicht verlorne Allmendlöser sind öffentlich zu verpachten. Die Zinsen dienen zur Bestreitung der Verwaltungskosten.

Art. 16. Mit der Beholzung der Armen soll es bleiben wie bisher. Nur darf das Armenholz nicht veräussert werden.

#### *Von der Allmendverwaltung*

Art. 17. Die Allmendkommission wird aus den 6 Stierenhöfen gewählt. Sie besteht aus dem Obmann, dem Kassier und 4 Allmendseynern. Die Allmendgemeinde erwählt ebenfalls einen tüchtigen Sekretär. Die Kommission hat die Beaufsichtigung der Allmend und die Handhabung des Reglementes zu besorgen.

Art. 18 und 19 ordnen die Pflichten der Kommission.

Dieses Reglement darf ohne Einwilligung des Regierungsrates nicht abgeändert werden.

Am 3. Mai 1841 wurden nun die 80 Jucharten Armenallmend ausgeschieden, und zwar 20 Jucharten auf der Trettenmatt, 20 Jucharten auf dem Lüzimaad und der Rest auf der Lengmatt und Umgebung. Für den Sommer wurde eine provisorische Zuteilung vorgenommen. Es meldeten sich 34 Bewerber, von denen aber 12 beanstandet wurden. Die von der Regierung verlangte Vermessung wurde von Geometer Schmalz um 90 Fr. ausgeführt, wobei im 2–3 Messgehilfen zur Verfügung gestellt wurden. Der sauber ausgeführte Plan dient noch heute bei Nachschlagungen.

#### *Aufteilung der untern Allmend. 1848*

Am 1. Oktober 1847 beschloss die untere Allmendgemeinde, den Weidgang auf der noch nicht verteilten Allmend einzustellen und sie den Seyrechten nach den Seyberechtigten als Eigentum zuzustellen. Es waren 126 Seyberechtigte. Es wurden verteilt 174 Lose 1. Klasse = 43 Jucharten und 175 Lose 2. Klasse = 47 Jucharten, total mit den Wegen 103 Jucharten. Diese befanden sich an folgenden Orten: Rohr, Kuhstelle, Stockern, Zugmatt, Birchbühlhubel, Kohriedhölzli, Bruchenbühl, Rohrimoos, Heimeneegg, Tuftbrünnli, Aeschmatt, Stockernhals, Mühlematt, Stampfgraben, Längmatt, Lüzimaad, Hohligrat. Vor der endgültigen Zuteilung fand eine geometrische Ausmessung und Planaufnahme von Geometer Lehmann in Worb statt. Nach der Verlosung wurden einzelne Parzellen abgetauscht oder verkauft.

Es wurden folgende Gedinge aufgestellt:

1. Jeder Seyberechtigte besitzt die zugeteilten Lose eigentümlich.
2. Die 80 Jucharten Armenallmend bleiben für alle Zeiten für die Armen bestimmt, und diese haben sonst keine Rechte mehr.
3. Das Weidgangecht ist aufgehoben, ebenso die Zäunungs- und Einfristungspflicht.
4. Es sollen keine neuen Wege angelegt werden und nur die im Plan und in der Verteilungsurkunde angegebenen Dienstbarkeiten gelten.
5. Die Wasserleitungen sind von den betreffenden Eigentümern zu unterhalten. Karrwege, Wasserableitungen und Kanäle sind vom Gemeindewerk zu machen.
6. Die Seyberechtigten erheben keine weiteren Ansprüche. Vorbehalten bleiben die aus den Seyrechten herkommenden Eigentums- und Nutzungsrechte in dem gemeinen Bernegghölzli und den Schwellenhölzlenen an der Schafegg, in der Neumühle, im Schwand und Hohligrat, im Rohrimoos, Wangelengraben und Teufenbachgraben, welche für dieselben hinsichtlich des Eigentums- und Nutzungsrechtes vorbehalten werden. Die Schwellenhölzlein gehören den Seyberechtigten einzig zu.
7. Die aufgeteilte Allmend ist den üblichen Steuern, Bräuchen, Tellen und Anlagen unterworfen.



Nutzungs- und Schadensanfang im Jahre 1848, Gelobung im Jahre 1850.  
Gleich wie auf der obern Allmend wurde im Jahre 1866 nach den gesetzlichen Bestimmungen

*Bestand und Zweckbestimmung der Korporationsgüter der untern Allmend festgestellt.*

#### A. Güter zu örtlichen Zwecken

##### 1. Allgemeines Ortsgut

Das Berneggölzlein von 48 Jucharten. Schätzung 1630 Franken. Dieses Stück Wald wurde von unsern gnädigen Herren gegen ein Eintrittsgeld von 1000 Pfund und einem jährlichen Bodenzins von 15 Pfund Pfennigen auf 20. April 1598 zu Erblehen verliehen und zwar mit der Bestimmung, dass dasselbe nicht geschwendet und geweidet werden darf, sondern dessen zu ihrem Krieschau und Gebäuden gebrauchen sollen.

Das Berneggölzli ist daher Eigentum der untern Allmendgemeinde Buchholterberg und wurde von derselben nach Seyrechten benutzt, wo jedem Rechtsamebesitzer seine Rechte in einer besondern Liste speziell aufgezeichnet sich befinden, auf welche hier verwiesen wird. In gewissen Zeiten, jedoch nicht regelmässig, wird in diesem Stück Wald geholt, wobei den Rechtsamebesitzern ein Quantum Holz verabfolgt wird, sofern dieselben im Allmendbezirk wohnen.

##### 2. Besonderes Ortsgut

Das Schwellen- und Brückengut.

##### a. In Liegenschaften.

1. Ein Stück Wald in der Neumühle	1 Jucharte = 20 Fr.
2. Ein Stück Wald im Schwand	2 Jucharten = 30 Fr.
3. Ein Stück Wald im Rohrimoos	1 Jucharte = 70 Fr.
4. 6 Stücke Wald an der Schafeggg	2 Jucharten = 70 Fr.
	Total = 190 Fr.
b. Kapitalien	Fr. 2835,43

Die Waldstücke dienen zum Unterhalt der Schwellen und Brücken. Die Kapitalien werden gebildet vom Ertrag der der Gemeinde zustehenden Waldungen und Landparzellen, und dieser Ertrag wird soweit nötig zur Ausführung der Schwellen- und Brückenbauten und Unterhalt derselben verwendet. Auch werden Verwaltungskosten aus denselben bestritten.

#### c. Stierengut

Ein Stück Moos, das Stierenmoos genannt von ca 1 Jucharte = 140 Fr., Kapital 905,72 Fr. Total 1045,72 Fr.

Den Ertrag dieses Kapitals beziehen die Inhaber der beiden Zuchtstiere im untern Allmendbezirk.

#### B. Güter zu burgerlichen Zwecken

##### a. Liegenschaften

1. Der obere Hohenbühlwald	2 1/4 Juch.	= 150. – Fr.
2. Der untere Hohenbühlwald	2 1/4 Juch.	= 80. – Fr.
3. 1 Stück Wald im Breitäbnit	3 1/4 Juch.	= 160. – Fr.
4. 1 Stück Wald im Schwand beim Ban	2 Juch.	= 30. – Fr.
5. 1 Stück Wald an der Schafeggg	3 Juch.	= 50. – Fr.
6. 1 Stück Wald zu Egglen ca 15000 Fuss		= 10. – Fr.
7. 1 Stück Erdreich in der Stockern 1 1/2 Juch.		= 30. – Fr.
8. 3 Stücke Allmendland auf der Lengmatt, auf dem Lüzimaad und der Trettenmatt 80 Jucharten		= 3913.04 Fr. = 2127.71 Fr. = 1785.32 Fr.
b. Kapitalien		= 1352.22 Fr.
Total		= 9688.29 Fr.

Die Waldstücke werden so benutzt, dass jährlich den Armen Holz ausgeteilt wird und zwar nach einem "Boursamibrief" von 1571 und einem Holzteilungsbrief von 1673. Von den 80 Jucharten Armenallmend erhält jeder Arme 1 Jucharte zur Hälfte besseres und zur Hälfte schlechteres Land.

Die Kapitalien wurden gebildet durch Verpachtung von Pflanzplätzen. Ihr Ertrag dient zur Deckung der Verwaltungskosten und zur Unterstützung der bedürftigsten Armen im Bezirk.

Totales Vermögen der untern Allmendgemeinde Fr. 15379,44.

#### Das heute noch gültige Reglement der untern Allmendgemeinde. 1957

Nachdem in den Jahren 1887 und 1897 eine Revision des Reglementes der untern Allmendgemeinde stattgefunden hatte, wurde es am 16. August 1957 den neuen Verhältnissen angepasst. Artikel 1 lautet gleich wie bei demjenigen der obern Allmendgemeinde.



Nach Artikel 3 umfasst das Bürgergut:

a. in Liegenschaften:

1. Trettenmatt Land
2. Lüzimaad Land
3. Lüzimaad Land
4. Ey, Land und Bach
5. Lüzimaad Land
6. Schafegg Wald
7. Rohr, Land
8. Breitäbnit, Wald
9. Neumühle und Längmatt, Land
10. im Schwand, Land und Wald
11. Heimenegghölzli, Land und Wald
12. Langes Wytte, Wald
13. Breitäbnit, Wald
14. Dütter, Wald

ha	a	m <sup>2</sup>
6	90	49
4	09	37
1	02	82
8	65	78
2	92	98
1	44	30
	85	85
1	56	50
6	34	79
6	93	33
	9	50
	96	02
1	02	75
	20	42
Total	43	04 90

b. in Kapitalforderungen im Betrag von

Fr. 9554,76.

Der Ertrag dieser Güter ist rein nur zu burgerlichen Zwecken bestimmt, kann im übrigen auch zur weitem Öffnung der burgerlichen Güter verwendet werden. Die Grundlage zu dieser Güterausscheidung nach diesem Artikel bildet der Beschlussakt der Untern Allmendgemeinde vom 12. Februar 1866. Über die Nutzungsberechtigung am Bürgergut besteht ein besonderes Reglement, auf welches hier verwiesen wird.

Art. 4. Die Untere Allmendgemeinde besorgt die ihr nach den gesetzlichen Bestimmungen zufallenden Aufgaben, welche sind:

- a. Unterhalt der Wege und Strassen.
- b. Die Erhaltung und Verwaltung der in Art. 3 erwähnten Güter.
- c. Die Verwendung und Verteilung der Erträge nach den Bestimmungen des Nutzungsreglementes.

Art. 6. Stimmberechtigt ist, wer das Gemeindestimmrecht besitzt und im Allmendbezirk Wohnsitz hat.

Nutzungsreglement der Untern Allmendgemeinde Buchholterberg. 16.8.1957

- Art. 1. Die Güter der Untern Allmendgemeinde Buchholterberg umfassen:
1. Das Bürgergut.
  2. Den Stierenfonds.

a. Der Ertrag des Bürgergutes fließt denjenigen in der Gemeinde Buchholterberg heimatberechtigten Gemeindebürgern zu, welche im Allmendbezirk wohnen und die in Art. 3 aufgeführten Bedingungen erfüllen.

b. Der Stierenfonds umfasst die im Reglement aufgeführten Kapitalien. Die Verwendung der Erträge sind im genannten Reglement beschrieben.

Art. 2. a. Ordentlicherweise wird dem Nutzungsberechtigten ein Stück Allmendland zur naturgemässen Bewirtschaftung und Nutzung zugeteilt.

b. Es kann eine Zuteilung von Holz aus den Waldungen des Bürgergutes erfolgen. Die Menge des zugeteilten Holzes richtet sich nach den Erfordernissen einer rationellen Forstwirtschaft.

c. In besondern Fällen kann an einen Bürger aus dem Ertrag der Kapital- und Pachtzinsen eine Zuwendung von Bargeld erfolgen. Hiefür ist die Kommission kompetent.

Art. 3. Bedingungen für die Nutzungsberechtigung.

Um nutzungsberechtigt zu werden, muss ein Bürger (oder eine Bürgerin) folgende Bedingungen erfüllen:

- a. Mündigkeitsalter.
- b. Wohnsitzdauer im Allmendbezirk von 2 Jahren.
- c. Er muss verheiratet sein und für einen Haushalt aufzukommen haben.
- d. Er darf nicht mehr als 10 Jucharten eigenes Kulturland besitzen. Auf Beschluss der Gemeindeversammlung können Ausnahmen gewährt werden.
- e. Zusätzlich Anrecht auf Holz aus dem Bürgerwald haben walddarme und bedürftige Bürger. Für die Holzzuteilung ist die Allmendkommission kompetent.
- f. Ausnahmen von den genannten Bedingungen können von der Gemeindeversammlung gestattet werden. Die Kommission stellt hiezu Antrag.
- g. Die Nutzungsberechtigung der Bürger wird von der Kommission alle 5 Jahre überprüft.

h. Die Witwe eines Berechtigten ist Nachfolgerin in der Nutzungsberechtigung.

Art. 4. Anmeldung für eine Nutzungsberechtigung bei der Kommission. Prüfung durch Kommission und Aufnahme durch Gemeindeversammlung.

Art. 5. Jeder Nutzungsberechtigte hat Anspruch auf zwei bessere und zwei schlechtere Vierteljucharten. Die einzelnen Viertel werden nach der Reihenfolge ihrer Nummern zugeteilt. Die Zuteilung des Bürgerlandes erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldungen durch die Kommission und ist endgültig.

Sollte einmal der Fall eintreten, dass das Bürgerland den berechtigten Ansprüchen nicht genügt, so müssen die zuletzt angemeldeten Bewerber zurückgestellt werden.

Bei dringender Notwendigkeit kann die Gemeinde eine Neueinteilung des Bürgerlandes vornehmen zum Zwecke der Gleichstellung aller Berechtigten. Die Aufnahme der Nutzungsberechtigten geschieht an der Herbstversammlung.

Art. 6. Pflichten der Nutzungsberechtigten.

a. Der Nutzungsberechtigte ist dafür verantwortlich, dass das ihm zugeteilte Bürgerland Kulturland bleibt und dieser Bestimmung nicht entfremdet wird.



b. Er ist verantwortlich, dass die Ertragsfähigkeit des ihm zugeteilten Bürgerlandes erhalten bleibt.

c. Er ist verpflichtet, den andern Nutzungsberechtigten Not-, Zu- und Ausfahrt zu gewähren.

d. Auf Bürgerland erstellte Bauten und feste Zäune werden ohne weiteres Eigentum der Untern Allmendgemeinde.

e. Der Nutzungsberechtigte ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Grenzen (Marchen) zwischen den einzelnen Vierteln jederzeit erkennbar sind.

Art. 8. Nutzungsanfang am 15. Oktober.

Art. 9. Nichtzugeteiltes Bürgerland soll verpachtet werden. Pachtdauer 5 Jahre.

In frühern Zeiten, als es im Buchholterberg sehr viel Arme gab, spielte der Bürgernutzen eine grosse Rolle. In der heutigen Zeit, wo es sozusagen keine Armen mehr gibt und jedermann guten Verdienst findet, hat er an Bedeutung verloren.

#### *Die Aufforstung der Schafegg. 1780*

Wie der Name sagt, diente die Schafegg als Schafweide. Nun stellte die untere Allmendgemeinde im Jahre 1766 das Gesuch, 60 Jucharten dieser Weide als Wald aufwachsen zu lassen, um dem Holz- und sicher auch dem Streuemangel zu steuern. Da aber die Pfrund Diessbach Schwierigkeiten machte, kam diese Aufforstung nicht zustande. Nachdem die Buchholterberger sich mit dem Herrschaftsherrn von Diessbach als Collator der dortigen Pfrund geeinigt hatten, stellten sie im Jahre 1779 ein neues Gesuch, das die gnädigen Herren am 8. Juli 1780 sehr gerne bewilligten, mussten sie doch sonst gegen die Rodung der Wälder kämpfen.

Junker Obrist und alt Landvogt von Wattenwil, Oberherr zu Diessbach, stellte folgende Bedingungen:

1. Die übrige Schafegg soll nicht aufgeforstet werden, sondern niedergereutet bleiben.

2. Wenn auf der nicht aufgeforsteten Schafegg Frucht angesät wird, soll davon der übliche Zehnten entrichtet werden.

3. Das aufgeforstete Stück Schafegg soll richtig ausgemarchet und beschrieben werden.

4. Als Entschädigung für das Zehntrecht auf der aufgeforsteten Schafegg soll die untere Allmend der Pfrund Diessbach "zwey Mütt wohlgeputzten und sauberen Dinkels, gleich dem Bodenzins Korn, doch im kleinen Masse nach Zehntgebrauch und Gewohnheit sammethaft liefern." Die Verteilung dieser zwei Mütt wird der Allmendgemeinde überlassen.

5. Falls die Schafegg ausgereutet würde, soll von diesen 60 Jucharten wieder der ordentliche Zehnten entrichtet werden.

Diese pauschal zu entrichtende Abgabe wurde als "Sackzehnten" bezeichnet. Da die Verteilung dieser zwei Mütt auf die Grundbesitzer der untern Allmend eine komplizierte Angelegenheit war, wurde diese Pflicht im Jahre 1784 dem Hans

Küenzi im Birchbühl übertragen gegen Überlassung "von ohngefähr anderthalb Vierteljucharten Allmendland im Wyssenbach und eine halbe Vierteljucharten im Birchbühl."

Die aufgeforsteten 60 Jucharten zu 45000 Quadratfuss Schafeggwald wurden nun von oben nach unten in 16 Streifen eingeteilt, wobei die Breite oben, in der Mitte und zu unterst in Fuss angegeben wurde. Das zweite Stück mass zum Beispiel zu "oberist 180 Schu, in der Mitte 168 Schu und zu underist 156 Schu." Die ganze untere Allmend wurde in 16 Höfe unterteilt, jeder zu 11 Rechten. Der 1. Hof umfasste z.B. die Stockeren, Niederibach, Oberibach, Bühlboden, der 13. Hange-maad, Rohrimoos, Nächstenacker, Zugmatt. Der 16. Hof umfasste alle Armen, die keine Häuser haben, wobei bestimmt wurde, "dass keiner von sich selbst Holz zu fällen oder Kriss zu stümmeln sich erfrähe." Als Aufseher über das Armenlos wurden bestimmt Peter Roth, der Salpetergraber bei dem Badhaus und Christen Roth, der Seiler im Birchbühl. Die Waldstreifen wurden den Höfen durch das Los zugeteilt. Das Holzrecht an der Schafegg durfte nicht von den Bauerngütern verkauft, und der Wald sollte ohne obrigkeitliche Bewilligung nicht gereutet werden.

#### *Der Verkauf des Bernegghölzli*

Ein letztes Mal kam es zu Streitigkeiten zwischen den Armen und den Güterbesitzern auf der untern Allmend, als im Jahre 1890 das Bernegghölzli verkauft wurde. Nach der Aufzählung der Korporationsgüter vom Jahre 1866 gehörte dieser Wald von 48 Jucharten zum allgemeinen Ortsgut und wurde von den Seyberechtigten genutzt. Wie dort erwähnt, war es im Jahre 1598 der untern Allmend als Erblehen verliehen worden. Es mag hier noch nachgeholt werden, unter welchen Umständen dieses Erblehen zustande kam.

Die Buchholterberger hatten in den obrigkeitlichen Hochwäldern ohne Erlaubnis geschwendet. Die gnädigen Herren schickten den Deutschseckelmeister, zwei Venner und den Amtmann von Thun an Ort und Stelle, um die Sache zu erforschen. Diese fanden, es sei auch an andern Orten gefrevelt worden und baten, man möchte den Buchholterbergern verzeihen. Darauf hin wurde ihnen nun das Lüzimaad und die Bernegg zu den schon erwähnten Bedingungen als Erblehen verliehen, allerdings mit der ausdrücklichen Bedingung, dass sie sich "bey Verlierung unser Gnad und Huld, sich unseres Hochwaldes müssigen, darin nüt mehr hauen, schwänden, rüten noch krissen." Vorbehalten wurde jedoch der Weidgang, von dem später noch die Rede sein wird.

Es scheint, dass die Buchholterberger sich nicht an ihr Versprechen gehalten haben. Im Jahre 1620 wurde gemeldet, dass sie "nüt destominder unerlaubt und eigens gwalts in unserem Hochwald geholzet." Die Obrigkeit war noch einmal gnädig und liess ihnen das Erblehen, legte ihnen aber einen "Ehrschatz" von 30 Kronen und eine Busse von 100 Kronen auf. Das Holzen in "Grossättis Wald",



wie man den Staatswald etwa spassweise bezeichnete, wird aber kaum ganz aufgehört haben.

Am 19. Juni 1889 beschloss die untere Allmendgemeinde mit 2/3 Stimmen Mehrheit, das für 8640 Fr. geschätzte Bernegghölzli dem Rentier und Gutsbesitzer Jakob Steiner auf dem Lüzimaad für 9000 Fr. zu verkaufen. Der Regierungsrat genehmigte diesen Verkauf am 11. Jan. 1890. Als Gründe für den Handel wurden angegeben, der Ertrag des minderwertigen Waldes sei gering und werde durch Weidgang und Frevel noch vermindert. Eine zweckentsprechende Verteilung des Nutzens sei unmöglich. Seit sechs Jahren habe kein Holzschlag stattgefunden, und der letzte habe pro Seyrecht nur 4 Franken abgeworfen.

Gegen diesen Beschluss erhoben aber einige Ärmere Einspruch. Sie erklärten, das Holz sei unter die Güterbesitzer und die Hausburger (Leute ohne Land) verteilt worden. An der Allmendgemeinde habe man ihnen das Stimmrecht entzogen. Die alte Streitfrage vom Real- oder Personalrecht tauchte da noch einmal auf.

Die Güterbesitzer machten dem gegenüber geltend, dass nach dem Ausscheidungsbeschluss von 1866 das Bernegghölzli den Seyberechtigten gehöre und dass die Hausarmen damals keinen Einspruch erhoben haben, weil sie eben kein Recht besaßen. Den Armen habe man nur Stauden und Dornen abgegeben. Einzig zur Zeit, da Lehrer J. Jöhr Allmendschreiber war, habe sich der Brauch eingeschlichen, dass man ihnen Holz zuteilte. Im Protokoll der untern Allmend wird in den Jahren 1863, 1882 und 1885 wirklich erwähnt, dass bei der Holzverteilung im Bernegghölzli die ärmern Bürger gleich gehalten werden sollen wie die Güterbesitzer. Als dann die Güterbesitzer den ärmern Hausburgern vom Erlös 1000 Fr. offerierten, zogen diese ihre Einsprache zurück.

Interessant ist noch die Stellungnahme von alt Grossrat Keller im Schaubhaus in der Diskussion über diese Angelegenheit. Er sagte, "wenn diese Angelegenheit nicht bald an die Ruhe gestellt werde, so könne die Gemeindeversammlung beschliessen, dass sämtliches Bürgergut in allgemeines Orts-, Spend- oder Armengut umgewandelt werden könne, dann würde alles Vorteil treiben und Verstossen der Ausburger aufhören."

Der Erlös für das Bernegghölzli wurde nun nach Beschluss verteilt. Die 126 Seyberechtigten mit 178 1/2 Allmendrechten erhielten pro Recht 47 Franken. Die armen Hausburger, 49 an der Zahl (!) erhielten 20 Franken, einige nur 10 oder 5 Franken. Interessant sind die vielen Unterschriften. Es sind zum Teil merkwürdige Buchstaben, aber doch "mangels Schreibens" kein Kreuzlein mehr.

#### *Das Weidrecht im Heimenegg- und alten Ban*

Schon im Jahre 1598 wird das Weidrecht der untern Allmend in den obrigkeitlichen Wäldern erwähnt. In Frage kamen der Heimeneggban und der Alte Ban. Am 13. Oktober 1817 fragte die Forstkommision an, ob die untere Allmend bereit wäre, die Atzweid gegen Moser abzutauschen. Es wurde aber beschlossen, es

beim alten bleiben zu lassen. In den Jahren 1827–29 kam die Angelegenheit wieder zur Sprache.

Am 10. Juli 1827 fand eine oberamtlich verfügte Versammlung der untern Allmendgemeinde unter dem Vorsitz von Gerichtsstatthalter Moser in Diessbach statt. Anwesend waren die Besitzer von 149 Allmendrechten. Es wurden verlesen das Schreiben des Finanzrates vom 19. März und der Forstkommision vom 4. Juni 1826, sowie das Oberamtliche Schreiben vom 10. Mai 1827. Frage: Ob man auf den von der Forstkommision vorgeschlagenen Abtausch der Weidberechtigungen in den obrigkeitlichen Wäldungen eintreten wolle oder nicht. Mit 115:34 Stimmen wurde Nichteintreten beschlossen.

Im Jahre 1828 fanden wieder Verhandlungen statt. Der Staat offerierte der Allmendgemeinde 7500 Franken Entschädigung für die Weidrechte und Erlass des jährlichen Weidzinses von 10 Kronen. Die Allmendgemeinde lehnte dieses Anerbieten ab, da es für ein Weidrecht pro Kuh jährlich nur 18 Batzen ausgemacht hätte. Sie verlangte 15000 Pfund oder 11250 Schweizerfranken.

Am 10. November 1829 wurde wieder eine Versammlung der Allmendgemeinde abgehalten, diesmal unter dem Vorsitz von Oberamtmann L.R. von Erlach. Diese wäre mit 147 7/8:23 Stimmen bereit gewesen, das Weidrecht gegen Abtretung des Staatswaldes vom Lüzimaad bis zum Ende des Rohrimoosgutes fahren zu lassen. Sie wollten dann das Gesuch stellen, diesen Wald zum Teil ausreuten und urbar machen zu dürfen. Auf diesen Handel ging aber der Staat nicht ein.

Im Jahre 1839 wurde ein Gesetz über die Weid-Dienstbarkeiten erlassen. Artikel 1 bestimmte: Alle gegenwärtig noch bestehenden Weiddienstbarkeiten sind im Umfange des alten Kantonsteils von der Erscheinung dieses Gesetzes hinweg loskäuflich. Art. 14: Für Weidrechte, welche jährlich auszuüben waren, bildet der zwanzigfache Wert des mittleren Jahresertrages die Loskaufsumme. Gestützt auf dieses Gesetz beschloss dann erst am 17. Januar 1848 der Grosse Rat des Kantons Bern, für Franken 12000 "ein Weidrecht von 180 Kühen, welches bisher von Privaten im Buchholterberg und Schwarzenegg in dem dem Staate Bern gehörenden Heimenegg- und Altenbanwald ausgeübt wurde," abzulösen.

#### *Vom Torfgraben im Hühnermoos*

Da die Torfmöser auf dem Scheibenstein und Wachseldornmoos zur obern Allmend gehörten, gestattete die helvetische Verwaltungskammer der Municipalität der Gemeinde Buchholterberg am 5. April 1800, den Bewohnern auf der untern Allmend auf dem Hühnermoos jährlich 300 Fuder Torf zu graben. Der Torf sollte denjenigen, welche ihn bloss zur Feuerung in ihren Häusern verlangen, zukommen. Er sollte nicht verkauft werden, sondern für die Armen bestimmt sein. Der Boden sollte ausgeebnet und mit Wald angepflanzt werden. Das Moos soll immer der Nation gehören. Das Schreiben der helvetischen Verwaltungskammer begann mit "Freiheit und Gleichheit" und schloss mit republikanischem Gruss.



Auch um diesen Torfstich im Hühnermoos gab es Streit zwischen Armen und Reichen im untern Buchholterberg. Die nun wieder "Gnädigen Herren" des Kantons Bern gestatteten im Jahre 1830 der untern Allmendgemeinde dieses Torfgraben noch für drei Jahre. Die Allmendgemeinde sollte bestimmen, wer berechtigt sei, und die von Nichtarmen angestochenen Löser sollen den Armen abgetreten werden.

#### *Streit um drei Hagtannen im Aspi. 1775*

Im Jahre 1775 schlug der damalige Besitzer des Aspigutes drei Hagtannen, die die Allmendgemeinde als Schwellitannen ansprach. Der Landvogt Samuel Bernhard Effinger auf Schloss Signau fällte folgenden Entscheid:

1. Samuel Lehmann soll die drei Tannen den Armen geben.
2. Soll er 2 Tannli und eine Eiche auf dem Port der Gemeinde als Schwelliholz abtreten.
3. Das gesamte Hagholz soll dem jeweiligen Besitzer des Aspigutes gehören.
4. Die March soll bleiben wie bisher. Als Beispiel einer damaligen Marchbeschreibung soll diese im Wortlaut festgehalten sein: "Der Hag fangt sonnenaufgangs an bey einem Thürl, gehet von da grad hinab gegen Mittag 8 oder 10 Schritt zu einer Hurt, von derselben ein wenig in der Krümme 23 Schritt gegen Sonnen Aufgang unter einer Buchen hindurch, von daselbst fünf Schritt hinab an einen Eggen oder Gwett, von diesem 30 Schritt hindurch anfänglich im Krump hinab und wieder hinauf an einen grossen tannigen Stock, von demselben an noch ein wenig im Krump 30 Schritt hindurch an die hievor gemelte auf dem Port des Grabens befindliche Eych, von derselben annoch sieben Schritt hindurch an das letzte, zu ausserst auf dem Port des Grabens befindliche Tanngrozli so der Ehrenden Gemeind hievor gemelter massen abgetreten worden und von demselben dem Zaun nach hinab biss an den Graben."

5. Die Kosten werden wettgeschlagen. Dass es bei solchen Marchbeschreibungen oft zu Marchstreitigkeiten kam, ist verständlich.

Etwas genauer hat sich später der Allmendschreiber Christen Roth ausgedrückt. Bei ihm waren die Marchen meistens "fadenrichtig", d.h. schnurgerade.

#### *Der Stierenfonds auf der untern Allmend*

Im Artikel 18 des Seybriefes von 1659 wird erwähnt, dass die Allmendseier im Frühling zwei Stiere auf die Allmend kaufen und sie im Herbst wieder verkaufen sollen. In spätem Zeiten wurde diese Stierenordnung mehrfach abgeändert. Im Jahre 1785 wurde die untere Allmend in 6 Stierenhöfe eingeteilt, in den Ibach-, Teuffenbach-, Schaubhaus-, Brunnen-Marbach-, Nächstenacker- und Hangemaad oder Rothachenhof. Jeder Hof sollte zwei Jahre 2 Stiere halten, einen im Stall und den andern auf der Allmend. Als Entschädigung diente die Stierenmatte.

Da sich im Jahre 1815 die Stierenhalter beklagten, die Entschädigung sei zu klein, wurde ihnen noch der Zins der Schuld des Peter Küenzi im Teuffenbach im Betrage von 294 Kronen 20 Batzen zugesprochen. Wie schon erwähnt, bestand das Stierengut im Jahre 1866 aus einer Matte von einer Jucharte auf der Rohr und Franken 905,72 in Kapital.

Im Jahre 1872 wurde den Stierhaltern ein unverzinsliches Darlehen von 400 Fr. beim Ankauf eines Stieres bewilligt, rückzahlbar, wenn sie den Stier nicht mehr halten wollten, von da an zu 6% verzinslich. Es wurde ein Sprunggeld von 1 Franken für den Allmendbezirk und 2 Franken für auswärtige Tiere bestimmt. 1895 wurde die Unterstützung der Stierhalter aufgehoben, und die Stierhaltereie freigestellt. Im folgenden Jahre wurde der Ertrag des Stierenfonds zu gleichen Teilen den drei Käsereigenossenschaften zugewiesen und den Stierhaltern ein Beitrag von Fr. 50 bewilligt. 1913 wurde das Stierenmoos dem Karl Gerber in der Rothachen für 7300 Franken verkauft. Von 1925 an sollte jeder Käsereigenossenschaft Fr. 100 ausbezahlt werden.

Auf 31. Dezember 1966 betrug der Stierenfonds der untern Allmendgemeinde Fr. 8269,60 in Kapital und Fr. 288,90 in der laufenden Verwaltung, total Fr. 8558,50. Der Ertrag kommt den Stierhaltern im Allmendbezirk zugut.

3. Im folgenden sollen einige *Angelegenheiten* behandelt werden, die beide Allmenden betreffen.

#### *Streitigkeiten zwischen den Allmendgemeinden*

Eine Grenzvereinigung zwischen den beiden Allmenden vom Jahre 1607 ist schon weiter vorn erwähnt worden.

Als im Jahre 1696 der grössere Teil der obern Allmend den Gütern zugeteilt wurde, war nun das Recht der Armen auf der untern grösser als auf der obern, was zur Folge hatte, dass sich arme Haushaltungen dort anzusiedeln suchten. Die untere Allmend beschwerte sich deshalb bei der Obrigkeit. Zwei Familien lagen schon auf der Unrecht habenden Kosten im Wirtshaus. Die Parteien einigten sich dann in folgender Weise:

1. Die obere und untere Allmend sind eine Gemeinde und sollen die Armen gemeinsam erhalten.
2. Die Armen sollen nicht von einer Allmend in die andere geschoben werden.
3. Die obere Gemeinde soll 1/3 der Armen übernehmen. Alljährlich soll eine freundliche Besprechung stattfinden. (1697)

Im Jahre 1749 wurde über die Frage gestritten, ob ein Niklaus Roth, dessen Vater in die Niederlande (Elsass) ausgewandert war, in der obern oder untern Allmend Anspruch auf Nutzung habe. Der Landvogt entschied am 10. Mai 1749, dass er auf beiden Allmenden nach "proportion" nutzungsberechtigt sein solle, bis



die eine oder andere Partei deutliche Beweise bringe. Der Fall wird weiter nicht mehr erwähnt.

Später stritten sich die beiden Allmendgemeinden um das Allmendrecht der Witwe des Ulrich Gugger und ihrer Söhne. Die untere Allmend drohte der oberen in einem Prozess, wenn sie den erwähnten Personen nicht das Allmendrecht gewähre. Diese liess durch den Prokurator Moser in Thun der untern Allmend mitteilen, "Processe und mutwillige Tröl über Gemeinde- und Armengüter anfangen, anstatt den Armen unter die Arme zu greifen, sondern sie schmachten zu lassen, verstösst nicht nur gegen die Verordnungen der gnädigen Herren, sondern gegen die gesunde Vernunft. Das werden sich die Ausgeschossenen der untern Allmend, sowie ihr "Schriftsteller" nicht überlegt haben." Auch in diesem Falle wurde im Jahre 1779 ein Kompromiss abgeschlossen. Die Witwe des Ulrich Gugger wurde aus dem Armengut besteuert, und die drei Söhne und ihre Nachkommen sollen Halbrechter auf beiden Allmenden sein.

Noch im Jahre 1843 bewerteten sich Arme im Buchholterberg, sie werden von einer Allmend auf die andere geschoben. Der Regierungsstatthalter von Konolfingen ersuchte den Unterstatthalter im Buchholterberg, Frieden unter den Parteien zu stiften.

Als Kuriosum mag noch erwähnt werden, dass im Jahre 1910 der damalige Schreiber der untern Allmendgemeinde, Lehrer Zumbach den Auftrag erhielt, nachzuforschen, ob die Gesamtgemeinde beim Bau des ersten Schulhauses im Badhaus im Jahre 1812 der untern Allmend das Land, auf das es zu stehen kam, vergütet habe. Was herauskam, findet sich nirgends. Von einer Bezahlung des für das Schulhaus benötigten Allmendlandes ist im Gemeindeprotokoll keine Rede.

#### *Von den Allmendhäusern*

Wie anderwärts kam es auch im Buchholterberg vor, dass Arme auf ihrem Allmendeinschlag ein Häuschen aufstellten und sich so sesshaft machten. Diese Häuschen hatten etwa zwei kleine Stübchen, eine Küche, oben ein Gaden und hinten ein kleines Ställchen. Diese kleinen "Gschickli" boten den Besitzern natürlich keine Existenz. Durch tagelöhnen, hausieren, in vielen Fällen auch betteln fanden sie ein mageres Auskommen. Die Güterbesitzer sahen dies natürlich nicht gerne, weil dadurch der Allmendnutzen geschmälert wurde. Sie suchten denn durch Verbote die Vermehrung der Allmendhäuschen zu verhindern. Schon im Jahre 1698 ersuchte die obere Allmendgemeinde den Landvogt, der Witwe Elisabeth Roth den Bau eines Häuschens auf dem ihr lebenslänglich zugeteilten Allmendland zu verbieten. Sie befürchteten, in kurzer Zeit könnten 10–15 solcher Häuschen gebaut werden. Die Gemeinde würde in Armut geraten, "dieweil wäder holtz noch fäld solches ertragen mag." Allem nach wurde ein Verbot erlassen, das aber bald übertreten wurde, denn 1704 ersuchte die obere Allmend den Landvogt schon wieder um eine Erneuerung des Verbotes. Sie sagten, viele Arme wollen zu ihrem

Bettelhandwerk die Allmend nutzen, und wenn es nicht lange, so solle sie die Gemeinde erhalten. Die meisten haben keine Lust zur Arbeit. Sie bauen Hütten, und es wohnen 2–3 Haushaltungen drin.

Im Jahre 1760 beschwerte sich die ganze Gemeinde am Buchholterberg wegen "Aufrichtung neuer Feuerrechte und Schlupfwinkel auf der Allmend." Das Verbot wurde vom Landvogt erneuert bei einer Busse von 50 Pfund und Niederreissen des Gebäudes.

Nach einem Verzeichnis vom Jahre 1765 standen auf der untern Allmend 26 Allmendhäuschen, nämlich im Teuffenbach 2, in der Ey 3, auf der Bernegg 1, auf dem Bruchenhühl 1, in der Mühlematt 1, im Birchbühl 4, im Badhaus 5 und an der Heimenegg 7. Wieviele sich auf der oberen Allmend befanden, ist nirgends verzeichnet, aber auf dem Bätterich und der Farnern waren es etliche. Bei Erbteilungen wurden diese Häuschen noch halbiert, und es findet sich sogar ein Kaufbrief von einem Drittel-Allmendhäuschen.

Im Jahre 1786 erhielten die armen Eheleute Jakob Roschi und Barbara Sollberger die Erlaubnis, auf ihrem Allmendeinschlag auf der Farnern aus einem "erkauften Speicher oder Scheuerlein ein Häuslin oder unterschlauf" zu bauen. Nach ihrem Tode soll dieses aber der Gemeinde zufallen, die es wieder abbrechen kann, "folglich zu keinen Zeiten ein Feuerrecht hierorts Platz haben soll."

Wie schon erwähnt wurde, hatte die Gemeinde das Zugrecht auf Allmendhäuschen. Sie stützte sich dabei auf einen Ratsentscheid von 1601. (E. Werder: Das Recht des Landgerichts Konolfingen: nr. 141) Wer sein Allmendhäuschen nicht länger besitzen wollte oder konnte, musste dieses der Gemeinde zuhänden der Armen zum Kaufe anbieten, "für welche solches einzig und allein gewidmet." Falls die Gemeinde es weiter verkaufte, kam ein allfälliger Mehrerlös dem Verkäufer oder seinen Erben zugut. Im Jahre 1787 musste sich der Christen Bachmann an der Heimenegg verpflichten, sein gegen das Verbot dem Samuel Roth abgekauftes Allmendhäuslein bei seinem Absterben der Allmendgemeinde abzutreten.

1808 wollten die Gebrüder Imhof im Teuffenbach ihr "Allmend-Gschickli", nachdem das Haus darauf abgebrannt war, verkaufen. Die Allmendgemeinde verweigerte es ihnen aber. Sie begründete das Verbot damit, dass dieses Heimwesen ein Erblehen der Imhof sei, das nie verkauft oder belehnt worden sei. Aus den Schriften lasse sich kein ausschliessliches Eigentumsrecht ableiten. Die Allmendgemeinde anerbot aber den Gebrüdern Imhof, beim Aufbau ihres Hauses behilflich zu sein. Sie wollte ihnen 85 Kronen für Holz und Laden geben.

Ein Prozess um ein halbes Allmendhäuslein, dessen Akten nicht weniger als 112 Seiten füllen, spielte sich im Jahre 1777 ab. Ein Hans Lässer verkaufte dem Hans Bachmann im Rohrimoos sein halbes Allmendhäuschen mit 1/8 Jucharten Land im Bannholz um 100 Kronen und 40 Batzen Trinkgeld. Allmendobmann Niklaus Dummermuth als Bevollmächtigter des Bruders Christen Lässer in Thun machte aber für seinen Schützling das Blut-Zugrecht geltend. Der Handel kam vor den Landvogt von Werth in Signau. Als Anwalt des Niklaus Dummermuth erschien zuerst der in allen Gemeindehändeln zugezogene Ulrich Fahmi im Flühweg, später



ein Johann Matti und zuletzt noch Franz Jakob Thellung de Courtelary. Den letztern lehnten aber Hans Bachmann und sein Anwalt Christian Stägmann von der Schwarzenegg ab, da es fraglich sei, "ob er befugt seye, in unserer Gnädigen Herren und Oberen Landen Prozedur-Gschriften zu verfertigen."

Hans Bachmann erklärte, Niklaus Dummernuth mache das Zugrecht nicht für den dummen Christen Lässer, sondern für die obere Allmend geltend. Er bestritt die Handlungsfähigkeit des Christen Lässer, "denn so bald einer dumm ist, dass er zu unserer Christlichen Religion desswegen nicht kann unterwiesen werden, und durch die Nutzniessung des Heiligen Nachtmahls sein Taufgelübde nicht selbst bestätigen und zu erneuern imstande ist, ein solcher kann den Namen nicht als ein freier Mann haben." Es fand dann eine "freundliche" Abfindung zwischen Niklaus Dummernuth und Hans Bachmann statt. Christen Lässer erhielt das halbe Allmendhäuslein, musste aber dem Hans Bachmann 20 Kronen Prozesskosten vergüten. Im Jahre 1782 trat Christen Lässer das "Gschrickli" der Allmendgemeinde ab.

Es gibt heute noch im Buchholterberg einige Allmendhäuschen, die so ziemlich im ursprünglichen Zustande erhalten sind. Die meisten sind aber umgebaut, vergrössert oder neu aufgebaut worden. Arme Allmendhäusler aber gibt es zum Glück keine mehr.

#### ✓ Von Schafen und Geissen, Schweinen und Gänsen

In den Allmendordnungen wurde festgesetzt, dass die Schafe der obern Allmend auf der Farneren, diejenigen der untern auf der Schafegg geweidet werden sollten. Hin und wieder gab es etwa Meinungsverschiedenheiten der Schafe wegen. So wurde 1786 bestimmt, dass alle Schafe, die auf der Allmend oder in den Gassen angetroffen werden, in den Pfandstall getan werden sollen. 1801 wurde verfügt, dass die Schafe nur bis zur Bergfahrt auf die Schafegg getrieben werden durften, und 1804, dass auf der Schafegg ein Stall zu erstellen sei, damit die Schafe nicht alle Tage auf- und abgetrieben werden müssen.

Die Geissen wurden in die Wälder verwiesen. Im Jahre 1764 wurde auf der obern Allmend geklagt, dass viele über ihr Recht 4–6 Geissen auf die Allmend und sogar auf die Matten der Bauern treiben. Nach dem Allmendbrief haben Arme und Reiche das gleiche Recht, eine Kuh auf der Allmend zu sömmer. Diejenigen, die kein Land besitzen, besetzen zum Teil ihre Kuh, andere verleihen ihr Recht zu 3 Kronen. Sie denken, erstens muss mich die Gemeinde besteuern, zweitens bekomme ich drei Kronen, drittens habe ich eine Jucharte eingeschlagene Allmend, viertens kann ich Geissen auf die Allmend treiben und fünftens kann ich noch dem Bettel nach. Es wurde dann bestimmt: Es sollen weder Geissen, noch Schafe auf die Allmend getrieben werden, ausser von den allerärmsten, die keine Kuh vermögen. Die dürfen die Gemeinde um Erlaubnis bitten. Busse: 3 Kronen, 2 für den Landvogt und eine für den Verleider.

Es war nicht nur im Buchholterberg so, dass es des Allmendnutzens wegen sehr viele Arme gab, sondern auch in andern Gemeinden. Prof. Dr. Miaskowski schreibt in seiner Geschichte der schweiz. Allmend 1879: "Der Bürgernutzen schafft "Schollenkleber", die statt in der Jugend draussen etwas tüchtiges zu lernen, lieber in der Heimatgemeinde bleiben und es hier zu nichts Rechtem bringen." (Seite 102)

Wie schon erwähnt, sollten auf der obern Allmend die Allmendseier die Schweine fleissig "ringen" und von jedem einen Batzen erhalten. Im Jahre 1694 wurde verfügt, dass von Anfang April bis auf Michelstag kein Schwein auf die Allmend gelassen werden durfte.

Von 1694 an war es auf der obern Allmend verboten, Gänse auf die Allmend zu treiben, während auf der untern drei gestattet waren. Trotz des Verbotes von 1694 trieb im Jahre 1705 der Schmied Lässer in Heimenschwand Gänse auf die Allmend, was einen heftigen Streit verursachte. Diese wurden ihm nach Vorschrift gepfändet. Er hat sie dann "nach villem häftigem gezänck abgeschafft." Im folgenden Jahre hat sein Sohn der Gemeinde zum Hohn und Spott Enten gekauft und auf die Allmend getrieben. Diese wurden aber von den Allmendseiern auf Befehl der Gemeinde in den Pfandstall getan und sie haben "10 Kreuzer darauf verzert." Die Frau Lässers hat die Enten "mit unverschämtem schmähen" daraus gelöst und wieder auf die Allmend getrieben. Nachher hat der Lässer den Allmendseiern und ihren Angehörigen allerlei Schmähworte nachgeschrien und ihnen gedroht, "wann sy die änten mehr nähmen, sie darob zu brüglen." Als ihm die Allmendseier einen Anschicksmann schickten, sagte er, "sy haben auf seine änten verzehrt wie andere lumpen." Diese riefen dann die "väterliche hülfes hand" des Landvogts an.

#### ✓ Vom "Kuhdreck" auf der Allmend

Bezeichnend für die damalige Zeit ist der Umstand, dass man sich auf beiden Allmenden mehrmals mit der "wichtigen" Frage befassen musste, wem der "Kuhdreck" auf der Allmend gehöre. Im Jahre 1764 stellte man auf der obern Allmend fest, dass "s.h. bauw" (Mist) aufgelesen werde. (s.h. heisst "salvo honore" oder auf deutsch ungefähr: "nüt für ungut", dass ich ein so grausiges Wort brauche.) Arme Leute kratzten auf der Allmend den "Kuhdreck" zusammen und trugen ihn auf ihre Einschläge, da sie eben keinen Dünger hatten. Es wurde denn der Beschluss gefasst, dass das "bauw sammeln" nur auf den Wegen und in den Waldungen am Dienstag von morgens 6 Uhr an gestattet sei. Busse 3 Kronen, wenn dem Gebot widerhandelt wurde. (Das hätte teuren Mist gegeben.)

Am 30. April 1794 fassten sie auf der untern Allmend den Beschluss: "Erstlichen sollen von den Armen aus einer jeden Haushaltung nur eine Person aussert Dienstag und Freitag zwischen Sonnenschein auf der Allmend Bauw auflösen und das nur an unschädlichen und grasfreien Orten, allwo der Bauw keinen Nutzen bringen mag. Bey der Straff der doppelten Herrschaftsbuss, von welcher ein Drittel dem Verleider nebst Geheimhaltung seines Namens zukommen soll." Noch im Jahre 1807 wurde dieses Verbot erneuert bei einer Busse von 10 Pfund.



#### ✓ Von Bäumen auf der Allmend

Es kam vor, dass auf dem zugeteilten Allmendland Bäume gepflanzt wurden. Wenn dann später das Land anders verteilt wurde, zahlte die Allmendgemeinde für diese eine Entschädigung. So erhielt alt Schulmeister Chr. Strün auf dem Bruchenhühl 60 Batzen für auf der Allmend gepflanzte Bäume und der Christen Beutler in der Mühlematt 1812 20 Batzen. Es trat auch der Fall ein, dass der Grasnutzen auf einem Allmendstück einem Berechtigten gehörte und der Nutzen der darauf stehenden Bäume einem andern. Im Jahre 1857 kaufte der Johann Aebersold im Badhaus dem Johann Beutler an der Heimenegg ein Heimwesen ab, zu dem auch eine Brach von 6/8 Jucharten im Tuffbrünli gehörte. Nach einem Nachschlagzeugnis kam in einem frühern Erwerbstitel zu diesem Grundstück folgende Eintragung vor: "Auf diesem Allmendstück besitze der Christen Roth drei Kirschbäume, die demselben gehören, hingegen besitze man auf dessen Allmend ebenfalls vier Kirschbäume, die hiezu gehören. Da die Kirschbäume nicht mehr existieren, so ist dieses Verhältnis dahingefallen."

#### ✓ Der Unterhalt der Gemeindewege wird von der Einwohnergemeinde übernommen. 1913

Wie die obere Allmendgemeinde, so hatte auch die untere ihr eigenes Wegreglement, das ungefähr gleich lautete. Wie erwähnt, hatten die Allmendgemeinden das Recht, von den Grundbesitzern Tellen zu erheben. Mit der Zeit wurden aber die Wege so stark vernachlässigt, dass die Einwohnergemeinde am 13. April 1913 beschloss, auf den 1. Januar 1914 den Unterhalt der vermessenen Wege zu übernehmen. Bis dahin sollten sie in ordentlichen Zustand gestellt werden. Von einer Abtretung des Ortsgutes der Allmendgemeinden wurde vorerst abgesehen. Ein Antrag, die Allmendgemeinden mit der Einwohnergemeinde zu verschmelzen, wurde nicht angenommen. Eine Genehmigung dieses Gemeindebeschlusses durch den Regierungsrat unterblieb, und es fand auch keine Verschreibung statt. Nach langen Verhandlungen zwischen der Einwohnergemeinde und den beiden Allmendgemeinden, die bis ins Jahr 1951 dauerten, fand dann eine Abtretung der Ortsgüter statt und wurde vom Regierungsrat genehmigt. Der Grund, warum heute noch alle Einwohner in den Allmendgemeinden stimmberechtigt sind, aber nutzungsberechtigt nur die Bürger, ist aus den vorliegenden Ausführungen ersichtlich. Ob das Stimmrecht der Nichtbürger bei den jetzigen Verhältnissen noch gerechtfertigt ist, kann ich nicht entscheiden.

#### D. Wie Wachsdorn eine selbständige Gemeinde wurde

In ältern Urkunden heisst es immer Wachsdorn und Gützenschwendi. Der Name Gützenschwendi taucht in den "Fontes rerum Bernensium" erstmals 1336 auf, Wachsdorn 1340. Im Verzeichnis der Eheststeuer des Heinrich von Falschen wird erwähnt: "denne ein gut ze Gützenschwendi, das Werner von Gützenschwendi buwet gibt 10 Schilling und ein schaff." Um 1340 verkauft Johannes von Wichtrach einige Güter an seinen Sohn Peter: "denne die güter ze Gützenschwendi, denne die güter ze Wachsdorn."

Über die Stellung der "Boursami" Wachsdorn und Gützenschwendi in der Gesamtgemeinde Buchholterberg wurde weiter vorn berichtet. Im folgenden soll nun das Verhältnis dieser beiden Bezirke zueinander genauer untersucht und gezeigt werden, wie es zu einer vollständigen Trennung kam.

Schon ein leider etwas beschädigter Spruchbrief aus dem Jahre 1653 berichtet uns von Differenzen zwischen Buchholterberg und Wachsdorn-Gützenschwendi. Es wurde bestimmt, dass die von Wachsdorn und Gützenschwendi "uff der Buchholteren beiden Allmenten in holtz und veld weder rächt noch ansprach haben söllend." "Item, wan einer oder der ander von Gützenschwendi oder Wachsdorn in ir gemeind zichen welte, sölle er sich mit der gemeind setzen und ingelt geben und ussrichten, was rächt und billich ist."

Im Jahre 1731 wurde ein Armenprozess zwischen Buchholterberg und Wachsdorn-Gützenschwendi bis vor den Kleinen Rat gezogen. Ein aus fremden Kriegsdiensten heimgekehrter und in Wachsdorn verarmter Niklaus Schneider erhob einen Anspruch auf die Buchholterbergerallmend. Er wurde unterstützt von Peter Obmann, dem Vertreter der "Boursami" Wachsdorn, die ihre Unterstützungspflicht auf Mittelbuchholterberg abzuschieben suchte. Der Handel kam am 27. Januar 1731 vor den Landvogt von Signau. Die "Boursami" Wachsdorn machte für den verarmten Niklaus folgende Gründe für einen Anspruch auf die Allmend geltend:

1. Weil die mittlere Gemeinde eine grosse Allmend besitze, betrage die dortige Einkaufssumme 50 Taler, während in Bleiken und Wachsdorn nur 15 Taler.
2. Der Grossvater des Klägers habe sich einerzeit in der mittleren Gemeinde mit 50 Talern eingekauft und damit das dortige Heimat- und Allmendrecht erworben.
3. Mittelbuchholterberg habe am 14. Christmonat 1716 dem Niklaus Schneider einen förmlichen Heimatschein ausgestellt und ihn damit als ihren Bürger anerkannt.

Die beklagte Partei machte folgende Gegengründe geltend:

1. Der Buchholterberg sei vor mehr als vierzig Jahren in drei sonderbare Gemeinden abgeteilt worden, nämlich in Bleiken, Mittelbuchholterberg und Wachsdorn. Jede dieser drei Gemeinden habe ihre Armen selber zu erhalten ohne Beisteuer der andern zwei.
2. Alle Einzug- und Hintersässgelder fallen in den gemeinen Seckel und werden zum Nutzen aller drei Gemeinden verwendet.



3. Der Grossvater des Niklaus Schneider sei nicht als Gemeindegenosse des Mittelbuchholterbergs, sondern als *Landmann* des Buchholterbergs angenommen worden. Wenn er Anrecht auf die Allmend besass, so war das nicht kraft seines Heimatrechtes, sondern weil dieses Recht zu seinem Heimwesen gehörte.

4. Der dem Niklaus Schneider im Jahre 1716 ausgestellte Heimatschein sei "ein Schein Innahmen der Landschaft des Buchholterbergs: in obigen drei Gemeinden bestehend: gewesen, also kein spezieller Heimatschein für Mittelbuchholterberg."

Sie beriefen sich ferner auf die Bettelordnungen von 1616 und 1672, "nach dero eigenen Worten ein jeder solcher Lands-Armen, es seye Hintersäss-Weis, oder sonst, in dem Rechten, wie er bisher gewesen, verbleiben und geduldet werden solle." (Siehe auch: Prozess Obere Allmend gegen Peter Müller: Seiten 25–27.)

Am 27. Januar 1731 sprach der Landvogt Johann Jakob Wagner auf Schloss Signau den Niklaus Schneider der "Boursami" Wachsdorn zu.

Gegen diesen Entscheid appellierten die Wachsdorner an die "Aussburger- und Allmosenkammer" der Stadt Bern, die sich mit allen Heimatrechtsstreitigkeiten zu befassen hatte. Diese entschied: "Dass Mnwh. Landvogt zu Signau übel geurtheilt, die von Wachsdorn aber vor Mnwh. der Cammer wohl recurriert haben."

Mittelbuchholterberg rief nun das Urteil der obersten Instanz, des Täglichen oder Kleinen Rats an. Dieser bestätigte den Entscheid der Aussburger- und Allmosenkammer. Mittelbuchholterberg musste den Niklaus Schneider als ihren Bürger anerkennen und ihm Anrecht auf ihre Allmend gewähren. "Die prozedurkosten zwyschen beyden partheien wettschlagende."

Im Jahre 1747 kam es innerhalb der "Boursami" Wachsdorn zu Streitigkeiten. Das Hintersässgeld sollte von drei auf fünf Pfund erhöht werden, wie es in andern Gemeinden üblich war. Die Hintersässen wandten sich an die "Aussburger- und Lands-Almosenkammer" der Stadt Bern. Diese entschied, dass die jetzigen Hintersässen, die eigene Güter besitzen, bei dem bisherigen Hintersässgeld von drei Pfund belassen werden sollten, dass aber deren Erben oder Käufer "zu mehrerer Aeüffnung des Armenguths" fünf Pfund bezahlen sollten, "wobey es dann die Meinung hat, dass die blossen Einzüglinge und Haus- oder Lehenleuth, die kein Erdreich eigentümlich besitzen, und hiemit ihren Wohnsitz ohne grosse Beschwerdt und Schaden verändern können, von nun an zu Bezahlung dieses auffgemehrten Hintersässgeldes der 5 Pfund gehalten seyn sollen."

Anno 1775 gerieten Wachsdorn und Mittelbuchholterberg in Streit wegen des der Gemeinde gehörenden Pintenschenkenrechtes in Heimenschwand. Wachsdorn verlangte den siebenten Teil der 15 Kronen, die das Pintenschenkenrecht abwarf.

Zwei Jahre später kaufte die Gemeinde Buchholterberg die Schmiede in Heimenschwand und das dazu gehörige Erdreich und errichtete einen Neubau. Wachsdorn sollte sich daran beteiligen. Nachdem sie den Rat des "Wohledelebohnen und Hochgeachten Juncker Landvogt von Bonstetten von Thorberg, als Besitzer der Hubelalp und der Hüttenmatt in Wachsdorn" eingeholt hatten, verweigerten sie diese Beteiligung. Sie machten geltend, dass der zu erwartende Mietzins das aufgewendete Kapital niemals verzinsen werde. Wachsdorn und

Gützenschwendi müssten ein namhaftes Kapital aufbrechen, "ohne dass sie einichen abtrag davon zu hoffen hätten. Wachsdorn und Gützenschwendi wollen es bey der bisherigen alten Übung und Gebrauch ansehend die Gemeinds- und Armensachen verbleiben lassen und begähren keine Neürungen darinnen zu machen. Welches der E. Gemeind Buchholterberg zum Verhalt dienet. Gegäben, den 13. Hornung 1778. Bescheint wie obgemelt Christen Obmann, Hans Liechti."

Wie schon erwähnt, standen Buchholterberg und Wachsdorn während der Helvetik unter einer Municipalität. Vermutlich fanden sie diesen Zustand zweckmässig, denn im Jahre 1805 schlossen sich die in gewissen Angelegenheiten getrennten Bezirke Mittelbuchholterberg und Wachsdorn zu einer Gemeinde zusammen. Es wurde ein freundschaftlicher Vergleich "abgeredet und einmütig geschlossen." Dieser enthielt folgende Bestimmungen:

1. Die Gemeinden Buchholterberg und Wachsdorn werden zur Gemeinde *Buchholterberg* vereinigt und haben eine Gemeindeversammlung.

2. Die *Gemeinde- und Armengüter* werden zusammengelegt und unter eine Verwaltung gesetzt.

3. Die *Gemeindeverwaltung* geschehe wie bis jetzt durch Vorgesetzte und sogenannte Hofmänner oder durch einen zu errichtenden Gemeinderat. Sechs Teile der Vorgesetzten sind durch Buchholterberg und der siebente durch Wachsdorn-Gützenschwendi zu stellen.

4. Die *Gemeindetelle* soll zu sechs Teilen von Buchholterberg und zu einem Siebentel von Wachsdorn zusammengelegt werden.

5. Sämtliche *Umgänger* sollen den Kehr in der ganzen Gemeinde nach obigem Teilverhältnis machen.

6. Betreffend die *armen Bürger* sowohl im Buchholterberg als in Wachsdorn und Gützenschwendi, "wenn selbige Allmendeinschläge und übrige Nutzungen auf den Allmenden pretendieren wollen, so sollen sie wie bisher gehalten sein, ihre rechtliche Fähigkeit zu erzeigen, mithin auch, dass ihre Voreltern innert dem Bezirk der nun zusammen vereinigten Gemeinden, und wo Allmendeinschläge und Allmendnutzungen zugehören, gewohnt haben."

7. Da die von Buchholterberg beträchtliche eigene *Armengüter* besitzen, so sollen die von Wachsdorn und Gützenschwendi für dasjenige, was sie weniger als den siebenten Teil zulegen können, alljährlich den Zins von dem dazu mangelnden Kapital einschiessen, bis die vom Landarzt Christian Obmann in Wachsdorn verheissene Vergabung von 300 Kronen zur Auszahlung gelangt. Von da an soll angesehen werden, dass Wachsdorn und Gützenschwendi den vollkommenen siebenten Teil des ganzen Gemeindearmenguts beigeschossen habe.

8. Sollten in Zukunft *Vergabungen* oder *Schenkungen* zugunsten der Armen gemacht werden, so sollen diese der ganzen Gemeinde zufallen.

9. Die Schulden sollen nach dem obbestimmten Verhältnis (6:1) bezahlt werden.

Dieser *Vergleich* wurde am 9. Juni 1805 von Notar Jakob Aescher in Diessbach in zwei Doppeln ausgefertigt, von Jakob Beutler in Marbach und Hans Gugger in der Zugmatt, sowie Chorrichter Christian Künzi und Hans Linder in Wachsdorn mit



einem Gelübde bestätigt, und von Franz Ludwig von Grafenried, "ruhmlichst regierenden Oberamtmanns von Konolfingen" gesiegelt.

Diese Vereinigung von Buchholterberg und Wachseldorn zu einer unteilbaren Gemeinde war nicht von langer Dauer. Beide Teile warfen sich bald einmal vor, aus Eigennutz eine Vereinigung angestrebt zu haben. Der Vergleich von 1805 konnte verschieden ausgelegt werden und enthielt rechtlich unklare und unhaltbare Bestimmungen, besonders in den Punkten vier und sechs.

Im Jahre 1810 reichten 62 Güterbesitzer von Buchholterberg und Wachseldorn eine Bittschrift an die Regierung ein, die Telloordnung der Gemeinde möchte in dem Sinne abgeändert werden,

1. dass alle Häuser und Güter, sowie auch die Wälder durch unparteiische Schätzer gewürdigt und die Tellen nach dem Resultat dieser Schätzung bestimmt werden.

2. Dass auch noch eine Anlage vom beweglichen Vermögen festgesetzt werden solle.

Nach Bekanntgabe dieser Bittschrift reichten über hundert Bürger eine Gegenvorstellung ein. Am 1. März 1811 verordnete der Kleine Rat der Stadt Bern, dass alle Güter, Häuser, Waldungen und Allmenden im Buchholterberg zu schätzen seien.

Am 14. August 1816 wurde das endgültig revidierte Tellelement an einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen angenommen und am 16. Januar 1817 von den gnädigen Herren und Oberen sanktioniert.

Um den Teilbezug zu erleichtern, wurde die ganze Gemeinde von Ibach bis in die Südern in zwölf nach dem Teilbetrag ungefähr gleich grosse Höfe eingeteilt, wobei drei Heimwesen von Wachseldorn einem äussern Hof zugeteilt wurden.

Nach diesem neuen Teilbezug zeigte es sich, dass Wachseldorn und Gützenschwendi mehr als den im Vergleich von 1805 festgesetzten siebenten Teil der Gesamttelle leisten mussten. Dieser Umstand und noch andere Streitigkeiten führten zu einem vollständigen Zerwürfnis zwischen Wachseldorn und Buchholterberg. Ein gütlicher Vergleich war nicht mehr möglich, und so kam es zu einem langwierigen, von beiden Seiten mit grosser Erbitterung geführten Prozess.

Am 26. November 1821 reichten die Güterbesitzer von Wachseldorn und Gützenschwendi an den Oberamtmann von Konolfingen eine "Ehrerbietige Vorstellung" gegen die Bewohner des Bezirks Buchholterberg ein. Auf 46 Folioseiten brachten sie eine Menge von Klagen vor. Als kleine Minderheit fühlten sie sich in allen Teilen zurückgesetzt und benachteiligt. Im Gemeinderat werden die zwei Vertreter von Wachseldorn immer überstimmt, so dass sie lieber den Sitzungen fernbleiben. Sie beanstandeten, dass die Armengutsverwalter immer nur Bürger von Buchholterberg seien und dass die Tellen und Zinsen nur in Wachseldorn rücksichtslos eingetrieben werden, dass aber im Buchholterberg grosse Ausstände seien. Sie verstiegen sich zu ziemlich ehrenrührigen Bemerkungen, wenn sie z.B. Ehemannes, welcher sich von seinem Weibe ohne begründete Ursachen will trennen

lassen, damit er sich derselben entladen könne, ohne ihr das eingekehrte Gut zu erstatten." Den Armengutsverwaltern machten sie den Vorwurf, "dass sie das Eigentum der Armen einstecken und zu ihrem Nutzen verwenden." Sie fassten ihre Beschwerden am Schluss wie folgt zusammen:

Die Gemeinde Buchholterberg soll hochrichterlich angehalten und verfällt werden, bei dem Inhalt des Vergleichs vom 9. Juni 1805 zu verbleiben, mithin:

1. Sollen die armen Bürger von Wachseldorn und Gützenschwendi mit denen von Buchholterberg an allen Gemeinde- und Armengütern gleiches Recht und Anteil haben.

2. Solle der Bezirk Wachseldorn und Gützenschwendi bei ihrem ehemaligen Bezirksumfang und Marken verbleiben und an die Gemeindetellen und Anlagen nicht mehr als den siebenten Teil schuldig sein. Die Gemeinde Buchholterberg solle das seit Jahren zuviel bezogene zurückerstatten.

3. Vom Ertrag der Salzbütte soll der siebente Teil am Beitrag von Wachseldorn an das Armengut abgezogen werden.

4. Die Zinse für das Armengut und die Lehenzinse sollen fleissiger bezogen und behörigermassen verwendet werden.

5. Es sollen keine neuen Tellen angelegt werden, bis die rückständigen bezogen und die alten Rechnungsrestanzen abgeführt und bezahlt sein werden. Alles unter Kostenfolge.

Unterschriften: v. Bonstetten, Ing. Oberstleutnant als Vogt des Herrn Carl Ludwig von Bonstetten, Besitzer des Hubelguts in der Südern, Christen Roth, Jakob Fahrni.

Die Unterschrift des Patriziers von Bonstetten sollte wohl dazu dienen, der ganzen Beschwerde vor dem Oberamtmann von Konolfingen etwas mehr Gewicht zu geben.

Die "Ehrerbietige Vorstellung" wurde den Vertretern von Buchholterberg eröffnet. Der Oberamtmann verfügte, die Gemeinde Buchholterberg müsse sich nach Gesetz zuerst die oberamtliche Autorisation zur Führung eines Prozesses erwirken und zu dem Zwecke innert 14 Tagen das Befinden von zwei erfahrenen Rechtsgelehrten einholen.

Die Buchholterberger wandten sich an den bekannten Juristen Dr. Lüthardt in Bern. Dieser fand, Punkt 1 und 2 der Beschwerde seien unbegründet, Punkt 3 sei auf jeden Fall voreilig, Punkt 4 sei begründet und Buchholterberg soll deshalb den Mangel nach Möglichkeit beheben. Punkt 5: Zu diesem Schluss sei Wachseldorn nicht berechtigt, doch soll auch in der Angelegenheit das möglichste getan werden. Das Gutachten des Dr. Lüthardt wurde von Dr. jur. Hahn ebenfalls in Bern in allen Punkten bestätigt.

Am 21. Dezember 1821 liessen die Buchholterberger durch den Prokurator Kernen in Grosshöchstetten den Güterbesitzern von Wachseldorn mitteilen: Auf Punkt 1, 2 und 3 kann unmöglich eingetreten werden. Betreffend Punkt 4 und 5 wird versprochen, alle rückständigen Zinse und Tellen sollen unverzüglich eingeford-



dert werden. Es wird erwartet, dass Wachsdorn und Gützenschwendi nun alle Klagen zurückziehe, sonst wird der Buchholterberg sich rechtlich verteidigen.

Am 8. Januar 1822 liessen die Wachsdorn durch einen Fürsprecher in Thun melden, dass ihnen alle 5 Klagepunkte gleich wichtig seien und dass sie den Antrag von Buchholterberg zurückweisen. Hingegen seien sie bereit, den Vergleichsbrief von 1805 wieder aufzuheben und die Gemeinden wieder zu trennen.

Der Prozess ging weiter. Am 11. März 1822 reichten die von Buchholterberg eine "Ehrerbietige Gegenvorstellung" ein, indem sie sich getrauten, "die Grundlosigkeit des gegnerischen Angriffes in seiner ganzen Blöße aufdecken zu können."

Sie erklärten, Wachsdorn habe den Anstoss zum Zusammenschluss gegeben. Sie hätten ferner die Schuld von 390 Kronen auf dem Schulhaus verschwiegen. Die zwei Vertreter von Wachsdorn im Gemeinderat hätten jederzeit Einblick in alle Gemeindeakten gehabt. Auf die fünf Klagpunkte von Wachsdorn entgegneten sie.

1. Nach den Seybriefen der untern und der obern Allmend von 1659 und 1696 gehören diese den angesessenen Güterbesitzern. Es gebe keine persönlichen Nutzungsrechte.

2. Das Tellreglement von 1816 hebe die Bestimmung des Vergleichs von 1805, wonach Wachsdorn nur den 7. Teil der Telle beizusteuern habe, auf, "denn sonst müsste es überhaupt unmöglich werden, je in Gemeindeverhältnissen eine bessere Ordnung einzuführen, wenn immer das neue dem alten hintangesetzt werden müsste."

3. Auch dieser Punkt soll abgewiesen werden, da der Ertrag der Salzbutte im Betrage von jährlich 40 Kronen in das gemeinsame Armengut fliessse.

4. Die Vorwürfe betreffend Unregelmässigkeiten in der Verwaltung des Armengutes werden zurückgewiesen.

5. Dass die rückständigen Tellen zum grössten Teil eingegangen sind, davon hätten sich die Gegner überzeugen können, wenn sie mit ihrem Angriff weniger voreilig vorgegangen wären.

Auf diese Gegenvorstellung der Buchholterberger reichten die von Wachsdorn am 15. April 1822 eine *Replik* von 73 Folioseiten ein. Natürlich wurden alle Argumente der Buchholterberger widerlegt. Nur wenig aus dem langen Schriftstück sei hier festgehalten.

Sie wollen den "Gegnern die Maske vom Gesichte reissen und sie antlarven dem hohen Richter darstellen." Auf die Bemerkung der Buchholterberger, es seien immer zwei Vertreter von Wachsdorn im Gemeinderat gesessen und hätten in alle Akten Einsicht nehmen können, entgegnet die von Wachsdorn: "Dieses ist gerade soviel gesagt, als wann man einem Blinden die Einsicht von Schriften gestatten wollte, weil die an der Gemeindeverwaltung sitzenden zwei Mitglieder leider weder Buchholterberg aus dem Bezirk Wachsdorn aus sehr guten Gründen durch das Gemeindemehr erwählt." Die zwei seien übrigens nur die Narren im Spiel und müssten sich jederzeit gefallen lassen, was der Buchholterberg zu seinen Gunsten zu verordnen für gut finde.

Sehr ausführlich befasste sich die Replik mit der Allmendfrage. Anhand des Seybriefs der untern Allmend von 1659 suchte Wachsdorn zu beweisen, dass die Allmend keineswegs nur zu den Gütern gehöre, sondern dass die Armen im Buchholterberg und seit der Vereinigung von 1805 nun auch die von Wachsdorn und Gützenschwendi *persönliche Rechte* besitzen.

Das Tellreglement von 1816 und der Vergleich von 1805 hätten nebeneinander Rechtskraft. Der Vergleich von 1805 schreibe vor, dass Wachsdorn und Gützenschwendi den siebenten Teil der Telle zu bezahlen habe, und das Tellreglement von 1816 bestimme den Tellfuss und die Art des Tellbezuges.

Wachsdorn beharrte auch auf seinen Vorwürfen betreffend die Verwaltung des Armengutes. Die Art der Rechnungsführung "wird von jeher der Grund des ekelhaften Wirrwars der Gemeinde-Administration gewesen sein."

Der Schluss der Replik lautete: Wir möchten die Gegner fragen, "was sie wohl getan haben würden, wenn sie von dem Bezirk Wachsdorn auf solche Weise wären behandelt worden, so wie dieser Bezirk von Buchholterberg behandelt wurde? Ob sie sich immer gelassen in den Willen ihrer Unterdrücker ergeben, und so mit Stillschweigen immer das Opfer der Parteilichkeit ihrer Gegner geblieben wären? Wir glauben *nein!*"

Am 21. Mai 1822 erhielt der Oberamtmann von Konolfingen als Antwort auf die Replik derer von Wachsdorn eine 63seitige *Duplik* des Buchholterberges

Den Vorwurf von Seiten Wachsdorns, es seien immer nur Bürger von Wachsdorn in den Gemeinderat gewählt worden, die nicht lesen und schreiben können, entkräften die Buchholterberger mit der Bemerkung, sie hätten immer die Wahlvorschläge aus ihrem Bezirk berücksichtigt.

Achtzehn Seiten der Duplik waren wieder dem Allmendstreit gewidmet. Wachsdorn wird vorgeworfen, es möchte nicht nur für die Armen Allmendrechte beanspruchen, sondern auch für die reichen Güterbesitzer. Der schon erwähnte Seybrief der untern Allmend von 1659 wird als Beweismittel herangezogen, dass die Allmenden im Buchholterberg wirklich Güterallmenden und nicht Bürgerallmenden seien. Der Umstand, dass die untere Allmend mit 15 Pfund dem Schlosse Thun bodenzinspflichtig war, beweise, "dass diese Allmend als Pertinenz der Lehengüter, und nicht als Bürgergut qualifiziert wird, inmassen die persönlichen Bürgerrechte und die damit verbundene Armenpflege erst durch die erneuerte Bettlerordnung von 1690 mithin später als jener Seybrief eingeführt wurden, vorher aber ein jeder da Bürger war, wo er mit Grundeigentum, Feuer und Licht angesessen war und Steuern und Bräuche zahlte."

Alle Anschuldigungen in bezug auf die Verwaltung des Armengutes werden entschieden zurückgewiesen. Der Schluss der Duplik lautete: "Wenn wir an der Stelle von Wachsdorn und Gützenschwendi wären, so würden wir statt undankbar zu verläumdern, und mit ihnen zu prozedieren uns höflichst bedanken und in aller Stille uns des glücklichen Looses freuen, das uns durch das Wohlwollen unserer Nachbarn zu teil geworden. Besonders denn würden wir uns aus Grund des Herzens schämen, durch Trug und Unwahrheit unsere Freunde und Guttäter zu



beleidigen und in den Augen der Hohen Landesobrigkeit anzuschwärzen. So würden wir handeln!"

Nachdem sie in Wachsdorn von der Duplik der Buchholterberger Kenntnis genommen hatten, liessen sie am 2. Juli 1822 durch den Prokurator Tschabold in Thun dem Oberamtmann von Konolfingen mitteilen dass sie den Prozess weiterführen wollen. Sie ersuchten diesen, eine Anzahl Zeugen vorzuladen.

Plötzlich schien aber der Prozess zwischen Buchholterberg und Wachsdorn eine andere Wendung nehmen zu wollen. Am 16. Juli 1822 reichten die Wachsdorner ein Begehren um einen Rechtsstillstand von drei Monaten ein, um "mit den Gegnern einen freundlichen Vergleich zu errichten, um dadurch den weitem Kosten und dem immer sich vermehrenden Groll ein Ende zu machen." Was hatte wohl diesen plötzlichen Umschwung bewirkt? Das Rechtsstillstandsbegehren gibt uns einigen Aufschluss. Der Vogt des Südernhubelbesitzers, Oberstlt. von Bonstetten, war plötzlich gestorben. Ein neuer Vogt war aber nicht im Bilde, um was es sich im ganzen Streite handelte. Somit war es fraglich, ob der patrizische Bundesgenosse noch zur Stange halten würde. Die finanziellen Folgen des Prozesses fingen sicher auch an, die Gemüter zu bedrücken.

Dieser Rechtsstillstand wurde bewilligt, mit dem Vorbehalt, dass Wachsdorn innert Monatsfrist seine Ausgleichs-Vorschläge einreiche, ansonst dieser verwirkt sei.

Es war wohl etwas zuviel verlangt, wenn sie in Wachsdorn während der Erntezeit innerhalb eines Monats Ausgleichsvorschläge diskutieren und einreichen sollten. Die Frist lief denn ab, ohne dass solche eintrafen. Der Prozess ging weiter. Am 3. Oktober 1822 wurden die von Wachsdorn gewünschten Zeugen verhört. Ihre Aussagen lauteten aber für sie zum grössten Teil ungünstig. Weitere Gerichtsverhandlungen fanden allem nach nicht mehr statt. Es scheint, dass man beiderseits zur Vernunft kam und wieder direkt miteinander verkehrte.

Noch vor Weihnachten, am 11. Dezember 1822, traten die Abgeordneten beider Gemeinden zusammen und schlossen einen "Sönderungs- und Auseinandersetzungsvergleich" ab. Als Vertreter von Buchholterberg waren anwesend die alt Obmänner Hans Gugger in der Zugnatt und Hans Beutler zu Teuffenbach, sowie Gemeindegemeinschreiber Ulrich Zimmermann, von Wachsdorn alt Waisenvogt Christen Roth, Jakob Fahmi, Niklaus Roth, Samuel Künzi und Peter Liechti von der Südern. Der Vergleich wurde von Gemeindegemeinschreiber Zimmermann geschrieben. Die Sprache unterscheidet sich deutlich von derjenigen der nach Schlosswil gesandten Prozessschreiben, so dass anzunehmen ist, es habe bei dessen Abfassung kein Advokat oder Agent mitgewirkt. Am 13. Dezember 1822 wurde der Vergleich in jedem der beiden Bezirke besonders angenommen, und am 6. Januar 1823 an einer ausserordentlichen Versammlung beider Gemeinden gemeinsam einstimmig genehmigt. Die Sanktion durch "Schultheiss und Rat der Stadt und Republik Bern" erfolgte am 12. Mai 1823.

Aus dem 11 Seiten umfassenden Vergleich seien hier nur die wichtigsten Bestimmungen erwähnt:

1. Der Vergleich vom Jahre 1805 wird aufgehoben. Der innere Bezirk bildet eine selbständige Gemeinde unter dem Namen "Wachsdorn und Gützenschwendi."

2. Nach genauer Untersuchung betrug das Armengut der Gemeinde Buchholterberg im Jahre 1805 3809 Kronen 21 Batzen 2 Kreuzer, dasjenige von Wachsdorn mit Einschluss der Schuldbekennnis von 300 Kronen = 595 Kronen. Das zusammengelegte Armengut machte also 4404 Kr. 21 bz. 2 kr. aus. Der siebente Teil davon sind 629 Kr. 21 bz. 2 1/2 kr. Es ergibt sich, dass die von Wachsdorn und Gützenschwendi 34 Kr. 21 bz. 2 1/2 kr. zu wenig eingeschossen haben, welchen Betrag sie noch beizuschüssen haben.

3. Nach diesem Einschuss soll das ganze Vermögen in sieben Teile geteilt und Wachsdorn der siebente Teil herausgegeben werden. Wachsdorn hat auch den siebenten Teil der Schulden zu übernehmen. Von der Verteilung soll ausgenommen sein die Stiftung des Johannes Bürki vom Jahre 1763 im Betrage von 800 Kronen.

4. Jeder Bezirk soll seine Schulhäuser selber unterhalten und seine Schulmeister besolden. Weil aber das Schulhaus auf dem Bruchenbühl zugleich Kinderlehrhaus ist, sollen Wachsdorn und Gützenschwendi an die Kosten für den Unterhalt des Daches, der Treppe, des Kinderlehrsaaes und der Orgel den 15. Teil beitragen. Bei einem Neubau hätten sie nach Billigkeit mitzuhelfen. Von der auf dem Schulhaus Wachsdorn lastenden Schuld von 390 Kronen soll dieser Bezirk 6/7, also 334 Kr. 7 bz 1 kr. denen von Buchholterberg vergüten.

5. Auf die Allmenden und auf den Ertrag der Salzbutte verzichtet Wachsdorn gänzlich.

6. An die dem ganzen Buchholterberg auferlegten Kirchentellen nach Oberdiessbach soll Wachsdorn den 6.. Teil leisten.

7. Das von Ulrich Obmann dem ganzen Buchholterberg gestiftete Spitalgut soll, bis der Testator etwas anderes darüber verfügen wird, von beiden Gemeinden gemeinsam verwaltet werden.

8. Für die Einzugs- und Hintersässgelder gilt das Gesetz vom 23. Mai 1804.

9. Verteilung der *Bürgergeschlechter*: Ursprüngliche Geschlechter von Buchholterberg sind: Dummermuth, Beutler, Bähler, Balli, Eicher, Gugger, Gyger, Geysler, Lässer, Imhoof, Lehner, Liechti, Losenegger, Moser, Roth, Roschi, Stucki, Stähr, Hofstetter, Zimmermann, Wenger, Wyss, Antenen, Schwarz, Bieri, Bachmann, Berger, Künzi, Schneider. Von Wachsdorn: Rüeßegger, Schenk, Ummel, Gerber, Obmann. (Dieses Geschlecht war umstritten.) Da das Geschlecht Müller in beiden Bezirken ursprünglich ansässig war, sollte dieses erst nach genauer Erkundigung verteilt werden.

Die in beiden Bezirken eingekauften Geschlechter Tschanz, Gerber, Kupferschmied, Jöhr, Oppliger, Fahmi, Kapfer und Wiedmer sind erst nach Vollendung des Bürgerrodels auf den 7. Teil nach Billigkeit zu verteilen.

10. Zukünftige Streitigkeiten zwischen Buchholterberg und Wachsdorn sollen durch ein Schiedsgericht erledigt werden, wobei der Oberamtmann als Oberschiedsrichter anzurufen ist.



11. Wenn nach der Sönderung noch Testate zum Vorschein kommen sollten, so sollen sie dem Bezirk zufallen, in dem der Testator Burger gewesen ist.

12. Solchem nach setzen sich die Bezirke einander in den eigentümlichen Besitz des Vermögens und der Schulden ein ohne die andern zu beschuldigen.

13. Alle im Prozess "geführten ehrwürdigen Zulagen gegen die Gemeindsvorsteherchaft sollen zurückgenommen werden mit dem Versprechen, in Zukunft einander in allen Angelegenheiten behülflich zu sein. Die Prozesskosten werden wettgeschlagen.

14. Der Beginn der eigenen Verwaltung wird auf den 1. Januar 1823 festgesetzt.

Im Verlaufe des Jahres 1823 wurden Vermögen und Schulden geteilt. Vom Gesamtvermögen von 12143 Kr. 19 bz. 1/2 kr. erhielt Wachsdorn 1620 Kr. 13 bz. 1 1/2 kr., Schulden wurden ihm zugeteilt 643 Kr. 22 bz. Auch das "unrichtige Vermögen", das heisst Guthaben, die mehr oder weniger als verloren galten, wurde verteilt. Wachsdorn wurde zugesprochen: 1. Eine Forderung an Ulrich Utz, ehemaligem Wirt in Heimenschwand von 68 Kr. 17 bz. 2 kr.

2. Rückständige Lehenzinse des Samuel Jöhr auf dem Lüzimaad 33 Kr. 1 bz. 3 kr.

Die in Art. 9. des Vergleichs von 1822 vorgesehene Verteilung, der in beiden Bezirken eingekauften Geschlechter fand am 13. August 1823 statt. Es betraf dies 4 Fahrni, 3 Gerber, 40 Jöhr, 49 Kupferschmied, 6 Kapfer, 7 Oppliger, 1 Studer, 30 Tschanz und 4 Wiedmer, total 144 "Köpfe". Diese wurden in vier Gruppen zu 21 und drei Gruppen zu 20 Personen eingeteilt. Von jeder Gruppe wurde einer bestimmt, der das Los zu ziehen hatte. Auf sechs Losen stand Buchholterberg, auf einem Wachsdorn. Die zweite Gruppe mit 7 Kupferschmied und 14 Jöhr wurde Wachsdorn zugeteilt. Es wurde bestimmt, dass die Verlosten auf ihren Gütern bleiben durften und dass sie weder in Buchholterberg noch in Wachsdorn Hintersässgeld bezahlen mussten.

Die Verteilung des Geschlechtes Müller wurde verschoben, bis nähere Erkundungen eingezogen worden waren. Da es sehr viele Müller gab, konnten sich Wachsdorn und Buchholterberg nicht einigen, bis 1826 der Oberamtmann von Konolfingen seinen "absoluten" Entscheid fällte. Buchholterberg anerkannte die Müller in der Stockeren und Wachsdorn diejenigen am Bätterich und einen von daher stammenden Müller in Boltigen. Die andern waren eben umstritten. Im Wochenblatt vom 28. Mai 1825 liess der Oberamtmann einen Aufruf erscheinen, "die betreffenden Individua des streitigen Geschlechtes Müller" sollen sich innert drei Wochen über ihre Heimatberechtigung ausweisen. Die Brüder Ulrich und Christen Müller in Grosshöchstetten konnten nachweisen, dass sie Burger von Buchholterberg seien. Darauf hin lautete nun der Entscheid des Oberamtmanns:

"1. Die bestrittenen Personen des Geschlechtes Müller sollen entweder gemeinsame Burger bleiben oder nach dem Vergleich von 1822 verteilt werden.

2. Ulrich und Christen Müller in Grosshöchstetten sollen Buchholterberg zugeteilt werden.

3. Allfällige landsabwesende Personen des Geschlechtes Müller sollen durch diesen Spruch nicht in ihren Rechten geschmälert werden."

Dem oberamtlichen Urteil entsprechend wurden dann am 7. März 1826 die fraglichen "Müller" im Verhältnis von 6:1 verteilt. Es waren 39 "Köpfe" zu verteilen. Wachsdorn anerkannte dann als Burger "den Christen Müller im Speicherli mit seiner Frau und eine eheliche Tochter und den unehelichen Sohn Christen und der Tochter unehelichen Sohn Johannes, zusammen 5 Köpfe."

In den Jahren 1824–26 entstand innerhalb der nun selbständig gewordenen Gemeinde Wachsdorn ein Streit, der bis vor den Schultheiss und Rat der Stadt und Republik Bern gezogen wurde. Burger und Hintersässen gerieten sich in die Haare. Fünf Wachsdornburger verlangten, dass die im Buchholterberg heimatberechtigten Hintersässen das Hintersässgeld von 4 Franken entrichten sollen. Diese weigerten sich aber und beriefen sich auf eine Bestimmung des Vertrages von 1822. Die nicht aus dem Buchholterberg stammenden Hintersässen hielten natürlich zu den Wachsdornburgern. Beide Parteien wandten sich an die damals noch "Gnädigen Herren" in Bern. Diese liessen die Angelegenheit durch den Justizrat begutachten und entschieden am 11. September 1826, dass Wachsdorn ein Hintersässgeld von 4 Franken beziehen dürfe, ausgenommen von den Burgern von Buchholterberg, sowie auch die Burger von Wachsdorn im Buchholterberg kein Hintersässgeld bezahlen müssen.

Dass das nachbarliche Verhältnis zwischen Buchholterberg und Wachsdorn trotz der schönen Versprechen von 1822 noch jahrelang nicht das beste war, zeigte sich anlässlich des Kirchenbaues in Heimenschwand. Wachsdorn sollte den 6. Teil an die Kosten zahlen, wollte aber nicht mehr als einen Siebentel leisten. Dieser Streit hatte seinen Grund in den Punkten 3 und 6 des Vergleichs von 1822. Vom Gemeindevermögen sollte Wachsdorn einen Siebentel erhalten, an die Kirchentelle aber einen Sechstel beitragen. Daraus wurde auf Seiten der Buchholterberger geschlossen, dass es nun auch einen Sechstel an den Kirchenbau beizutragen habe. Siehe auch Kirchengeschichte vom Buchholterberg. Man redet viel von der "guten alten Zeit". In einem Stück ist die heutige Zeit aber sicher viel besser. Es ist alles gesetzlich genauer geregelt, und es wird im privaten und öffentlichen Leben viel weniger prozessiert.

Es stellt sich hier die Frage, ob der Entscheid von 1805 oder derjenige von 1822 der richtige gewesen sei. Ich glaube aber, die bald 150 Jahre der selbständigen Gemeinde Wachsdorn zeigen, dass die klare Trennung auf den 1. Januar 1823 für beide Gemeinden die bessere Lösung war.



## E. Die militärischen Pflichten der Gemeinde Buchholterberg

Im alten Bern hatten die Gemeinden viel grössere militärische Aufgaben zu erfüllen als heutzutage. In der grossen Kirchgemeinde Oberdiessbach wurden alle Ausgaben für das Militärwesen auf die weiter vorn erwähnten drei Kirchgemeindedritteln verteilt. Gelegentlich kam es aber zu Streitigkeiten zwischen den einzelnen Dritteln. Die militärischen Aufgaben der Kirchgemeinde Oberdiessbach bestanden in folgendem:

1. Zusammenlegen des Reisgeldes.
2. Unterhalt der Hochwacht auf der Falkenfluh. (gemeinsam mit Münsingen und Wichtracht.)
3. Das Trüllen der Mannschaft.
4. Pferdestellung und Entschädigung
5. Ausrüstung der Dragoner und zum Teil der Infanterie.
6. Leistungen bei militärischen Auszügen.

Die folgenden Ausführungen stützen sich nur auf die im Gemeindearchiv von Buchholterberg heute noch vorhandenen Urkunden.

### 1. Zusammenlegung des Reisgeldes

Die Gemeinden waren verpflichtet, eine Kriegssteuer, das sogenannte Reisgeld zusammenzulegen. Dieses Reisgeld sollte für drei Monate für die Verköstigung und Besoldung der Auszugspflichtigen ausreichen. Es wurde im Staatsgewölbe in Bern oder auf den Amtshäusern aufbewahrt und zwar für jeden Bezirk gesondert in einem Paket oder Sack, damit es im Kriegsfall sofort bereit lag. Die Buchholterberger legten das Reisgeld mit der ganzen Kirchgemeinde Diessbach gemeinsam zusammen. Diese hatte im Jahre 1782 82 Mann zu stellen. Wieviele davon auf den Buchholterberg entfielen, ist nicht bekannt, da im Archiv keine Mannschaftsrödel vorhanden sind. Für diese 82 Mann mussten für jeden 18 Kronen Reisgeld bereit liegen. Es wurde nämlich pro Mann und Tag 5 Batzen gerechnet. Die Kirchgemeinde Diessbach hatte also 1476 Kronen Reisgeld zusammenzulegen. (Nach heutigem Geldwert rund 130'000 Fr.)

Im Archiv von Buchholterberg findet sich eine "Wahre abschrift hirinn ermelter Reissgelspezifikation". Da sie uns einen Einblick in das Münzwirrwarr der damaligen Zeit gewährt, mag sie hier im Wortlaut folgen.

"Der Kilchöri Diessbach Reissgelter sind dato, 20. Juli 1654 inn beysein Bendicht Stuckis, Seckelmeisters zu Birrmoos, Michel Roths am Buchholterberg und Peter Rindersbachers, gezellt befunden und uff anhalten obiger von Herrn Johannes Dingnauer verpütschiert und in ihr Gn. der Stadt Bern verwarnus hinterlassen worden, alss:

		Kr.	bz.	kr.
155 1/5	An Bern halben Batzen	113	20	—
	W Eignossisch 4 Batzner p. 5	124	4	—
	An Dicken		22	
	An 1/2 Eygnossischen Dicken à 2 bz	32	—	
56 1/2	Reichsthaler à 27 bz	61	14	
1/2	Reichsthaler weiters			
2	Schlecht Thaler	1	11	
19	Genoueser Silber Kronen à 40 bz	30	10	
258	Dukaten à 57 bz	588	6	
28	leicht Dukaten umb 121 gran	55	16	
19	gewichtig Span. Dublohen à 104 bz	79	1	
4	Genoweser Dublonen à 102 bz	16	8	
18 1/2	Italienisch Dublonen à 100 bz	74	—	
6	Leicht Italienisch Dublonen umb 30 gran	22	20	
2	Sonn Kronen à 53 bz	4	6	
2	Golldgulden à 34 bz	2	18	
	Leicht Silber	3	7	
	An Kreuzer	30	22	1
Summa Summ.		1241 Kr.	10 bz.	1 kr.

Ich sage Einthausend zweihundert ein und vierzig Kronen, zeihen batzen und ein Kreuzer. Dass diesem also bezeug Ich

J. Ulrich Spengler Not.

Siehe Münztabelle Seite 152

Man stelle sich vor! Siebzehn verschiedene Münzsorten in einem Sack drin. Das gab ein Zählen!

"Am 26. Januari 1656 brachten der Michel Roth ab dem Buchholterberg, Hanss Anthoni von Herbligen, Christen Anthoni von Oberbleiken und Peter Rinderspacher von Aeschlen abermal Reisgeld nach Bern und zwar:

		Kr.	bz.	kr.
"120	und ein Viertel Lovis thut	144	7	2
39	Strichli Dicken à 7 bz thut	10	13	
59	Kreutz Dicken wylen sie etwas zu leicht à 10 bz			
	gerechnet thut	23	15	
2	Viertel Silberkronen thut		17	
	In Guldiwärtigen 5 batzler und 10 Kreutzeren	5	8	
	In Müntz	18	10	2
Summa		233 Kr.	6 bz.	







Ums Jahr 1790 herum stellten die Ausgeschossenen des Langerichts Konolfingen an die Regierung das Gesuch, es möchte das in Bern seit 1654 nutzlos liegende Reisgeld wieder den Gemeinden zugestellt werden. Sie versprachen, der Zins dieses Kapitals solle nur zu Militärzwecken verwendet werden, "als zu Bewaffnung und Reparation der Waffen armer unvernögender Soldaten, Anschaffung Grenadierer-Kappen, Dragoner-Equipages und anderer dergleichen Ausgaben, oder worzu Ihr Gnaden selbiges selbst bestimmen möchten.

Auch wurde gegen Meinen Gnädigen Herren das ganze Land Gericht, Mann für Mann, Gemeind für Gemeind sich verbürgen und verpflichten, wann ihnen dieses Geld herausgegeben und an Nutzen zu stellen vergünstigt werden sollte, auf Mrghn. erste Mahnung, in 3 mal 24 Stunden hernach selbiges sammethaft und ohnfehlbar wiederum in guten Gold- und Silber-Sortes Ihr Gnaden einzuliefern und zu erlegen."

Dieser Bitte wurde entsprochen. Die Gemeinden erhielten ihr Reisgeld. Unter dem 26. Christmonat 1794 steht im Gemeindeprotokoll von Buchholterberg: "Ist erkennt, das Reisgelt von Bern mit Bleiken nicht theilen, sondern beisammen lassen, und gleichfahls erkennt, dem Christen Jöhr in der Rotechen und Christen Bieri, Müller beir Neuwmüli sammethaft am Zins lassen bleiben."

Und am 28. Jenner 1795: "Auf gleichen Tag ist erkennt, dass die Gemeind das Reisgelt, weilen es an der Gemeind an Zins, bey einanderen lassen will und Bleiken für ihren Anteil Rechnung geben." Bleiken wurde 1768 von Buchholterberg losgetrennt, in militärischen Angelegenheiten gehörte es aber auch später noch dazu.

Dass das an Zins gelegte Reisgeld nicht "in 3 mahl 24 Stunden" flüssig gemacht werden konnte, beweist das Gemeindeprotokoll vom 5. Juni 1799, wo es heisst: "H.U. Roth ist verordnet, dass abgekünte Reisgelt gütlich oder rechtlich einzuziehen." Allerdings hatte unterdessen das alte stolze Bern aufgehört zu existieren und bildete nur noch einen Bezirk der unteilbaren helvetischen Republik.

## *2. Unterhalt der Hochwacht auf der Falkenfluh*

Früher dienten die Hochwachten oder Chuzen in Kriegszeiten zur möglichst raschen Übermittlung von Alarmanachrichten. Die Berner hatten diese Alarmanrichtung nach Bernerart sehr gründlich organisiert, gab es doch auf dem bernischen Gebiet vom Rhein bis an den Genfersee nicht weniger al 156 Hochwachten. Diese sind in einer "Generaltabelle aller Wachtfeürn in Ihr Gnaden Teutsch und Weltschen Landen" vom Jahre 1734 übersichtlich dargestellt.

Sollte von Bern aus mit Hilfe der Chuzen die Mannschaft aufgeboten werden, so trugen die Wächter auf dem Münsterturm die Kriegsfackeln fünfmal ringsum. Dazu wurden auf den Türmen Kanonenschüsse abgefeuert. Die Hochwachten auf dem Gurten, Bantiger und Belpberg hatten die Feuersignale direkt von der Stadt aus zu übernehmen und weiterzuleiten. Umgekehrt konnten auch von den Grenzen aus Alarmsignale nach Bern geleitet werden.



Wie der Alarm von Bern aus bis an die Grenzen des bernischen Gebietes gelangte, mögen zwei Beispiele zeigen. (Staatsarchiv: Wehrwesen bis 1798, Band 377)

“Wachtfeir-Route von Bern nach Uri und Unterwalden.

1. Auf dem Hartzerenhübel am Belpberg.
2. Auf der Falkenfluh an der Aeschlenegg bei Diessbach.
3. Auf dem Lerchenfeld bei Lueg ob Steffisburg.
4. Auf dem Hohnegg-Knübeli in Eritz.
5. Auf Blumen ob Schwanden bei Sigriswil.
6. Auf Ried oder Stühlegg bei Aeschi.
7. Auf Waldegg ob Beatenberg.
- NB 8. Auf Winterösch am Bollberg in Habkern.
9. Auf der Rothen Fluh zu Wilderswil im Gsteig.
10. Auf der Burg zu Ringgenberg bei Goldswil.
11. Auf dem Bürgli bei Brienz.
- NB12. Auf Wyler am Brünig ob Brienz.
13. Auf Überlugen Meiringen
14. Auf Wyler auf Egg Meiringen
15. Auf Allenschwendli Meiringen.
16. Auf Rohltlauwi bei Guttannen.

NB17. Auf Sohlegg in Gadmen.

NB18. Auf den Kehren hinter Gadmen.”

PS. Die mit NB gezeichnet springen von der allgemeinen oberländischen Uri-Route ab und auf die seithen nach Unterwalden. Ob aber auf seithen dieser loblichen Gränzorten auch Wachtfeir oder andere Lärmenzeichen und Hochwachten sich befinden mag man nit wissen, ob, und wie solche gegen die Hiesigen Correspondieren.”

“Wachtfeir-Route von Bern nach Zürich und Zug.

1. Auf dem Bantigerhübel ob Bolligen.
2. Auf dem Buchsiberg bei Münchenbuchsi.
3. Auf dem Feld bei Limpach.
4. Auf dem Pöhlmann ob der Kirche zu Bätterkinden.
5. Auf dem Rumisberg hinter Schloss Oberbipp.
6. Auf dem Bergfeld ob dem Dorf Aarwangen.
7. Auf dem Brünliberg bei Rohrtann ob Safenwil.
8. Auf dem Gschneit bei Schöftland und Kulm.
9. Auf dem Rietenberg bei Dietikon zu Ammerswil.
10. Auf Brunegg ob dem Schloss Birr.
11. Auf dem Lagerberg ob der Stadt Baden.
12. Auf dem Heitersberg bei Rohrdorf.
13. Auf dem Belchen bei Keyserstuhl.”

Wie waren nun diese Hochwachten eingerichtet? Da stand vor allem aus der Chuz. Drei Tannen von etwa 13 Metern Länge wurden in den Boden gesteckt und oben fest verbunden. Die Höhe betrug demnach etwa 12–13 Meter und der

Durchmesser unten 6 Meter. Ungefähr in Mannshöhe wurde aus Balken ein Boden erstellt und darauf der pyramidenförmige Holzstoss aufgeschichtet. Das ganze erhielt ein Strohdach, so dass der Chuz auch bei Regenwetter sofort lichterloh brannte. Neben dem Chuz stand ein Wachthäuschen mit einer Wachtstube und einer Küche. Die Chuzen mussten in Kriegszeiten oft wochenlang tags und nachts bewacht werden.



Zu jeder Hochwacht gehörte auch ein sogenannter Absichtsdünkel, ein hölzernes Rohr, das auf einem Gestell lag. Dieser Absichtsdünkel konnte auf die nächsten Chuzen eingestellt werden. So wurde die Gefahr vermieden, dass die Wächter nachts durch eine Feuersbrunst in der Nähe eines Chuzen getäuscht werden konnten.

Daneben hatten sie auf jeder Hochwacht noch Harzpfannen und Mörser, Katzengrinde, alte Hakenbüchsen oder kleine Kanonen, um Signalschüsse, sogenannte “Mordkläpfe” abzufeuern. Später kamen noch Steigraketen dazu.

Sowohl der Chuz wie auch das Wachthaus und die übrigen Einrichtungen mussten von den Gemeinden erstellt und unterhalten werden. Auch die Bewachung fiel zu ihren Lasten. Für die Hochwacht auf der Falkenfluh kamen die Kirchgemeinden Diessbach, Wichtrach und Münsingen in Frage, und zwar zahlten Diessbach und Münsingen je zwei Fünftel und Wichtrach einen Fünftel. Der Staat lieferte etwa das Holz gratis aus “Ihr Gnaden Wald”, manchmal auch eine kleine Beisteuer. Dass diese Last zu den vielen andern militärischen Lasten von den Gemeinden nicht



gerne getragen wurde, kann man sich vorstellen. Es gab denn oft deswegen Streitigkeiten und sogar langwierige Prozesse zwischen den Gemeinden und der Obrigkeit.

Nach diesen allgemeinen Erörterungen sollen nun einige aus der Geschichte der Hochwacht auf der Falkenfluh folgen, wie es aus den Urkunden im Gemeindearchiv von Buchholterberg und im Staatsarchiv ersichtlich ist.

Im Jahre 1711 bauten sie auf der Falkenfluh eine neue Wachthütte. Es waren eben unsichere Zeiten. 1712 brach ja der 2. Villmergerkrieg aus. Die Abrechnung über die Kosten findet sich im reichhaltigen Archiv von Buchholterberg. Diese beliefen sich auf 36 Kronen, 20 Batzen und 2 Kreuzer und eine Mass Wein. Auf die Kirchgemeinden Münsingen und Diessbach traf es je 14 Kronen 20 Batzen und für Wichtrach 7 Kr. 10 bz. In der Kirchgemeinde Diessbach wurden die Kosten auf die drei Drittel verteilt, auf den Diessbach- und Kurzenbergdrittel, den Buchholterbergdrittel und den Herbligen-, Brenzikofen- und Freimettigendrittel je 5 Kronen und "annoch einer Mas Wein."

Im Jahre 1743 kam von Bern ein Befehl an den Freiweibel im untern Landgericht Konolfingen, dass die Hochwacht auf der Falkenfluh bewacht werden müsse. Der Freiweibel war so etwas wie Regierungsstatthalter und Kreiskommandant in einer Person. Dieser Befehl wurde gegeben, weil im österreichischen Erbfolgekrieg Östreicher und Franzosen in bedrohliche Nähe Basels gerückt waren, und die Tagsatzung beschlossen hatte: "Nach dem Beispiel der Standesverfahren gegen sämtliche kriegführende Potenzen eine aktive, vollständige Neutralität zu beobachten und keiner kriegenden Macht zu gestatten, auf eidgenössischem Territorio Posto zu fassen oder Durchpass zu nehmen, und wenn eine übliche freundliche Erinnerung nicht Eingang finden sollte, Gewalt mit Gewalt abzutreiben und sich mit allen Kräften zu widersetzen." Es zogen denn auch 2000 Mann nach Basel, um die Grenze zu schützen. Bei diesen 2000 waren nach Angaben in den Gemeinderechnungen auch Buchholterberger. Die Bewachung der Hochwacht dauerte vom 8. August bis 9. Wintermonat 1743. Der Freiweibel Hänni in Diessbach rief die abgeordneten der Gemeinden zusammen, um die Wacht auf der Falkenfluh zu organisieren. (26. August 1743)

"Inn Beisein dess achtbaren, frommen und wohlberichten Christen Böglis, dess Ammanns zu Münsingen, Bendicht Krebses dess Capiten Lietenants und Trüllmeister zu Tägertschi, in ermelter Kichhöri Münsingen.

Zum andern Niklaus Blaters alt Lietenant zu Diessbach, Niklaus Junges, dess Gerichtsassen uf der Huben, Niklaus Mosers dess Jungen zu Dessigkofen, Ulrich Hauwetters dess Obmanns zu Aeschlen, Bendicht Wittwer, dess Vierers zu Reckiwyl, Hanns Schönis im Gridelbühl, inn der innern Birmoss Gmeind, Ulrich Bürkis von Schöntal, Petter Schönis von Otterbach, Hanns Heüsselmans zu Herbligen und Niklaus Bürkis, dess Hauptmann uss dem Buchholterberg, sonsten haussheblich zu Oberbleiken, sambtlich uss der Kirchhöri Diessbach,

Dritens Christen Vögelis zu Oberwichtag, Peter Krebses zu Niderwichtach Bendicht Wabers zu Kisen, auch all sambtlich uss der Kirchhöri Wichtrach."

Es wurde an dieser Zusammenkunft folgendes beschlossen:

1. Die Hochwacht soll von den drei Kirchgemeinden bestellt und bewacht werden, Münsingen zwei Teile, Diessbach zwei Teile und Wichtrach einen Teil.

2. Jede Kirchgemeinde soll einen Mann auf die Hochwacht stellen, "dass solches gsatzmässig verrichtet werde." Nach Schluss der Wacht sollen die Vorgesetzten zusammen berufen werden, um zu rechnen, "wass und wieviel einer Kirchhöri wie obgemelt züchen und gebühren mag."

Die Wacht soll laut gemachtem Los den 27. August den Anfang machen.

1. Der Dorfviertel Diessbach soll seinen Anfang nehmen auf der Huben. Diese haben ihre Wacht verrichtet und getan.

2. Die Gemeinde Freimettigen. Diese haben ihre Wacht verrichtet und getan.

3. Die Gemeinde Brenzikofen. Diese haben ihre Wacht verrichtet und getan.

4. Die Gemeinde von Herbligen. Diese Gemeinde hat zwei Tage an der Wacht getan. Soll inskünftig hier seinen Anfang nehmen für die ganze Kirchhöri Diessbach.

5. Die Gemeinde Aeschlen.

6. Der ganze Kurzenberg soll bei dem Glasholz seinen Anfang nehmen.

7. Der ganze Buchholterberg soll seinen Anfang nehmen bei der Schniggenen bei Hans Haueter.

Der Hauptmann Bürki von Bleiken soll tags und nachts bei der Hochwacht patrouillieren und soll dafür wöchentlich 1 Pfund (7 1/2 Batzen) erhalten. Den Wächtern soll "ein Strauwsack, ein Haupten Küssi Strauwsack und ein Hardecki" angeschafft werden. Nach Schluss der Wacht sollen diese Sachen in Hauptmann Bürkis Haus in Oberbleiken in Verwahrung gelegt werden. Dieser soll das nötige Holz anschaffen und den drei Kirchgemeinden Rechnung stellen. Er soll auch den Wächtern für jede Nacht "umb 3 Kreuzer Liecht anschaffen."

"Dessen die vorgemelten Personen innamen denen Kirchhörenen mit einander verglichen und dessen dass einen worden, wie vorstat, darwider neützit zethun, ze handeln, noch fürzenemen inn keinerlei Wys noch Wäg."

"Zu Urkundt dessen sint sächs gleiche Doppel geschrieben, dass einte ich selbstn hinder mir behalten, dass ander in Buchholterberg, dass dritte zu Münsingen, dass vierte im Kurzenberg, dass fünfte zu Wichtrach, dass sächste zu Herbligen. Zu mehrerer Bekrefftigung hab ich söliche selbstn eigenhendig underschrieben.

Beschächen zu Diessbach, den 26. Tag Augstmonat 1743.

Christ. Hänni, Freiweibel zu Diessbach."

Das Doppel von Buchholterberg ist heute noch im dortigen Gemeindearchiv zu finden.

Es war wohl nötig, dass Hauptmann Bürki tags und nachts die Wache kontrollierte, denn der Kriegsrat in Bern sah sich schon 1677 veranlasst, einer Gemeinde mitzuteilen, es sollen "ehrliche Männer und nicht Buben und Canailles verwendet werden."

Am 14. November fand dann die oben erwähnte Schlussabrechnung wiederum in Diessbach statt. Alle Gemeindevertreter mit Ausnahme von Peter Krebs in



Niderwichtach waren anwesend. Die Wache hatte 80 Tage gedauert. Die Abrechnung lautete:

	Kr.	bz.	kr.
1. "Für ein Hardecki zalt dem Freiweibel zu Diessbach	1	16	
2. Für zwey stroh Sack dem Peter Moser zu Diessbach	1	1	
(Einer ist gar böser)			
3. Dem Hauptmann Bürki zu Bleiken für dass Patrolieren tags und nachts für 11 Wochen per Wochen 1 Pfund Trinckgeld	3	7	2
	1	5	
4. Dem Zimmermann Bürki den Kutz zu verbessern und das Dach, andere Sachen mehr sammethaft	11		
5. Obigem Hauptmann Bürki für Holtz und Liecht sammethaft	4	20	
für fünf Burdenen Stroh per Burdi 1 bz 2 kr		7	2
Sa.	12 Kr.	18 bz.	

Münsingen und Diessbach hatten je 5 Kr. 2 bz. 1 kr. zu bezahlen und Wichtach 2 Kr. 13 bz. 2 kr. In der Kirchgemeinde Diessbach wurden die 5 Kr. 2 bz. 1 kr. wie folgt verteilt:

" Der Buchholterberg 3tel	1 Kr. 17 bz.		
Der Diessbach 3tel			
Dorf Diessbach sambt der Huben gmeindt	14 bz.	1	kr.
Der gantze Kurzenberg	1 Kr. 3 bz.	1	kr.
Der Kleine 3tel bestechendt inn folgenden 4 Gemeinden als			
Herbligen	10 bz.	2 1/2	kr.
Bränzikofen	10 bz.	2 1/2	kr.
Freimettigen	10 bz.	2 1/2	kr.
Aeschlen	10 bz.	2 1/2	kr.
Macht grad obige Summ	5 Kr.	2 bz.	1 kr.

Es folgt nun die Abrechnung über die Kosten der Wachmannschaft. Jede Kirchgemeinde hatte 80 Tage einen Wächter gestellt, das kostete zu 5 bz. per Tag im ganzen 48 Kronen. Da aber die Kirchgemeinde Wichtach nur einen Fünftel der Kosten zu zahlen hatte, mussten die beiden andern Kirchgemeinden ihr 6 Kronen 10 Batzen zurückerstatten. Das geschah denn auch, wofür Seckelmeister Christen Vögel "Seyen und ihre Nachkommende inn allerbest- und krefftigsten form nach thut quittieren, ledig und lohssprächen." Die 3 Kronen 5 Batzen wurden in der Kirchgemeinde Diessbach auf die drei Drittel nach obigem Schlüssel verteilt, wobei zuletzt noch 3 Kreuzer zuviel waren.

Wie schon erwähnt, waren die Gemeinden und die Obrigkeit in Bern nicht immer der gleichen Meinung, wer für den Bau und den Unterhalt der Hochwachten aufzukommen habe. Dies war im Jahre 1780 auch bei der Hochwacht auf der Falkenfluh der Fall. Am 8. Juli 1780 meldete der Freiweibel Hans Bettler in Rubigen dem Kriegsrat in Bern, dass das Wachthäuschen auf der Falkenfluh in so schlechtem Zustande sich befinde, dass man es nicht mehr reparieren könne. Die Rafen, die Dachlatten und die Wände seien faul, und das Öfeli in der Wachtstube sei zerbrochen. Es sei keine Türe mehr vorhanden, und das Vieh suche Schutz im Wachthäuschen. Er erwarte Bericht, was zu tun sei.

Am 10. Juli verdankte der Kriegsrat die Mitteilung und befahl Freiweibel Bettler, nachzuforschen, ob der Unterhalt dieses Gebäudes gleich wie an andern Orten nicht den Gemeinden obliege. Zugleich solle er einen kleinen Devis der Kosten beifügen.

Am 24. August 1780 erteilte die Kriegskanzlei der Militärkommission den Auftrag, nachschlagen zu lassen, ob nicht den Gemeinden die Unterhaltung der Wachtfeuer und ihrer "Corps de garde" obliege.

Die Militärkommission nahm sich Zeit zu einem gründlichen Gutachten. Am 16. November meldete sie dem Kriegsrat, der Devis für ein neues Wachthäuschen auf der Falkenfluh belaufe sich auf 68 Kronen 15 Batzen, also fast der doppelte Betrag wie 1711. (Also schon Inflation damals, nur nicht so rapid wie heute.) Der Freiweibel habe sich erkundigt und erfahren, dass je und zu allen Zeiten die Reparatur oder neuen Gebäude dieser Art von "Mnhghn" (den gnädigen Herren) bezahlt worden sei. Nur die Führungen hätte "die Bursame" verrichtet. Im Kriegsratsarchiv finde sich kein Generalbefehl, wer die Kosten zu tragen habe. Laut Kriegsratsmanual Nr. 16 pag. 183 seien anno 1675 die von Vallorbe mit ihrem Gesuch betreffend Reparatur des dortigen Wachthäuschens wegen der Consequenz abgewiesen worden. In St. Cergue und in Hindelbank sei auch nichts verrechnet worden. Die Militärkommission beantragte dem Kriegsrat, dem Freiweibel Bettler mitzuteilen, die Gemeinden sollen das Wachthaus auf der Falkenfluh in ihren Kosten erstellen und unterhalten. Die Erneuerung der über hundert Wachtfeuer und Häuser im ganzen Lande würde dem "Hochobereitlichen Erario" (Staatswesen) sehr schwer fallen.

Ganz anderer Meinung war natürlich der Freiweibel Bettler in Rubigen. Er meldete, er habe sich bei den Gemeinden Münsingen, Wichtach und Diessbach genau erkundigt und habe in den Kirchen- und Gemeinderechnungen nichts gefunden, dass im Jahre 1711 an das neue Wachthaus auf der Falkenfluh etwas bezahlt worden sei. Weil sie mit vielen Armen beladen und in diesem Jahre grosse Militärkosten gehabt haben, bitten die drei Kirchgemeinden "Euer Hohen Gnaden möchten gnädigst geruhen", die Kosten für das neue Wachthaus auf der Falkenfluh im Betrag von 78 Kronen 2 Batzen 2 Kreuzer zu bezahlen. Die Führungen im Betrag von 22 Kr. 20 bz. wollten sie dann übernehmen. Der Kriegsrat lehnte aber das Gesuch der drei Kirchgemeinden ab und schickte die eingesandten "Compten" zurück. Etwas merkwürdig scheint es, dass der Freiweibel bei seinen Nachforschungen in den Gemeinden nichts von der weiter vorn erwähnten Abrechnung vom Jahre



1711 entdeckte, findet sich doch ein Exemplar davon noch heute wohl erhalten im Archiv von Buchholterberg. Es gibt nichts Neues unter der Sonne. Schon damals warfen sich etwa die Gemeinden und der Staat gegenseitig den "Kostenball" zu.

Aus spätern Zeiten ist von der Hochwacht auf der Falkenfluh nichts mehr zu melden. Es kam die Zeit, da diese Einrichtung überlebt war. Am 8. Januar 1808 gab der Kleine Rat des Staates Bern der Baukommission die Anweisung, die noch brauchbaren Materialien dieser Wachtgebäude zu verkaufen, da sie "bei den gegenwärtigen Einrichtungen des Militärs" nicht mehr notwendig seien. Ein letztes Mal traten die Hochwachten bei den Sonderbundstruppen in Aktion, kurz vor der Einführung der elektrischen Nachrichtenübermittlung.

Wenn man die Organisation des bernischen Alarm- und Mobilisationswesens näher kennen lernt, so bekommt man den Eindruck, dass diese für die damalige Zeit vorbildlich gewesen sein muss. Und doch hat sie im entscheidenden Moment versagt. Als General von Erlach am 1. März 1798 durch das Anzünden der Chuzen den Landsturm ergehen lassen wollte, willigte der von der verlogenen französischen Friedenspropaganda gelähmte Kriegsrat nicht ein. Erst in der Nacht vom 4./5. März geschah es, als es zu spät war. Was damals sich zeigte, gilt noch heute: Die beste militärische Organisation und Ausrüstung nützt nichts, wenn nicht ein entschlossener Wille zur Verteidigung der Heimat bei Volk und Behörden dahinter steht.

Benützte Quellen: Urkunden im Gemeindearchiv von Buchholterberg und im Staatsarchiv.

E. Lüthi: Die bernischen Chuzen oder Hochwachten im 17. Jahrhundert. Hundert Jahre elektrisches Nachrichtenwesen Band I, herausgegeben von der PTT.

### 3. Das Trüllen der Mannschaft

Die Ausbildung der bernischen Infanterie bestand in den Übungen unter der Leitung des Trüllmeisters und den Landmusterungen, die vom Landmajor geleitet wurden. Die Trüllübungen fanden an 12 Sonntagen auf den "Trüllplätzen" statt. Buchholterberg hatte deren zwei, einen beim Kinderlehrhaus auf dem Bruchenbühl und den andern auf dem Bülzaunmoos. Zur Trüll Buchholterberg gehörte die Mannschaft der ganzen damaligen Gesamtgemeinde von Bleiken bis in die Südern. Von 1734 bis 1757 war der Hauptmann Niklaus Bürki von Bleiken Trüllmeister. Sein Lohn betrug bis 1748 2 Kronen 15 Batzen 3 Kreuzer, von da an 3 Kronen. Für allerlei Gänge zum Freiweibel, Landmajor usw. bezog er Extraentschädigungen. Im Jahre 1758 wurde Hauptmann Johannes Bürki beim Brunnen Trüllmeister. Es ging schon damals so, wie es heute etwa noch geht, wenn ein Junger das Amt eines Alten antritt. 1759 stieg der Trüllmeisterlohn schon auf 6 Kronen. Zu den Pflichten des Trüllmeisters gehörte auch, dem Herrn Freiweibel bei der "Vergentzung" der Mannschaftsrodol zu helfen. 1736 war der Mannschaftsrodol von Buchholterberg neu angelegt worden. "Winmonat, den 12. dem Christen Wenger (Schulmeister in Wachseldorn und Gemeindeschreiber), dass er von Hauss zu Hauss gängen auf



Alte Trüllmusterung

Nach der Natur gezeichnet im Jahr 1789 aus Trüllbüchern von S. D. Meyer 1893.



befehl des Junker Maioren alle Mannschaft aufgeschrieben und dass alter darzu und dem Herrn Freiweibel eingehendiget. Dafür zalt 1 Kr. 5 bz."

Von 1778 an wird ein Hans Bälller als Trüllmeister erwähnt. 1787 bis 1794 waren ihrer zwei. Die 12 Kronen Trüllmeisterlohn alle Jahre setzten aber dem "gemeinen Seckel" allzu stark zu, so dass die Vorgesetzten am 5. März 1794 folgenden Beschluss fassten:

"Auf gleichen tag hat die gemeind erkent auf gutheissen des Herrn Land Mayohrs anstatt zwei Trüllen wiederum wie ehemahlen nur eine Trüll zu haben. Die Helfte Musterungen bey dem Kinderlehrhaus und die Helfte auf dem Bühlzuhnmos haben und gleichfalls der Trüllmeister Bälller."

Ob es grad immer stramm militärisch zuing bei diesem Exerzieren auf dem Trüllplatz? Es wird etwa so gegangen sein wie heute an einer Feuerwehrmusterung.

Alle Jahre fand eine Vor- und eine Hauptmusterung statt. Die Vormusterung wurde unter der Leitung des Freiweibels auf dem Ägertenboden abgehalten,\* die Hauptmusterung auf dem "Huben Moss" zu Diessbach unter derjenigen des Landmajors.

Der viel genannte Freiweibel war der Statthalter des über das Landgericht Konolfingen gesetzten Venners der Metzgerzunft. Die vier Landgerichte Konolfingen, Zollikofen, Sternenbergr und Seftigen wurden nämlich nicht von Landvögten verwaltet, sondern von den Vennern der vier Hauptzünfte. Der Landmajor war ein Beamter, der ungefähr die gleichen Funktionen ausübte wie heutzutage der Kreiskommandant.

Diese Hauptmusterung in Diessbach war jedesmal ein grosses Volksfest. Nach getaner Arbeit tat man sich bei Speis und Trank gütlich. Nicht selten gabs dann auch noch Arbeit für das Chorgericht, wenn dieser oder jener des Guten zuviel genoss. Pfarrer Stapfer von Diessbach bemerkt in seinem Bericht von 1764, dass "die Thunmäriten und Landmusterungen zur Unmässigkeit missbraucht werden."

An der Hauptmusterung mussten auch die "Stuck- und Proviantrosse" gestellt werden. Das kostete die Gemeinde jedesmal 5 Kr. 5 bz., eine ziemlich grosse Summe, wenn man bedenkt, dass der Gemeindeschreiber zu der Zeit nur einen Lohn von 3 Kr. hatte. Wir lesen denn in der Gemeinderechnung von 1743:

"Brachmonat, den 12. Hab ich auss Befehl der Gmeind dem Niklaus Bürki zu Oberbleiken und dem Samuel Bürki, dass Sie gan Höchstetten gsein zu Mnwghr. Landt Major und angehalten, dass die Stuckross und die alte Mannschaft an der Musterung zu Diessbach können daheimen bleiben zalt 1 Kr. 20 bz." 1746 reiste der Hauptmann Niklaus Bürki deswegen sogar zweimal nach Bern und einmal nach Höchstetten, was 4 Kr. kostete. Später mussten die Stuckrosse alle Jahre nach Diessbach geführt werden.

Die Mannschaft der Trüll Buchholterberg hatte eine eigene Fahne. Im Staatsarchiv findet sich ein diesbezügliches Gesuch aus dem Jahre 1688, das hier im Wortlaut folgen soll:

\* Der Platz heisst noch heute Musterplatz.



„Hochgeachte, gnädige Herren und Oberen!  
Es werndt Mgh. hierdurch underthänig umb hilff und Raht gepätten und ersucht, wyhlen nun die Compagnie Diessbach von einanderen in zwen gleiche Theil getheilt worden; also vermeint die Compagnie Diessbach und Kurtzenberg den von einer ordenlichen Herrschafft Diessbach verehrende fahnen ohne einiches ausshergeben einzig zu behalten, also dass hiemti die andere Compagnie am Buchholterberg von demselbigen ausgeschlossen würde; Derohalben ist mein Melcher Bürkis, Hauptmann am gedachten Buchholterberg, Innamen der gantzen Compagnie underthäniges ersuchen an Mghh., uns in diesem fahl die Handt zu pietten (wyhlen man einer adenlichen Herrschafft aus der gantzen Kilchhöri wegen solcher verehrung 30 Trämel zu einem Zeichen der Dankbarkeit verehret), dass wir von solchem fahnen nit aussgeschossen werden, sondern im fahl die Compagnie Diessbach den gedachten fahnen behalten, uns einen anderen zu unserer Compagnie helffen kauffen oder aber sonst billiche Ersatzung thüyendt, sy dahin zu halten.

In Erwartung gnädiger willfahr werden ich nit underlassen, den lieben Gott für Mghh. zu pitten. Datum den 30. Jenner 1688.

Mghh. underthäniger und geringer Diener

Melcher Bürki, Hauptmann am Buchholterberg.”

(STA. Wehrwesen Bd 248, Nr. 9)

Ob und wann diesem untertänigen Gesuch entsprochen wurde, war nicht ersichtlich. Hingegen wurden am 10. Heumonath 1756 dem Samuel Bürki für eine neue Mannschaffsfahne 28 Kronen ausbezahlt. Diese wird um 1760 in einem Verzeichnis der Fahnen im Landgericht Konolfingen erwähnt: „Die Buchholderberg Mannschafft Fahnen ist noch ganz neüw und roht und schwarz geflammet, mit einem weissen Kreuz durch die Mitte, und das Buchholder-Waapen, namblich eine grüne Buchen: Sie stehet einer Trüll Buchholderberg zu und liegt hinder dem Fähndrich Christen Stucki zu Bleiken in Verwahrung.” (STA Wehrwesen Band 248, Nr. 58).\*

Die Mannschaft wurde auch im Schiessen ausgebildet. Im Herbst fand eine Schiessmusterung statt. Christen Bachmann und Peter Müller stellten die 2 Scheiben auf und erhielten dafür 5 bz. Entschädigung. 1780 heisst es in der Gemeinderechnung: „Den 2. Weinmonath zalte dem Christen Bachmann zu Ibach für eine neue Schyben und für Sicherheit denen Zeigeren 14 bz.” Mit der Gefährlichkeit der Büchsen muss es nicht grad weit her gewesen sein, wenn die „Sicherheit denen Zeigeren” samt einer neuen Scheibe nur 14 bz. kostete.

Die Trüll Buchholterberg hatte auch ihre Tambouren und musste für deren Ausbildung sorgen. 1739 liess man für 7 Kr. 15 bz. ihrer drei das „Trommen” lernen. 1769 heisst es wieder in der Rechnung:

„Heumonath den 30. Dem Christen Kräyenbühl zu Pränzlikofen für Lehrlohn, den Christen Kräyenbühl und Christen Gugger gelehrt Trommen 8 Kr. Und für Tisch Gelt denen Tampuren 3 Kr. 5 bz.”

\* Mitg. von Herrn H. Wandfluh.

Die beiden Tambouren mussten sich verpflichten, den Lehrlohn zurückzuzahlen, wenn sie innert 15 Jahren aus der Trüll Buchholterberg wegziehen würden. Die Verpflichtung lautete:

„Ich Christen Gugger, Christes Sohn in der Zugmatt am Buchholterberg, erkenne hiermit, dass die E. Gemeind Buchholterberg umb mich Tambour lehren zu lassen, vor mich Cösten gehabt 5 Kr. 15 bz., namblich vier Kronen Lehrgelt dem Tambour-Major und 1 Kr. 15 bz. einer Honoranz vor mich. Derowegen erkläre mich mit Vorwissen und Gutheissen meines Vatters, dass, wann ich innert nächsten fünfzehn Jahren von endsgemeltem Dato an, mich aus der Trüll Buchholterberg wegbegeben und anderstwo niederlassen würde, folglich in der Trüll Buchholterberg kein Tamboursdienste verrichten thäte, ich, was der Lehrlohn der vier Kronen anbetrifft, gedachter Trüllgemeind Buchholterberg wieder ersetzen und gutmachen wolle, ohne Widerred. Nach Verlauff der 15 Jahren dann, soll dieser Revers nicht mehr gültig sein, sondern dieses Geding soll nur währen bis Anno 1785.

In Krafft dessen ich mich mit eigener Hand unterschrieben. Mein Vatter aber hatt wegen Mangel Schreibens seine dissöhrtige Bestäthigung mündlich declariert vor Gezeugen Grichtsäss Jakob Beutler zu Marpach, Hans Zauter, Vennerich und Hans Bäller, Wachtmeister, alle drei im Buchholterberg.

Actum, den 16. Weinmonath 1769.

Ich Christen Gugger beschienen wie obstat.”

Im Jahre 1781 taten sie wieder zwei junge Tambouren in die Lehre und zahlten 18 Kronen Lehrgeld. Die sämtlichen Ausgaben für das Schulwesen machten in dem Jahre grad ungefähr diese Summe aus. O gute, alte Zeit!

1788 heisst es: „Habe für junge Danburen und Pfyffer in verschiednen Mahlen Lehrlohn, Tischgelt und Umkosten zalt in allem 31 Kronen 13 Batzen.”

1774 musste die Gemeinde Buchholterberg dem Freiweibel Engimann in Wichtrach des Tambour-Majoren Besoldung entrichten mit 3 Kr. 9 bz. 1780, 1782 und 1785 taucht die gleiche Ausgabe wieder auf. Tambour-Major zu sein war ein gesuchter Ehrenposten.

#### 4 Pferdestellung und Entschädigung.

Die Gemeinden waren verpflichtet, die nötigen „Stuck- und Proviantpferde” zu stellen. Die Kirchgemeinde Diessbach musste bis 1771 39 Pferde stellen, von denen 13 auf den Buchholterbergdritteln entfielen. Im ältesten noch erhaltenen Gemeindeprotokoll (1646–1716) wird die Pferdestellung 1671 erstmals erwähnt. Es heisst dort:

„Uff den 10. tag Höümonat 1671 haben die ehrsamen Michel Bieri am Längenacher, Peter Dummernuth, Christen Bürki zu Bleiken und Hans Roschi nachbeschriebene Ross, weliche zu den stucken ze führen verordnet sind, geschetzt und gewirdiget.

Claus Ruppen stutten mitsampt dem geschirr, das alles wärschafft umb 15 Kronen.



Item Peter Antonis Münch auch mit wärschafftem geschirr umb 14 Kronen.

Item Ueli Eicher zu Bleiken ein stutten mitsamt wärschafften geschirr umb 16 Kronen.

Wan gemälte ross wäg müssen, soll sie ein gemein lassen beschlagen. Und so lang sie wäg sind, soll ein jedes ross alle wuchen ein dicken (5 Batzen) zu lohn haben. Wan sie heimkommen, sollen sie durch obgemelte männer geschetzt wärden. Wass sie minder wärt sind, weder die obige schätzung lutet, soll ihnen von einer gemein ingesecklet wärden.

Wan aber der rossen eins, zwöi oder alle drü wurden dahinden bliben, söllens ein gemeind zalen, wie sie geschetzt sind, nit wilers."

Ein "Verzeichnis der Stuck Rossen an dem Buchholterberg, den 8. Tag Hornung 1699" meldet:

"Der Erste Zug: Ulli Schenk Karrer, Jost Stucki speter.

Ulli Schenk in Gützenschwendi sol geben ein böum pfärt mit einem wärschafften böum kommet und doppleten Leit riemen.

Niklaus Oppliker gibt ein pfärt sambt einem guten wohlbeschirreten wärschafften stangkommet, ist geschetzt umb 40 Kronen.

Jost Küntzi zu Heimenschwand gibt ein pfärt sambt einem wärschafften vorkommet. Ds ross ist geschetzt umb 31. Kr. 5 bz. und der komet um 3 Kr.

Hans Jör zu Heimenschwand gibt ein pfärt sambt einem wärschafften vorkommet, ist zusammen geschetzt worden umb 30 Kr.

Petter Bälller zum Zyll gibt ein pfärt sambt einem komet und das wärschafft, ist zusammen geschetzt worden umb 23 Kr.

Ulli Roth in der Schubisen gibt ein pfärt sambt einem wärschafften vorkommet, ist zusammen geschetzt worden um 25. Kr.

Der ander Zug. Karrer Isach Bachmann.

Abraham Bachmann zu Ibach gibt ein wärschafft und wohlbeschirret stangpfärt, ist zusammen geschetzt worden umb 45 Kr.

Hans Stucki zu Ibach gibt ein wärschafft und wohlbeschirret böumpfärt, ist zusammen geschetzt worden umb 48 Kr.

Abraham Bachmann zu Teuffenbach gibt ein pfärt sambt einem vorkomet, ist geschetzt zusammen um 28 Kr.

Christen Dällenbach des Junker Landvogts Lähemann gibt ein pfärt sambt einem wärschafften vorkommet, ist zusammen geschetzt umb 28 Kr.

Bendicht Maurer zu Egglen gibt ein pfärt sambt einem wärschafften vorkommet, ist geschetzt worden umb 48 Kr. Mit dopletem leitriemen.

Christen Bürki im Gussy gibt ein wohlbeschirret pfärt mit einem vorkommet, ist geschetzt worden umb 36 Kr.

Hans Büttler zu marbach gibt ein pfärt für den Proviantwagen, sambt einem wärschafften vorkommet, ist zusammen geschetzt umb 38 Kr."

Man unterschied "böumpfärt" für den zweispännigen und "stangpfärt" für den einspännigen Zug. Meistens fuhr man damals der schmalen und schlechten Strassen wegen einspännig mit einem oder mehreren vorgespannten Pferden. Auffallend ist

die viel höhere Schätzung als im Jahre 1671. Der Wert des Geldes scheint unterdessen stark gesunken zu sein.

Im Jahre 1771 wurden der Kirchhöri Diessbach weitere 4 Pferde auferlegt. Zur Verteilung dieser vier Pferde auf die drei Kirchhöridrittel wurden die Ausgeschossenen der Gemeinden zusammenberufen, um einen Vergleich abzuschliessen. die 43 Pferde verteilten sich wie folgt: "Zum Park d'Artillerie 34, zu einem Battailons Stuckzug 2 und für Bagage- und Munition-Wägen 7 Pferdte."

Am 29. Mai 1771 wurde beschlossen, dass jeder Drittel von jetzt an ein Pferd mehr zu stellen habe, "ohne die Dragoner- und Postpferde, die hierin nicht eingezellt sein sollen."

"In Ansehen des vierten Pferdts dann, so über obige drei noch einzuteilen stehet, ist verglichen worden, dass selbiges in der Kehr von jedem Kirchhöridrittel solle geliefert werden von Jahr zu Jahr." Das von den drei Dritteln abwechselungsweise zu stellende Pferd wird in den Gemeinderechnungen "Umgängerstuckpferd" genannt.

"1790 für 13 samt dem Umgänger Stuckpferd und 1791 für 12 Pferdte so an denen Landmusterungen nach Diessbach sind geführt worden, per Jahr für ein Pferd 10 bz. habe bezahlt. Thut zusammen 16 Kronen."

Wie schon erwähnt, hatten die Gemeinden bei Auszügen die Pferdelieferanten und die Abschätzungen zu entschädigen.

Bei Anlass des zweiten Villmergerkrieges vom Jahre 1712 gab es einen heftigen Streit zwischen dem Buchholterberg und den andern zwei Kirchgemeindedritteln. Der Buchholterberg hatte für die ganze Kirchgemeinde sämtliche Pferde gestellt. Da der Auszug 16 Wochen dauerte, wurden an den Pferden 74 Kronen abgeschätzt. Buchholterberg wollte nun den Schaden nicht allein tragen und trat vor Kriegsgericht klagend gegen die andern zwei Drittel auf. Der Handel kam 1713 vor ein Schiedsgericht. Der Präsident des Kriegsrates Venner Frischung beauftragte den Predikanten Samuel Dick in Diessbach und den Freiweibel Hans Spycher zu Niederwil den Streit zu schlichten. Als Vertreter von Buchholterberg waren anwesend Jakob Küentzi, Hauptmann, Hans Bachmann des Grichts und Leutnant Steffan Thummermuth, von Diessbach Hans Gruniger, Hauptmann und Weibel Andreas Schneider, Schuldiener und des Grichts, Vom Kurzenberg Bendicht Brönnimann in Aeugsten, Peter Schöni auf dem Bühl, beid des Grichts, Peter Dällenbach zu Egglhäuseren und Isaac Steiner aufem Kriesbühl, von Aeschlen Christen Beutler, Statthalter und Ulrich Reusser, ferner Peter Moser, der Feld-Venner zu Dessikofen, Niklaus Mooser zu Brenzikofen und Ulrich Baumann zu Herbligen. Die Buchholterberger verlangten also, dass die hohen Kosten dieses Auszuges auf die ganze Kirchgemeinde verteilt werden sollten. Die Beklagten machten geltend, dass sie in früheren Jahren auch Pferde gestellt hätten und im letzten Auszug einige Wagen zur Verfügung stellen mussten.

Die Schiedsrichter entschieden nun, um weitere grosse Prozesskosten zu vermeiden, wie folgt:

1. "Dass alle verdriessliche Wort und Werk, wofern deren zwischen ihnen den Partheien unterloffen warend, in besterform aufgehebt und weder der eint, noch



der anderen Partei an Ihren habenden reputation und Ehren schäd-, noch verweisslich sein sollend."

2. Weil der Auszug so lange gedauert und so grosse Kosten verursacht hatte, sollen die beklagten Gemeinden dem Buchholterberg 36 Kronen Bernerwährung ersetzen und bezahlen.

3. In Zukunft sollen alle Pferde beim Auszug und bei der Heimkehr "durch drey ehrlich und beeydigte Männer", aus jedem Drittel einer, geschätzt und der "Abgang und mangel an solchen Stuckpfert, Geschirr und Wägen" zu Lasten der ganzen Kirchgemeinde gehen.

4. Die Kosten dieses Handels sollen "compensiert und wetgeschlagen sein."

5. "Sollend diesere streitende Gemeinden hierdurch wohl versöhnt, betragen, und diess also ein ausgemachte Sach sein und verbleiben, dieselbigen dann auch als samtliche Kirchangehörige dahin gewiesen seyn, einanderen fürohin alle nachbaurliche Liebe und Freundschaft zu erzeugen."

Dieser Vergleich wurde von den Anwesenden "mit Mund und Hand auf- und angenommen" am 20. Hornung 1713 und gelobt am 23. Wintermonat 1715.

Im Jahre 1767 beauftragte die bernische Regierung den aus preussischen Diensten heimgekehrten General Robert Scipio von Lentulus, das bernische Militärwesen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Zu dem Zwecke wurden 1580 Mann aller Waffen nach Bern in ein Feldlager zusammengezogen. (Ed. von Rodt, Band III, Seite 295) Auch die Gemeinderechnung von Buchholterberg weiss davon etwas zu berichten.

"Herbstmonath, den 12. für die 13 Stuck- und Proviant Pfärt, wegen Parathaltung des Feldzugs pro 8. Brachmonat biss den 22. dito hiemit für selbige 14 Tag lange in den Ställen zu füttern, für jedes vom Tag 2 bz. wie auch wegen darauf erfolgten Campzug nach Bern. Von jedem Pfärt 15 bz. ist in allem zusammen 24 Kr. 11 bz."

Von weiteren Kosten bei militärischen Auszügen ist an anderer Stelle die Rede.

##### 5. Die Ausrüstung der Dragoner und zum Teil der Infanterie

Da die Dragoner den Meldereiterdienst zu versehen hatten, mussten sie auf Kosten der Gemeinde ausgerüstet werden. Laut einer Specification der Tragener-Mundur" vom Jahre 1740 musste ein "wohlberittener Tragener" folgende Ausrüstung haben:

- "Ein Sattel sambt der Decki.
- Ein Zaum sambt der Läderhalffteren.
- Ein pistolen.
- Ein Gertel sambt dem Futer.
- Ein Flinten.
- Ein Sebel.
- Ein pajonet.

Zwo Halffteren.

Ein Cartauschen sambt dem pantelier.

Währistrill (?).

Ein pahr Läderhosen.

Ein Rock sambt Lädergoller.

Ein Mantel.

Ein pahr Stiffel sambt Sporen.

Ein portierten Hut.

Ein pahr Händtschen.

Ein Stallkuten sambt der Cappen.

Ein Büchsen Modell, Steinen zu giessen."

Man kann sich die Beweglichkeit dieses schwer bewaffneten Dragoners auf seiner Ackermähre vorstellen. General Lentulus hat denn auch bei Anlass des Feldlagers vom Jahre 1767 der bernischen Reiterei keine gute Note erteilt. Die älteste Nachricht von einem Dragoner im Buchholterberg findet sich 1670 im ältesten noch erhaltenen Gemeindeprotokoll. Es heisst dort:

"Uffferzeichnuss wass man Michel Bachmann, Hangenmad übergäben hat wägen der rütterey. Erstlich hatt ein gemein inne Bachmann uffgerüstet und imme übergäben mit sattel und zaum, styffel und sporen, sampt zweyer bistolen sampt den scheidyden, und einen carbyner, item den carbyner riemen, und ein patronen täschen und zweyer läder, die zum sabel dienen, und hatt ihn ein gemein also uffgerüstet, doch ohne ross.

Und hiemit hatt sich Michel Bachmann erklärt und dahin begäben, dass er söliche sach wägen der rütterey wölle verrichten, wan es die not erforderen wirt. Dass alles in einer gemein costen, und wan sach wär, dass er Bachmann söliches nit wurd können oder mögen verrichten und er ein sohn möchte haben, der söliches verrichten könte, so sölle ihm ein gemein zukommen lassen. Doch wans ein gemein kan für gutt erklären, alles in einer gemein costen. Und ist imme Bachmann söliches übergäben uf meyen 1670.

Es sige hiemit zu wissen, dass Bachmann söliche sach imm anfang der rütterey also verrichtet. Es hatt syn stutten zuchen than und einer gemein nüt angerächnet, wäder beschlecht, noch umb den bruch. Item für synen lyb und tagwan hatt er auch einer gemein nüt angerächnet. Hiemit soll ein gemein ins künfftig aber gar nüt uff söliches sähen." Bachmann wird eben die Ehre, Dragoner zu sein, hoch eingeschätzt haben.

Im "Stuckrossverzeichnis" vom Jahre 1699 heisst es: "Reutter Bendicht Stucki zu Oberbleiken. Das Rütterpfärt ist geschetzt worden umb 45 Kronen." In den Gemeinderechnungen von Buchholterberg vom Jahre 1734-1800 werden nur 4 Dragoner erwähnt: Samuel Bürkis Knecht in Bleiken, ein Graf und zwei Stucki.

Es mögen nun die wichtigsten Ausgaben für die Dragoner aus den Gemeinderechnungen von 1734-1800 folgen:

"1734 den 15. April. Für ein Tragunersack dem Herrn Freiweibel zalt 10 bz."

"Dem Traguner ein Hut sambt der porten zalt 1 Kr. 9 bz."



“Den 28. April dem Zeugschmied, das er dem Traguner die Bistolen und das Füsibutzt und etwas daran gemacht zalt 10 bz.”

Der Dragoner bezog einen jährlichen Reitlohn. “1735 Majus den 20. Dem Traguner, das ihme geordnet für zwei Jahre nämlich 1734 und 1735 zalt 1 Kr. 5 bz.”

1737 verkaufte die Gemeinde die alte Dragonermontur für 3 Kr. 4 bz. 2 kr. Dafür musste eine neue gekauft werden für 16 Kronen 15 bz. Für diese Summe hätte man damals eine Kuh kaufen können.

“1776. Item erlegte für einen angeschafften Dragoner-Sattel und übriger Zubehörd in allem besag Quittanz 20 Kr. 23 bz. 1 kr.”

“1778 den 20. Herbstmonath. Dem Christen Stucki zu Bleiken für ein Traguner-Mantelsack und Ryt Küssi und für 3 Tag Reitlohn in allem habe zalt 5 Kr. 5 bz.”

“1779 dem obigen Chr. Stucki für 3 Tag Reitlohn per Tag 15 bz. Thut 1 Kr. 20 bz.”

Bei der Infanterie war die Ausrüstung und Bewaffnung eigentlich Sache der einzelnen Wehrpflichtigen. Eine Verordnung vom 10. Dezember 1712 lautete: “Es solle künftighin keine Ehe kopuliert werden, es bescheinige denn der Bräutigam, dass er mit der behörigen Armatur versehen seye, nebstdem ein jeder 16jährige Landmann, so nicht also ausgerüstet, vom Holz und Feldgenoss, den Gemeindeversammlungen, Ämtern und Diensten ausgeschlossen sein solle.” (Ed. von Rodt: Geschichte des Bern. Kriegswesens, Band III, Seite 233.) Eine Ausnahme war nur gestattet bei Schwangerschaft der Braut. Trotz dieser Vorschrift der Ausrüstung auf eigene Kosten finden sich in den Gemeinderechnungen von Buchholterberg viele Ausgaben für die Bekleidung und Bewaffnung der “Ausschützen und Granatierer.” Die Grenadiere trugen ursprünglich Handgranaten bei sich. Später verstand man darunter auserlesene Mannschaft, die von guter Leibesbeschaffenheit und wenn möglich nicht verheiratet sein sollte. (Schiffmann: Geschichte von Steffisburg, Seite 48.)

Im Folgenden einige Posten aus den Gemeinderechnungen:

“1734 den 20. May. Dem Jakob Wyss, dass er dess Michel Bütlers Ausschützenbüchsen hat verbessert zalt 3 bz.”

“1735. Majus den 20. Dem ausschütz Christen Eicher zu Bleiken, für die Büchsen zu verbessern und die Kutten zu kehren zalt 3 bz. 2 kr.”

“Wintermonat, den 3. Dem Jakob Wyss, das er dess Ulli Eichers zu Bleiken Büchsen umchi gemacht zalt 3 bz.” Darunter steht die gelungene Bemerkung: “Der Eicher aber hat gesagt, der Zimmerli habe sie brochen.”

1737 hat die Gemeinde “fünff alt ausschützen kutten verkaufft umb 3 Kr. 15 bz. 2 kr.” Dafür kauften sie fünf neue Kutten für 22 Kr.

“April, den 22. Dem Jakob Wyss, das er an einer Ausschützen Büchsen ein Zündpfannen gemacht und das Schloss verbessert zalt 5 bz.”

Als im Jahre 1743 Soldaten ausziehen mussten, hatte der Hs. Uli Steiner keinen Rock. Wir lesen in der Gemeinderechnung: “Wynnmonath, den 7. Hab ich auss



Bernische Dragoner, Ordonnanz 1756 (A. Pochon und A. Zesiger)





Bernische Infanterie, Ordonnanz 1760 (A. Pochon und A. Zesiger)

Befehl der Gmeind dem Michel Bieri, das er dem Hs. Ulli Steiner hat einen Rock entlehnt für den Abgang zalt 15 bz."

"Dem Hans Ulli Steiner, das er ein rohtes Krägli hat müssen auf den Rock machen lassen zalt 3 bz."

"Wynmonath, den 28. Dem Ausschütz Hans Gugger zum Zill für ein neuen Hut und porten und für Verbesserung der patron Däschen zalt 1 Kr."

"1748 Mey, den 17. ist die alte Ausschützen Mundur und Armatur verkoufft worden und darauss erlost 35 Kr. 17 bz." (Es wurde damals vom Kriegsrat eine neue Uniform eingeführt: "Weissgrau tuchener Rock mit gedoppleten Knöpfen und rothen kleinen Aufschlägen mit 4 Knöpfen besetzt." (Ed. von Rodt: Band III, Seite 245.)

Von einem neuen Kauf findet sich nichts in den Gemeinderechnungen.

Von da an folgen viele Ausgaben für Grenadierkappen.

"1753. Mey, den 31. Hab ich dem Herrn Freiweibel für vier neuw granatier Kappen zalt 9 Kr. 23 bz."

1757 wurde wieder eine gekauft für 1 Kr. 10 bz. und 1758 noch einmal vier. Das waren teure Kappen, bekam man doch zu der Zeit für eine Krone ein ganzes Klafter Holz.

1774 steht in der Gemeinderechnung: "Auss Befehl der Gemeinde zalte dem Grenadierwachtmeister Peter Roth für seine Grenadierkappen 4 Kr. 20 bz." Der Wachtmeister Roth muss eine besonders schöne Kappe bekommen haben, kostete sie doch dreimal mehr als die andern. Bei der Passation der Rechnung durch den Landvogt Friedrich von Werth auf dem Schloss Signau liess dieser am Rande die Bemerkung anbringen: "Dergleichen soll nicht mehr admittiert werden".

Der Wachtmeister Roth musste sämtliche wertvollen Grenadierkappen in Verwahrung halten und erhielt dafür eine jährliche Entschädigung von 20 Batzen.

#### 6. Leistungen der Gemeinde Buchholterberg bei militärischen Auszügen

Im Laufe des 18. Jahrhunderts fanden verschiedene Auszüge statt, von denen uns das Gemeindearchiv von Buchholterberg Kunde gibt.

Über den 2. Villmergerkrieg ist schon berichtet worden. Als im Jahre 1743 im österreichischen Erbfolgekrieg Österreicher und Franzosen in bedrohliche Nähe Basels gerückt waren, beschloss die Tagsatzung wie schon erwähnt zur Wahrung der Neutralität die Grenzen zu besetzen. Auch Buchholterberger mussten ausziehen. "1743, Herbst, den 26. Hab ich auss Befehl der Gmeind denen Soldaten, so haben müssen marschieren Reissgelt geschickt 15 Kr. 15 bz. Wintermonath, den 24. Hab ich a.B.d.G. dem Hauptmann Bürgki für drei versumte Tagen, der einte gan Münsingen, wie die Soldaten sind weggezogen und zwei gan Diessbach wegen der Hochwacht und Abrechnung derselben, zalt 22 bz. 2 kr. Auf gleichem Dato hab ich a.B.d.G. dem Samuel Bürki und dem Hanss Jöhr, dass Sie sind gan Münsingen gsein,



wie die Soldaten sind weggezogen, einem jeden für einen versumten Tag zalt 7 bz. 2 kr. Thut zusammen 15 bz."

Im Jahre 1768 war in Neuenburg etwas los. Die Berner sandten Truppen hin. In der Gemeinderechnung von Buchholterberg steht:

"Brachmonath den 8. Dem Bendicht Bürger im Kurzenberg wegen Stellung der Stuck- und Proviant Pfärden dess Feldzugs nach Neuenburg zalt 10 bz."

Heumonath den 3. für die Stuck- und Proviant Pfärt zu Heimischwand 1 Kr. 23 bz.

Dito für ein Stuckpfärt von Hötschigen 2 Kr. 22 bz.

Augstmonath den 17. für Stuck- und Proviantpfärt wegen Stellung dess Feldzugs nach Neuenburg 5 Kr. 15 bz.

Dito für granadierer Kösten 17 bz. 2 kr."

Am 8. März 1769 beschloss der Gemeinderat: "Denen granadierer, so uber 6 oder 8 Wochen lang zuefolg Mnhghn. Befehl zu Neuwenburg aufgehalten, auf Anmelden jedem zur Besserung Ihres Solds auss dem Gemeinen Seckel zu geben 15 bz. Ein einziger Hans Wälti bezog diese 15 bz. Dieser Feldzug nach Neuenburg kostete die Gemeinde die respektable Summe von 17 Kr. 13 bz. 2 kr. Das machte grad rund den zehnten Teil der sämtlichen Ausgaben aus.

Im Jahre 1781 zogen einige Tausend Freiburgerbauern unter Niklaus Chenaux gegen die Stadt, um sich gegen das Willkürregiment ihrer gnädigen Herren zu wehren. Die Berner Regenten boten die Grenadierkompagnien der vier Landgerichte auf, um den bedrängten Kollegen in Freiburg beizustehen. In der Gemeinderechnung von Buchholterberg finden wir:

"Den 4. Mey: Habe dem Granadier Christen Roht auf den Abmarsch nach Fryburg Reissgelt geben 12 bz. 2 kr.

Dito habe ich mich auf Wichtrach zu einer Militarischen Zusammenkunft begeben für die Granadier und Stuckpfärt zu veranstalten, setzen an 15 bz.

Dito zalte für das pagaschi Pfert, so bey dem Freyburger Ausbruch nach Wichtrach ist geführt worden 10 bz."

1782 rumorte es in Genf. Die Bürgerschaft erhob sich gegen die aristokratische Regierung. Frankreich, Sardinien und Bern unterdrückten den Aufstand mit 11000 Mann. Weil die Grenadiere der vier Landgerichte 1781 nach Freiburg gezogen waren, konnten sie diesmal daheim bleiben. In der Gemeinderechnung findet sich nur folgender Posten: "1782 Aprell den 21. Aus hiesiger Gemeind ist wegen dem Genferstreit ein Stuckzug abgeforderet worden, ist bis nach Bern geführt worden. Dafür habe Umkosten zalt 6 Kr. 6 bz."

Und nun kamen die unruhigen Zeiten der französischen Revolution. Das zeigt sich auch in den Gemeinderechnungen und im Gemeindeprotokoll der Gemeinde Buchholterberg. Im Herbst 1791 brachen Unruhen im Waadtland aus. Bern sandte Truppen hin.

"1791 den 30. Weinmonath einrichtete dem Seckelmeister Hans Steiner im Kurzenberg für die Abschätzung denen Stuck Pferten und andere militärische Umkosten wegen dem Zug ins Welschland in allem 75 Kr."

Am 7. März 1792 fasste der Gemeinderat den Beschluss: "Auf gleichen Tag hat die Gemeind denen 8 hiesigen Soldaten für ihren Zug in das Wälschland jedem von keines Rechten wegen geohrnet 20 bz. aus dem Gemeinen Seckel." Die Besoldung der Truppen wurde aus der Reisgeldkasse bestritten. Die 20 bz. waren eine Zulage, aber "von keines Rechten wegen." 1792 und 93 mussten die beiden Trüllmeister und auch andere Männer oft nach "Hursälen, Rubigen, Münsigen und Diessbach wegen militarischen Verrichtungen." Die Gesamtkosten für diese Gänge betrugen 20 Kr. 22 bz. 2 kr., mehr als die Schulkosten in einem Jahr.

Interessant ist folgender Gemeindebeschluss: "Auf den 26. Christmonath 1792 ist allen besitzeren eigenden Erdrichs bey 1 Pfund Buss an Gmeind botten worden. Auf gleichen Tag ist der Gemeind vortragen worden, es seye der Befehl von MGH. man solle für das Militarische neue Kessel anschaffen zum gebrauch, wan der Landsturm gehen sollte. Da hat die Gemeind erkennt, sie wollen nicht neue Kessel anschaffen, sie wollen in der Gemeind suchen, ob alte Kessel darzu erfunden werden und darzu geohrnet Trüllmeister Zimmermann und Gerichtsess Hans Ulrich Roht." Es scheint, dass sie alte Kessel gefunden haben. In den Gemeinderechnungen findet sich wenigstens nichts von Ausgaben für neue.

Im Jahre 1792 fielen die Franzosen in den Jura ein. Bern besetzte die bedrohte Grenze bei Biel. Der "Gemeine Seckel" von Buchholterberg bekam es ordentlich zu spüren.

"1793 für Stuck Pfärdt die gezogen sind habe zalt:

Dem Jakob Balli zu Ibach für 30 Tag 6 Kr.

Dem Jakob Bäller im Hangemad für 47 Tage 9 Kr. 10 bz.

Dem Hans Liechti in der Aegerten für das Pagaschi Pfert für 11 Tag pro Tag 7 bz. 2 kr. Thut 3 Kr. 7 bz. 2 kr.

Dem Joseph Aeberhard zu Teuffenbach für 35 Tag 7 Kr.

Dem Christen Stucki zu Bleiken für 67 Tag 13 Kr. 10 bz.

Den 30 Soldaten, die Anno 1792 nach Met, Basel und Nidau gezogen sind einem jeden 1 Kr. 15 bz. bezahlt. Thut 48 Kr.

Dem Hans Liechti in der Aegerten habe für das Pagaschi Pfert, so auf der Reiss ist beschlagen worden, erlegt 15 bz."

Am 6. März 1793 stellte die Versammlung der "Besizeren Eygenden Erdrichs" eine neue Verordnung betreffend die Stuckpferde auf.

1. Wann Stuck Pfert ziehen müssen oder gezogen sind, und in Zeit 14 Tagen und zuvor widerum heimkönen, sol für jedes Pfert, wann es gesund und ohne mangel ankommt, pro Tag 7 bz. 2 kr. bezahlt werden, in dem Verstand, das behörige Pfert geschirr und die abschätzung sol darin begrifen sein. Wan es aber denen Pferten etwas widerfahren solte, das sie ungesund und mit Mängel erfunden werden, so sol nach denen Umständen und Beschaffenheit des Schadens nach Billigkeit dafür bezahlt werden.

2. Wann aber die Pfert länger als 14 Tag fort sein müssen, so solle für jedes per Tag 5 bz. bezahlt werden.



3. Wann der Befehl ankommt, das Stuck Pferd ziehen müssen, so sol sie der Hof dem Numro nach laut denen Hofleuten allezeit zu geben schuldig sein, doch sol der Kosten jehweilen über die ganze Gemeind gehen.

4. Wann Soldaten ziehen müssen und von Bern weg ziehen, sol jedem für seinen Zug, es mag kurz oder lang währen 1 Kr. 15 bz. bezahlt werden. Es sol dieser Verohnung nach gelebt werden, bis und so lang die Gemeind Ursach haben wird zu ändern."

Die vielen Ausgaben für die militärischen Auszüge verursachten ein Defizit in der Gemeindekasse. Christen Gugger, der Seckelmeister von 1790–94 war, meldete: "Wann nun das Einnehmen der 940 Kr. 9 bz. 2 1/2 kr. von dem Ausgeben denen 1164 Kr. 7 bz. 1 kr. abgezogen wird, so erfindt es sich, das dem Rechnungsgeber auf dieser Rechnung ausser gehört 223 Kr. 22 bz. 1 1/2 kr." 1793 mussten der militärischen Unkosten wegen 2 "Extradällen" bezogen werden. 1798 wurde zur Bezahlung der nötigsten Schulden ein Geldaufbruch von 3000 Pfund gemacht.

Im Jahre 1797 zogen 13 Buchholterberger aus. Aus dem Jahr des Übergangs 1798 findet sich merkwürdigerweise nur ein einziger Posten von 3 Kronen.

Die Rechnung von 1799 weiss wieder mehr zu berichten. "1799 den 10. Aprill. Der frisch ausgezogenen Mannschaft Reisgelt geben 22 Kr. 10 bz." "22. Aprill für den zweiten Zug den Soldaten Reisgeld geben 4 Kr. 20 bz." Für einen Zug nach Luzern erhielten 9 Soldaten je 2 Kr. 10 bz. Dazu kamen noch die Kosten für die französischen Fuhren. "Wintermonath den 7. Dem President\* Hans Bähler für die französischen Fuhren zalt 27 Kr. 20 bz. 2 kr. Christmonath den 1. Dem Diessbach drittel für franz. Fuhren 29 Kr. 11 bz. 3 kr. Dito dem Freimetigen drittel 63 Kr. 5 bz. 3 kr." Im Jahre 1799 wurde beschlossen, keine Abschätzungen für Stuckpferde mehr zu bezahlen.

Es folgen noch einige Ausgaben, die bis jetzt nicht erwähnt worden sind.

"1738. Christmonath den 11. Dem Herrn Freiweibel Hänni für die Kanoniers bestimmte Besoldung zalt 1 Kr."

"1750 Brachmonath den 21. Hab ich a.B.d.G. dem Herrn Freiweibel für die Kanoniers auss der Kirchöri Diessbach für den Dritten Theil gemeldter Kirchöri zalt 2 Kr. 17 bz. 1 kr." Ähnliche Ausgaben kommen oft vor.

"1751 May den 18. Hab ich für die neuw gefärbten proviant Casten Deckenen zu färben samt dem Wappen dem Herrn Freiweibel zalt 1 Kr. 18 bz. 2 1/2 kr.

1757 Heumonath den 9. Dem Herrn Freiweibel für Reparation des Proviantwagens zalt 7 bz."

#### *7. Einige Notizen aus der Zeit nach dem Untergang des alten Bern*

Aus der Zeit der Helvetik findet sich in den Gemeindeprotokollen nicht viel. Da Einquartierung von Franzosen zu gewärtigen war, wurden am 9. Juli 1798 drei

\* Während der Helvetik hiess der Gemeinderat Municipalität und der frühere Obmann Präsident.

Quartiermeister bestimmt, Hans Bähler, Trüllmeister, Hans Gugger, Bezirksagent und Chr. Kupferschmied in Wachseldorn. Von den berichtigten Requisitionen der Franzosen hat der Buchholterberg allemnach auch etwas zu spüren bekommen. Am 1. Juli 1800 wurde eine halbe Requisitionstelle bezogen.

Am 20. August 1814 fand eine ausserordentliche Gemeindeversammlung unter dem Vorsitze von Unterstatthalter Stucki in Bleiken statt. Es lag eine Anfrage der Regierung vor, wer sich unterschriftlich verpflichte, nötigenfalls einem Freiwilligen-Corps zur Verteidigung des Vaterlandes beizutreten. Es waren eben noch unsichere und bewegte Zeiten. Die Gemeindeversammlung beschloss, eine solche Unterschreibung könne füglich unterbleiben, denn wenn die Freiheit bedroht sei, werde jeder waffenfähige Mann bereit sein, "soviel die Not erforderet, das Vaterland mit Gut und Blut zu verteidigen und den Befehlen unserer wohlwollenden hohen Regierung untänigst nachzuleben." Allerdings erwarten sie, dass die Regierung "mit dem unermüdetsten Eifer über das Wohl ihrer Angehörigen zu wachen und stets auch ihr der Angehörigen Bestes zum Zweck haben werde."

Im Jahre 1815 waren viele Auszügler im Feld. Die Gemeindeversammlung beschloss, den Bedürftigen solle beim Anpflanzen geholfen werden.

1823 wurde der Samuel Roth in holländischen Diensten zu 6 Jahren Galeerenstrafe verurteilt. Es wurden ihm von seinen Zinsen 6 Kronen 10 Batzen übermittelt. Die unruhigen Zeiten der Freischarenzüge und des Sonderbundkrieges zeigen sich auch im Gemeindeprotokoll. Im Jahre 1845 wurde eine Bürgerwehr mit zwei Hauptwachen in Heimenschwand und im Schaubhaus gebildet. Gemeinderat Jakob Bachmann, Tschanz, Jakob Dähler, Gerichtssass Sempach, Statthalter Beutler, Weibel Wittwer und Gemeindegemeinder Roschi wurden mit der Organisation beauftragt. Für Pulver und Blei hatte Statthalter Beutler zu sorgen. 1847 wurden als Instruktoren für die Musterung auf dem Musterplatz vorgeschlagen: Chr. Gugger, Joh. Beutler, Ulrichs sel. zu Marpach und Chr. Liechti in Wachseldorn. Die gemeindeweise Instruktion der Mannschaft auf dem Musterplatz war also noch gebräuchlich.

Wieviele Buchholterberger am Sonderbundkrieg teilgenommen haben, ist nirgends zu finden. Am 2. Dezember 1847 wurde unter Vorbehalt der Genehmigung der Hausväterversammlung beschlossen, allen Soldaten, die in den Sonderbundkrieg ziehen mussten, eine Entschädigung von 35 Batzen zu zahlen. Dafür wurde eine einfache Telle angelegt. Am 3. Februar 1848 beschlossen sie, für die verunglückten Soldaten eine Sammlung von Haus zu Haus zu veranstalten.

Im Neuenburgerhandel von 1856 mussten die Buchholterberger 5 Pferde stellen.

1870 wurden Chr. Keller, Grossrat und Ulrich Beutler in Marpach bestimmt, im erforderlichen Fall Truppenkommandanten als Wegweiser und Führer zu dienen. Dem Chr. Jöhr, der an die Grenze musste, wurden 20 Franken zur Anschaffung von Schuhen und Kleidern bewilligt. Vier Bürger wurden bestimmt, bei allfälligen Truppendurchzügen für das nötige Brennholz und die Stellung von Wagen zu sorgen.

Im Jahre 1877 wurde der Schiessplatz auf dem Scheibensteinmoos errichtet. Aus Anlass des Generalstreiks von 1918 wurde die Bildung einer Ortswehr von 60 Mann beschlossen. Zum Glück musste sie nicht in Funktion treten.



## F. Vom Armenwesen im Buchholterberg

Wie alles andere hat auch das Armenwesen seine Entwicklung durchgemacht. Eines ist aber immer gleich gewesen und wird wohl immer gleich bleiben, nämlich, dass es immer Arme gab und geben wird. Immerhin gibt es heutzutage zum Glück wenig Arme, während in alten Zeiten eine Armennot herrschte, von der man sich in unsern Tagen keinen Begriff mehr machen kann.

Ursprünglich war es die Pflicht des Grundherren, die Armen zu unterstützen, später diejenige der Genossen der Gütergemeinde. Auch die Kirche leistete Grosses in der Armenpflege. An vielen Orten waren es die Klöster, die die Armen versorgten.

Auch nach der Reformation gab es in den Gemeinden noch keine organisierte Armenpflege. Das meiste wurde der privaten Wohltätigkeit überlassen. In der ersten Zeit nach der Reformation nahm die Armut ab. Am Schluss des 16. Jahrhunderts und am Anfang des 17. waren schlechte Zeiten, und die Armut nahm wieder zu. Der Staat Bern sah sich genötigt, über das Armenwesen gesetzliche Bestimmungen zu erlassen. Es kam die Zeit der Bettelordnungen. Von 1571 bis 1690 wurden eine ganze Anzahl verfügt.

Sie wurden aber mangelhaft befolgt, und die Gemeinden und die Amtleute mussten oft ermahnt werden. Eine solche Mahnung findet sich auch im Gemeindearchiv von Buchholterberg, datiert vom 28. Januar 1679.

„Zu Diessbach zu verläsen gsein.

Schultheiss und Raht der Stadt Bern, Unsseren Gruss bevor,  
lieber, getreüwer Amtsmann.

Demnach wir die Zeit dahar zeuerführen und zevernehmen gehabt, das nit nur die wohl angesehene und an sich selbst Landt-nützliche Betlerordnung an ihrer fleissigen Haltung nit geringe Hindernuss leiden müssen, von den hauffenwys im Land umbhär lauffenden, durch das leidige Kriegswäsen von Haus vertriebenen armen lühten, sonder auch ynheimsche dahar anlass nehmdint, sich under sie zu mischen, und mit anzüchung ihrer Kleideren mit ihnen im Land umbhär zu züchen, habendt wir dir wie allen anderen Ambtlüthen bevölchen wollen, massen hiemit beschicht, das so viel die Vertriebenen betrifft, dieselben, so weit sich durch den einten und andern befragen, wohar sie seigen, so durch die Predikanten oder unser Ambtlüht beschechen kan, befindet das solcher ohrten der Krieg fürüber in solche ihre Heimat fort gewiesen und hiemit von Ohrt zu Ohrt auf die Grenzen geführt. Die Landtynheimschen aber, so sich für frömbde aussgeben, allhar in Unsser Stadt verschickt werden söllendt, dieselben umb solchen betrug mit dem Schallenwerck (Zuchthaus) abzustraffen.

Damit aber die inheimschen Armen usserthalb ihren Gemeinden anderer ohrten der Nahrung nachzegehen, nit genötiget werdint durch den Mangel ihrer Verpflegung in ihren Gemeinden, als wellendt wir hiemit auch ernstlich gemeint und bevölchen haben, das angestellte Zusammenlag des Allmusens, so weit daran

ermanglen möchte, fleissig nach jedem Ohrts beschaffenheit, bestellt und verrichtet, und also diss Ohrts allem mangel begegnet werde.

Dieser Bestellung und deren Verbesserung nachgang, sollen durch die Profossen (Armenpolizisten), soweit dieselben nit noch vorhanden weren, wiederumb angestellt und ernstlich ermahnt werden, ihren beruff und bevölch aussgangener Ordnung nach fleissig zu verrichten.

Und weilen, wie Wir mit missfallen vernommen, der lühten gefunden werden, die da fürgeben dörrfen, ob sollten wir von angezogener Ordnung wider gestanden sein, alss Sollst und wirst Du auch hinder dir, auff solche unbegründte Reden achten, und die so darmit umgingen und bekannt wurden, inzüchen lassen und der Sachen uns berichten. Für dich selbst dan auch dir recht und ernstmeinend angelegen sein lassen, diese heilsamme Ordnung in beständigem richtigem Fortgang zu erhalten. Dass ist unsser Will.“

Es wird hier deutlich unterschieden zwischen einheimischen Armen und „umbherschweifenden“ fremden Bettlern. Von Zeit zu Zeit wurden sogenannte „Bettlerjeginen“ angestellt. Gegen fremde Bettler ging man rücksichtslos vor. Sie wurden über die Grenzen abgeschoben, oft gebrandmarkt, gefoltert, zu Zwangsarbeiten verurteilt, in fremde Kriegsdienste oder auf die Galeeren verschickt. Als „Profossen“ ernannte man kräftige Männer.

Die Bettlerordnungen schrieben zuerst vor, dass jede Gemeinde ihre einheimischen Armen unterstütze. Es galt also das *Ortsprinzip*. Da infolge der nicht ganz klaren Bestimmungen der Bettlerordnungen die Armen von einer Gemeinde der andern zugeschoben wurden, verfügte die Obrigkeit im Jahre 1676, „dass zu Abhaltung fernerer Geläufs ein jeder solche Landsarme an dem Ort, wo er sich jetzund befindet, es seie in Hinderessweis oder sonsten, in den Rechten, wie er bisher gewesen, verbleiben und geduldet werden solle.“ (Geiser: Geschichte des Armenwesens im Kanton Bern, Seite 159.) Wenn aber jemand fortziehen würde, soll ihm ein Zeugnis (Heimatschein) gegeben werden. Damit entstanden auf dem Lande die *erblichen Heimatrechte* und die Pflicht der Heimatgemeinde, für ihre Armen zu sorgen. Zur Schlichtung der unzähligen Armenstreitigkeiten wurde die Almosenkammer geschaffen. Im Jahre 1676 habe diese oft in einer Woche über hundert Heimatrechtsstreitigkeiten zu erledigen gehabt. (Geiser: Seite 125)

Einen interessanten Einblick in die Armenverhältnisse in der Kirchgemeinde Diessbach, zu der ja der Buchholterberg gehörte, gibt uns der Pfarrbericht vom Jahre 1764. Damals wurde die erste Volkszählung durchgeführt, und die Pfarrer hatten über das Armenwesen 11 Fragen zu beantworten. Der damalige Pfarrer von Diessbach hat diesen Fragebogen sehr gewissenhaft ausgefüllt, was nicht überall der Fall war.

1. Frage: Ist die Anzahl der Armen des Orts wirklich gross?

Antwort: Sie ist ziemlich gross und zwar aus verschiedenen Ursachen.

1. Es gibt in hiesigem Kirchspiel sehr vieles unfruchtbare und steile Land, welches nichtsdestoweniger mit Häusern besetzt und gebaut wird. Da man mit



dreifacher Arbeit nicht mehr als an einem ebenen und fruchtbarerem Orte mit einfacher Arbeit hervorbringen kann.

2. Diese Gegend ist gar sehr dem Hochgewitter unterworfen, dass fast kein Jahr ist, in welchem nicht der einte oder andere Strich mehr oder weniger davon beschädigt wird. Insbesondere in den Jahren 1744, 1749, 1751 und 1756 war der erlittene Schaden sehr beträchtlich. Wenn man die Nachlassung des Zehndens nur von anno 1756 berechnet, so muss der Schaden, den damals ohngefähr der dritte Teil des hiesigen Kirchspiels erlitten, nicht weniger als 35000 pfund gewesen seyn. Anno 1744 war er nicht viel geringer.

3. Zu diesen Ursachen gehören ferner die vielen leichtsinnigen Heurähte und unehelichen Kinder, da es Väter gibt, welche ihre Weiber und Kinder liebloser Weise verlassen, sich weggeben, die Sorge der Gemeinde überlassen, und oft nicht das geringste zur Verpflegung ihrer Kinder beytragen. Insbesondere geschieht es, dass nicht ein geringer Theil der unehelichen Kinder der Gemeind auffallen und oft mit grossem Trotz zu völliger Erhaltung an den Hals geworfen werden. Welches auch dergleichen Väter und Mütter in diesem Stück sehr sorglos machet.

4. Die übele Einrichtung in der Nutzung der Allmenden, wodurch die Armuth nur gepflanzt wird. Sintemal an denen Orten, wo die meisten Allmenden sind, auch die grösste Armuth gefunden wird. (Davon war ja schon im Abschnitt über das Allmendwesen die Rede.)

Ob nach Proportion der Grösse des Kirchspiels an andern Orten auch so viele presthafte Leute wie hier gefunden werden, welche müssen verpflegt werden, kann ich nicht bestimmen.

2. Frage: Fehlet es ihnen an Lust oder an Gelegenheit zur Arbeit?

Antwort: Was die Lust betrifft, ist es in unserem Kirchspiel beschaffen wie an den meisten andern Orten, dass die Arbeitsamkeit nicht bei allen gleich gross ist.

Was aber die Gelegenheit zur Arbeit ansieht, fehlet es daran nicht, neben dem Flachsspinnen ist in hiesiger Gegend auch das Seidenkämmlen sint ohngefähr 40 Jahren eingeführet und sinthar practicieret worden.

Von dem Flachsspinnen ist dieses zu sagen, dass der Verdienst schon unmittelbar vor dem letzten Krieg, als insonderheit während demselben, gar sehr gering gewesen, dass eine gute Spinnerin ihren Verdienst in 8 ganzen Tagen nicht höher als auf 11–12 bz. bringen können. Aber zu diesem Verdienste trägt auch nicht wenig bei, wenn in einem grossen Bezirk nur ein einziger allzu gewinnsüchtiger Garnhändler ist, welcher die Leute sehr willkürlich bezahlen kann. Jetzt da der Krieg ein Ende hat, auch die Anzahl der Garnhändler sich vermehrt, die einander in der Ordnung behalten, so verdienen die Spinneren wiederum weit ein mehreres als zuvor.

Mit Seidenkämmlen bringet man den Verdienst höher. Es gibt aber viele Leute, welche den Seidenstaub, insbesondere im Winter in den verschlossenen Gemächern nicht ertragen können und sich deswegen lieber mit dem Spinnen behelfen.

Würde man in unsrem Kirchspiel noch mehrere Arten der Fabrique-Arbeit einführen, so würde es wahrscheinlichweise zu grossem Nachteil der Feldarbeit

gereichen. Die Diensten und Tagelöhner wären schwer zu bekommen und müssten sehr teuer belohnt werden, wie man dies schon zum Teil aus der Erfahrung weiss.

3. Frage: Welche Handreichung wird ihnen von der Gemeinde und von der Obrigkeit gebotten?

Antwort: Die Armen empfangen in hiesiger Kirchgemeinde jährlich 24 Mütt Spendkorn, ist à 2 bz. = 57 Kr. 10 bz.?

Aus dem allgemeinen Armenseckel jährlich 127 Kr. Von den Dorfgemeinden ist in Verfliessung eines Jahres gesteuert worden 582 Kr. 19 bz. 1 kr. Summa 767 Kr. 4 bz. 1 kr.

Dazu wird:

1. Nicht gerechnet, was den armen Schulkindern aus dem Schulseckel zu gutem getan wird.

2. Auch nicht die Erhaltung derer, die durch den Umgang nach Proportion der Tellen in den Häusern verpflegt werden.

3. Noch auch, was die Armen in hiesiger Herrschaft durch gestifte insbesondere zu geniessen haben.

4. Frage: Was sind für Anstalten zu der Auferziehung der Kinder und zu ihrer Anweisung zur Arbeit gemacht?

Antwort:

1. Bei Einführung des Seidenkämmlens hat eine Wohlgebohrne Herrschaft allhier eine Seidenkämmlerin aus dem Zürichgebiet kommen lassen, dieselbe bezahlet, alle diejenigen, so diese Arbeit lernen wollten, so lange gespeiset, bis sie dieselbe erlernt hatten.

2. Es wird nach hochoberkeitlicher Ordnung Sorge getragen, dass die jungen und unerzogenen Leute, nicht in den Umgang getan, sondern verdinget werden, damit sie eine bessere Auferziehung haben.

3. Diejenigen, die eine schwächere Leibs-Constitution haben, werden zu solchen Handwerken gewidmet, welche nicht so viel Leibeskräfte erfordern, die stärkern und gesündern aber werden zu solchen Bauren verdinget, bey welchen sie Gelegenheit haben, alle Bauren- und Feldarbeit zu lernen und müssen alle Jahre einmal dem Pfarrer und der Gemeinde vorgestellt werden, damit man sehen könne, ob sie wohl gehalten seyen, und ob ihr Meister über sie zu klagen habe.

5. Frage: Mit welcher Arbeit können die Armen an dem Orte selber beschäftigt werden?

Antwort: Sie werden hier mit oben angeführten Arbeiten, nämlich mit Flachsspinnen und Seidenkämmlen beschäftigt. Zu vielerlei Arten von dergleichen Arbeiten würden dem Feldbau schädlich sein.

6. Frage: Welches wären zu dieser Absicht die dienlichsten rahtsamsten Massregeln?

Antwort: Die Arbeiten, die hier gebräuchlich sind, sind schon hinlänglich, den Leuten zu schaffen zu geben.



7. Frage: Wie werden die ganz elenden Leüte und die dürtigen Greise gepflegt?

Antwort: Diejenigen, welche entweder wegen Blindheit oder wegen sehr gebrechlicher Leibs-Constitution nicht von einem Ort an das andere gehen können, werden verdingt und jährlich 13–30 Kr. für sie bezahlet.

Diejenigen aber, welche weniger gebrechlich sind, und von einem Orte zum andern kommen können, werden durch den so geheissenen Umgang gepflegt, welcher in Ansehung der Zeit nach Proportion der Tellen eingeteilt ist, dass einer, der im Umgang ist, bey denen so grosse Bauerngüter haben, bis sechs Wochen an einem Ort bleibt, bey denen von geringerem Vermögen aber nur etwelche Tage. Diejenigen, welche nichts scheuchbares an sich haben, essen mit den Bauern an einem Tische.

8. Frage: Wie sind die Sitten der Einwohner in Ansicht auf die Mässigkeit und die gute Haushaltung beschaffen?

Antwort:

1. In Ansehen der Unmässigkeit oder Trunkenheit gehet in unserem Kirchspiele überhaupt nicht übel. Nur allein die Buss- und Fasttage, der Neujahr-, Mariä Verkündigungs- und Auffahrtstag, die Thunmäriten und Landmusterungen werden zur Unmässigkeit missbraucht.

2. Den Stoff zu den Kleideren fabrizieren die Leüte meist selber, und machen sie das Tuch schon feiner als ehemals, so geschieht dadurch dem Lande kein Schaden. In dem übrigen Putz breitet sich freilich das Exempel der Hauptstadt je mehr und mehr aus. Die Stadtdiensten kommen bisweilen auf das Land die Ihrigen zu besuchen, und ihr Schmuck gefällt den übrigen Baurenmägden und suchen es denselben nachzutun. Am meisten beklagen sich die Hausväter über die kostbaren Schauhüte von 50–80 bz. und über die Sammetchnür, welche sich je länger je weiter an dem Kleiderschmuck ausbreiten.

3. Sonst sind die Leüte in ihren Haushaltungen häuslich und sparsam genug. Von The und Caffee wird noch sehr wenig, von Schnupftabak aber wird ziemlich viel gebraucht. (Das Rauchen scheint damals in der Kirchhöri Diessbach noch nicht gebräuchlich gewesen zu sein.)

9. Frage: Befleissen sie sich des Landbaus mit Kenntniss und Verstand?

Antwort: Es giebt Leüte, die Verstand und Fleiss genug haben, denen es an hinlänglichem Kenntniss gar nicht fehlet, und die ihre Sachen gar wohl wissen anzuschicken. Überhaupt wird das Land hier so gut cultiviert als an einem andern Orte. Was die Einführung neuer Arten des Landbaus betrifft, findet dasselbe im Anfang immer seine Schwierigkeiten; doch hat man unter anderem auch angefangen, die Marnen (Mergel) mit Nutzen zu gebrauchen. Und nachdem die Hochoberschkeitlichen Waldungen sind in den Bann getan worden, dass die Armen nicht mehr von dorthen Brennholz zu ihren Muthäufen haben können, fangen sie an, sich darzu der Turben mit Nutzen zu bedienen.

10. Frage: Zeigen sie Neigung und Gaben zu einem andern Verdienst?

Antwort: Ihre Neigungen sind auf das Flachspinnen und Seidenkämmeln gerichtet, welches beides für gegenwärtige Zeiten hinlänglich ist.

11. Frage: Wie ist überhaupt in den Bezirken der Gemeinde das Verhältnis des gebauten Landes zu dem ungebauten, absonderlich zu den Allmenden?

Antwort: Die Cultur des Landes streckt sich so weit aus, als es immer möglich ist. So dass sehr viele Wohnungen an Orten stehen, wo es fast ungläublich scheint, dass es jemand hätte sollen in Sinn kommen, daselbst zu bauen und das Land nicht viel lieber zu einer Schafweide zu widmen. Die Almenten sind gross und begreifen theils fruchtbares und theils auch unfruchtbares Land in sich.

Stapfer, Pfarrer zu Diessbach."

Nach dieser Einleitung allgemeiner Art gehen wir über zum Armenwesen in der Gemeinde Buchholterberg.

Der Buchholterberg hatte wie andere bergige Gegenden von jeher viele Arme. Einige Gründe hat der Pfarrer von Diessbach in seinem Bericht erwähnt. Aber schon eine Bittschrift der Gemeinden Buchholterberg und Kurzenberg vermutlich aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts nennt einige Ursachen. Es heisst dort: "Wass aber die zwen drittel anblanget Kurtzenbärg und Buchholterbärg, die hein sid fünfzig Jaren uff eins halbs gütly eins oder zwey Hüser lassen bauwen und uff die Almenden mächtig vil und dass der Armen so vil sind, die da in die gemeinen kösten nüt vermögen zu legen." Also das Aufteilen der Güter und das Bauen von vielen kleinen Taunerhüttlein auf der Allmend werden hier als Gründe für die grosse Zahl der Armen angegeben. Gegen Ende des 16. und anfangs des 17. Jahrhunderts nahm die Bevölkerung in den Berggegenden gewaltig zu.

Im Jahre 1735 gab es im Buchholterberg 24 Unterstützte. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wuchs die Zahl der Armen bis auf 81. Das erste Armenverzeichnis vom Jahre 1735 mag hier folgen:

"Verzeichnuss der Armen an dem Buchholterberg, in der mitltesten gmein, denen man monatlich in die heüsser steürt und sonst jährlich gibt, wie auch der verdingeten Kinderen, welches abermalen gemachet ist auff den 12. Tag Jenner 1735.

Christen Wägler und seinem Wyb steürt man monatlich 5 bz. Michel Bieri sol Holtz führen.

Barbara Eicher gibt man diss Jahr 3 Kr. Der Besitzer im Rorimos soll Holtz führen.

Banholtz Uli sel. Witfrauen gibt man monatlich 2 bz.

Abraham Bachmanns sel. Witfrau gibt man für diss Jahr 30 bz.

Christen Bütlers Witfrau im Kilchwäg gibt man monatlich 5 bz. man soll ihren auch ein stückli von der almänd gäben. Der Bruder sol ihren Holtz führen.

Catarina Kapfer sol man ein man für derbarkeit (Chorgericht) um ein schreiben anhalten. Da ist Hans Küntzi verordnet worden.

Hans Wängers Witfrau gibt man für diss Jahr 3 Pfund.

Der Hans küntzi sol für den Christen Rupp auch anhalten, ds er gan Bärm kommen könne.

Der Rupp sol die schwester von im für die zeit, wo sie in hat, eins tags 1 bz. haben, gibt 50 bz.



Michel Roth im Birchbühl sol sich selbs erhalten, allein, wan etwan eins oder ds anders solt krank warden, so wil man inen helffen.

Hans Bütlers tochter zMarbach sol der Nicklaus Bütlr für die vergangne zeit, so ers gehabt, haben 2 Kr., für diss Jahr sol er davon haben 45 bz.

Ullis Büler in der Bernegg wil eine gmein geben und stüren für diss Jar der Hauszins, so er sol geben, 2 Kr.

Hans Bütlers sel. zwei knaben wil ein gmein der schwester übergeben für 5 Kr. Sie sol sie rathsamen und sorg für sie tragen.

Dess lamen Glaussers meitli hat Ulli wänger abermalen für diss Jar 6 Kr. 15 bz.

Niclaus Eichers Tochter, wo so ellend, wil der Jakob Mathys haben sol davon haben 7 Kr.

Niclaus Schnyder gibt man für diss Jar?

Niclaus Schnyders knab wil der Peter Dummermut haben um 4 Kr.

Samuel Wenger?

Hans im Hoof gibt man für diss Jar namlich Hauss Zins 30 bz. Hans Tschanz im Wyller sol im Holtz führen.

Christen Eichers sel. Witfrauen gibt ein gmein monatlich 7 bz. Hans Kupferschmied und Peter Roth sollen ihr Holtz führen.

Hans Wyssen sel. Witfrau gibt man für diss Jar 30 bz.

Eva Lässer gibt man monatlich 7 bz.

Catarina Boltz gibt man jährlich zur steür 4 Taler.

Ulli Bütlers knab in der Bernegg hatt Ulli Bütlr zu Marbach verdinget und ist noch zu bezalen, namlich für das Jar 1734 4 Kr."

Das Armenwesen der Gemeinde Buchholterberg war eine ziemlich verwickelte Sache. Man wird aus den verschiedenen Rechnungen nicht recht klug. Ausgaben für das Armenwesen finden sich in den Gemeinderechnungen, in der Almosenrechnung und in derjenigen des Seckelmeisters über das Armengut. Almosenvögte oder "Almusner", wie sie genannt wurden, gab es zwei, einen für den innern und einen für den äussern Bezirk. Sie hatten die Telle, "Almusendäll" genannt, einzuziehen. Ein Teil dieser Telle floss in den "gemeinen Seckel" und machte mit dem Hintersäss- und Einzugsgeld die Haupteinnahmequelle der Gemeinde aus. Diese Tellen wurden je nach Bedarf eingezogen. Eine einfache Telle betrug 37 Kr. 21 bz. 2 1/2 kr. Im Jahre 1787 z.B. wurden 7 Tellen eingezogen, 1788 sechs und 1789 vier. Das Gemeindeprotokoll meldet etwa: "Auf gleichen Tag wurde erkannt, in den gemeinen Seckel eine Almusendäll einzuziehen." "Erkennt, es sollen anfangs im Jahr 1783 zwey Almusen Dällen eingezogen werden, eine davon in den gemeinen Seckel."

Die Gemeinden hatten ursprünglich eigentlich keine gesetzlichen Mittel, das Almosen einzutreiben. Jeder sollte geben "aus einem guten Gewissen, mit freiwilligem Herzen, so gern jedem obgelegen ist, den Segen Gottes über das Seinige zu erlangen und zu behalten." (Geiser: Armengeschichte) Später wurden dann die Güterbesitzer nach ihrem Besitz eingeschätzt.

Diese Almosentelle war anfänglich, wie der Name sagte, wohl nur für die Armen bestimmt. Später, als die Ausgaben der Gemeinde wuchsen, wurde sie auch für andere Zwecke verwendet.

Über das Armengut der Gemeinde Buchholterberg findet sich ziemlich viel Material im Gemeindearchiv. Die älteste Urkunde datiert vom Jahre 1632. Es ist eine Bestätigung des Zinsrodels durch das Gericht von Röthenbach. Es wurde darin vermeldet, "wohin das gutt, so inen vergabet, hingewendt und ussgelichen, wär söliches empfangen und schuldig sye." Die Bestätigung dieses "Schlafrodels" wurde vom Gerichtsschreiber Noé Losenegger geschrieben und mit dem Siegel des Landvogts Samuel Huser versehen.

Im Jahre 1777 waren vom Armengut 530 Kronen ausgeliehen. Dieses Kapital trug einen Zins von 37 Kronen 7 Batzen. Dass es mit dem Zinszahlen auch etwa nicht pünktlich zunging, beweist folgender Beschluss: "Auf gleichem Dato hat die Gemeind geschlossen, wan diejenigen, so in die Armentrucken schuldig sind, auf dem Tag der Ausstheilung die Zinsen nicht zahlt haben, dass sie hernach anstatt 4 vom Hundert 5 bezahlen sollen."

Das Armengut erhielt, zwar nicht sehr häufig, Legate. Erwähnt sind folgende: 1777 gab ein Christen Stucki 1000 Pfund für die Armen, 1787 ein Christen Gfeller 150 Kronen und 1767 der "hoffentlich selig verstorbene Christen Bieri im Wachseldorn" 60 Kr. Als der Herr Hauptmann Johannes Bürki beim Brunnen nach Oberdiessbach zog, fasste der Gemeinderat folgenden Beschluss: "Auf gleichen Tag hat die Gemeind den Samuel Bieri, Obmann geohrnet, dem Herrn Hauptmann Joh. Bürki einen Entlassungsschein verfertigen lassen und ihne Hauptmann ferner ersuchen, ob er denen Armen etwas vergaben wolle." Dieses Ersuchen war allem nach von Erfolg begleitet. In einer "Tabelle über das Armengut und die Armenbesteuerungen in den verschiedenen Gemeinden des Kirchspiels Oberdiessbach vom Jahre 1798" findet sich, dass der Joh. Bürki 1710 Kr., die er auf dem Pintenschenkenhaus in Heimenschwand haften hatte, nach seinem Absterben den Armen im Buchholterberg zukommen lassen wollte.

Die Witwe des oben erwähnten Christen Gfeller war mit dem Vorgehen ihres Mannes nicht einverstanden. Sie schrieb einen Brief an das Waisengericht der Stadt und Republik Bern, in dem sie sich über die "unüberdachte Vermächtniss ihres Mannes" beschwerte. Sie habe mit dem Verstorbenen über 40 Jahre gehaust und 60 Kr. eingekehrt. Sie habe nicht Geld, um "Begrebniss, Wein, Apothequer etc." zu bezahlen. Das Waisengericht soll die Gemeinde Buchholterberg veranlassen, ihr die Schulden zu bezahlen oder die 150 Kr. zu überlassen. Eine Antwort auf das Schreiben der Witwe Gfeller war nirgends zu finden.

Dem Armengut der Gemeinde Buchholterberg gehörten ferner das Pintenschenkenhaus zu Heimenschwand, sowie Stierenbergrechte an der Wimmisalp und am obern Scheidzaun im Eriz. Diese Bergrechte warfen jährlich etwa 14 Kr. ab. 1780 wurden die vier Stierenbergrechte am obern Scheidzaun im Eriz um 80 Kronen dem Hauptmann Johannes Bürki verkauft.



Das Pintenschenkenrecht wurde alljährlich verliehen. Es steht immer in der Gemeinderechnung folgender Posten: "Da dass Pinten Schänken Recht ist verleuhen worden dem Wirt zalt für Wyn und Brot 6 bz. 2 kr." Der Wirt zahlte für dieses Recht im Jahre 1734 (damals noch im Badhaus) 6 Kr. 12 bz. 2 kr. Später stieg der Betrag auf 15 Kronen. Im Jahre 1775 wurde das Pintenschenkenhaus in Heimenschwand gebaut und 1777 das im Badhaus um 100 Kronen verkauft.

Um Weihnachten wurde den Armen der Ertrag des Armengutes ausgeteilt. Ein sogenannter Austeilrödel bestimmte, wieviel die einzelnen Bezugsberechtigten bekamen. Ein ganzes Paket solcher Austeilrödel ist noch vorhanden. Derjenige von 1737 meldet:

"Dissmaliger Seckelmeister über der Armen gut in der Armen Trucken ist der bescheidene Christen Balli, Gerichtsäss auf der Höch.

Verzeichnuss der Armen an dem Buchholterbärg, denen man jährlich zu Weihnachten ihres Einkommen aussteilt und werden allhier mit Namen beschrieben, auch wieviel einem jeden gegeben werde. Welches abermalen geschähen ist auf den 29. Tag Christmonath 1737." Es folgen die Namen von 92 Personen. Sie erhielten 3–16 Batzen.

"Den 29. Tag Christmonath 1737 hat Christen Balli auf der Höch das erste Mal den Armen ihres Einkommen aussgetheilt, also dass die Armen und die Männer, so darbei gewesen, billich ein gutes Vernügen gehabt. Da hat es sich erfunden, das Fruchtbare ist gewäsen, welches ist abgelöst worden und so bald müglich wider an Zinss soll gebracht werden, nämlich an Capital 89 Kr. 10 bz. 1 kr.

Bei dieser vorgemeldten Rächnung sind gewäsen die Ehrsamen und Bescheidenen Samuel Bürki, der Obmann, Hans Rupp am Bühlzaun, Hans Zimmerli, der Almusenvogt, Ulli Wenger bei dem Badhuss, auch Almusenvogt, Christen Küentzi zu Bleiken oder auf dem Kirch und Christen Wenger an Wachseidorn."

Wir wollen nun sehen, in welcher Weise die Gemeinde Buchholterberg ihre Armen versorgt hat. Da bestand vorerst die Einrichtung des

#### Umgangs

Wie schon im Pfarrbericht von 1764 steht, wurden arbeitsfähige Arme beiderlei Geschlechts in den Umgang getan, d.h. sie mussten von Hof zu Hof ziehen und wurden von den Bauern gepflegt. Der Gemeindeschreiber hatte für jeden Umgänger eine Liste zu erstellen, eine sogenannte "Umgänger Badenten", auf der festgesetzt war, wieviele Tage ein jeder den Umgänger zu speisen hatte. Dass das Los eines Umgängers nicht grad ein beneidenswertes war, ist klar. Sie wurden wohl sehr verschieden gehalten. Es gab auch Leute, die sich von der unangenehmen Pflicht, Umgänger am Tische zu halten, drücken wollten. Ein nur auf einem losen Blatt protokollierter Gemeindebeschluss weiss zu berichten:

"Auff den 4. tag Mertz 1722 hat der Herr Predikant und ein Ehrsame Gemeind gerahten und beschlossen, dass die Jänigen, wo nit wöllen übernacht haben und

nach schuldigkeit und marchzahl nit wöllen zu essen gäben, sol man sie dem wirt übergäben, der sol sie speisen und die ungehorsamen söllen es bezahlen."

Der Umgang wurde etwa als Drohung benutzt für solche Leute, die sich mit der ihnen zugesagten Unterstützung nicht begnügen wollten. Einige Beispiele mögen dies zeigen.

"Den 5. Wintermonath 1773. Hat die Gemeind erkant, Madlena Roth oder Mager Mädi solle sich mit dem Monathgeld für eines und alles lassen vergnügen, oder müsse in Umgang."

"Den 21. Aprell 1774. Hat die Gemeind erkent, Petter Bällers am Bätterich Knäblein müsse verdinget sein, und er Bällers solle sich mit dem Inschlag und der Kuh Gras vergnügen lassen und darus der Hauszins gäben. Wann er sich aber auf solchem Fuss nicht möge erhalten, so könne er in Umgang."

"Den 23. Mertz 1795. Ist erkent, dem Hans Anthenen die Waal zu geben, sich mit dem, was man ihnen letztlich verornet zu vergnügen, oder aber in Umgang erkent."

Unter diesen Umgängern gab es allerhand schwierige und unsaubere Leute, und es ist sicher den Bauern nicht immer leicht gefallen, sie ins Haus aufzunehmen. Wenigstens der im folgenden Gemeinderatsbeschluss erwähnte Michel Wenger ist kaum willkommen gewesen.

"Den 7. Herbstmonath 1778. Hat die Gemeind erkent, des Peter Wengers sel. Wittib auf der Brüscheren, das sie der Umgänger Michel Wenger alle Monath soll aus dem Ungezeifer ziehen und die Hemli wäschen, bis auf Lichtmess 1779 zu bezallen mit 4 Kr."

Ein besonders schwieriger Kerl war der Umgänger Anthoni Lässer. Immer wieder ist er den Buchholterbergern durchgebrannt und musste durch den Polizisten oder "Haschierer" wieder in die Gemeinde gebracht werden. Die Gemeinderechnungen zeigen uns, dass die Gemeinde für diesen widerspenstigen Umgänger viele Auslagen hatte.

"1761, den 3. Februari. Einem Haschierer von Bern, dass er den Anthoni Lässer in die Gemeind geführt hat, zalt 1 Kr. 1 bz.

1762, den 4. Weinmonath. Dem Obmann Hans Stucki, dass ihme der Anthoni Lässer durch ein Patrouilleur ist zugeführt worden 17 bz. 2 kr.

Item kurtz hernach, dass der Anthoni Lässer durch ein Patrouilleur in die Gemeind geführt worden 5 bz.

Dito 9 bz.

Den 24. Christmonath. Einem Patrouilleur, dass er mir den Anthoni Lässer zugeführt samt einem Brief bezahlt 22 bz. 2 kr.

1764 Mertz den 7. Dem Ullrich Fahrni, dass er Mmhnn. Landvogt dess Anthoni Lässers Ungehorsam schriftlich vorgebracht für seine Müh und versäumte Zeit geben 7 bz. 2 kr.

1765 den 30. Wintermonath. Dem Haschierer Hans Wittwer und Petter Aenggist wegen vieler Müh dess Anthoni Lässers, dass derselbe in Hochoberkeitliche Arbeit gekommen, jedem zum Trinckgeld 10 bz. thut 20 bz."



Der Anthoni Lässer kam also ins Schallenwerk. Nachdem er wieder entlassen worden war, ging das Vagabundieren neuerdings los. Von 1767 bis 1769 musste er nicht weniger als zehnmal von Eggiwil, Trachselwald, Schangnau, Seftigen etc. hergebracht werden. Die Prügel und die Gefangenschaft, die ihm im Jahre 1765 aufgesalzen worden waren, scheinen nicht von grosser Wirkung gewesen zu sein.

Ein besonders trauriges Los hatten die in den Umgang erkannten schwangeren Weibspersonen. Den 11. Wintermonath 1783 beschloss der Gemeinderat: "Wann in Zukunft schwangere Weibspersonen in Gmeind kommen, und sich nicht können erhalten, müssen in Umgang und nicht mehr verdinget werden. Die erste soll in der Stockeren ihren Anfang machen." Diesem Beschluss wurde später noch beigefügt: "Die Zeit aber, wann sie kindbetteren, ein Monath lang sol ein Tag für drey gerechnet werden."

Unter dem 24. Januar 1793 steht im Gemeindeprotokoll: "Auf gleichem Dato hat die Gemeind erkennt, die Katharina Roht, wieweil sie schon 3 uneheliche vaterlose Kinder in die Gemeind gebracht, auf guteissen Mhgn. Landvogts an ein Bloch in Umgang zu thun." Dieses Bloch war ein Stück Holz, das den betreffenden mit einem Kettlein an einen Fuss gebunden wurde. Den Schlüssel zum Schlosse dieses Kettleins hatte ein Vorgesetzter in Händen. Wollte die so bestrafte gehen, so musste sie den Holzklotz mittragen. Die Katharina Roth war allem nach nicht die einzige, die mit einem Bloch bedacht wurde. Ein andermal beschloss der Gemeinderat: "Der Seckelmeister Hans Liechti in der Aegerten solle für die Elsbeth Gyssler ein Bloch machen lassen und ihren solches die erste Gelegenheit anlegen."

Mit liederlichen Frauen hatten es die Gemeindebehörden überhaupt oft zu tun gehabt. Einige Beispiele mögen dies beweisen:

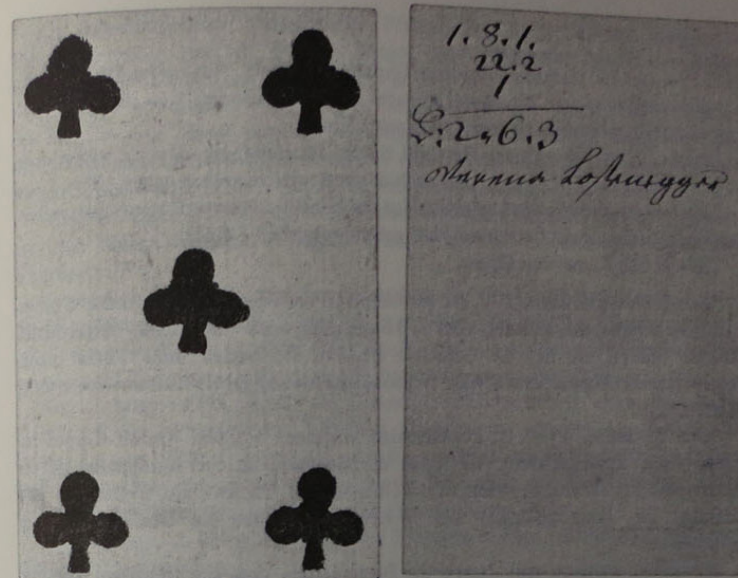
"Elsbeth Gyssler (schon oben erwähnt) samt ihr zweit ohnehelich Kind ist ein Jahr lang verdinget ihrem Schwager, dem Johannes Hänny am Dürrenast bei Thun für 14 Kronen. An Kleidern soll er ihnen lassen machen, wass sie nöthig haben. Annebens auf die Mutter soll er zufolge Mrghn. ober Chorrichtl. Erkenntnuss acht haben, dass sie sich furohin des luderhaften und liederlichen Lebwäsens bemüssige."

Viel Mühe verursachte im Jahre 1793 laut Gemeinderechnung der Fall der Verena Losenegger im Horrenbach.

"1793 Mertz. Dem Christen Liechti bei dem Badhaus für in Horrenbach wegen der Verena Losenegger Schwangerschaft habe zalt 6 bz. Mey. Dem Jakob Wittwer auf der Zelg habe für ein versumten Tag in Horrenbach wegen der Verena Losenegger und dessentwegen anderer Mühwald bezahlt 1 Kr.

Denen Chorrichteren Jacob Beüttler und Christen Guggler für der Verena Losenegger Gnis zu bestellen und des obigen Beüttlers Frau als Hebammen habe zalt zusammen 1 Kr. 20 bz.

Dem Boursamiweibel Christen Liechti für verschiedene Verrichtungen in Horrenbach wegen der obigen Loseneggeren habe zalt 15 bz." Dass der Seckelmeister sich über die vielen Ausgaben aufgeregt hat, beweist der verächtliche Ausdruck "Loseneggeren".



Jasskarte als Beleg: Ausgaben für Verena Losenegger. 2 Kr. 6 bz. 3 kr.

Mit dem "Gnis bestellen" hatte es folgende Bewandtnis. Laut der Chorgerichtssetzung von 1712 mussten, sobald die Gemeindebehörden von einer ausserehelichen Schwangerschaft Kenntnis erhielten, zwei Chorrichter die fragliche Person über die Vaterschaftsverhältnisse ausfragen. Kam die Zeit der Geburt, so hatten sie sie "inwährend den grössten Geburtsschmerzen noch einmal scharf zu examinieren" und nach der Geburt oder Genist, wie man damals sagte, noch ein drittes Mal. Beharrte die Mutter alle dreimal auf dem gleichen als Vater, so war damit der Beweis geleistet. Der Angeschuldigte konnte sich nur noch durch einen sogenannten "Purgationseid" aus der Schlinge ziehen. Es muss für beide Teile eine peinliche Angelegenheit gewesen sein, ein solches "Genistexamen" mitzumachen. Die aussereheliche Mutter kam dann vor das Oberchorgericht in Bern und hatte ihren "ledigen Fehler" mit Gefangenschaft abzubüssen.

Die Gemeinden suchten solche "luderhafte Weibspersonen" auf mehr oder weniger ehrliche Weise los zu werden. Besonders waren sie darauf bedacht, sie nach auswärts zu verheiraten. Da lohnte es sich schon, aus dem Gemeindegeld eine Ehesteuer zu stiften.



### Beispiele

“1794, den 11. Christmonath. Dem Christen Schwartz, dass er der Catri Bürcki ist nach getreten und zur Hand gebracht, und angewendet, dass sie der Petter Luginbühl hat geheiratet für seine Mühe zalt 15 bz.

Gleichen Tags habe ich für die Catri Stucki im Heimberg, dass sie wegen dess obigen Heirats hat Zeit versumt und auch das beste darbei gethan geben 10 bz.

Dito hab ich dem Petter Luginbühl, das die Gemeind ihme auf sein Anhalten hat versprochen, dass er die Catri Bürcki hat geheiratet geben 4 Kr.”

Und der Fall Tomet von Biglen:

“Den 7. Herbstmonath 1778. Ist der Gemeind vortragen worden, Rudolf Tomet zu Biglen fordere eine Mundur, oder er könne oder wolle die Elsbeth Bürger nicht zKilchen führen. Da hat die Gemeind erkennt, sie wollen ihme Tomet nach vorgewiesenem Kupulations Schein (vorsorglicherweise) geben Kutten. Hosen und Überstrümpf.”

“Den 21. Jenner 1779. Ist der Gemeind vortragen worden, Rudolf Tomet zu Biglen wolle dasjenige nicht, was ihme die Gemeind an eine Mundur zu geben geschlossen hat als Kutten, Hosen und Überstrümpf. Es seye auf Gutheissen der Gemeind mit ihme acorziert um 15 Kronen. Da hat die Gemeind solches gutgeheissen.”

Wie schon erwähnt, galt damals die Bestimmung, dass ein Bräutigam vor der Trauung dem Pfarrer einen Schein vorzuweisen hatte, dass er mit einer Uniform und einem Gewehr versehen sei. Eine Ausnahme wurde nur gestattet, wenn es höchste Zeit war, die Trauung zu vollziehen.

Allem Anschein nach kamen solche Kuppelleien auch nicht immer gut heraus, was folgender Gemeinderatsbeschluss beweist:

“Den 30. Mertz 1794. Auf gleichen Tag hat die Gemeind erkennt, die für Jakob Roschis Witwen bezahlte Ehesteur von 8 Kr. sollen die, so es bezahlt, wiewol sie betrogen worden, nicht erleiden, es soll auf die Gemeind gehen.”

### Von den Verdingten

Kinder und Erwachsene, die für den Umgang nicht mehr in Frage kamen, wurden verdingt. Mit diesem Verdingen mag es etwa zugegangen sein, wie uns Jeremias Gotthelf schildert. Die jährlichen Kost- oder Tischgelder, wie man damals sagte, betrugen für die Kinder so zwischen 4 und 8 Kronen, nach heutigem Geldwerte etwa 180 bis 350 Franken. Um sich ein Bild zu machen, was man für dieses Kostgeld kaufen konnte, ist es am besten, dieses mit den damaligen Preisen zu vergleichen. Die vielen Vogtsrechnungen im Buchholterberger-Archiv liefern uns die nötigen Angaben. Ums Jahr 1760 herum kostete das Bekleiden eines Knaben 2–3 Kronen, Hosen und Rock für einen Knaben 1 Kr. 12 bz., eine Kappe 5 bz., ein Paar Schuhe 1 Kr. 2 bz., Holzschuhe 10 bz. und Strümpfe 10–15 bz.

Als Armeninspektor amtierte der Pfarrer, der ja in früheren Zeiten ein Universalbeamter gewesen ist. Bei Klagen über Pflegeplätze wurde die Sache untersucht und die nötigen Vorkehrungen getroffen.

“den 5. Wintermonath 1773. Ist der Gemeind vortragen worden, Ulrich Ballers sel. Mägdlin seye allem Anschein bey seinem Stieff-Vater Rudolf Zaugg bey Bern nicht wohl versorget. Da hat die Gemeind erkennt, dem Herrn Hauptmann Johannes Bürcki zu überlassen, das mädlin har zu bringen oder nicht.”

“Den 8. Brachet 1772 ist erkent worden, dem Hans Schnyder im Hornberg solle an dem obigen Mägdlin Tischgeld 6 bz. nicht zalt werden wegen schlechter Verpflegung.”

Vom Jahre 1769 an kommt im Verzeichnis der Armen die Bemerkung, dass sie die Pflegekinder fleissig in die Schule schicken sollen. Wie weit dieser Forderung nachgelebt wurde, ist nicht ersichtlich. Als im Buchholterberg nur noch eine Schule existierte, war der Schulmeister wahrscheinlich froh, wenn nicht alle Schüler erschienen.

Am 12. August 1792 erhielt die Gemeinde Buchholterberg einen dringenden Mahnbrief, die versprochenen 6 Kronen Tischgeld zu schicken. Der Schluss des Briefes lautete: “Nächst diesem thun ich die gantze Ehrwürdige gemeind zu thusen mallen fründlich grüssen und befehlen sie in den Schutz des aller Höchsten Gottes und verbleiben Ihre gemeinsgenossin und dienerin bis zu Thott

Anna Schneider, dismahlen köche bei 3 künigen in Bern.” Hoffentlich hat dieser rührende Gruss gewirkt.

Da damals, wie schon erwähnt, in der Armenpflege nicht wie heute das Orts- sondern das *Heimatprinzip* galt, hatte die Gemeinde Buchholterberg sehr viele auswärtige Arme. Diesen mussten Unterstützungen zugesandt werden, was gewöhnlich durch die Herren Pfarrer geschah.

“Dess Jakob Hofstetter sel. Wittib, welche sich im Amt Iferten aufhaltet, dass ihren ist gesteuert worden durch Mnwewghn. Predikanten geschickt 1 Kr. 15 bz.”

Wenn möglich suchte man die auswärtigen Armen in die Gemeinde herkommen zu lassen.

“Den 5. Wintermonath 1773. Hat die Gemeind erkennt, Christen Rupps sel. Hinderlassenen in Bern nicht zu steuern. Wan sie sich nicht können erhalten, so wollen dieselben in die Gemeind komen lassen.”

Ein andermal fasste der Gemeinderat den Beschluss: “Der Obmann Petter Dummermuth solle Mnghn. Juncker Landvogt vortragen, die Gemeind habe geschlossen, auff sein hohes Gefallen solle nicht mehr so viel und grosse Steuern aus der Gemeind an unbekannte ohrt, allwo ihnen die Umstände nicht bekannt seyen, der Gemeind an unbenannte ohrt, allwo ihnen die Umstände nicht bekannt seyen, geohrnet werden, sie wollen diejenigen, welche um Steür bitten, in die Gemeind komen lassen.”

Der gnädige Herr Junker Landvogt war aber mit diesem Beschluss nicht einverstanden; denn nicht viel weiter hinten steht im Gemeindeprotokoll:

“Auff gleichen Tag hat die Gemeind erkennt, dasjenige Mehr könne nicht gehalten werden, es solle nicht aus der Gemeind gesteuert werden, diejenigen, welche sich nicht mögen und können erhalten, sollen in die Gemeind komen.”



Einen ganz schwierigen Fall hatten die Gemeindebehörden von Buchholterberg im Jahre 1755 zu erledigen. Es mussten von Milden (Moudon) im Waadtland die "weltsche sinnlose Wittib des Christen Stucki sel. und ihre zwei Knaben" nach dem Buchholterberg gebracht werden. Die Knaben kamen auf der Bettelfuhr, und der gedruckte Bettelfuhrschein, den sie von Bern erhielten, ist im Gemeindearchiv noch erhalten. Er lautet:

"Es haben meine gnädigen Herren Fürweiseren dieses Zedels der Elsbeth Stucki auss dem Buchholterberg zwei Kinder, welche Kinder als Personen, die Steg und Weg nicht brauchen können, auff einem Karren von hier biss in die nächste Gemeind führen lassen, der Meinung, dass von Orth zu Orth durch die Gemeinden ein gleiches beschehen solle biss nach dem Buchholterberg, dahin diser Zedel soll gültig seyn, wiederkehren wollen. Als welches Ihr Gnaden hiemit einem jeden, den es obliegender Schuldigkeit nach ansieht, befohlen haben wollen: Masson auch ein jeder von sich selbst zu thun wissen wird. Krafft dieses Befehls-Zedels: Geben, den 21. Jan. 1755.

Cantzley Bern: P.J. Schärer."

Wie lange die Bettelfuhr von Milden bis in den Buchholterberg gedauert hat und was die beiden armen Buben alles erlebt haben, steht in keiner Urkunde. Vermuthlich beeilte sich jede Gemeinde, noch vor dem Einnachten mit dem Karren in die nächste Gemeinde zu gelangen, um sich das Nachtlager ersparen zu können. Die weitem Schicksale dieser Wittib Stucki wären eine Geschichte für sich, finden sich doch im Gemeindearchiv ein ganzes Bündel Akten darüber.

Arme Kinder wurden auf Gemeindegosten getauft, wie folgender Fall zeigt: "1784 im Jenner des Samuel Ballis Kind lassen taufen. Für das Kind zu Diessbach anzugeben 7 bz. 2 kr., für Zeugen 15 bz., der Catharina Leuti und Anna Dummernuth das Kind von Diessbach in Buchholterberg zu tragen jederen 5 bz., für das Kind nach Diessbach wegen bösem weg zu führen 5 bz., zu Diessbach denen Gfatter Leuten und denen, so das Kind von Diessbach getragen Spies und Wein für 10 bz., in allem ausgelegt 1 Kr. 22 bz. 2 kr." Grad ein grossartiges Taufmahl wird es für 10 Batzen nicht gegeben haben.

Auch für Beerdigungskosten hatte die Gemeinde aufzukommen:

"1757, den 13. April hab ich für dess Hans Michel Zimmermanns Wib Begrebnuss, für den Todenbaum, für das Einnäjen, für das grab zu machen, für das führen und für die grebd für alles zusammen zalt 2 Kr. 15 bz. 2 kr."

"1784 Hornung. Zalte für Peter Beutlers Weib die Beerdigungskosten, für einzunäjen 15 bz., für ein Leinlachen 15 bz., für den Todten Baum 1 Kr., für die Leich nach Diessbach zu führen 7 bz. 2 kr., für das grab 5 bz. 2 kr., dem Jakob Beutler für Versumnus zum Tocter und das Mäss für das Grab nach Diessbach zu tragen und dessen Mutter für die letzte Abwahrt in allem 20 bz. thut 3 Kr. 13 bz." Es scheint, es habe schon damals Leute gegeben, die sich für alles ordentlich zahlen liessen, sobald es über den Gemeindegastel herging.

Gegen Arme, die nicht arbeiten wollten, gingen die Gemeindebehörden streng vor:

**S** haben Meine Gnädige Herrn weiseren dieses Zedels *Im Bschl. Wirtsh. or* *Wirtsh. or* ~~als ein~~ *als ein* ~~Personen~~ *Personen* die Steg und W *chen kan*, auff einem Karren von hier biss in d *meind* führen lassen, der Meinung, dass von *d* durch die Gemeinden ein gleiches beschehen *Im Buchholterberg* dahin *Im Buchholterberg* *das Ihr Gnaden* hiemit einem jeden, den es obliegender Schuldigkeit befohlen haben wollen: Masson auch ein jeder von sich selbst zu thun Krafft dieses Befehl-Zedels: Geben den 21. Jan.





on Buchholterberg  
im Waadtland die  
Knaben" nach dem  
Bettelfuhr, und der  
emeindearchiv noch

der Elsbeth Stucki  
sonen, die Steg und  
biss in die nächste  
urch die Gemeinden  
ahin dieser Zedel soll  
mit einem jeden, den  
en: Massen auch ein  
fehls-Zedels: Geben,

Bern: P.J. Schärer."

berg gedauert hat und  
in keiner Urkunde.  
hten mit dem Karren  
ersparen zu können.  
ichte für sich, finden

folgender Fall zeigt:  
das Kind zu Diessbach  
na Leuti und Anna  
u tragen jederen 5 bz.,  
z., zu Diessbach denen  
gen Spies und Wein für  
rtiges Taufmahl wird es

nnen:  
el Zimmermanns Wib  
grab zu machen, für das  
2 kr."

Beerdigungskösten, für  
lten Baum 1 Kr., für die  
5 bz. 2 kr., dem Jakob  
Grab nach Diessbach zu  
20 bz. thut 3 Kr. 13 bz."  
für alles ordentlich zahlen

indebehörden streng vor:

**S** haben Meine Gnädige Herren Für-  
weiseren dieses Zedels *Inm Eßbaff Mück, oriß Inm Briffoltwörung, Zong*  
*#valhufn brrdn* als ~~eine~~ Persohnen, die Steg und Weg nicht brau- *brrdn #*  
chen kan, auff einem Karren von hier bis in die nächste Ge-  
meind führen lassen, der Meinung, daß von Orth zu Orth  
durch die Gemeinden ein gleiches beschehen solle bis nach  
*Inm Briffoltwörung* dahin *Inm Zedel soll grüßig sein* wiederkehren wollen: Als wel-  
ches Ihr Gnaden hie mit einem jeden, den es obligender Schuldigkeit nach ansieht,  
befohlen haben wollen: Massen auch ein jeder von sich selbst zu thun wissen wird.  
Krafft dieses Befehl-Zedels: Geben den 21. Jan. 1755.



Bettelfuhrzettel für die Kinder Stucki von Moudon bis in den Buchholterberg

Canalen Bern.

*Handwritten signatures and initials, including 'F. J.' and a large flourish.*



"Auf gleichem Tag hat die Gemeind erkennt, Hanss Roth, Hansses Sohn und der Stucki Bäba Sohn sollen zu Meistern getan werden."

"Auf gleichem Tag ist erkennt, Elsbeth und Johanna Lässer sollen in Zeit einem Monath Meistern suchen, oder sie werden etwas böses zu erwarten haben."

Und das Böse kam. Es steht weiter hinten im Protokoll: "Auf gleichen Tag hat die Gemeinde erkennt, der Gmeindschreiber Dummernuth solle wegen denen Schwestern Lässer im Banholtz in Ansehen ihrer Aufführung an Mngn. Landvogt einen umständlichen Vortrag schriben." Weiter findet sich nichts in der Angelegenheit. Der "umständliche" Vortrag an den Landvogt wird seine Wirkung getan haben.

Wie es scheint, war die Gemeinde im Besitz eines Deckbettes, das den Ärmsten zur Verfügung gestellt wurde.

"Auf gleichen Tag hat die Gemeind des Hans Beütlers sel. des Umgängers Dackbeth des Christen sel. Wittib in der Ey zu brauchen verwilligt, bis die Gemeind dasselbe noch für Ärmere nötig hat."

"Auf gleichen Tag ist erkennt, das der Gmeind zuständige Dackbett von der Elsbeth Gyssler zu nehmen und bis auf weiteren Bescheid dem Jakob Roschi zu übergeben."

Im schon mehrfach erwähnten Pfarrbericht von Oberdiessbach findet sich, dass die Herrschaft Diessbach zur Beschäftigung Arbeitsloser das Seidenkämmlen eingeführt habe. Auch im Buchholterberg fand sich eine Spur dieses Gewerbes. Die Gemeinderechnung von 1750 meldet:

"Hab ich auss Befelch der Gmeind dess Ulli Lässer Wittwen, dass sie dess Hieronimus Lässers Meitli hat gelehrt Syden kemmlen zalt 15 bz."

"Hab ich auss Befelch der Gmeind dem Hans Roth im Birchbühl dass ihm ein Gmeind an Syden Kartzen gestürt, geben 20 bz."

Wie schon weiter vorn dargelegt wurde, war das Armenwesen Sache der "Boursamen" Bleiken, Mittelbuchholterberg und Wachseidorn. Bleiken wurde 1768 endgültig von Buchholterberg abgetrennt. Da die Bestimmungen nicht genau festgelegt waren, kam es gelegentlich zu Konflikten zwischen den Unterabteilungen der Gesamtgemeinde Buchholterberg, vor allem in bezug auf das Armenwesen. Im Jahre 1737 wurde vom Rat der Stadt Bern ein Streithandel zwischen Bleiken und Mittelbuchholterberg entschieden.

"Wir Schultheiss und Raht der Stadt Bern thund kund hiemit, demnach recurrendo vor uns gelangt das streitgeschafft, so gewaltet zwischen der Mitleren und Inneren Gemeind Buchholterberg amts Signauw an einem und der Gemeind Bleiken der Herrschaft Diessbach anderen theils; umb zu wissen: ob die Gemeind Bleiken mit der Mittleren und Inneren Gmeind Buchholterberg in ansehung der erhaltung der Armen gemeinsamllich beytragen solle oder nit. Worüber der Wohledelfeste, Unser liebe und getreuwe Burger Albrecht von Wattenweil Herrschaftsherr zu Diessbach sub 29ten Juli 1735 in erster, Unser verordnete Burger- und Almosenkammer aber sub 20ten Novembris 1736 in anderer instanz geurtheilet, dass darauf hin Wir, nach engehörter relation Unserer hierzu Committierten geliebten Miträthen und verstandener gestaltsame der sach Wir hierdurch zu Recht



erkennt und gesprochen: Dass von dem Herrschaftsherrn zu Diessbach, wie auch von Unserer verordneten Burger- und Allmoosen Cammer wohl sentenziert, von seithen der Mitleren und Inneren Gemeind Buchholterberg aber übel vor uns recurriert worden seye, folglichen beyde Partheyen dahin angewiesen sein sollen, ihre Armen selbst und ohne der andern beytrag zu erhalten. Übrigens dan die Cösten aus allerhand Considerationen wettschlagende. In krafft dessen mit Unser Stadt Secret Innsigel verwahrt und geben den 26ten January 1737."

Unter dem 7. Brachmonat 1771 steht im Gemeindeprotokoll eine Eintragung, die auf einen Umgängerstreit zwischen Mittelbuchholterberg und Wachseidorn hinweist. Wachseidorn hatte sich geweigert, Umgänger, die ihnen von Buchholterberg zugeschickt worden waren, anzunehmen. Sie machten geltend, sie hätten selber 5 Umgänger und seien nicht verpflichtet gewesen, mehr anzunehmen. Buchholterberg erwiderte, in dem Falle müssten sie mit ihnen auf 20 Jahre zurück gemeinsame "Allmosenrechnung halten", da werde sich zeigen, welcher Bezirk stärker belastet worden sei. Sie setzten Wachseidorn drei Wochen Zeit, dass sie "die Umgänger widerum annehmen wie von alters her und nicht in diesem Fahl Neues machen." Wie sich die streitenden Parteien geeinigt haben, war leider nirgends ersichtlich.

Am 19. Mai 1780 wurde der Beschluss gefasst: "Wan Gmeindsangehörige in die Gmeind komen, das man nicht weiss, ob sie ihres Heymat in Wachseidorn oder in der Mitleren Gmeind haben, so sollen dieselben aus dem Gemeinen Seckel besteuert und erhalten werden."\*

Es würde noch interessieren zu wissen, wie hoch sich die Gesamtausgaben für das Armenwesen belaufen haben. Da aber aus drei verschiedenen Kassen Unterstützungen ausbezahlt wurden, aus dem gemeinen Seckel, aus dem Almosenseckel und aus der "Armentrucken", ist eine Zusammenstellung nicht gut möglich. In den Rechnungen über den gemeinen Seckel war das Verhältnis der Ausgaben für das Armenwesen zu den übrigen Ausgaben folgendes:

	Armenwesen:			Gesamte Ausgaben:		
	Kr.	bz.	kr.	Kr.	bz.	kr.
1776-78	113	6	3	513	18	1
1784-86	138	19	2	595	—	2
1788-89	295	15	2	768	10	3
1790-92	501	—	—	1042	23	3

In der letzten Rechnung machten also die Ausgaben für das Armenwesen rund die Hälfte der Gesamtausgaben aus. Wir sehen daraus, dass sich die Gemeinde Buchholterberg die Armenpflege etwas kosten liess.

Es würde zu weit führen, die Geschichte des Armenwesens im Buchholterberg bis in die Gegenwart ausführlich weiter zu behandeln. Einige Hinweise sollen aber

\* Siehe auch weiter vorn in den Kapiteln. Die Rechtsverhältnisse im Buchholterberg und: Wie Wachseidorn eine selbständige Gemeinde wurde.

zeigen, dass die Armennot auch im 19. Jahrhundert zeitweise noch gross war. Durch verbesserte Armengesetze suchte man dem Übel zu wehren.

Die Zeit der Helvetik (1798-1802) war zu kurz, um ein neues Armengesetz auszuarbeiten. In einem Gesetz vom 13. Nov. 1798 wurde festgelegt: "Derjenigen Gesellschaft in jeder Gemeinde, welcher bis dahin unter dem Namen der Bürgerschaft die Pflicht der Unterhaltung und Unterstützung ihrer Armen oblag, soll diese Pflicht auch ferner obliegen."

Im Jahre 1807 wurde die noch immer geltende Bettelordnung von 1690 etwas verbessert. Die Rechtspflicht der Burgergemeinden und das Recht der Armen auf Unterstützung wurden festgelegt. Es wurden Strafmassnahmen gegen die Liederlichkeit und gegen unbotmässige Arme, sowie gegen die Bettler vorgesehen. Fleissig wurde von der Bevormundung Gebrauch gemacht, hatte doch der Buchholterberg 1817 51 Vögtlinge. Trotz dieser Massnahmen haben sich die Armenlasten im Kanton Bern von 1809-1822 verdoppelt. Besonders schlimm waren die Teuerungsjahre 1816 und 1817. Im Jahre 1816 hatten sie im Buchholterberg 59 Verdingte, 14 Umgänger und 107 vorübergehend Unterstützte. 1817 waren noch mehr, nämlich 82 Verdingte, 23 Umgänger und 261 Unterstützungsfälle. Es liefen bei der Regierung viele Klagen ein wegen Missbrauch des Rechtes auf Unterstützung. Gross war damals auch die Bettlerplage. Am 8. März 1817 verlangte der Gemeinderat von Buchholterberg vom Oberamtman in Konolfingen die Bewilligung, "starke Bettler unter Aufsicht des Statthalters Stucki in Bleiken körperlich abstrafen zu dürfen." Das wird ihnen kaum bewilligt worden sein.

In der bernischen Verfassung von 1831 wurde festgelegt: "Der Staat soll die Oberaufsicht über das Armenwesen und die Leitung desselben führen und den Gemeinden durch Rat und Tat in der Verpflegung der Armen beistehen." Im Jahre 1837 arbeitete eine Kommission einen Bericht über das Armenwesen aus. Wegen politisch bewegter Zeiten kam es aber zu keinem neuen Armengesetz. Von 1828 bis 1840 stieg die Zahl der Unterstützungen von 19507 auf 32047 und machte nun 10% der Bevölkerung aus.

Erst nach dem radikalen Umschwung von 1846 wurde 1847 ein Armengesetz geschaffen. Die Unterstützungspflicht der Gemeinden wurde aufgehoben. In allen Kirchgemeinden sollten Armenvereine gegründet werden, die die Armenpflege zu übernehmen hatten. Ihre Hilfsquellen waren freiwillige Gaben, Geschenke, Legate, Kirchensteuern, Bussen, Gefälle und allfällige Staatsbeiträge. Die burgerliche Armenpflege aus den Armengütern sollte weiter bestehen bleiben. Die Armentelle wurde abgeschafft. Der Staat sollte Anstalten für Gebrechliche, Kranke und Waisen errichten. Das ganze war aber ein Misserfolg. Die Jahre 1847 bis 1857 waren die schlimmsten in der Armenpflege. Da die Armengüter an vielen Orten bald erschöpft waren, sahen sich die Gemeinden gezwungen, auf Gesuch hin die Armentellen wieder einzuführen. So sah sich auch die Gemeinde Buchholterberg 1852 veranlasst, an die Direktion des Innern das Gesuch zu stellen, ausserordentliche Tellen für das Armenwesen erheben zu dürfen, "weil man das grosse Defizit sonst nirgends zu decken sehe."



In den Jahren 1857 und 1858 schuf Regierungsrat Karl Schenk ein neues Armengesetz, das in seinen Grundzügen bis in die Gegenwart hinein galt. Die örtliche Armenpflege wurde den Einwohnergemeinden übertragen. Im Armenetat der Gemeinden wurde unterschieden zwischen den Notarmen und den Dürftigen. Die Dürftigen sollten aus der Spendkasse vorübergehende Unterstützungen erhalten. So wurde im Buchholterberg am 31. Oktober 1857 eine Spend- und Krankenkasse errichtet. Die Sorge für die ausserkantonalen Armen wurde dem Staate übertragen. Auch unter diesem Gesetz kam es noch zu unwürdigen Abschiebungen Armer von einer Gemeinde auf die andere. Erst das neueste Armengesetz mit seinem Lastenausgleich zwischen den Gemeinden und dem Staate machte diesen Armenstreitigkeiten ein Ende.

Im folgenden sollen noch einige interessante Einzelheiten zum Armenwesen im Buchholterberg erwähnt werden. Ganz schlimm waren die Jahre 1845–1850, als die Erdäpfelseuche den Armen ihre Hauptnahrung oft zum grossen Teil vernichtete. Im Jahre 1844 beschlossen sie im Buchholterberg zu publizieren, dass alle fremden Bettler den betreffenden Gemeinden auf ihre Rechnung zugeführt werden sollen. Als "Betteljäger" wurde Christen Wyss im Sandrain angestellt.

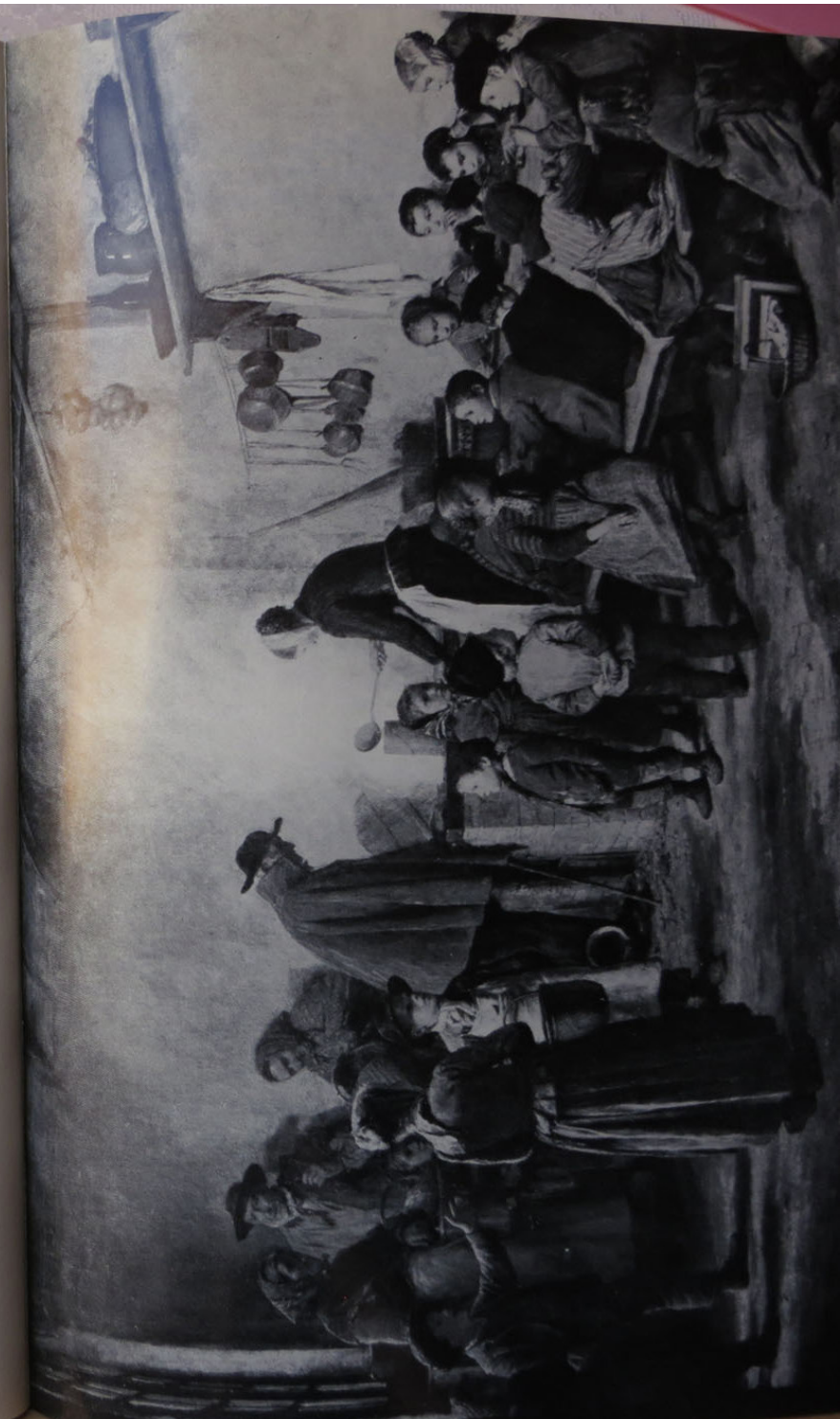
1846 wurde beschlossen, 14 Zentner Reis für die Armen anzukaufen. Statthalter Beutler sollte für die Fuhr von Bern her 8 Franken 5 Batzen erhalten. Im gleichen Jahre wurden 45 Mäss Kartoffeln angekauft. Am 7. Januar 1847 bestellten sie 10 Zentner Mais. Weil aber kein Mais erhältlich war, teilten sie den Armen Brot aus. Am 4. Februar bestellten sie bei der Regierung 20 Zentner Haberkörner, 30 Zentner Mais und 10 Zentner Reis. Im Ofenhaus beim Pfarrhaus wurde eine Suppenküche eingerichtet. Frau Pfarrer Flügel sollte mit einer Hilfsperson die Suppe zubereiten.

Im Jahre 1857 beschloss der Gemeinderat von Buchholterberg, verdingte Arme von auswärts sollen in die betreffenden Gemeinden zurückgeschickt werden, "indem nach Ansicht des neuen Armengesetzes in hiesiger Gemeinde Personen zum Verkostgelden genug sein werden."

1860 wurde an das Forstamt in Thun die Bitte gerichtet, es möchte den Armen bewilligt werden, im Heimeneggban Reiswellenholz zu holen, um die seuchigen Kartoffeln zu dörren. Dieses Dörren kranker Kartoffeln wurde noch bis zur Jahrhundertwende angewendet. 1864 durften die Armen im Schwand eine Jucharte Wald ausreuten, um Kartoffeln setzen zu können. Später wollte man auf dem geackerten Waldboden wieder Tännchen pflanzen. Auch der Staat gab zur Zeit der Kahlschlagmode Waldboden für den Kartoffelbau ab.

Noch bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden ältere Arme als Umgänger verpflegt. 1861 erhielt der Jakob Wyss 3 Franken, den Umgänger Jakob Bähler von den Läusen zu befreien.

Zum Glück gibt es heute keine Armennot mehr wie in alten Zeiten. Von Hungersnöten hören und lesen wir aus fernen Ländern und setzen uns an den reichlich gedeckten Tisch. An vielen Orten kennt man die Ehrfurcht vor den Gaben Gottes nicht mehr. Und doch haben uns die Zeiten der beiden Weltkriege bewiesen, dass auch in unserem Lande Mangel eintreten könnte. Damals wurden in den



Albert Anker: Die Armensuppe



Städten keine Weggli und halbe Brote in den Kehrrihtkübel geworfen, sondern man ging aufs Land, um Ähren zu sammeln. Das sollte man auch in den Zeiten der Kartoffel-, Obst- und Butterberge nie vergessen.



## G. Die Schulen im Buchholterberg a. Im 17. und 18. Jahrhundert.

Schulen gab es im Mittelalter nur in den Städten. Nach der Reformation entstanden nun auch solche auf dem Lande. Wenn die Bibel dem Volke bekannt werden sollte, so musste dieses eben lesen können. Der Staat Bern gab im 17. Jahrhundert zwei Landschulordnungen heraus, die erste 1628, die zweite 1675. Darin wurde zur Gründung von Schulen aufgefördert. Wann die Gemeinde Buchholterberg dieser Aufforderung nachgekommen ist, war nicht zu ergründen.

Die älteste Urkunde vom Schulwesen in der Kirchgemeinde Diessbach ist ein Entscheid des Rates der Stadt Bern "Der Gemeind Diessbach, Herbligen, Brentzikon und Freymütigen Schulgeschäfts halb" vom Jahre 1665. Buchholterberg wird darin noch mit keinem Worte erwähnt. Hingegen steht im ältesten Gemeindeprotokoll vom Buchholterberg die Bemerkung: "Dem Schulmeister für seine Müy für das 1688. und 1689. jar ein taller." Ob es sich um eine Entschädigung für den Schuldienst oder etwas anderes handelte, wird nicht vermerkt. Es existiert ferner eine Abrechnung über einen Schulhausbau oder -umbau von 1699. Möglicherweise wurde vorher in einem gemieteten Gebäude Schule gehalten. In der Landschulordnung von 1675 steht: "Demnach sollen die Gmeinden dahin trachten, dass sie, wo möglich eygene Schulhäuser haben, kauffen oder bauen." Vierundzwanzig Jahre später mögen die Buchholterberger gefunden haben, es wäre an der Zeit, diese Bestimmung zu befolgen.

Zuerst wollen wir uns mit den *Schulmeistern* der damaligen Zeit befassen. Im Buchholterberg gab es bis 1812 nur eine Schule auf dem Bruchenbühl. 1742 wird ein Schulmeister Hanns Hänseler erwähnt, 1770 ein Hans Burgener und von 1782 an Christen Strün. Der Christen Strün war neben der Schule auch noch "Döckerler". Wir lesen in der Gemeinderechnung: "Dem Schulmeister Strün für der Elsbeth Berger Knab zu kurieren zalt 10 Batzen."

"Zalte dem Schulmeister Strün für dem Jakob Roschi gegebenen Medizin und gehabte Gäng auf die flu in allem 15 bz." Wie weit her es mit seiner Arzneikunst gewesen ist, weiss ich nicht. (Siehe auch Seite 135)

Im folgenden soll nun die Stellung der Schulmeister in der damaligen Zeit etwas näher ins Auge gefasst werden.

### 1. Die Rechte und Pflichten der Schulmeister

Diese waren festgelegt in den Artikeln 1, 4 und 5 der Landschulordnung von 1628 und 5–10 derjenigen von 1675.

Da die Schule die Dienerin der Kirche war, hatte der Schulmeister in der Kirche allerhand Dienste zu verrichten, wie Mithilfe bei der Kinderlehre, Aufsicht in der Predigt, Lesen des Wortes Gottes und Beaufsichtigung der Sängers. In den Kapitelsakten von 1701 wurde dem Herrschaftsherr von Diessbach vorgeschrieben,

dass er zwei Pfründen errichten solle, oder "dass aufs wenigste die Schulen mit solchen Schulmeistern versehen wurden, welche tüchtig wären, das junge erwachsene Volk gründlich an Sonntagen zu catechisieren." (Siehe auch Kirchengeschichte von Buchholterberg) Im schon erwähnten Schulentscheid vom Jahre 1665 steht: "Endtlichen hat es auch den verstand, dass die Schulmeister in den Kilchen ds Wort Gottes offentlich, jedoch nit ab Cantzen, sondern bei einem Pulprät zu vorderst in der Kilchen läsen söllindt."

Am 15. Mai 1733 fasste das Chorgericht von Diessbach den Beschluss: "Erkennt, dass ins köntfig alle Schulmeister sollen in der Kirchen zu aufseheren bestellt seyn, umb die wo schwetzen oder sonst sich nicht still aufführen, fleissig zu achten und selbe ohne schonen angeben."

Und "Den 23. Meyen 1735: Item sollen für die Sängers Stüll Zedeli mit groben Buchstaben darauf geschrieben gemacht und angeklebt werden. Die Schulmeister aber sollen aufsicht haben, wie dieselben von den Singern bewohnt und besessen."

### 2. Die Anstellung der Schulmeister

Diese war geregelt in den Artikeln 1 und 8 der Landschulordnung von 1628, wo es heisst:

"Es söllend die Amthluth oder Twingherren, wo deren sind, und Kilchendiener an allen Orten, da es erforderlich und erbuwlich, tugentliche, Gott und tugendliebende, und Reformierter Religion, Schulmeister anstellen, die nit allein Winters sondern auch Sommerszyts so viel möglich Schul haltind."

"Hiemit soll den Gemeinden nit zustahn, einige Schul- und Lehrmeister eygens gwalts und willens anzustellen, noch anzunehmen, sondern söllend die begährenden Personen für unsere Amthluth oder Twingherren, wo deren sind, und vorstender der Kilchen, (als ihren fürgesetzten, und denen solche annemmung zustah) wysen und stellen." Den Schulmeister von Buchholterberg mussten demnach der Predikant von Diessbach und der Landvogt von Signau anstellen.

### 3. Die Beaufsichtigung der Schulmeister

Die Schulinspektoren der damaligen Zeit waren die Herren Pfarrer. Ihnen hatten die Landvögte zu helfen. Die Landschulordnung von 1628 schrieb vor: "Es söllen alle Oberamptluth an denen orten, da die schulen gehalten werdend, mit zuthun eines Predikanten, so ihnen gefellig, alle jahr zu ustagen ein besuchung thun und die jugend, wie sie in Schryben und Läschen, oder in den puncten des Glaubens underrichten, erforschen, wo einiger mangel, die verbesserung anstellen, oder, je nach gestalt der sachen, uns berichten."

Die Landschulordnung von 1675 umschrieb die Pflichten der Aufsichtsorgane noch etwas genauer: "Nach vollendung der zeit sollen auch die Examina mit zuthun



der Amtleüthen, da es syn kan, Predikanten und Eltesten in der Schul gehalten, oder wan es die gelegenheit gibt, in der Kirchen vor der öffentlichen Gemeind angestellt werden, der meynung, dass es ohn der oberkeit, noch der Gemeind kosten beschehe, und zu dem end fügenommen werden solle, wann der Amtsmann etwan anderer geschäften halb sich an denen orten einfinden muss." Bern war wirklich sparsam. Die Pfarrer sollten die Schulen im Dorf alle Wochen, auswärts so weit möglich alle 14 Tage besuchen und wo ein Mangel bei den Eltern, Schülern oder Schulmeistern gefunden würde, diesen dem Chorgericht oder dem Pfarr-Kapitel melden, "dass endlich durch Authoritet und Ansehen der Hohen Oberkeit dem übel gewehrt werde."

Hier werden als Aufsichtsbehörden noch erwähnt die Chorgerichte und die Pfarr-Kapitel. Die Pfarrer eines Kapitels kamen gewöhnlich im Mai zusammen. Da wurde über die Amtsführung der Pfarrer berichtet, wobei auch Schulfragen zur Sprache kamen. Über die Schule im Buchholterberg war in den Protokollen des Bern-Kapitels, zu dem die Kirchgemeinde Diessbach gehörte, nichts zu finden. Hingegen wurde 1742 wider den Pfarrer von Röthenbach die Klage vorgebracht, "Er habe einen Schulmeister, der die Kinder nicht recht lehre buchstabieren." Der Pfarrer verteidigte sich aber, "Er wisse nicht recht, worumb sie über diesen Schulmeister klagen, den er seye der beste unter allen seinen Schulmeistern." Es scheint, die Ansichten über die "Güte" eines Schulmeisters seien schon damals verschieden gewesen.

Das Chorgericht von Diessbach war im Zeitraum von 1724 bis 1800 nie genötigt, gegen fehlbare Schulmeister vorzugehen. Hingegen musste es sie oft gegen ungerechtfertigte Angriffe in Schutz nehmen.

"Chorgericht vom 11. Januar 1760. Erschienen Hans Schnyders Weib im untern Baumgarten im Buchholterberg wegen ungebührlicher Aufführung gegen den Schulmeister. Ist mit einer Censur angesehen worden."

"Chorgericht vom 11. Hornung 1764. Erschienen Christen Kräyenbühl zu Heimenschwand von wegen er dem Schulmeister am Buchholterberg, der seinen Knab in der Schul abgestraft, daher mit unverschämten Worten angefallen und ihm unwahrhaftige Sachen bey dem Schulhaus vorgehalten.

Erkennt: Solle auf seine Gestäntnuss hin, dass er sich dissorts vergangen habe, mit einer ernstlichen Censur angesehen werden. Wurde aber anbey ernstlich verwarnet, hinkünftig sich dergleichen Sachen zu müssen und vernahmt, seine Kinder fleissig in die Schulen zu schicken."

"Chorgericht, den 16. Mertz 1759. Erschienen Hans Bachmann im Rohrimoos wegen unfleissigen Schulschickens seines Knabens. Sagte zu seiner Entschuldigung, er schicke ihn auf die Schwarzenegg in die Schul, so lange als der jetzige Schulmeister am Buchholterberg seye, der den Kindern Augen ausgeschlagen und sie sonst ungebührlich züchtige, schicke er seinen Knaben nicht dahin.

Erkennt: Solle wegen seiner ungestümen Aufführung und gebrauchten Unwahrheit wider den Schulmeister wegen den Augen ausschlagen, biss Abend in Gefangenschaft gesetzt werden, die Sache aber aufgeschoben sein bis nächsten Herbst."

Die in der Landschulordnung erwähnten "Examina" im Frühling wurden im Buchholterberg abgehalten. Die Kinder erhielten einen Examenbatzen aus dem "Gemeinen Seckel", und die Kirchgemeinde legte aus dem "Täuferseckel" etwas bei.

"Chorgericht vom 24. Hornung 1742. Erkennt, dass 8 Kronen für den Schulpfennig denen Kinderen in den 6 Schulen auszuteilen aus dem Täuferseckel soll genommen werden. Soll aber dafür alle Jahre ein Mehr gemacht werden."

Gemeinderechnung von Buchholterberg: "1736, Mertz den 17. Dem Wohl Ehrwürdigen Herr Helfer, das er den Schulkinder an den Schul Examen in allen dreien Schulen, Bleicken, Buchholterberg und Wachseidorn hat aussgetheilt, geben 2 Kronen." Später waren es gewöhnlich 3 Kronen.

#### 4. Die Besoldung der Schulmeister

Die Landschulordnung von 1628 schrieb vor: "Die Schulmeister uss dem fürschatz des Kilchenguts, oder uss gemeiner stüwr und anlag von jeder Gmeind mit ehrlicher Besoldung erhalten werden, als das zu ihrer Kinder heyl, zytlicher und ewiger Wohlfahrt dienet."

Und diejenige von 1675: "Was dann ihre Besoldung enbetrifft, sollen die Gemeinden dahin sehen, dass ihnen ihr bestimmter Lohn eingehändigt werde, und so jemand darin saumselig wäre, soll derselbe von dem Chorricht oder Fürgesetzten zu seiner schuldigkeit angehalten werden, damit die Schulmeister neben ihrer grossen Mühe nicht noch darzu viel verdross, undank und unkosten bey einziehung ihres soldes haben müssen. Im fahl aber des einten oder anderen besoldung zu gering wäre, soll dieselbe ihnen verbessert werden.

Wann dann auch das Holz ein stuck des Schulmeisters belohnung ist, als soll eine jede Gmeind verschaffen, dass derselbe nach Notdurft darmit versehen werde."

Im Schulentscheid von 1665 steht noch: "Dass zu erhaltung der Schulmeistern sy solche besoldung verordnen söllindt, dass ein könnender Schulmeister sich daran vernügen könne, undt nit uss mangel desselben unkönnende angestellt werden müssindt." Die Besoldung soll nicht wöchentlich nach der Anzahl der Kinder entrichtet werden, sondern jährlich in Form von Getreide.

Laut einer Zusammenstellung von Pfarrberichten über das Schulwesen im Bern-Kapitel vom Jahre 1780 bezog der Schulmeister im Buchholterberg 26 Kronen.

Nach den Gemeinderechnungen und einem noch erhaltenen Schullohnrodel von 1774 bezog der Schulmeister von der Gemeinde folgendes: Das Schulgeld, das dem Schulmeister direkt entrichtet werden musste im Betrage von 12 Kronen, 24 Batzen 1 Kreuzer. Dazu erhielt er für die Sommerschule aus dem "Gemeinen Seckel" anfänglich 1 Kr. 12 bz., später 2 Kr. 2 bz.

Was an die im Pfarrbericht von 1780 erwähnten 26 Kr. noch fehlt, muss der Schulmeister von Buchholterberg aus dem "Täuferseckel" oder in Natura bezogen



haben. Vielleicht war auch das Allmendland, das der Schulmeister nutzen konnte, darin inbegriffen. Im Gemeindeprotokoll vom 29. Christmonat 1779 steht nämlich: "Zu wissen seye, das es mit dem verzeigten Land zu dem Pintenschenklehen und dem Schulmeister nicht länger sein Verbleiben haben soll, als es der Gemeind gefahlt."

Die Schulmeister mussten ihren Schullohn selber einziehen. Dass das nicht überall ohne Unannehmlichkeiten ablief, beweist das Chorgerichtsprotokoll vom 9. Juni 1730: "Auf Erklagen Schulmeister Hans Müllers im Kurtzenberg, dass ihm sein Schullohn nicht ausgerichtet werde, sowohl Holtz als Geld und Gewächs hinderhalten. Ist erkannt, dass die Bauren die Schulpflichten und Schullöhn nach den alten Rödlen aussrichten und bezahlen sollen, sach wärr, dass jemand etwas klar darthun könnte."

Auch im Buchholterberg stimmte einmal etwas nicht. "Chorgricht vom 19. Weinmonat 1736: Erkennt, dass der Chorrichter Hans Rupp dem Samuel Bürki, ihrem Obmann auf dem Buchholterberg verdeuten solle, dass der Bürki biss Montag oder Zinstag in ansehen dess Schulmeisters belohnung gemeind anstelle und in Umfrag kommen lasse, ob sie dem Schulmeister jenige 3 Kr. Gelt und 2 mit (Mütt) Gewächs, wo Herr Kammerer (Pfarrer in Diessbach) für sie bezahlt, wolle aussrichten oder nit. Die herauskommende erkantnuss solle er Rupp ohne Schonen einer Ehrbarkeit (Chorgericht) anzeigen." In den Chorgerichtsmanualen war leider weiter darüber nichts zu finden.

1799 beschloss der Gemeinderat von Buchholterberg: "Der Schulmeister Strün soll an seinem zurückgebliebenen Schullohn ersetzt werden." Die Kriegszeit mag es mit sich gebracht haben, dass der Schullohn nicht einzutreiben war.

Nun mag aber noch die Frage interessieren, wie gross eigentlich die Kaufkraft dieser Schulmeisterbesoldungen im 18. Jahrhundert war. Da wird man wohl den besten Massstab erhalten, wenn man sie mit allerhand Preisen aus der gleichen Zeit vergleicht. Im Gemeindearchiv von Buchholterberg finden sich über hundert Vogtsrechnungen von 1750 bis 1800, die die nötigen Angaben dazu liefern. Wie schon erwähnt, hatte also der Schulmeister im Buchholterberg eine Besoldung von 26 Kronen. Wie weit langten nun diese 26 Kronen?

Angenommen, der Schulmeister wollte sich neu bekleiden. Das kostete:

Schuhe	1 Kr. 3 bz. 2 kr.
Strümpfe	12 bz.
Ein Hemd	23 bz.
Hosen	1 Kr. 24 bz. 2 kr.
Ein Rock	3 Kr. 17 bz.
Ein Hut	1 Kr.
Zusammen	9 Kr. 5 bz.

Die Frau wollte auch etwas:

Schuhe	20 bz.
Tuch für einen Kittel	
samt Zubehör	5 Kr.
1 Schürze	14 bz.

Zusammen 6 Kr. 9 bz.

Sein Knabe musste Sonntagskleider haben. Das kostete:

6 Kr. 7 bz. 2 kr.

Auch die Tochter wurde neu bekleidet:

Das kostete: 5 Kr. 18 bz.

Dies alles hätte seine Finanzen um 1 Kr. 14 bz. 2 kr. überschritten, wenn er keinen Nebenverdienst gehabt hätte.

Ein Kindbettiessen kostete 1788:

23 Mass Wein	4 Kr.	(1 Mass rund 1.71.)
5/4 Mäs Semmelmehl	1 Kr.	
1 Pfund Kaffee	10 bz.	
1 Pfund Zucker	7 bz.	
1/2 Mäss süss Schnitz	10 bz.	
Fleisch	1 Kr. 5 bz.	
Reis	4 bz.	
Safran und Galganwürzen	3 bz. 1 kr.	
Zusammen	7 Kr. 14 bz. 2 kr.	

Ein solches Kindbettiessen konnte sich der Schulmeister von Buchholterberg kaum leisten. 1778 kostete der Lehrlohn, das Schneiderhandwerk zu erlernen, 20 Kronen. Verschiedene bevormundete Frauen erhielten zu ihrem Unterhalt jährlich 15–20 Kronen. Der Lohn eines Knechtes betrug 1772 18 Kronen, derjenige einer Magd 10 Kronen. Dass bei solchen Besoldungsverhältnissen nicht alles "könnende" Schulmeister waren, wird man begreifen.

Nachdem wir uns mit den Schulmeistern beschäftigt haben, wollen wir die Schulverhältnisse von anno dazumal etwas näher betrachten.



## 1. Die Schulpflicht

Diese war gesetzlich geregelt in den Punkten 13–17 und 21 der Landschulordnung von 1675. Bestimmte Altersgrenzen waren nicht festgesetzt. "Die Eltern sollen ihre Kinder beizeiten und sobald sie etwas fassen können, in die Schul schicken." "Auss der Schul soll kein Lehrkind erledigt und freigelassen werden, biss es die Fundament der wahren Religion, wie sie uns in den Catechismus angewiesen, erlernt, es sey dann sach, dass auss mangel der gaben solches nicht geschehen könnte, welches ein jeder treuer Diener Gottes zu unterscheiden wohl wüssen wird."

Schulmeister Ulrich Lutz in Diessbach und Hans Jaberg in Bleiken hatten sich beklagt, die Kinder werden aus der Schule genommen, wenn sie die Unterweisungen am nötigsten hätten. Das Chorgericht beschloss denn 1747, folgende Schulordnung aufzustellen und von der Kanzel verlesen zu lassen.

1. Alljährlich kurz vor dem Anfang der Winterschule sollen die Schulmeister mit Beiziehung eines Chorrichters von Haus zu Haus gehen und die zum Schulgehen tüchtigen Kinder in einen Rodel aufschreiben.

2. Wenn nachher Burger oder Hintersassen in die Gemeinde einziehen würden, sollen die Obleute der Gemeinde diese dem Schulmeister angeben und dafür sorgen, dass sie die Schule besuchen.

3. Die im Rodel aufgeschriebenen Kinder sollen die Schule fleissig besuchen und nur wegen Krankheit oder andern dringenden Gründen fernbleiben. Die Gründe sollen dem Schulmeister angezeigt werden.

4. Die Eltern sollen ihre Kinder nicht eigenmächtig aus der Schule wegnehmen, sondern dies dem Gutfinden des Pfarrers überlassen. Die Kinder sollen bis zur Admission die Schule besuchen, jedoch während der Unterweisung nur am Mittwoch und Samstag "zu Repetierung des Catechismus und unterwysung der Hauptstücken der wahren Christlichen Religion."

5. Die Eltern sollen die Kinder nicht "eigengewältig" in die Abendmahlsunterweisungen schicken, sondern dies den Herren Geistlichen und den Schulmeistern überlassen.

6. Die Vorgesetzten und die Schulmeister sollen alle Fehlbaren ohne Schonung dem Chorgericht anzeigen, damit sie nach "Ihr Gn. Schulordnung zu gebührender Strafe und Verantwortung gezogen werden können. Hiemit weiss man sich darnach zu richten." (Das war noch mehr als 100 Jahre lang ein frommer Wunsch.)

Die Schulordnung wurde in der Kirche zu Diessbach und in den Kinderlehrhäusern im Buchholterberg und Kurzenberg öffentlich verlesen.

Da keine bestimmten Altersgrenzen für die Dauer des Schulbesuches festgesetzt waren, kam es etwa zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Schulmeister und Eltern. Ein solcher Fall musste vom Chorgericht in Diessbach entschieden werden.

"Erschienen: Hans Blatter, der Mauser im Gummi, welcher zur Verantwortung gezogen worden, wylen er sein Kind vom 11. Jahr schon 2 Winter nicht in die Schul geschickt, da auf seine Verantwortung, er unterwyse selbigen zu Haus.

Erkennt: Er Blatter solle dahin gewiesen seyn, sein Kind in die Schul zu schicken und solches vom Schulmeister examinieren zu lassen, umb zu wissen, ob es die Schul noch täglich oder wuchentlich nur 2 mahl zu besuchen nöthig habe. Wie dann er Blatter sich demme ohne Widerred unterworfen, was der Schulmeister sonderlich aber der Herr Predikant darüber nöthig finden werde."

Hier mag auch erwähnt werden, dass das junge Volk nach der Konfirmation noch verpflichtet war, die Kinderlehren zu besuchen. Dass es dabei nicht immer anständig zuging, beweist folgende Eintragung im Chorgerichtsmanual von Diessbach: "Wie dann auch denen Schulmeistern und Chorrichtern im Buchholterberg anbefohlen werden soll, solche Schwätzer und üppige Gesellen in denen Kinderlehren zuvorderst zu setzen, damit diesem Übel abgeholfen werde."

## 2. Vom Schulunfleiss

Die diesbezügliche Bestimmung in der Schulordnung von 1675 lautete: "Wann ein Schulkind ausbleiben wurde, soll der Schulmeister allwegen am ersten Sonntag darnach, da die Kirchgenossen zur anhörung der predigen gemeinlich zusammenkommen, die Elteren der ursachen solchen aussbleibens befragen, und fahl es sich muthwillig geäusseret hätte, dasselbe in gebühr züchtigen, hätten aber die Eltern dasselbe abgehalten, sollen dieselben sich ihrem Vorstehnder verantworten, welcher gegen denselben zu verfahren wüssen wird, wie hernach folget, wann er ihre entschuldigung nicht komen könnte." (d.h. sie nicht gelten lassen könnte)

Anzeigen wegen Schulunfleisses kamen vor das Chorgericht. Die Fehlbaren wurden meistens "ernstlich censuriert" oder "scharpf ermahnt." Man drohte ihnen auch mit Anzeige an den Landvogt oder mit Gefängnis. Diese Drohungen waren aber nicht so ernst gemeint. In den Chorgerichtsmanualen von 1724 bis 1800 finden sich eine Anzahl Verhandlungen wegen "unfleissig in die Schulschickens." Die interessantesten Fälle mögen hier folgen.

"Den 18. Febr. 1735. Hanns Gugger am Bätterich wird vernahnet, seine Kinder ins köfftig fleissiger in die Schul zu schicken und darbei erkennt, dass ihme diessmal die Puss solle geschenkt seyn und bei der scharpf gegebenen Vernahmung verbleiben, in nicht erzeigendem besseren fahl solle er nach laut Oberkeitlichen Ordnung abgestrafft werden."

"19. Juni 1739. Hanns Bachmann, Hanns Schnyder, Ullrich Schenk, Daniel Müller und David Stucki haben auf Zredstellen hin bekennt, dass sie ihre Kinder unfleissig in die Schul geschickt. Wollen sie ins köfftig fleissiger schicken, damit an ihnen nichts versaumt werde. Erkennt: Dass weilen sie Besserung versprochen, ihre Kinder fleissig in die Schul zu schicken, alls ist ihnen die Straff für dissmahl nachgelassen und sind mit einer guten Vernahmung nach Hauss gelassen."

"Sehsion vom 4. Marty 1762. Erschienen Nikl. Roht am Buchholterberg von wegen er seinen nun bald erwachsenen Sohn nicht in die Schul schicke. Da ihme eröffnet worden, wan er selbigen nicht in die Schul schicken werde, so solle man



ihne vor Mmhn. Landvogt auf Signau verleiden. Wan aber der Sohn auf seinen Geheiss nicht in die Schule gehen wolle, wie er vorgegeben habe, so solle der Vatter es E.E. Ehrbarkeit anzeigen, damit der Sohn zu der Gebühr gehalten werden kann."

"Chorgricht vom 11. Hornung 1764. Barbara Stucki ab dem Buchholterberg, welche wegen unfleissigen Schulschickens ihres Knaben, darzu sie schon vielfaltig angemahnet worden, für zwei Stund in Gefangenschaft, unter betrohung fernerer härterer Straff, wann sie selbigen fernerhin nicht schicken werde, verfällt worden."

Ein Hans Roth brachte zu seiner Entschuldigung vor, "er habe sie zu Hause zur Lehr gehabt, so dass sie ordentlich lesen und die meisten den Catechismus aussen können, (aber innen vielleicht nicht) hinfüro wolle er sie fleissiger schicken."

"Item die Wittib Oppliger, sie habe ihre grösseren zu Gaumung denen zweien kleinen Kinder brauchen müssen."

Das Chorgericht hatte sich auch etwa mit ungehorsamen Kindern zu befassen. "Den 2. April 1734. Hanns Zimmermann und sein Knab bekennen, dass er zum Vater gesagt: Was wilt Du in dess Dummermuths donners Hauss thun und dess Dummermuths Leuten Hex gesagt, das Scheibli Schmalz habe er nit genommen. Der Vatter sagt, wolle seine Kinder in der Zucht halten und auch in die Schul schicken.

Erkennt: Dass des Zimmermanns Knab als ein Schuler biss Zabend in Gefangenschaft gehen solle. Wann er besserung verspreche, solle er daraus gehen, in widerhandelndem fahl geschmeitzt werden"

Dass es in Sachen Klagen über die Unbotmässigkeit der Jugend nichts Neues unter der Sonne gibt, beweist eine Stelle aus den Kapitelsverhandlungen des Thuner-Kapitels vom Jahre 1742. Von der Schwarzenegg kam die Meldung: "Dass ein böes oder mutwillig Kind auf vergebliches Ermahnen einen Haarrupf bekommen und vom Vatter wider den Pfarrer souteniert worden."

Der Pfarrer sagte: "Ist ein betrübter Beweis, wie verfallen die Kinderzucht dess orts und wie schlechte Hilfe von den Ältern und Vorgesetzten selbst zu hoffen, ist auch bedauerlich, dass, wenn die Kinder so ausgelassen und ungezogen, ein Pfarrer zugleich Schul- und Zuchtmeister sein muss. Dass folglich ein Prediger auf diesem ohne dem beschwärlchen Posten ohne hochobereitliche Protektion vor der Zeit in die Grube hinabfahren müsste."

### 3. Die Zahl der Schulkinder

Im Jahre 1780 zählte die Schule im Buchholterberg 160 Schüler. Es war wohl ein Glück, dass nicht alle fleissig zur Schule kamen. Die Nachbarschulen waren kleiner, Walschdorf hatte 50 und Bleiken 40 Kinder.

### 4. Vom Schulhaus im Buchholterberg

Wie schon erwähnt wurde, existiert noch eine Urkunde über das Schulhaus im Buchholterberg vom Jahre 1699. "Verzeichnuss, was Ich Hans Bürki hab ausgäben wägen dess Schulhauses anno 1699 Jahrs." Die ganze Bausumme belief sich auf

85 Kr. 22 bz. 3 kr. Allem nach handelt es sich nur um einen Umbau. Für 85 Kronen gab es kaum ein neues Schulhaus.

In einem Gutachten des Konvents vom 14. Januar 1712, ob ein Helfer zu Diessbach nötig sei, steht: "Punkt 6. Bei diesem allem will notwendig, dass zu desto fruchtbarer und kumlicher haltung der Catechisationen in dem Buchholterberg ein grosses Schulhaus erbaut würde." Das Schulhaus auf dem Bruchenhühl diente auch der Kinderlehre und wurde in den Gemeinderechnungen immer Kinderlehrhaus genannt.

Diese obrigkeitliche Mahnung, ein neues Schulhaus zu bauen, wurde natürlich nicht so rasch erfüllt. Erst nach 33 Jahren, im Jahre 1745, ging etwas. Selbstverständlich wurde zu diesem Schulhausbau auch die Obrigkeit um eine milde Steuer angegangen. Das Gesuch der Buchholterberger wurde zuerst der Vennerkammer (Finanzkommission) zur Begutachtung überwiesen. Das Seckelmeisterprotokoll meldet:

"Gutachten, was der Gemeind Buchholterberg zu ihrem Schulhausbau zu steuern. Euwer Gnaden Hohem Befehl zufoig vom 29. April habend Mnhghn. T.S. u. V. (Teutsch Seckelmeister und Venner) über jenige Bittschrift, durch welche die Gemeind Buchholterberg zu ihrem vorhabenden Schulhausbau um eine gnädige beisteur in Demut angehalten, ihre Gedanken walten lassen. Gleich wie nun Ewr. Gnaden bereits öftermahlen denen Gemeinden zu dergl. gebäuwen, die zur beförderung der Ehr Gottes gewidmet, mildtätig Steuern gegonnet, als wollten auch Mnhghn. dieser Suppl. Gemeind ohnmassgeblich mit einter Meinung 100 Thlr. mit der andern aber 100 Kronen aussrichten und zukommen lassen, um sodamehr als selbige seith einichen Jahren daher durch das Hochgewitter und Wassergüss hart heimgesucht worden, mithin Ewr. Gnaden Clemenz vor andern auss würdig erachtet wird. Actum den 3. May 1745."

Die Vennerkammer schlug also vor, entweder 100 Taler = 3000 Batzen oder 100 Kronen = 2500 Batzen zu geben. Der Rat bewilligte dann 100 Taler.

Das Gesuch um diese "gnädige Beisteur" konnten sie im Buchholterberg nicht selber schreiben. Vielleicht wäre es zu wenig untertänig herausgekommen. Die Gemeinderechnung von 1745 meldet: "Brachmonat, den 14. Auf gleichem Dato dem Samuel Bürki dass aussgeben gelt, welches er dem Schreiber Meyer zu Diessbach für die Suplikation, so er geschrieben umb ein Stür anzuhalten für dass Kinderlehrhaus, hat zalt und für Erkenntnuss für die Stür, so er bezalt, hat geben zusammen 13 bz. 3 kr."

An den Schultheissen von Thun stellten die Buchholterberger das Gesuch um eine Beisteuer in Form von Holz aus dem Heimenegebann. Die Gemeinderechnung berichtet: "1745 Hornung den 7. Hab ich Mhghn. Schultheissen zu Thun, das er für das Kinderlehrhaus zu decken in dem Ban zwei Dannen erlaubt, Stocklosig zalt 7 bz. 2 kr."

"1746 Heumonath den 10. Dem Ulli Gerber in der Rotechen, dass er ist gan Thun gangen zu Mnhghn. Schultheissen und zum Kinderlehrhaus umb Holtz angehalten für versaumte Zeit und ausgeben gelt zalt 1 Kr. 15 bz."



Die Gemeindekasse wurde durch diesen Schulhausbau nur mit 91 Kr. 4 bz. 2 kr. belastet. Vermutlich war es noch einmal kein Neubau. In den Chorgerichtsmanualen findet sich nämlich auch nichts, dass die Gemeinde etwa aus dem Täuferseckel oder sonstwie einen Beitrag erhalten hätte.

Über den Unterhalt des Schul- und Kinderlehrhauses auf dem Bruchenhühl wissen die Gemeinderechnungen von 1734 bis 1800 viel zu berichten. Hier und dort musste etwas geflickt werden, und besonders viel Unkosten verursachte der Ofen. Vermutlich war er aus Lehm und Steinen gemacht und mit einer Sandsteinplatte bedeckt. Sozusagen alle Jahre musste er frisch "bestochen" und hin und wieder neu aufgesetzt werden.

"1737 Christmonath den 14. Dem Rudi Küntzi, dem Murer, dass er den Ofen bei dem Kinderlehrhaus hat bestochen und für ein Mundlochstein und das er hat Lätt zuchen gemacht dafür zalt 13 bz. 2 kr."

"1742 Hornung den 21. Hab ich dem Christen Müller in der Stockeren für den Ofen in der Schulstuben bei dem Kinderlehrhaus zu machen zalt 3 Kr. 7 bz. 2 kr."

"Weiters hab ich die Steinen zu dem Ofen in der Schulstuben kaufft im Buchschachen, hab damit versumt ein Tag, hernach dieselben gereicht mit dreien Rossen und 2 Mann. Dafür ist mir geornet worden 1 Kr. 12 bz. 2 kr."

Im Jahre 1753 brannte es beim Schulhaus auf dem Bruchenhühl. Allem nach wurde das Dach zerstört. Die Gemeinderechnung berichtet:

"May den 28. Hab ich aus Befehls Samuel Bürkis dem frömden Murer, dass er bei dem Kinderlehrhaus hat geholfen löschen, zalt 5 bz."

"May den 15. Hab ich dem Ullrich Küntzi, dass er bei dem Kinderlehrhaus hat die Dachnägel zammen geläsen und dieselbigen hat gegrederet und für Latnägel für alles zusammen zalt 16 bz. 2 kr." Das waren natürlich noch handgeschmiedete Dachnägel, die ziemlich viel kosteten, so dass es sich schon lohnte, sie zu "grederen."

"1754 Hornung den 10. Hab ich dem Joseph Roht, dass er ein Nacht bei dem Kinderlehrhaus hat gewachet, wie es brunnen hat und dass er dem Schulmeister drey Mahl habe geholfen dass Kemmy russen, geben 5 bz."

Die Neubedachung des Schulhauses kostet 7 Kr. 4 bz. 2 kr.

1789 fand am Schulhaus ein grösserer Umbau statt. Die Kosten beliefen sich auf 77 Kr. 20 bz.

Interessant sind noch allerhand kleinere Ausgaben.

"Dem Schulmeister das er ein Trit bei dem Kinderlehrhaus zuchi gemacht 1 bz."

"1738 Weiters hab ich dem Schulmeister ein Laden gäben, das er hat in dem Kinderlehrhaus in der grossen Stuben ein ghältli gemacht. Dafür ist mir geordnet worden 7 bz. 2 kr."

1741 wurden neue Fenster angeschafft: "Hab ich dem Glaser Isach Aeschlimann für die Pfänster im Kinderlehrhaus zalt 3 Kr. 5 bz. Die Pfänster haben zwar gekostet 5 Kr. 15 bz. Der Johannes Bürki aber hat daran geben 1 Kr. und der Wohl Ehrwürdige Herr Predikant Lutz hat daran geben 1 Kr. 10 Bz." Also freiwillige

Beiträge an den Unterhalt des Schulhauses. Allerdings waren der Johannes Bürki und der Herr Predikant Lutz vermögliche Leute. Oberdiessbach war eine sehr gute Pfrund, und der Bürki besass ein Vermögen von mehr als einer Million nach heutigem Geldwert.

Etwas hatten sie damals schon in der Schultube, nämlich eine Wanduhr. Es wird wohl auch nötig gewesen sein, denn die Schulmeister werden kaum zu den Glücklichen gehört haben, die eine Taschenuhr besaßen. Der Christen Obmann, nachmaliger Chirurgus in Wachseldorn erhielt, als er um 1770 in Langnau seine Lehrzeit absolvierte, eine solche, die die respektable Summe von 18 Kronen kostete.

"1751 Christmonath den 26. für den Zeitschaft im Kinderlehrhaus nemlich in der Schulstuben zalt 15 bz."

"1752 für das neuwe Zeit in der Schulstuben zalt 2 Kr. 20 bz."

"1754 Wynmonath den 14. Hab ich dem Friederich Kapfer in der Müllmatt, das er das Zeit in der Schulstuben hat gebutzt zalt 1 bz. 2 kr."

#### 5. Heizung und Reinigung des Schulhauses

Ein Schulholzrodel vom Jahre 1774 gibt uns Auskunft, wie es mit der Holzlieferung für den Schulofen stand.

"Schulholzrodel der gemeind Buchholterberg, sonderheitlich der Schul daselbst, so frischer dinge den 7. Hornung 1774 vom alten Rodel abgeschrieben.

Ist in drey Theil für drey Jahr abgeteilt. Eines jeden Jahrs zähen Klaffter Schitter zu dem Schulhaus zu liefern.

Die Ordnung diss Rodels ist von der Gemeind erkent zu machen den 13. Hornung 1749 und ist so weit möglich gewesen, der Allmosen Täll nach angelegt und eingerichtet worden und den 4. Christmonath 1749 von der Gemeind aproviert worden und den 20. Jenner 1774 befohlen worden abzuschreiben.

Das Schulholtz soll geschitteret zu dem Schulhaus geliefert werden, die Schitter sollen drey wärchschuh lang sein und nit faules Holtz. Sonst sollen sie nit abgenommen werden."

Es folgt dann eine Einteilung der Höfe und wird bestimmt, welche Bauern zusammen ein Klaffter Scheiter zu liefern haben. Dass es wegen der Lieferung des Schulholzes auch Anstände gab, finden wir im Gemeindeprotokoll.

"Den 21. Mertz 1773. Auf gleichem Tag hat die Gemeind erkant, und dem Gemeindschreiber befohlen, dem Ulli Balli im Banholz und dem Jakob Stucki im Scheidweg Warnungs Zedlen zu schicken, das sie ihres schuldige Schulholtz liefern sollen."

"Den 18. Mertz 1786. Auf gleichem Tag hat die Gemeind erkant, dem Schulmeister Strün seine vorgewiesene prokur wegen dem Schulholz, welche solches nicht liefern wollen, das er sie mit Kosten darzu halten solle, zu unterschreiben."



Das Heizen und Reinigen des Schulhauses besorgte der Schulmeister. "Dem Schulmeister bei dem Kinderlehrhauss für Heitzen und Wüschien zalt 1 Kr. 7 bz." Über die Orgel im Kinderlehrhaus siehe Kirchengeschichte von Buchholterberg.

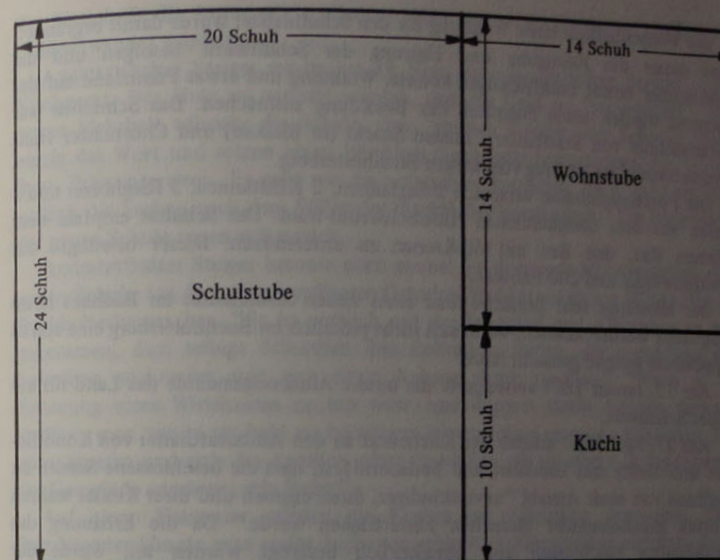
b. Im 19. und 20. Jahrhundert.

#### 1. Vom Bau des ersten Schulhauses im Badhaus.

Bis zum Jahre 1812 war das Schulhaus auf dem Bruchenbühl das einzige im Buchholterberg. Der Schulbezirk zählte über 200 Schulkinder. Wenn auch sicher nie alle anwesend waren, so war doch die Errichtung einer neuen Schule dringend notwendig. Im Jahre 1805 wandte sich Pfarrer Stapfer von Oberdiessbach an den Schulkommissär Pfarrer Bachmann in Worb, er möchte sich beim Kirchen- und Schuldepartement um die Schaffung einer neuen Schule im Buchholterberg bemühen. Pfarrer Stapfer wünschte vorerst eine Probeschule für den Winter 1805/6. Der Schulkommissär brachte das Anliegen in einem Schreiben dem Kirchen- und Schulrat vor. Die Notwendigkeit einer zweiten Schule im Buchholterberg begründete er mit folgenden Worten: "Die Gegenden des Kurzenbergs und Buchholterbergs sind die wildesten und ungesittetsten im ganzen Amt, so dass ich glaube, wenn es an einem Ort nötig seye, einen entstehenden Eyfer zu Verbesserung der Sittlichkeit zu ergreifen und zu befördern, so seye es daselbst."

Am 3. Juni 1806 wurde ein Gesuch aus dem Buchholterberg an den Kirchen- und Schulrat um Errichtung einer neuen Schule eingereicht. Sie soll zur Bekämpfung der "Irreligion und Immoralität, die in diesen letzten Zeiten so furchtbar gestiegen", dienen. Ein einziger Lehrer kann unmöglich eine so grosse Kinderzahl betreuen und sie alle beschäftigen. Saumselige Eltern behalten denn ihre Kinder zu Hause, "da diese doch ganze Tage in der Schule unnütz zubrachten." Herr Hauptmann Bürki habe eine Summe von 200 Kronen für die Errichtung einer neuen Schule versprochen. Die Gemeinde wünsche Bauholz aus den obrigkeitlichen Wäldern und jährlich Brennholz für die Schule. Die Hilfsmittel der Gemeinde seien wegen grosser Armut sehr beschränkt. Der Oberamtmann von Graffenried empfahl das Gesuch der Gemeinde Buchholterberg.

Am 21. Oktober 1806 wurden ein Devis und Plan des neu zu errichtenden Schulhauses im Badhaus eingereicht.



"Man wäre vorhabens, dies Gebäu nur einstöckig, 8 Schuh hoch von Holz aufzuführen und mit einem Mansardendachstuhl zu versehen, wo denn unterm Dachstuhl noch eine Kammer für den Schulmeister errichtet werden könnte.

Für diesen Bau wird erfordert:

Kühltannen	Stöck 20
Riegtannen	Stöck 15
Rafenholz	Stöck 15
Dachholz zwei Fuder	
Ladenholz	Stöck 8
Stöck	58
Kösten:	
Zimmerarbeit kann verdinget werden	80 Kr.
Maurerarbeit samt Kalk	50 Kr.
Ofensteine 200 Schuh, kosten in der Steingrube	10 Kr.
Dachung von Schipfi, Nägel und Dekkerlohn	40 Kr.
Zwölf Fenster à 40 Batzen	19 Kr. 5 bz.
Schlosserarbeit wird so viel möglich erspart werden	
Summa	199 Kr. 5 bz.
Ohne Fuhungen.	



Die Wünschbarkeit einer Wohnung für den Schulmeister wurde damit begründet, dass dieser die Reinigung und Heizung der Schulräume besorgen und die Schulkinder besser beaufsichtigen könnte. Wohnung und etwas Pflanzland auf der Allmend würden einen Hauptteil der Besoldung ausmachen. Das Schreiben war unterzeichnet von Statthalter Christen Stucki (in Bleiken) und Chorrichter Hans Zimmermann "im Auftrag vom innern Buchholterberg."

Die Forstkommision versprach 2 Sägtannen, 2 Kühltannen, 3 Rieghölzer und 3 Rafen aus dem obrigkeitlichen Hirsetschwendi-Wald. Der Schulrat empfahl dem Kleinen Rat, den Bau mit 60 Kronen zu unterstützen. Dieser bewilligte das erwähnte Holz und 200 Franken.

Der allerdings sehr primitive Bau eines neuen Schulhauses im Badhaus hätte ausgeführt werden können, wenn sich nicht plötzlich im Buchholterberg eine starke Opposition geltend gemacht hätte.

Am 12. Januar 1807 verweigerte die untere Allmendgemeinde das Land für ein neues Schulhaus.

Am 27. Juni 1807 schrieb der Kirchenrat an den Amtstatthalter von Konolfingen und stellte mit Unwillen und Bedauern fest, dass die beschlossene Schule im Badhaus von einer Anzahl "unverständiger, ihren eigenen und ihrer Kinder wahren Vorteil misskennender Menschen hintertrieben werde." Da die Erbauung des Schulhauses beschlossen und obrigkeitlich bestätigt worden sei, wurde der Amtstatthalter beauftragt, dafür zu sorgen, dass die Sache ausgeführt werde. Sollten die Renitenten in ihrem Irrtum beharren, so wären sie für ihren vorsätzlichen Ungehorsam verantwortlich zu machen.

Am 12. August 1807 meldeten die Buchholterberger dem Amtstatthalter in Münsingen:

1. Die Gemeinde habe nie beschlossen, ein Schulhaus zu bauen und vom Staat eine Beisteuer zu verlangen. "Die solches der Regierung hinterbracht, haben eigenmächtig gehandelt." 1805 haben eine Anzahl Bürger in der Gegend von Heimenschwand eine Probeschule errichtet, eine Schulstube gemietet und einen Schulmeister angestellt und besoldet und diese Einrichtung zwei Winter fortgesetzt. Doch die Schule auf eigene Kosten fortzusetzen, war ihnen zu lästig. Diese Bürger hätten zwar gerne eine zweite Schule, aber sie haben niemandem den Auftrag erteilt, eine Eingabe an die Regierung zu machen.

2. Die Gemeinde besitzt ein sozusagen neues Schulhaus mitten im Gemeindebezirk. Dort könnten zwei Schulmeister abgesondert voneinander Schule halten. Die Gemeinde ist verschuldet, hat viele Arme, ist arm an Baumaterialien, und die obrigkeitlichen Waldungen sind in schlechtem Zustande.

3. Der Bau eines neuen Schulhauses würde so grosse Kosten verursachen, dass der grösste Teil der Gemeindegossen unter der Last erliegen müsste.

Obmann Hans Büttler, Sekretär: Samuel Wenger.

Am 12. September 1807 verlangte der Kirchenrat vom Amtstatthalter einen Bericht über die bei diesem Geschäft stattgefundenen Umtriebe, ferner, ob die Angelegenheit von der Gemeinde behandelt worden sei, von wem die Unterzeichner

der Bittschrift die Autorisation erhalten haben und wozu die Steuer an Holz und Geld verwendet worden sei.

Amtstatthalter Steiger sandte am 18. Nov. einen ausführlichen Bericht an den Kirchenrat. Das Holz sei verzeigt worden, und das Geld sei "sequestriert". Eine grosse Mehrheit wünsche die Schule, aber "gewisse Redner oder Schreier führen einzig das Wort und setzen einen Beschluss durch oder hintertreiben ihn, je nach ihren Privatinteressen. Es geht wie im polnischen Reichstag, nach welchem doch endlich die Sachen nach dem Willen der Machthaber durchgehen." Die Befürworter der neuen Schule zogen sich zurück.

Amtstatthalter Steiger betonte noch einmal die dringende Notwendigkeit einer neuen Schule aus den schon erwähnten Gründen. Wohl etwas zu arg fällt er über die Buchholterberger her. "Es ist nemlich mit der Irreligion und Atheismus so weit gekommen, dass selbige öffentlich ihre Lobredner finden, die ungescheut ihre Lehrsätze auskramen und sich einen Anhang damit machen." "Wenn es um Erbauung eines Wirtshauses zu tun wäre, und doppelt starke Gründe darwider stritten, man würde sie bald zu beseitigen wissen, ohne einen so kläglichen Ton anzustimmen und sich das Ansehen geben zu wollen, als ob man sich das Interesse der Gemeinde angelegen sein liesse."

Auf einen Hausvater würden die Kosten nur 2 Franken ausmachen. Dem Schulmeister könnte man einige Jucharten schlechtes Allmendland zuteilen, das er urbarisieren könnte. (Zwar eine Zumutung!) Heizen könnte man mit Torf. Bei 15 Kronen Lehrerbesoldung würde es, das Legat von Hauptmann Bürki eingerechnet, auf einen Hausvater nur 1 Batzen treffen.

Am 12. Dezember 1807 befahl der Kirchenrat noch einmal, der Amtstatthalter habe den Schulhausbau zu veranlassen.

Nun aber wandten sich die Buchholterberger am 13. Januar 1808 an den Kleinen Rat. An einer Extragemeindeversammlung hatten sie mit 94:1 Stimmen beschlossen, kein Schulhaus zu bauen. Sie machten in ihrem ziemlich geharnischten Schreiben folgende Ablehnungsgründe geltend.

1. Das jetzige Schulhaus steht mitten in der Gemeinde und nur ein Viertel der Gemeinde würde ein neues Schulhaus bequemer finden. Der einzige Befürworter eines neuen Schulhauses hat Platz für nächtliche Versammlungen gegeben, für die man das jetzige Schulhaus verweigert hat. Vielleicht möchte er nun im neuen Schulhaus Unterkunft suchen.

2. Das jetzige Schulhaus hat drei heizbare Räume, von denen nur einer für die Schule benützt wird. Die Gemeinde wäre bereit, einen zweiten Lehrer anzustellen.

3. Man hält uns die Verwilderung vor, aber in andern Gemeinden sind ebensoviel "Criminalische Exempel". Innert zehn und mehr Jahren haben etliche Seelsorger bezeugt, dass aus unserer Schule die "gelehrtesten Kinder in die Unterweisung gekommen seyen."

4. Alle Eltern wollen ihre Kinder in der "Mutterschule" unterrichten lassen.

5. Die Gemeinde hat ausser dem Armengut kein Vermögen. Viele arme Eltern können ihren halbnacketen Kindern kein Brot geben. Die Gemeinde ist bestürzt,



dass sie den Anfang zur Verbesserung des Schulwesens machen solle. An andern Orten wäre es noch viel nötiger. Zur Verbesserung der Religiosität hat die Gemeinde schon lange gewünscht, dass mehr Predigten gehalten würden und dass die Kinder hier getauft und unterwiesen werden könnten. So könnte "die Gottesforcht gepflanzt und herrliche Früchte gehoffet werden." Durch einen erzwungenen Schulhausbau würden aber nur Uneinigkeit, Zwietracht und Feindschaft geschaffen. "Und weil wir für so verwildert gehalten werden, so haben wir nicht nur solche a.b.c. Lehrer nötig, (dieselben zwar unbescholten) denn man hält es hier bei uns für schlecht, wenn nicht in jeder Haushaltung, ja sogar eine jede erwachsene Person, wo nötig ein a.b.c. Lehrer ist und sein kann, da denn die nachlässigen billich darzu sollen angehalten werden." Die Gemeinde bittet, den Bau eines neuen Schulhauses einzustellen.

Namens der Gemeinde (so ausgenommen einer)

Ulrich Obmann, Hans Widmer, Christen Rüfenacht, Sam. Wenger.

Der Amtstatthalter Steiger verweigerte die Besiegung dieses Schreibens.

Am 18. Juli 1808 verlangte eine Viererdelegation vom Buchholterberg, Jakob Beutler, Grichtsäss, Hans Gugger, Hans Bähler und Chorrichter Christen Küenzi eine Unterredung mit dem neuen Oberamtman von Konolfingen Oberst Effinger auf Schloss Kiesen.\* Dieser hörte die Weigerungsgründe der vier Ehrenmänner in landesväterlicher Weise an. Nach altem bernischem Brauch diktierte er den Buchholterbergern nicht, sie müssen unbedingt ein neues Schulhaus bauen, sondern schloss mit ihnen einen Kompromiss ab, um den zu befürchtenden "Groll und gegenseitigen Eifer in der Geburt zu ersticken." Ohne Kompromisse geht es ja heute noch in einer Demokratie nicht. Der Oberamtman stellte folgende sieben Bedingungen:

1. Entlassung des jetzigen Schulmeisters.
2. Anstellung von zwei Schulmeistern für eine 1. und 2. Klasse.
3. Reparation nach Möglichkeit des Weges vom Badhaus nach dem Bruchenhühl.
4. Einrichtung zwei besonderer Schulstuben, ohne Wohnung darin zu gestatten und so einzurichten, dass die Lehrer einander nicht stören.
5. Anschaffung eines eisernen Ofens im Kinderlehrhaus im obern Saal.
6. Errichtung eines Schulhauses zu Wacheldorn und Anstellung eines neuen Schulmeisters daselbst, in Zeit einem Jahr spätestens. (Wacheldorn gehörte eben damals zum Buchholterberg.)
7. Besoldung des 1. Schulmeisters nebst freier Wohnung und Feurung 55 Kronen, des zweiten auch nebst obigem 35 Kronen. Derjenige, der Organist wäre, müsste aparte für diese Bedienung belohnt werden.

Die Ausgeschossenen der Gemeinde Buchholterberg verpflichteten sich, diesen Bedingungen bestmöglich nachzukommen.

\* Gotthelf schrieb in seinem Roman: Die Käseerei in der Vefreude von ihm: Oberst Rudolf von Effinger von Wildegg, Bauer Soldat, Aristokrat, Oberamtman, Ratsherr, schön und stark von Gesicht und Gestalt, in Gesetzen und Theorien nicht sonderlich bewandert, aber praktisch durch und durch, kurz ein Berner vom reinsten Korn."

Der Oberamtman von Konolfingen erstattete einen ausführlichen Bericht an den Kirchenrat. Zu Art. 1 machte er noch folgende Bemerkung: "Dass ich die Entlassung des jetzigen Schulmeisters Streun deswegen vorzuschlagen gut gefunden habe, weil sich derselbe als ein passierter Vieharzt allzuviel mit der Vieh- und mitunter auch mit der Menschen-Arzney-Kunde, auch mehreren andern Nebenbeschäftigungen abgibt, nebstdem ein politisch schlecht denkender Mensch ist, und unter allen diesen Umständen die Schule augenscheinlich leiden muss."

Zu Art. 6: "Das Schulhaus zu Wacheldorn ist so übel condicioniert und so abgelegen, dass ich bei dieser Gelegenheit in Jahresfrist ein neues und die Anstellung eines andern Schulmeisters vorschlug." (Diese "Jahresfrist" dauerte allerdings lange, da erst 1832 in Wacheldorn ein anderes Schulhaus errichtet wurde.)

Auf dieses Schreiben des Oberamtmanes von Konolfingen hin liess es nun der Kirchenrat mit seiner Forderung an die Buchholterberger bewenden, verlangte aber, dass die 200 Fr. und das bewilligte Holz für die Schule verwendet würden. Das Holz blieb einige Zeit liegen und musste dann als Brennholz versteigert werden.

Am 21. Oktober 1808 wurde nun ein zweiter Schulmeister angestellt. Schulmeister Streun blieb auf seinem Posten, trotzdem er "ein politisch schlecht denkender Mensch war."

Im Jahre 1810 stellte die Gemeinde Buchholterberg an den Oberamtman das Gesuch, beide Schulen im gleichen Zimmer abzuhalten, um Heizung zu sparen. Das Zimmer sei gross genug. Ob dies bewilligt wurde, fand sich nirgends.

In den Wintern 1805/06 und 1806/07 hatte ein Schulmeister Christen Roth an der probeweise errichteten zweiten Schule unterrichtet. Pfarrer Stapfer in Oberdiessbach stellte ihm folgendes Zeugnis aus:

"Christen Roth von Buchholterberg hat in der neulich daselbst gestifteten Schule sich als einen fleissigen und gewissenhaften Lehrer bewiesen und sich den vollkommenen Beifall der Vorgesetzten und Eltern, deren Kinder er letzten Winter unterrichtet hat, erworben. Bey einem sehr mittelmässigen Gehalt, welches durch Unterschriften von 90 zumeist armen Familien zusammen gebracht worden, hat er 116 Kinder durch unermüdeten Fleiss und Geduld soweit gebracht, dass sie bey den abgehaltenen Examen nicht weniger geleistet haben, als andere in längerer Zeit erlernt hatten. Vorzüglich ist dieser Mann wegen seiner Gottesdienstlichkeit, Rechtschaffenheit und seines religiösen Eifers empfehlungswürdig, da diese Eigenschaften mehr als grössere Talente und Geschicklichkeit dazu beitragen können, dem in jenen Gegenden einreissenden Unglauben entgegen zu arbeiten und frühzeitig bey der Jugend Ehrfurcht für Gott und Unterwürfigkeit gegen ihre Oberen zu pflanzen. (!) Ich wage es derothalben ihn Mnghn. des Schul- und Kirchenrates für eine Discretion (Gratifikation) zu empfehlen, um so viel mehr, da er diesen Sommer über unentgeltlich sowohl Sommerschule als auch alle 14 Tage Sonntags-Kinderlehre hält.

Stapfer Pfr."

Diessbach, den 3. September 1806.

Oberamtman von Graffenried unterstützte dieses Gesuch mit der Bemerkung: "Eine solche würde nicht nur Aufmunterung für die Zukunft und ein Sporn sein, in



seinem Eifer fortzuführen, sondern sie könnte auch andere Schulmeister zu einem rühmlichen Nacheifer erwecken und also ein Mittel seyn, der in jenen Gegenden immer mehr überhandnehmenden Irreligiosität zu steuern." Christen Roth erhielt dann 30 Fr. für seinen besondern Eifer.

Nun aber zurück zum Bau des Schulhauses im Badhaus. Am 1. Mai 1811 wurde dieser noch einmal mit 68:30 Stimmen abgelehnt. Aber einige "wohldenkende Hausväter" im innern Bezirk wünschten trotzdem eine neue Schule. Oberamtmann Effinger verlangte denn eine neue Gemeindeversammlung. Da der Obmann im Buchholterberg ein Befürworter der neuen Schule war, und die Opponenten hätten sagen können, er habe die Versammlung nicht neutral geleitet, schickte Oberst Effinger den Gerichtsstatthalter der Kirchgemeinde Diessbach, Christen Stucki in Bleiken in den Buchholterberg, um den Vorsitz an der Gemeindeversammlung einzunehmen. Was kaum zu erwarten war, der Bau eines neuen Schulhauses wurde am 23. 1. 1812 *einhellig* beschlossen. Allerdings wurden folgende Bedingungen gestellt:

1. Wenn der Unterschulmeister auf dem Bruchenbühl ins Badhaus versetzt werden sollte, würde ihm ein billiger Abzug an seinen 35 Kronen Lohn für Wohnung und Land gemacht.

2. Von den 10 Klaftern Holz und 10 Fudern Turbe für die Schule auf dem Bruchenbühl sollen nur 4 Klafter Holz und 4 Fuder Turbe für die Schule im Badhaus verwendet werden, da auf dem Bruchenbühl für die Kinderlehre und die Gemeindeversammlung sehr oft ein Ofen geheizt werden muss. An die Regierung soll ein Gesuch um eine Beisteuer an Brennholz gerichtet werden. Sollte dies nicht bewilligt werden, so sollen sich die Schulmeister mit dem Holz begnügen, oder das allfällig mangelnde selber ankaufen.

3. Für Hausplatz und Pflanzung soll von der untern und der obern Allmend je eine halbe Jucharte eingeschlagen werden.

4. Die Einwohner von Ibach, die ihre Kinder nach Bleiken schicken, und die von Wachseldorn sollen auch fernerhin vom Beitrag an Holz und Turbe befreit sein.

5. Verschiedene im innern Bezirk erklärten sich bereit, freiwillig Arbeit und Führungen zu verrichten und etwas Holz zu liefern.

Der Oberamtmann bat die Regierung, "in Rücksicht des nun erwiesenen guten Willens" der Gemeinde Buchholterberg einen Beitrag von 100 Kronen zu bewilligen.

Und nun gingen sie im Buchholterberg mit gutem Willen und sogar Opferwilligkeit an den Bau des neuen Schulhauses. Es wurde eine Baukommission gewählt: Obmann Hans Gugger, Seckelmeister Zimmermann und alt Obmann Hans Beutler im Teufenbach. Es wurde beschlossen, 150 "Ehrtagwanne" (Gratistagwerke) zu leisten. Jeder "Partikular" hatte die Wahl, einen tüchtigen Arbeiter zu stellen, oder aber 6 Batzen (später 7 1/2 bz) zu bezahlen. Die Zimmerarbeit wurde Zimmermeister Chr. Weiss übertragen. Meister und Gesellen sollen die üblichen Tagelöhne erhalten. Die Fenster mit Viertelflügeln wurden zu 47 Batzen 2 Kreuzer verdingt. Allerdings erhielt der Schreiner später "wegen klagendem Schadens" für jedes der 14 Fenster noch 35 Batzen Trinkgeld. Im Jahre 1822 wurde das Nebentüblein im Schulhaus noch zur Schultube geschlagen.

Im Jahre 1813 wurde ein neues Schulreglement aufgestellt.

Die Grenze zwischen den beiden Schulbezirken bildete der Uelisgraben. Rothachen, Bernegg und Lüzimaad wurden dem Bruchenbühl zugeteilt.

## 2. Errichtung neuer Klassen und weitere Schulhausbauten

Die zwei Schulklassen auf dem Bruchenbühl und im Badhaus genügten natürlich auf die Dauer nicht. Im Jahre 1839 errichteten sie eine zweite Klasse im Badhaus, für den ersten Winter noch in einem gemieteten Lokal im Längenacker. Die Gemeinde reichte einen Plan zur Erweiterung des Schulhauses ein, der aber von der Erziehungsdirektion verworfen wurde. Schulkommissär Molz in Münsingen empfahl Ausführung des Planes und Verschieben eines Neubaus auf bessere Zeiten. Der Umbau wurde denn ausgeführt, und an die Kosten von Fr. 2342,85 erhielt die Gemeinde einen Staatsbeitrag von 10%.

1843 erklärte Schulkommissär Anneler, dringend nötig sei die Teilung der Schule auf dem Bruchenbühl. So wurde denn 1845 in der Wangelen ein einklassiges Schulhaus gebaut. Der Bericht des Brandversicherungsinspektors meldete, das Schulhaus stehe zwar nicht an einem schönen, jedoch sonnigen Ort. Grösse und Einteilung entspreche dem vorgewiesenen Plan, die Schulzimmer und die Lehrerwohnung seien heiter und geräumig. Schulkommissär Anneler fand, "das Schullokal sei von den bessern unter den neuen." Er empfahl einen Staatsbeitrag von 1/8 der Bausumme, da die Gemeinde mit der Reparatur der "neuen, doch schon alten Kirche" grosse Kosten gehabt habe, dazu viele Auslagen für Schulhausbauten und Strassen. Ein Beitrag von 1/8 der Brandversicherungssumme von Fr. 6000 wurde denn gewährt.

Da im Jahre 1839 für die Unterschule im Badhaus nur notdürftig Platz geschaffen worden war, bauten sie 1860 das Schulhaus gründlich um. Im Parterre wurden zwei Schulzimmer errichtet und im ersten Stock zwei Wohnungen. Es wurde ein Plan und Devis an die Erziehungsdirektion eingereicht. Der Kantonsbaumeister beanstandete, dass die Schulzimmer nicht 9 sondern nur 8 Fuss hoch seien. Ferner sollten pro Schulkind 10 Quadratfuss Bodenfläche sein. Er verlangte Kachelöfen oder mit Stein ausgefütterte Eisenöfen. Den Devis fand er zu hoch, 5 Rappen pro Kubikfuss Ausgrabung sei zuviel. Lehrer Hofer im Badhaus ersuchte die Erziehungsdirektion, den Plan zu genehmigen, da Änderungen grosse Kosten verursachen würden. Er hatte festgestellt, dass die Bodenfläche pro Kind im Oberschulzimmer 9 3/8 Quadratfuss und im Unterschulzimmer 9,3 betrage. Schulinspektor Schürch empfahl dieses Gesuch. (Nach dem Schulgesetz von 1856 traten nun an die Stelle der Schulkommissäre vollamtliche Schulinspektoren.) Dem Gesuch von Lehrer Hofer wurde entsprochen. Das umgebaute Schulhaus war nun 75 Fuss lang und 47 Fuss breit. Das Oberschulzimmer mass 25 x 30 Fuss und das Unterschulzimmer 22 x 30 Fuss. Das Schulhaus wurde auf Fr. 10000 geschätzt. Der Staatsbeitrag betrug 10% von 4003,54 Franken.



1858 wurde ein Plan für ein zweiklassiges Schulhaus auf dem Bruchenhühl eingereicht. Schulinspektor Schürch beantragte aber, den Bau auf dem Bruchenhühl zu unterlassen und dafür in der Wangelen eine zweite Klasse zu errichten, da die dortige Schule 129 Kinder zählte. Auf Martini 1859 wurde denn diese 2. Klasse in der Wangelen eröffnet. Das Schulhaus auf dem Bruchenhühl wurde nicht um ein Stockwerk erhöht, sondern nur neu unterbaut.

Im Jahre 1872 zählte die Oberschule im Badhaus 101 und die Unterschule 102 Schüler. Es wurde deshalb die Errichtung einer 3. Klasse beschlossen und zu dem Zwecke auf der Ostseite des Schulhauses ein Anbau erstellt. Der Staat bewilligte einen Beitrag von 5% an die Baukosten von Fr. 7296.

Viel zu reden gab die Errichtung einer Unterklasse auf dem Bruchenhühl. Schon im Jahre 1871 forderte Schulinspektor Lehner eine Trennung der Gesamtschule. Der Regierungsstatthalter von Thun unterstützte diese Forderung energisch. Am 13. Mai 1874 erläuterte Gemeindeschreiber Johann Wiedmer in einem Schreiben von 8 Folioseiten die Gründe, warum die Gemeinde Buchholterberg der Aufforderung noch nicht nachgekommen sei. Es könne nicht alles aufs Mal geschehen. Die Gemeinde sei stark verschuldet und habe eine Telle von 4 1/2 vom Tausend. Schwere Hagelwetter hätten die Gegend heimgesucht, so dass der Buchholterberg als "Hagelschmidte" bezeichnet werde. Auch der Staat müsse sich ans Budget halten und nötige Aufgaben verschieben, z.B. "die Korrektur der tierquälerischen Bachstrasse." Im Jahre 1873 sei eine Baukommission ernannt worden, und am 16. April 1874 sei der Baubeginn auf 1875 festgesetzt worden. Auch der Schulbezirk Bruchenhühl wisse, "wo die Gemeinde der Schuh drückt, dass man beinahe nicht mehr gehen, geschweige noch laufen kann." "Die hiesige Gemeinde muss nicht mit allen gesetzlichen Mitteln zur Trennung der Schule auf dem Bruchenhühl gezwungen werden. Sie wird es freiwillig tun, wenn es die Verhältnisse gestatten. Sie wird sich ans Budget halten, wie es die Regierung tut." Auf Aufforderung des Kantonsbaumeisters sandte die Gemeinde 1874 noch einen genaueren Plan ein.

Der Bau wurde aber nicht ausgeführt. Der Befehl von oben verärgerte die Bürger, und an einer stürmisch verlaufenen Gemeindeversammlung vom 15. April 1875 stimmten nur 8 oder 10 für den Bau und 60 enthielten sich der Stimme. Darauf richtete der Gemeinderat ein Gesuch an den Regierungsrat, die Sache verschieben zu dürfen. Gemeindeschreiber Johann Wiedmer legte noch einmal die schwierige Finanzlage der Gemeinde dar. Die Telle musste auf 5 vom Tausend erhöht werden, und das Defizit beträgt im Armen- und Gemeindegewesen 31076 Fr. Von 287 Liegenschaftsbesitzern sind nur 12 schuldenfrei. Der Schuldenabzug hat sich seit 1867 um 203160 vermehrt, trotzdem die Bevölkerung häuslich und sparsam ist.

Betreffend den Schulhausbau stellte der Gemeinderat die Fragen:

- a. "Tut das Gesetz und das absolute Bedürfnis dies in der Gegenwart erfordern? ? ?
- b. Muss dies gerade jetzt sein? ? ?

c. Oder kann dieses für einstweilen noch verschoben werden, um es damit möglich zu machen, mit der Tilgung der Defizite fortzufahren? "

Der Gemeinderat rechnete dem Regierungsrat anhand der Schülerzahlen vor, dass die Errichtung einer neuen Klasse nicht so dringend sei. Das Schulgesetz von 1871 erlaubte für Gesamtschulen eine Schülerzahl von 70 und für geteilte Klassen 80. Im Buchholterberg seien 366 Schüler oder auf eine Klasse 61. Es dürften also 470 Kinder sein, seien aber nur 366, mithin 104 weniger. Von der Schule auf dem Bruchenhühl könnten 8 Kinder der Schule von Wangelen zugeteilt werden und 8 ins Badhaus. Dann wären es nur 53, also 17 unter dem erlaubten Maximum. "Wenn man nicht päpstlicher sein will als der Papst, so müsste auf dem Bruchenhühl keine zweite Klasse errichtet werden."

Am 8. Juni 1875 richteten 11 Hausväter vom Bruchenhühl ein Schreiben an den Schulinspektor, in dem sie bedauerten, dass es einer gewissen, nicht gerade schulfreundlichen Persönlichkeit gelungen sei, den Schulhausbau zu hintertreiben. Sie verwahrten sich dagegen, dass die Gemeinde das günstig angekaufte Bauholz wieder verkaufe. Der Schulinspektor unterstützte dieses Schreiben. Er verlangte noch einmal die Trennung der Schule. Die Erziehungsdirektion entsprach aber dem Gesuch des Gemeinderates von Buchholterberg, und der Schulhausbau auf dem Bruchenhühl blieb noch 25 Jahre liegen.

Im Jahre 1898 sollte auf dem Bruchenhühl der abteilungsweise Unterricht eingeführt werden, da die Schülerzahl 74 betrug. Das passte aber der Bevölkerung aus begreiflichen Gründen nicht. Der Schulinspektor, die Mitglieder der Schulkommission vom Bruchenhühl und 53 Hausväter verlangten die Errichtung einer 2. Klasse auf den Herbst 1899. Die Gemeindeversammlung vom 26. Januar 1899 beschloss aber, den Umbau des Schulhauses erst im Jahre 1900 auszuführen. Nachdem Gemeinderat K. Wyss beim Schulinspektor und auf der Erziehungsdirektion vorgesprochen hatte, wurde diese Verschiebung um ein Jahr genehmigt.

Am 28. Oktober 1899 wurden Plan und Devis eingereicht. Im Parterre wurden zwei Schulzimmer und im ersten Stock zwei Wohnungen vorgesehen. Mit Ausnahme der Aborte wurde der Plan genehmigt. Für diese wurden Zwischenwände zwischen den Sitzen verlangt. Mit den bereinigten Plänen wünschte der Gemeinderat einen Staatsbeitrag von 20% an die devisierte Summe von Fr. 8150. Auf dem Gesuch steht mit Rotstift geschrieben: "Keine Rede von mehr als zehn Prozent!" Die Gemeinde erhielt denn 10% an die Baukosten von 8148,35 Franken. Was lange gewährt hatte, kam endlich gut.

Im Jahre 1909 verlangte der Schulinspektor die Errichtung einer 4. Klasse im Badhaus und den Bau eines neuen Schulhauses. 1912 wurde beschlossen, auf die Sache einzutreten, und eine Baukommission gewählt, die Mitglieder der Schulkommission und Grossrat Fritz Beutler. Im folgenden Jahre erhielt die Baukommission den Auftrag, Pläne und Devis erstellen zu lassen.

- a. Für ein neues Schulhaus.
  - b. Für den Umbau des Hauses G. Wiedmer als Lehrerhaus.
- Am 24. Juli 1913 wurden dem Gemeinderat vorgelegt:



1. Projekt Zeerleder+Bösiger: Schulhaus mit 4 Klassen und 2 Wohnungen, Ring Massivbau 67 000 Fr., Bau ganz in Holz 65000 Fr.
2. Projekt Linder, Jassbach: 4klassiges Schulhaus in Holz mit 3 Lehrerwohnungen ca 76000 Fr.
3. Projekt Linder mit nur 2 Lehrerwohnungen ca 63400 Fr.

4. Projekt Wiedmer:	ca 60000 Fr.
a. Schulhaus mit 1 Lehrerwohnung	ca 8500 Fr.
b. Umbau Haus Wiedmer	ca 30000 Fr.
c. Ankauf Besitzung Wiedmer	ca 98500 Fr.
Total	

Der Gemeinderat stellte keinen Antrag, auch die Schulkommission nicht.

Am 31. Juli 1913 fand eine ausserordentliche, von 53 Stimmberechtigten besuchte Gemeindeversammlung statt. Mit 42 Stimmen wurde ein Neubau beschlossen. Ein Antrag: 4klassiges Schulhaus mit 1 Lehrerwohnung und separates Lehrerhaus mit 3 Wohnungen erhielt 33 Stimmen, Umbau des alten Schulhauses 14 Stimmen, neuer Plan von einem Architekten in Thun 27 Stimmen, Plan Zeerleder und Bösiger 12 Stimmen.

Was nun nach diesen ziemlich umstrittenen Beschlüssen in der Gemeinde herum verhandelt wurde, steht in keinem Protokoll. Am 14. August 1913 verlangten 106 Bürger unterschrieben eine Wiedererwägung der Beschlüsse vom 31. Juli. Am 4. September fand eine neue Gemeindeversammlung statt. Für Wiedererwägung stimmten 58, für Nichteintreten 21. Nach Antrag des Gemeinderates wurde mit 50:4 Stimmen ein vierklassiges Schulhaus mit 2 Wohnungen beschlossen. Die Wahl des Architekten wurde der neu gewählten 7gliedrigen Baukommission übertragen. Am 2. Januar 1914 wurde wieder eine Gemeindeversammlung abgehalten. Die Baukommission legte zwei generelle Projekte vor, das eine vom Architekturbüro Zeerleder und Bösiger und das andere von Architekt Kramer in Thun. Die kantonale Baudirektion empfahl das erste. Wie stark man sich in Bern mit den statischen Berechnungen des unglücklichen Holzbaues befasst hat, ist fraglich. Bei 78 Anwesenden wurde der Bau eines neuen Schulhauses nach den Plänen des Architekturbüros Zeerleder und Bösiger mit 69 Stimmen beschlossen. Die im Jahre 1920 abgeschlossene Baurechnung lautete auf Fr. 95611,60. Darin waren inbegriffen notwendige "Verstärkungsarbeiten" im Betrage von Fr. 1078,90, an die allerdings das Architekturbüro Fr. 1000.— leistete. Der ordentliche Staatsbeitrag betrug Fr. 8'525,55 und dazu ein ausserordentlicher Fr. 6000.—. Das alte Schulhaus wurde für Fr. 1800 versteigert.

Schon im Jahre 1918 beschwerte sich die Lehrerschaft über schwere Mängel in den neuen Wohnungen. Durch Verranden der Aussenwände suchte man diese zu verkleinern. Später mehrten sich die Klagen über den schlechten baulichen Zustand des Schulhauses im Badhaus. Im Jahre 1949 wurde eine gründliche Überprüfung des Baues durch einen Fachmann beschlossen. Zugleich wurde den beiden im Schulhaus wohnenden Lehrkräften eine Wohnungsentschädigung zugesichert, falls sie eine

andere Wohnung beziehen würden. Bei stürmischem Wetter wurde es eben in der Dachwohnung oben zu ungemütlich.

Im folgenden Jahre wurde ein Um- oder Neubau vorgesehen und die ganze Baugeschichte von 1914 genau überprüft, wobei festgestellt wurde, dass die staatlichen Organe mitverantwortlich waren am misslungenen Bau, da sie die Ausführung ganz in Holz empfohlen hatten. Am 9. März 1950 fand eine Besichtigung des baufälligen Schulhauses statt. Anwesend waren Erziehungsdirektor Dr. Feldmann, Kantonsarchitekt Egger, Architekt Zeerleder, Schulinspektor Kasser, sowie der Gemeinderat, die Schulkommission und die Lehrerschaft.

Am 11. Dezember 1950 wurde der Bau eines neuen Schulhauses beschlossen und eine Baukommission gewählt. Am 15. Juni 1951 fand noch einmal eine Besprechung mit den kantonalen Behörden: Regierungsrat Dr. Feldmann, Kantonsbaumeister Türlér, Dr. E. Burgdorfer, Architekt Keller und Schulinspektor Kasser statt. Neben dem Gemeinderat und der Schulkommission nahmen auch Grossrat E. Wiedmer und Zimmermeister Roth teil. In Anbetracht der besondern Umstände wurde vom Staate eine ausserordentliche Subvention zugesichert. Die Schulklassen wurden in gemieteten Räumen untergebracht und es konnte mit dem Abbruch des Schulhauses begonnen werden. Es war eine bittere Angelegenheit, wenn man bedenkt, dass das mehr als 100jährige Schulhaus in der Wangelen weiterhin seinen Dienst verrichten musste. Am 20. Juli 1951 bewilligte der Grosse Rat eine Subvention von 34 + 20%. Es wurden 4 Klassenzimmer mit den nötigen Nebenräumen erstellt, ein Massivbau, der vielleicht etwas weniger gut in die Landschaft passt, dafür aber länger seinen Dienst tun wird als sein Vorgänger. Es war im Jahre 1914 ein Fehler, zu sehr den Heimatschutzgedanken in den Vordergrund zu stellen. Die Baukosten des neuen Schulhauses stellten sich auf Fr. 528 368,85.

Da das Schulhaus keine Lehrerwohnungen enthielt und im Buchholterberg schwer solche zu mieten waren, wurde im Jahre 1960/61 ein Dreifamilienlehrerhaus erstellt, woran der Staat eine Subvention von 68 1/2 % entrichtete.

Damit war aber die ziemlich schwer belastete Gemeinde Buchholterberg noch nicht fertig mit ihren Schulhausbaupflichten. Im Jahre 1964 musste das 1845 erbaute Schulhaus in Wangelen durch einen Neubau ersetzt werden. Anstatt im etwas düstern Graben unten wurde nach den Plänen von Architekt K. Ligenstorfer in Thun auf einem sonnigen Platze ein Neubau erstellt, nicht nur sehr solid und zweckmässig, sondern auch gut in die Landschaft passend. Die Kosten beliefen sich auf Fr. 832 255,90 und der Staatsbeitrag von rund 68% auf Fr. 565 905,40. Es ist interessant, die Baupreise von 1812 bis 1964 zu vergleichen. Damals entsetzte man sich über die Tausende, später über die Zehntausende und heute muss man sich bei kleineren Bauten an die Hunderttausende gewöhnen. Zum Glück hat in den letzten Jahren der Staat den finanzschwachen Gemeinden den grösseren Teil der Lasten abgenommen, sonst wäre es diesen gar nicht möglich gewesen, zeitgemässe Schulhausbauten zu errichten.



Zum Schluss sei noch erwähnt, was auf dem Bruchenhühl mit dem in alter Zeit einzigen Schulhaus im Buchholterberg vorgenommen wurde. Einen dritten Neubau konnte sich die Gemeinde in so kurzer Zeit nicht leisten. Da es der bauliche Zustand erlaubte, konnte man es mit einer gründlichen Renovation bewenden lassen. Die Zentralheizung wurde eingerichtet und in der Lehrerwohnung im ersten Stock ein Badzimmer eingebaut, so dass für etliche Jahre befriedigende Verhältnisse geschaffen werden konnten. Die Gemeinde Buchholterberg hat sonst noch allerhand grosse Aufgaben vor sich: Strassenkorrekturen, Erneuerung der Entsumpfungen, Wasserversorgung, Güterzusammenlegung u.s.w.

Anschliessend noch etwas über die Beteiligung der Gemeinde Buchholterberg an der *Sekundarschule Unterlangenegg*. Am 4. Sept. 1949 wurde ein Gemeindeverband gegründet, dem sich auch Buchholterberg anschloss. Am 17. April 1950 wurde die Schule eröffnet. An die Baukosten des Sekundarschulhauses leistete der Buchholterberg Fr. 111'254. An die Betriebskosten trägt die Gemeinde Buchholterberg rund 1/4 bei, was in den Jahren 1968 und 1969 Fr. 25000 ausmachte.

Sowohl bei den Baukosten wie bei den Betriebskosten wurde berücksichtigt, dass 1/4 der Gemeinde Buchholterberg nicht an der Sekundarschule Unterlangenegg, sondern an derjenigen von Oberdiessbach interessiert ist. Die Verteilung der Kosten unter die Verbandsgemeinden geschieht:

- a. zu 2/5 nach Tragfähigkeitssumme
- b. zu 1/5 nach Einwohnerzahl
- c. zu 2/5 nach Schülerzahl

Im Frühling 1969 besuchten 35 Schüler von Buchholterberg, bei einem Bestand von 121, die Sekundarschule in Unterlangenegg. (Mitg. von a. Sek.lehrer F. Müller.)

### 3. Ibach und die Schule von Bleiken

Bis zum Bau des Schulhauses in der Wangelen besuchten die Kinder von Ibach die Schule von Bleiken. Im Jahre 1811 wurde beschlossen, an Bleiken einen jährlichen Beitrag von 6 Kronen zu entrichten. 1820 zahlte der Buchholterberg einen Beitrag von 130 Kronen an das neue Schulhaus in Bleiken.

Im Jahre 1826 reichten die Bewohner von Bleiken eine Beschwerde gegen ihren Schulmeister Reber an die Erziehungsdirektion ein. Zehn Familienväter von Ibach meldeten aber der Erziehungsdirektion, sie möchten den Schulmeister behalten, "weil er sich, so lange wir ihn gekannt und uns im Wissen ist, in seinem Leben und Wandel wohl und ehrlich betragen und in betreff des Schuldienstes nichts ob ihm zu klagen haben und wohl mit ihm zufrieden sind." Schulmeister Reber wurde aber entlassen und stellte noch eine nachträgliche Lohnforderung, an die Buchholterberg einen Beitrag leisten sollte. Sie weigerten sich aber, "weil sie den Schulmeister nicht entlassen haben." Im Jahre 1833 lehnten die Buchholterberger einen Beitrag an die Erhöhung des Lehrerlohnes in Bleiken ab. Von 1845 an konnten die Kinder von Ibach nun die neu errichtete Schule in Wangelen besuchen.

### 4. Von den Lehrerbesoldungen

Bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts waren die Lehrer schlecht besoldet, vor allem aus in den abgelegenen Gegenden. Nach der Eröffnung der Schule im Badhaus gab die von Anfang an viel zu niedrig angesetzte Besoldung des dortigen Lehrers viel zu reden. Er erhielt 20 Kronen in bar, und die Wohnung, und 3/4 Jucharten Land waren auf 15 Kronen geschätzt. Der Lehrer auf dem Bruchenhühl war etwas besser besoldet, da er bis zum Bau der Kirche in Heimenschwand noch Kinderlehre zu halten hatte und das Predigtlokal besorgen musste. Die Wünsche des Oberamtmanns und des Schulkommissärs um Erhöhung der Besoldung des Lehrers im Badhaus wurden 1813, 1819 und 1820 abgelehnt. Man fand, die 20 Kronen oder 50 alte Franken seien genug. Im Jahre 1839, als nun das Schulhaus auf dem Bruchenhühl nicht mehr für die Predigt und Kinderlehre benutzt wurde, stellte Helfer Flügel den Antrag, die Lehrerbesoldungen an beiden Schulen gleichzustellen, nämlich inkl. Naturalien auf 121 Franken, 2 Batzen 5 Rappen.

Nach einer Statistik vom Jahre 1837 gehörte der Buchholterberg zur untersten Kategorie im Kanton Bern. Es erhielten nämlich unter 150 Fr. 478 Lehrer, 150–200 Fr. 194, 200–250 Fr. 138 und über 250 Fr. 171 Lehrer. Im Vergleich dazu bezog ein Landjäger 300 Franken, ein Ziegenhirt 100–150 Fr., ein Schweinehirt und ein Mauser 150 Franken.

Buchholterberg:	Land,		Holz +	
	Wohnung	in bar:	Torf	Total:
Schule Wangelen	90.—	260.—	80.—	430.—
Bruchenhühl	80.—	270.—	80.—	430.—
Obersch. Badhaus	80.—	270.—	80.—	430.—
Untersch. Badhaus	40.—	160.—	80.—	280.—

Die meisten Lehrer gehörten in dieser Zeit zu den Armen, wenn sie nicht einen namhaften Nebenverdienst hatten. Das beweist etwa folgendes. Der Unterlehrer Streun im Badhaus bat in den Jahren 1853 und 1854 die Erziehungsdirektion um eine Steuer zum Ankauf von Kartoffelsaatgut. Helfer Flügel und der Gemeinderat unterstützten dieses Gesuch. Auch Oberlehrer Johann Roschi, der zugleich Gemeindeschreiber war, empfahl es, da er dem armen Kollegen schon einen Vorschuss von Fr. 108 gegeben hatte. Einen Trost hatte der brustkranke Lehrer Streun, der für eine kranke Frau, eine gebrechliche Tochter und zwei schulpflichtige Knaben zu sorgen hatte, dass es im Buchholterberg damals eine Menge anderer armer Leute gab.

Auch sein Kollege Zaugg in der Wangelen richtete im Jahre 1856 ein Bittgesuch an die Erziehungsdirektion, es möchte ihm eine Beisteuer an seinen Hagelschaden gesprochen werden. Um sein mageres Einkommen zu verbessern, hatte er Land gepachtet und mit Kartoffeln und Getreide angebaut. Eines der häufigen Hagelwetter hatte ihm einen Schaden von Fr. 410.— verursacht. Wie es zur gleichen Zeit um den armen Peter Dubach stand, ist in der Schulgeschichte von Wachseldorn zu lesen.



Das Besoldungsgesetz von 1859 schrieb dann eine Minimalbesoldung von Fr. 500.– (220.– Fr. vom Staat und 280.– Fr. von der Gemeinde) nebst Wohnung, 3 Klafter Holz und 1/2 Jucharte Land vor. Die Primarschulgesetze von 1870 und 1894, sowie das Besoldungsgesetz von 1909 brachten kleine Verbesserungen der Lehrerbesoldung, aber erst das Gesetz vom 21. März 1920 mit seinem Lastenausgleich zwischen Staat und Gemeinden löste die Frage der Lehrerbesoldungen in befriedigender Weise. Vorher war es den Gemeinden mit geringer Steuerkraft nicht möglich, anständige Gehälter auszus zahlen.

#### 5. Etwas vom Schulbetrieb im 19. Jahrhundert

Zum bessern Verständnis mag hier eine kurze Darstellung der Schulgesetzgebung im vorigen Jahrhundert am Platze sein. Von den Zuständen im 18. Jahrhundert war weiter vorn die Rede. Im Jahre 1799 liess der Minister der Künste und Wissenschaften im helvetischen Direktorium Philipp Albert Stapfer genaue Erhebungen über das Schulwesen zusammenstellen. Diese "Stapfersche Schulenquete" gibt uns zuverlässige Kunde vom Stand des Schulwesens am Ende des 18. Jahrhunderts. Leider fehlt darin der Distrikt Steffisburg, zu dem der Buchholterberg damals gehörte. Minister Stapfer hätte sicher grosse Pläne zur Verbesserung des Schulwesens bereit gehabt. Bevor es aber zum Erlass der nötigen Gesetze kam, war seine Uhr abgelaufen. Mit dem Abzug der französischen Truppen aus der Schweiz brach das Kartenhaus des helvetischen Einheitsstaates zusammen, und die Zustände vor 1798 kehrten wieder zurück.

Am 17. Juni 1807 fasste der Kleine Rat des Kantons Bern einen "Beschluss zur Verbesserung des Landschulwesens." Er beauftragte den Kirchenrat, dem das Schulwesen noch immer unterstellt war, Normalkurse zur Ausbildung von Lehrern zu veranstalten. Diese wurden meistens von Pfarrern durchgeführt. Den Kandidaten sollten die "jedem Schullehrer unumgänglich nötige Fähigkeit und Wissenschaft" beigebracht werden. Es betraf dies: ein wenig Methodik, Religion, Lesen, Schreiben, Rechnen mit den vier Spezies in ganzen Zahlen und für Vorgerückte Rechnen mit Brüchen, Regeldetri und Heustockrechnungen. Dass im Verlauf von einigen Monaten nicht viel erreicht werden konnte, ist klar. Am Ende des Kurses fand eine Prüfung statt, und wer diese bestand, erhielt ein Zeugnis, dass er sich bei allen freiverdenden Stellen melden konnte, wobei er wieder einer Prüfung vor dem Oberamtmann, dem Schulkommissär und der Schulkommission unterzogen wurde. Das Zeugnis war also kein eigentliches Lehrpatent. Für das Jahr 1807 sprach der Kleine Rat einen Kredit von 5000 Franken zur Veranstaltung solcher Normalkurse. Bis zur Regeneration war die Primarschule nicht viel mehr als eine Vorbereitung für den kirchlichen Konfirmandenunterricht.

Im Jahre 1831 wurde ein Schulartikel in die Verfassung aufgenommen. Er lautete: "Die Befugnis zu lehren ist unter gesetzlichen Bestimmungen freigestellt. Niemand darf die seiner Obhut anvertraute Jugend ohne den Grad von Unterricht

lassen, der für die untern Schulen vorzuschreiben ist. Die Sorge für Erziehung und Unterricht ist Pflicht des Volkes und seiner Stellvertreter. Der Staat soll die öffentlichen Schul- und Bildungsanstalten unterstützen und fördern."

Am 1. Oktober 1835 trat das erste Gesetz über die öffentliche Primarschule in Kraft. Mit einem wahren Enthusiasmus ging man ans Werk, galt es doch, für die Demokratie möglichst bald urteilsfähige, verantwortungsbewusste Bürger heranzubilden. Die Schule sollte nach abgelaufenem 5. Altersjahr bis zur Konfirmation besucht werden. Die jährliche Wochenzahl wurde auf 44 (!) festgesetzt, was für einen landwirtschaftlichen Kanton natürlich zu hoch gegriffen war. Nur auf Gesuch hin durften längere Ferien als 8 Wochen im Sommer gestattet werden. Als obligatorische Schulfächer galten: Christliche Religion, Muttersprache, Kopf- und Zifferrechnen, Schönschreiben und Gesang. Fakultativ waren je nach Fähigkeit des Lehrers und Vorbildung der Schüler: Linearzeichnen, Geschichte, Erdbeschreibung, Naturgeschichte und Naturlehre, Staatskunde und Buchführung. Die Gemeinden konnten zum Bau von Schulhäusern angehalten werden. Wahlbehörde für die Lehrer war auf Vorschlag der Schulkommission und des Schulkommissärs der Gemeinde-rat. Die Aufsicht über das Schulwesen führten 80 Schulkommissäre, ausschliesslich Pfarrer. Der Buchholterberg gehörte zum Kreis Wichtrach. Im Jahre 1833 wurde das Lehrerseminar in Münchenbuchsee eröffnet. Das Schulgesetz von 1835 brachte die erhoffte Besserung des Schulwesens noch nicht. Hinderlich waren die viel zu grossen Klassen, der sehr schlechte Schulbesuch, die mangelhafte Vorbildung der meisten Lehrer und das Fehlen von Lehrmitteln. Im Jahre 1839 hatten von 1000 Lehrern nur 150 eine Seminausbildung genossen, und die Grösse der Klassen betrug 120–150.

Der Schulartikel der Verfassung von 1846 lautete ähnlich wie der von 1831. In den Jahren 1847 und 1851 wurden neue Schulgesetze entworfen, die aber der politischen Wirren wegen nicht zustande kamen. Erst 1856 entstand ein neues Schulgesetz. Die Schulpflicht begann nun nach dem zurückgelegten 6. Altersjahr. Die Primarschule wurde in drei Stufen eingeteilt, die Unterstufe 1.–3. Schuljahr, die Mittelstufe 4.–6. Schuljahr und die Oberstufe 7.–9. Schuljahr. In Gesamtschulen sollten nicht mehr als 80, in zweistufigen nicht mehr als 90 und in einstufigen Schulen nicht mehr als 100 Kinder sein. Die Schulzeit wurde für die 1. und 2. Stufe auf jährlich 36 Wochen und 900 Stunden und für die 3. Stufe auf 34 Wochen und 840 Stunden festgesetzt. Dem zum Teil miserablen Schulbesuch sagte man mit etwas schärfern Bestimmungen den Kampf an. Bei 1/6 unentschuldigter Absenzen innerhalb einer Zensurperiode wurde eine schriftliche Mahnung verfügt und bei Wiederholung im gleichen Semester erfolgte Anzeige, ebenso erstmals bei 1/3 Absenzen. Die Busse betrug im ersten Fall 1–3, im zweiten 3–6 und im dritten Fall 4–8 Franken.

Im Jahre 1856 wurde das hauptamtliche Schulinspektorat eingeführt. Der Buchholterberg gehörte zuerst zum Kreis Emmental und von 1864 an zum Kreis Mittelland.

Im Jahre 1864 wurden die Mädchenarbeitsschulen obligatorisch erklärt.



Nach dem Schulgesetz von 1870 wurden die Lehrer von der Gemeinde auf 6 Jahre gewählt. Die maximalen Schülerzahlen pro Klasse wurden etwas reduziert, für Gesamtschulen auf 70 und für geteilte Schulen auf 80 Kinder. Das Absenzenwesen war immer noch ein Krebsübel der Schule. Erst das Schulgesetz von 1894 verfügte eine Anzeige an den Richter bei mehr als 1/10 unentschuldigter Absenzen innerhalb einer Zensurperiode. (heute 1/12.)

Wie ernst man es mit der Beaufsichtigung der Schulen nach dem Schulgesetz von 1835 nahm, soll uns ein Visitationsbericht über die Schule auf dem Bruchenhühl von 1843/44 zeigen. Nicht weniger als 26 Fragen hatte der Schulkommissär nach einem vorgedruckten Schema zu beantworten.

1. Welche *Fächer* wurden unterrichtet?

*Religion*: Geringe Kenntnisse, wenig Leben und Wärme, Vortrag trocken.

*Lesen und Erklären*: Es kommen noch viele Fehler vor, Ausdruck leidlich, Erklären passiert.

*Sprachlehre, Aufsatz, Orthographie*: Dieses Fach wird im Verhältnis zu sonstiger Bildungsstufe der Schüler ziemlich befriedigen.

*anschauungsunterricht*: Nichts.

*Gedächtnisübungen*: Catechismus-Sprüche gut, anderes wenig, namentlich Gellert wenig.

*Kopfrechnen*: Langsam.

*Zifferrechnen*: Wenig vorgerückt und eingeübt.

*Schönschreiben*: Ordentlich.

*Gesang*: Brav.

Linearzeichnen, Geschichte, Geographie, Naturlehre, Naturgeschichte, Verfassungslehre, Buchhaltung: Nichts.

2. Waren gehörige *Unterrichts- und Stundenpläne* vorhanden und wurden sie befolgt? Ja.

3. Sind die vom Lehrer entworfenen Unterrichts- und Stundenpläne der Schulkommission vorgelegt und vom Schulkommissär geprüft und genehmigt worden? Wann das letzte Mal? Zu Anfang des Schuljahres.

4. Welche *Lehrmittel* wurden gebraucht?

a. Im Religionsunterricht? Helvetische Kinderbibel und Katechismus.

b. In der Sprache? Als Lesebücher dienen die obigen und das N. Testament. Der Lehrer braucht den Wüst.

c. Bei den Gedächtnisübungen? Catechismus, Sprüche, auch Gellert und Psalmen.

d. Beim Kopfrechnen?

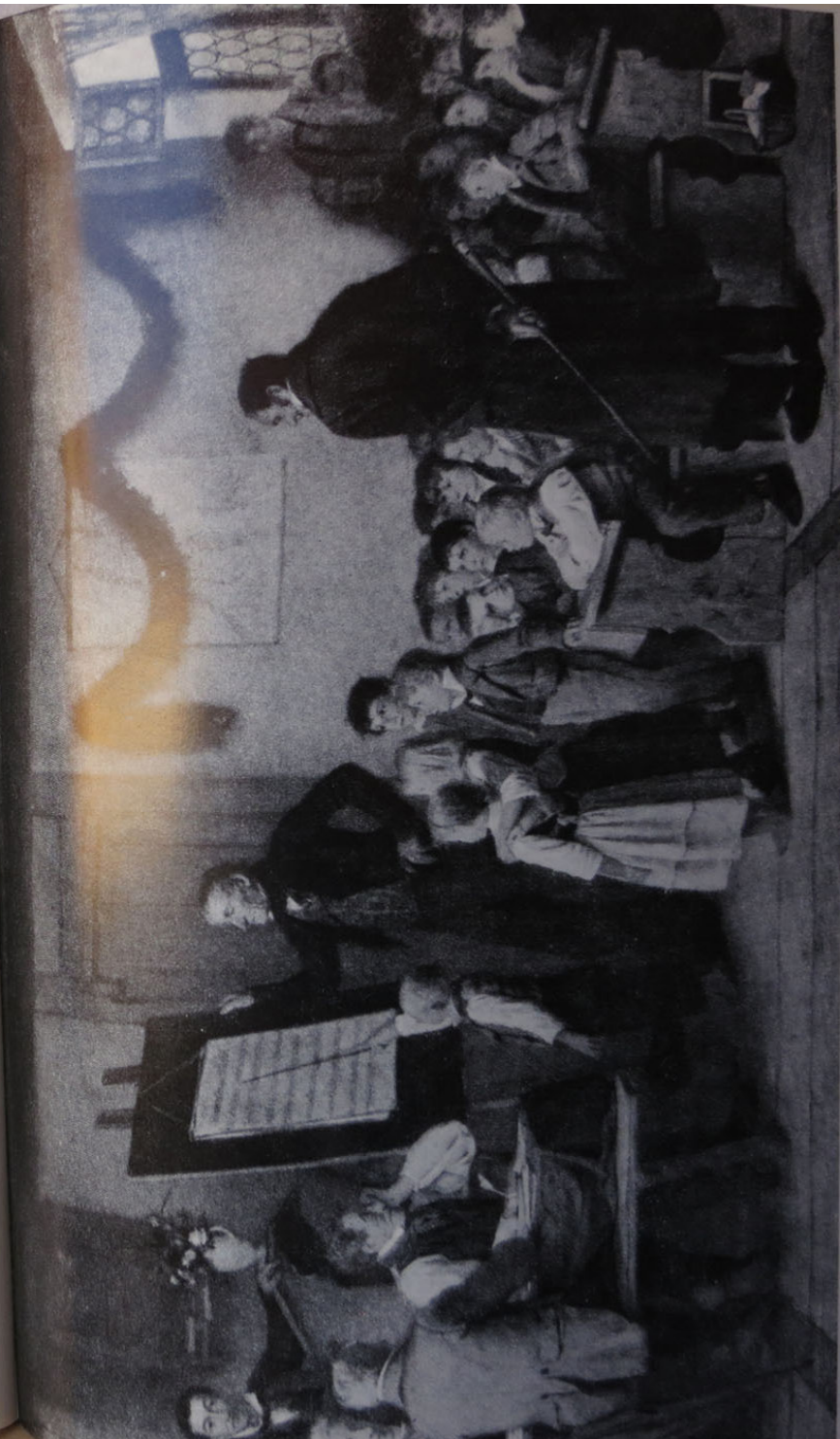
Nach Lehre von Scholz.

e. Beim Zifferrechnen?

f. Beim Schönschreiben? Wegmüller.

5. War die Schule hinlänglich mit Lehrmitteln versehen? Nicht genügend.

6. An welchen Lehrmitteln leidet die Schule Mangel? Kinderbibeln, Psalmenbücher und Lesebücher.



Albert Anker: Das Schulexamen



7. Hat der Lehrer die Schule regelmässig gehalten und überhaupt seinem Amte treu obgelegen? Ja.

8. Hat er für seine *Fortbildung* gesorgt und wie? Durch Abendstunden beim Ortsgeistlichen.

Besucht er Lehrerkonferenzen? Ja, 2 verschiedene.

9. Treibt der Lehrer eine die Schule beeinträchtigende *Nebenbeschäftigung*?

Nein.

10. Wie ist das *Betragen des Lehrers* in und ausser der Schule? Zur Zufriedenheit.

11. Führt der Lehrer

a. Eine genaue *Kontrolle* über die Anwesenheit der Kinder? Ja.

b. Ein *Inventar* über die Lehrmittel? Ja.

c. Ein vollständiges *Tagebuch*? Ja.

12. Ist die Schule regelmässig gehalten worden und in wieviel wöchentlichen Stunden?

a. Im Winter? 24 Stunden.

b. Im Sommer? 18 Stunden.

13. Sind über die gesetzlichen 8 Wochen hinaus *Ferien* gegeben worden? Wie lange? 4 Wochen und zwei andere Wochen, im Herbst kam sonst niemand mehr.

14. Ist die Schulkommission zu vermehrten Ferien ermächtigt worden und wann? Am 20. Mai 1844.

15. Welches war das Minimum und das Maximum der Kinder dieser Schule, die dieselbe in den einzelnen Tagen besucht haben und welches ist die Durchschnittszahl der *Schulbesuche*?

a. Im Winterhalbjahr? Minimum 17, Maximum 66, Durchschnitt 46 von 75 Kindern.

b. Im Sommerhalbjahr? Minimum 0, Maximum 50, Durchschnitt 20 1/4.

16. Wieviele Tage werden *Schulversäumnisse* gestattet, bevor die Fehlbaren zur Verantwortung gezogen worden sind? Durchschnittlich die Hälfte.

17. Wie gross ist die Zahl der Fehlbaren, welche vor die Schulkommission zur Verantwortung und Ermahnung persönlich beschieden worden sind? Niemand.

Wieviele wurden schriftlich oder mündlich an ihre Pflicht gemahnt? 43 Personen.

18. Wieviel Eltern oder Vormünder sind dem Richter zur Bestrafung überwiesen worden? Niemand.

19. Hat der Richter denselben Strafen aufgelegt und welche?

20. Wie oft ist im Laufe des Jahres die Schule von Mitgliedern der Schulkommission besucht worden? 5 mal, worunter einmal von 2 Mitgliedern.

Wie oft mal von andern Personen? 6 mal vom Ortsgeistlichen.

21. Wieviele Sitzungen hat die Schulkommission abgehalten? 10 Sitzungen.

22. Führt sie ein ordentliches Protokoll über ihre Verhandlungen? Ja.

23. Wie oft hat der Schulkommissär die Schule besucht? 1 mal.

24. Bietet das Schulzimmer genügenden Raum dar und ist es nebst den Gerätschaften in ordentlichem Zustande? Nein, zu klein, eng, niedrig und finster.



25. Gehört die Schule in die Kategorie? Der mittelmässigen und zwar der minderen.

26. Was könnte und sollte getan werden zur Hebung dieser Schule? Dem Hauptübel der Überfüllung ist in diesem Schuljahr provisorisch durch Anstellung eines Gehülfen für die Unterklasse ein wenig abgeholfen worden, wird aber mehr und besser geschehen, wenn die beschlossene Errichtung einer neuen Schule im äusseren Bezirk bewerkstelligt sein wird, wozu Anstalten getroffen werden.

Oberdiessbach im Christmonat 1844.

Der Schulkommissär: Anneler, Pfr."

Die Berichte der beiden Schulen im Badhaus lauteten ähnlich. Die Oberschule zählte 95 Kinder. Im Sommer waren durchschnittlich 19 da und im Winter 51. Der Schulkommissär wünschte: "Vor allem fleissigeren Schulbesuch und dann auch einen lebendigeren Unterricht." Die Unterschule zählte 78 Kinder. Vom Lehrer meldete der Schulkommissär: "Auch bei grösserem Schulfleiss würde es dieser Lehrer nicht viel weiter bringen. Es fehlt ihm nicht so sehr an Kenntnissen als an Charakter und Kraft. Alle Ermahnungen sind umsonst, er kann nicht anders. Vielleicht ginge es noch in einer ganz kleinen Schule."

Wir sehen, dass die Erziehungsdirektion recht hohe Anforderungen an die Schule stellte, aber bei dem schlechten Schulbesuch und den grossen Klassen war es nicht möglich, diese zu erfüllen. Es stand im Buchholterberg nicht besser und nicht schlechter als an andern Orten. In vielen Gemeinden auf dem Lande dauerte der Kampf um einen bessern Schulbesuch bis gegen das Ende des 19. und sogar den Anfang des 20. Jahrhunderts an. Im Jahre 1874 schrieb Pfarrer Strahlm in einem Briefe an den Schulinspektor vom Buchholterberg: "Jedenfalls ist hier, was die Schule betrifft, noch viel dürres Holz, nur schade, dass mans nicht auf den Handel bringen kann."

Erschwerend für den Unterricht war der Mangel an Lehrmitteln. Oft wurden Gesuche um Zusendung von Lehrmitteln oder Anschauungsmaterial an die Erziehungsdirektion gerichtet. So wünschte Helfer von Wattenwil im Jahre 1855 für die Oberschule im Badhaus 1 Wandkarte der Schweiz, 1 Dtzd. Lesebücher, 1 1/2 Dtzd. Gesangbücher, für die Unterschule Badhaus 15 Lesebüchlein und 1 Tabelle, für Bruchenhühl 12–15 Lesebücher für die untern Klassen, 1 Schweizerkarte und für Wangen 1 Dtzd. Lesebüchlein von Rickli und eine Auswahl Liederhefte von Weber. 1860 ersuchte Lehrer Hofer im Badhaus die Erziehungsdirektion um Zusendung von Zeichnungsvorlagen und einiger Kinderbibeln für die armen Schüler. 1869 wünschte Lehrer Pfäffli in der Wangen eine Landkarte. Ein früheres Gesuch war wegen Schulunfleiss nicht bewilligt worden. Dieser schrieb nun in einem neuen Briefe: "Ach dies ist leider allzuwahr, und ich leide auch sehr darunter und muss doch auch Lehrmittel haben, wenn die Schule nur einigermaßen etwas fruchten soll." Er erklärte sich bereit, die Karte zu einem reduzierten Preise selber zu bezahlen. Schulinspektor König bemerkte aber, dies könne dem Lehrer nicht zugemutet werden, und die Schulkommission von Buchholterberg verdiene keinerlei Prämie.

1894 bat Lehrer Zumbach um Zusendung eines Globus. "Ohne denselben können sich die Kinder ja gar keine Vorstellung unserer Erdkugel machen. Da helfen die schönsten Lektionen nichts, alles Reden darüber ist fast vergebens." Es wurde ihm dann ein Globus für 22 Franken zugesandt. In einem Dankbrief hiess es: "Das war eine Freude gestern bei den Schülern, als ich mit der schönen Weltkugel unter sie trat. Wie glänzten da die Augen!"

Ein Gesuch der Schulkommission von Buchholterberg vom Jahre 1881 mag erwähnt werden. Diese bat die Erziehungsdirektion, noch die alte Kinderbibel brauchen zu dürfen und nicht die neue liberale von E. Martig und G. Langhans. Sie benutzten ein vorgedrucktes Formular, das von Präsident ad.vice Joh. Beutler und Sekretär Pfarrer Güder unterzeichnet wurde. Es scheint, dass grosse Kreise im Kanton Bern diesen Wunsch geäussert haben.

Die unentgeltliche Abgabe der Lehrmittel wurde erst im Jahre 1925 eingeführt.

## 6. Von Lehrerwahlen

Wie schon erwähnt, wurden die Lehrer bis zum Schulgesetz von 1870 vom Gemeinderat gewählt, nachher von der Gemeinde. Da bis zur Eröffnung des Lehrerseminars die Lehrer kein eigentliches Patent besaßen, wurden sie bis gegen die Mitte des Jahrhunderts bei der Wahl einer Prüfung unterzogen.

Am 18. September 1812 fand die Wahl des ersten Lehrers im Badhaus statt. Es hatten sich sechs Bewerber angemeldet, darunter zwei "hoffnungsvolle Jünglinge von 18 Jahren" aus der Gemeinde, der Ulrich Wenger vom Bruchenhühl und der Christen Wenger vom Birchhühl. Oberamtmann Effinger meldete dem Kirchenrat, dass der Ulrich Wenger gewählt worden sei, der mehrere Monate bei Pfarrer Brunner in Boltigen in die Schule gegangen war (Normalkurs) und von dort ein gutes "Attestat" in Händen hatte.

Für den nicht gewählten Christen Wenger hat sich der Oberamtmann in väterlicher Weise verwendet. Dieser hatte an der linken Hand keine Finger. Sein Vater, ein Anken- und Ziegerträger hatte ihn gut erzogen und hätte es gern gesehen, wenn er als Invalid den Beruf des Schulmeisters hätte ergreifen können. Der Oberamtmann ersuchte nun den Kirchenrat, dem Vater eine Gabe von 1–2 Dukaten zukommen zu lassen, dem hoffnungsvollen Sohn zur Aufmunterung eine Kinderbibel mit "Kupfern" (Kupferstichen) zu schenken und ihm ein Stipendium zum Besuch eines Normalkurses bei Pfarrer Brunner in Boltigen auszurichten. Von der Gemeinde wurde dem Christen Wenger "wegen seinen körperlichen Gebrechen von der Bürkischen Stiftung vom Zins pro 1813 zur Erleichterung des Studiums als Schulmeister-Aspirant 5 Kronen bewilligt." Ob der Christen Wenger dann wirklich Lehrer geworden ist, konnte ich nicht feststellen, da die Verzeichnisse der Normalkurse im Staatsarchiv nur lückenhaft vorhanden sind.

Der erste Lehrer mit Seminarausbildung und richtigem Lehrerpapier im Buchholterberg war Johann Jöhr, der mit der ersten Promotion das Staatsseminar in



Münchenbuchsee von 1833–1835 absolviert hatte. Er war Lehrer auf dem Bruchenbühl bis im Frühling 1886. Am zweiten Januarsonntag 1886 feierte die alte Lehrersektion Schwarzenegg sein 50jähriges Jubiläum, und auf Fürsprache des Schulinspektors erhielt er von der Erziehungsdirektion eine Uhr. Dazu gab ihm die Gemeinde noch ein Geschenk von 10 Franken!

Eine Lehrerwahl in der Wangelen vom Jahre 1853 soll noch besonders erwähnt werden. Auf eine zweite Ausschreibung hin hatten sich zwei patentierte und ein unpatentierter Bewerber gemeldet. Die beiden patentierten wurden vom Schulkommissär Anneler einer Prüfung unterzogen, der unpatentierte kam nicht in Frage. Von den beiden geprüften Lehrern war der Johann Bürgi im Singen völlig untüchtig und der Trinker Niklaus Zaugg in der Religion "matt und arm". Die Bürger von Wangelen wollten den Zaugg, trotzdem bekannt war, dass er, als er früher auf dem Bruchenbühl gewesen war, wegen Wirtshauskandal vor das Sittengericht geladen werden musste. Pfarrer Anneler konnte ihn der Erziehungsdirektion nicht zur Bestätigung empfehlen. Helfer Flügel in Heimenschwand fand, man sollte ihn nur provisorisch anstellen, "dass man ihn jederzeit schicken könne." Lehrer Zaugg hatte am 30. Januar 1853 die Stelle schon angetreten und 25 Hausväter in der Wangelen wünschten am 6. Februar 1853 in einem Schreiben an die Erziehungsdirektion dessen Bestätigung. Lehrer Zaugg amtierte dann in der Wangelen vermutlich bis 1860, in welchem Jahre provisorisch ein "vagierender Lückenbüsser" angestellt wurde. Über seine Amtsführung war weiter nichts zu finden.

Eine Rolle spielte in dieser Wahl noch der unpatentierte Johann Jenni von Niederbach bei Rüderswil. In zwei langen Briefen an die Erziehungsdirektion beschwerte er sich, dass er bei der Prüfung nicht berücksichtigt worden sei. Wenn er schon kein Patent habe, so wäre er doch dem "Spieler und Säufer Zaugg" vorzuziehen. Er machte auch im Buchholterberg Propaganda für sich. Unter anderem sprach er beim radikalen Grossrat Hans Beutler vor, der gesagt habe, "er begreife nicht, dass die konservativen Wangeler, die meinen, die Religion sei gefährdet, diesen Zaugg wollen." Alles reden und schreiben nützte aber dem Johann Jenni nichts. Es gab eben nun so viele patentierte Lehrer, dass diejenigen ohne Patent nur ganz ausnahmsweise angestellt wurden. Das musste auch mein Grossvater Johann Gerber, Sohn des Schulmeisters an der Südernlinde, erfahren. Der Gemeinderat von Buchholterberg wählte ihn im Herbst 1854 provisorisch an die Schule im Badhaus. Trotz Fürsprache des Helfers von Wattenwil bestätigte ihn die Erziehungsdirektion nicht. Er amtierte dann von 1856 bis 1861 als provisorischer Lehrer in Wachseldorn.

In der vorliegenden Schulgeschichte von Buchholterberg wurde in kurzen Zügen die Entwicklung des Schulwesens vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart dargestellt. Es ist vieles anders und zum Glück besser geworden. Die Schulkommissäre von anno dazumal würden wohl staunen, wenn sie die Schulhäuser und den Schulbetrieb von heute inspizieren könnten. Pfarrer Anneler müsste nicht mehr konstatieren, wie ers 1844 getan, die Lehrmittel seien nicht in genügender Menge vorhanden, der durchschnittliche Schulbesuch betrage nur 44,4% und die Schulzim-

mer seien zu klein, eng, niedrig und finster. Und doch sind unter den frühern, nach heutigen Begriffen zum Teil primitiven Verhältnissen auch tüchtige Männer und Frauen aus den Schulen hervorgegangen. Wenn schon bessere Einrichtungen und Verhältnisse den Schulbetrieb gewaltig erleichtern, eins wird immer und für alle Zeiten gleich bleiben: Gewissenhafte und tüchtige Lehrkräfte, an gute Sitten und fleissige Arbeit gewöhnte Kinder und Eltern, die die Arbeit in der Schule in jeder Hinsicht unterstützen, bilden die Grundlage für den Erfolg. Möge dies im Buchholterberg auch in Zukunft der Fall sein.



## H. Alte bernische Münzen und Masse und Gewichte\*

Da in der vorliegenden Geschichte oft von Münzen und Massen die Rede ist, sollen die wichtigsten hier aufgeführt werden.

### a. Münzen:

1 Dublone	=	160 Batzen bz.	
1 Taler	=	30 Batzen	
1 Krone Kr.	=	25 Batzen	
1 Gulden	=	15 Batzen	= 2 Pfund
1 Pfund	=	7 1/2 Batzen	= 20 Schilling
1 Schilling	=	12 Pfennig (Heller)	
1 Batzen	=	4 Kreuzer	= 32 Pfennig

Ungefähre Kaufkraft des Geldes im Zeitraum von 1600 bis 1800. (Nach einer Tabelle von Chr. Lerch aus dem Jahre 1950 umgerechnet auf den Index von 1969)

Jahr:	Pfund:	Batzen:
1600	40 Franken	5 Franken
1650	30 Franken	3,60 Franken
1700	18 Franken	2,40 Franken
1750	15 Franken	1,80 Franken
1800	10 Franken	1,30 Franken

1 alter Franken (Livre – L) = 10 Batzen. Das Wort "Livre" kommt ja noch in unserem "Feufliber" vor. Bis zum Jahre 1850 wurde noch nebeneinander mit Kronen, Pfund, Franken, Batzen, Kreuzern und Rappen gerechnet. Deshalb werden in Rechnungen manchmal halbe Rappen erwähnt. Im Jahre 1850 wurde dann für die ganze Schweiz die Frankenwährung eingeführt. Dabei galt folgende Umrechnung:

Alte Währung:	Neue Währung:
69 Franken	100 Franken
69 Rappen	100 Rappen
1 Franken	1,3393 Franken
276 Bernkronen	1000 Franken
92 Bernpfund	100 Franken.

Im gewöhnlichen Verkehr galten aber 70 alte Franken 100 neue und 7 Batzen 1 Franken, der einzelne Batzen 14 neue Rappen. Es wäre noch zu erwähnen, dass die Bernkrone und das Bernpfund nicht wirkliche, sondern nur Zählmünzen waren.

Dass dieser Übergang von der alten zur neuen Währung nicht so einfach war, beweisen etwa folgende Eintragungen im Gemeindeprotokoll von Buchholterberg: Am 4. Dezember 1851 erhielten die Gemeinderäte die Weisung, bis zum 25. die

\*Nach einer Tabelle im Staatsarchiv

Telle noch im alten Geld (Kronen und Batzen) abzunehmen und sie dann dem Seckelmeister Beutler abzuliefern. Derselbe soll sie auswechseln lassen und den Schaden verrechnen.

Im Jahre 1855 erhielt Gemeindeschreiber Johann Wiedmer für das vorige Jahr 13 Fr. 5 Batzen für das Einrichten der Steuerregister von der alten auf die neue Währung.

### b. Längenmasse

1 Rute	=	10 Fuss	=	2,93 Meter
1 Werkklafter	=	8 Fuss	=	2,35 Meter
1 Heuklafter	=	6 Fuss	=	1,76 Meter
1 Schritt	=	2 1/2 Fuss	=	0,73 Meter
1 Elle	=	22 Zoll	=	0,54 Meter
1 Steinbrecherfuss	=	13 Zoll	=	0,32 Meter
1 Fuss	=	12 Zoll	=	0,29 Meter
1 Zoll	=	12 Linien	=	0,024 Meter
1 Linie	=		=	0,0021 Meter

Ums Jahr 1830 schlossen einige Kantone ein Konkordat ab und führten den Schweizerfuss zu 30 cm und dem entsprechend den Zoll zu 3 cm und die Linie zu 3 mm ein. Im Jahre 1874 wurde dann für alle Masse das Dezimalsystem eingeführt. Die ältern unter uns wissen aber, dass auf dem Lande bis weit in unser Jahrhundert hinein die Bauern noch mit den alten Massen rechneten. In jedem Hause war ja noch ein Klafterstangli vorhanden oder ein Meterstab, auf der einen Seite mit Centimetern und Millimetern, auf der andern mit Zoll und Linien. In der Schmiede holten wir noch zwei- und dreizöllnige Nägel, und der Vater bestellte auf der Säge "8lingige" "zöllnige" und "anderthalbzöllnige" Bretter. Im Buchholterberg soll sich übrigens 1903 noch eine lustige Episode ereignet haben. Es wurde damals über einen Zolltarif abgestimmt, und ein altes Mannli soll gesagt haben: "I bi doch froh, dass der Zoll wiederchunt, mit däm cheibe Metermäss bin i neue nie drübercho."

### c. Flächenmasse, diese sind weiter vorn auf Seite 22 erwähnt.

### d. Hohlnasse für Getreide etc.

Mütt	Mäss	Halbmäss	Imi	Achterli	Sechzehnerli	Liter
1	12	24	48	96	192	168
	1	2	4	8	16	14
		1	2	4	8	7
			1	2	4	3,5
				1	2	1,75
					1	0,875

Am längsten waren noch im Gebrauch das Mäss und das Imi. An die Stelle des Mütt trat dann später das Malter zu 10 Mäss.



e. Hohlmasse für Flüssigkeiten

Gem.Fass	Saum	Eimer Brente	Mass Pinte	Halbmass	Vierteli	Halbvierteli	Liter
1	4	16	400	800	1600	3200	668,5
	1	4	100	200	400	800	167,1
		1	25	50	100	200	41,8
			1	2	4	8	1,67
				1	2	4	0,84
					1	2	0,42
						1	0,21

Der Saum spielte noch lange eine Rolle, wurde doch der Beitrag an die Kosten der Käserei als "Saumgeld" bezeichnet. Er wurde allerdings mit 150 Litern berechnet.

f. Holzmass

1 Klafter = 105 Kubikfuss = 2,648 m<sup>3</sup>

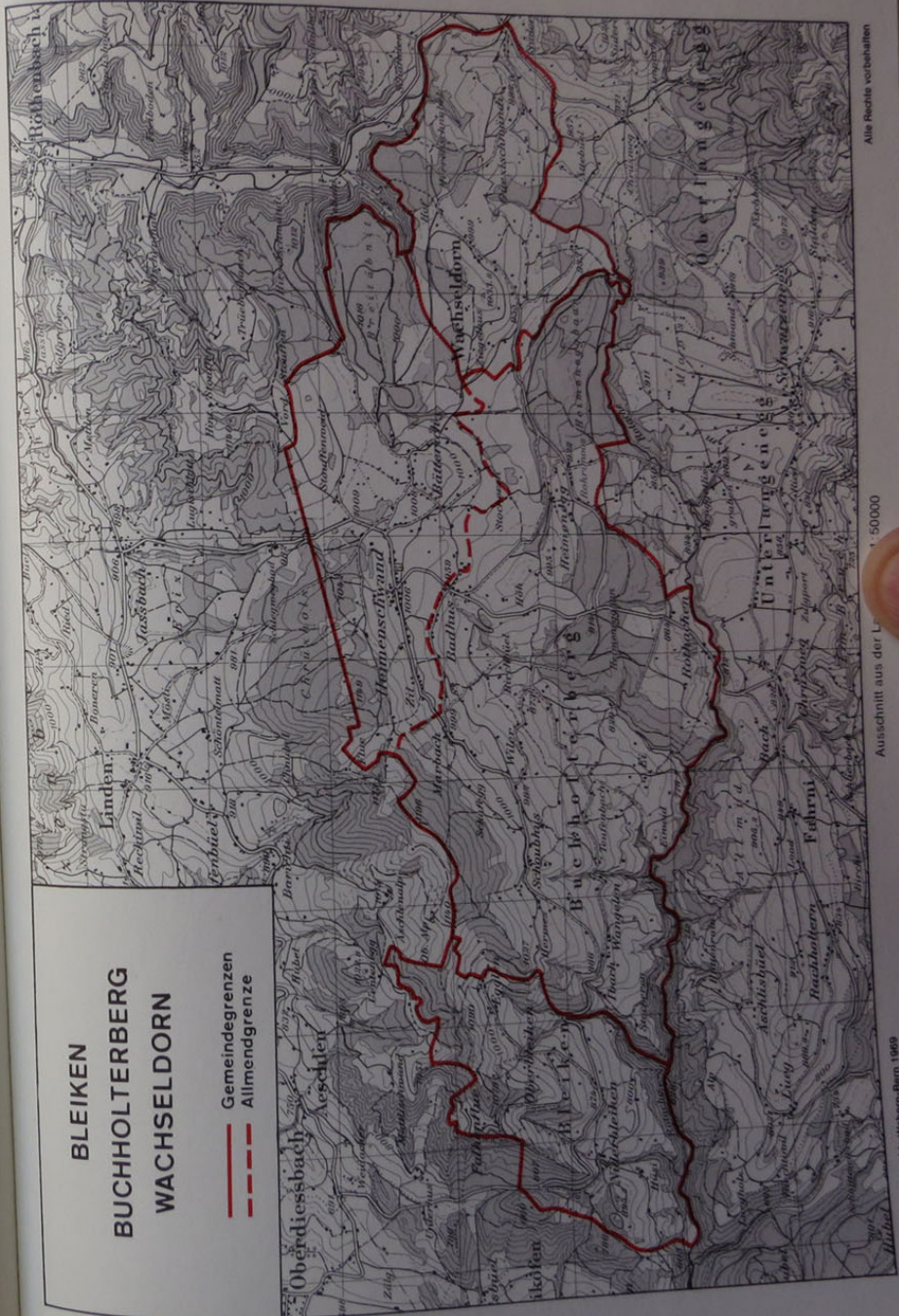
g. Heumass

1 Klafter = 216 Kubikfuss = 5,447 m<sup>3</sup>

h. Gewichte



Zentner	Pfund	Unze	Lot	Quent od. Quart.	Pfennig	Gramm
1	100	1600	3200	12800	51200	52010
	1	16	32	128	512	520,1
		1	2	8	32	32,5
			1	4	16	16,25
				1	4	4,06
					1	1,01

Zentner und Pfund sind noch heute, nach bald hundert Jahren, gebräuchlich.





**BLEIKEN  
BUCHHOLTERBERG  
WACHSELDORN**

 Gemeindegrenzen  
 Allmendgrenze

